**HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG**

# Bürgerbeteiligung als kommunale Herausforderung – Chancen, Risiken und Potentiale – dargestellt am Beispiel des Stadtentwicklungsprozesses in Holzgerlingen

**Bachelorarbeit**

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Nicole Ullrich

Studienjahr 2011/2012

Erstgutachter: Prof. Dr. Richard Reschl
Zweitgutachter: Bürgermeister Wilfried Dölker

*Wenn der Mensch nicht über das nachdenkt,*
*was in ferner Zukunft liegt,*
*wird er das schon in naher Zukunft bereuen.*

*Konfuzius*

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis ..... II

Tabellenverzeichnis ..... III

Anlagenverzeichnis ..... IV

1 Einführung ..... 1

2 Chancen der Stadtentwicklung ..... 4

3 Herausforderung Bürgerbeteiligung ..... 7

3.1 Formelle Instrumente ..... 9

3.1.1 Gemeindeordnung ..... 10

3.1.2 Baugesetzbuch ..... 11

3.2 Informelle Instrumente ..... 14

3.2.1 Risiken und Potentiale erkennen und nutzen ..... 15

3.2.2 Die richtige Beteiligungsform ..... 18

3.3 Möglichkeiten des Web 2.0 ..... 23

3.3.1 Vorteile und Bedingungen ..... 27

3.3.2 Ergänzende Beteiligungsformen ..... 29

4 Aktivierung von jungen Menschen ..... 33

4.1 Nutzungsgewohnheiten ..... 34

4.2 Zielgruppengerechte Beteiligungsformen ..... 36

5 Stadtentwicklung in Holzgerlingen ..... 40

6 Soll/Ist-Vergleich ..... 44

7 Fazit ..... 47

Anlagen ..... 51

Literaturverzeichnis ..... 184

Erklärung ..... 185

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Auswahl der Beteiligungsverfahren ..... 8

Abbildung 2: Die zwei Stufen der Beteiligung ..... 12

Abbildung 3: Einsatz von Internetangeboten im Verwaltungsbereich .. 25

Abbildung 4: Internetnutzer in Deutschland in % ..... 26

Abbildung 5: Lage von Holzgerlingen im Kreis Böblingen ..... 40

Abbildung 6: Das Holzgerlinger Wappen: In Rot eine silberne Lilie ..... 41

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zukunftswerkstatt ..... 20
Tabelle 2: Arbeitsgruppen ..... 21
Tabelle 3: Participatory Rapid Appraisal ..... 21
Tabelle 4: Planning for Real ..... 22
Tabelle 5: Perspektivenwerkstatt ..... 23
Tabelle 6: Online-Forum ..... 30
Tabelle 7: Online-Chat ..... 31
Tabelle 8: Stadt-Wiki ..... 31
Tabelle 9: Online-Ideenbörse ..... 32
Tabelle 10: World Café ..... 37
Tabelle 13: Ortsbegehung ..... 38
Tabelle 11: Planungszelle ..... 39
Tabelle 12: Open-Space-Konferenz ..... 39
Tabelle 14: Statistische Daten für Holzgerlingen ..... 41

# Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Protokoll Klausurtagung 18./19.03.2011 ..... 52

Anlage 2: Auswertung der Stärken- und Schwächenanalyse ..... 64

Anlage 3: Protokoll 1. Bürgertisch ..... 66

Anlage 4: Protokoll 2. Bürgertisch ..... 73

Anlage 5: Protokoll 3. Bürgertisch ..... 81

Anlage 6: Befragung Gemeinderäte ..... 90

Anlage 7: Nachrichtenblatt Holzgerlingen ..... 99

vom 02.09.2011, S. 3 ..... 100

vom 05.08.2011, S. 4 ..... 101

vom 04.09.2009, S. 6, 7 ..... 102

Anlage 8: Internetquellen – siehe beiliegende CD ..... 104

Holzgerlingen ..... 105

LK BB: Struktur- und Demografiebericht ..... 106

Initiative eParticipation ..... 138

Steria Mummert Consulting ..... 177

# 1 Einführung

Politikverdrossenheit. Als Willkür empfundene politische Entscheidungen. Misstrauen gegen die Regierungen. Wachsender Protestwille. Von einer „Krise der repräsentativen Demokratie“ ist die Rede. Der „Wutbürger“ wird zum Wort des Jahres 2010 der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) gewählt. Der GfdS nach steht der Wutbürger für die Empörung der Gesellschaft darüber, "dass politische Entscheidungen über ihren Kopf hinweg getroffen werden" und dokumentiert „ein großes Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger, über ihre Wahlentscheidung hinaus ein Mitspracherecht bei gesellschaftlich und politisch relevanten Projekten zu haben“.

Diese Forderung ist nicht neu. Nachdem mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 stolz eine funktionsfähige demokratische Ordnung verfestigt wurde, in der vom Volk gewählte und legitimierte Vertreter die Geschicke unserer Gesellschaft und unseres Landes lenken, wurde bereits in den 60er Jahren der Ruf nach mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger[1] lauter. Willy Brandt versprach daher in seiner Regierungserklärung vom 28.10.1969 mehr zu informieren, mehr den Dialog zu suchen und mehr Demokratie zu wagen.

Die Umsetzung von Bürgerbeteiligungsverfahren ist bis heute schwierig und scheitert nicht zuletzt an den Berührungsängsten zwischen Politik, Verwaltung und Bürger. Die einen haben Angst vor Machtverlust und Konkurrenz, die anderen klagen über Mehrarbeit und die Verlängerung von Entscheidungswegen und die Dritten fühlen sich nicht ernst genug genommen. Auf dem Weg zu einer besseren Bürgerbeteiligung werden daher in vielen Themenfeldern Beteiligungsmodelle erprobt und mit verschiedenen Verfahren experimentiert.

[1] Ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im weiteren Textverlauf nur die männliche Form verwendet; es sind stets Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gleichermaßen gemeint.

Nicht zuletzt durch die verstärkten Proteste von Bürgern gegen Großprojekte wie Stuttgart 21 wird erneut intensiv über frühzeitige und ausreichende Beteiligungsformen bei Planungsmaßnahmen diskutiert. Mit steigendem Bildungs- und Wohlstand wächst auch der Wunsch, sich am politischen Willensbildungsprozess zu beteiligen. Die Notwendigkeit von Planungen und oftmals die Art und Weise wie Beschlüsse zustande kommen, sind dem Bürger unklar und sorgen für Misstrauen gegenüber den politischen Vertretern. Für die Akzeptanz von Großprojekten und die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen müssen jedoch die Bürger mit eingebunden werden. Auch das transparenteste Verfahren kann allerdings keine Akzeptanz aller Betroffenen garantieren, es kann die Entscheidungen jedoch nachvollziehbarer machen.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Beteiligungsformen bei Stadtentwicklungsprozessen ohne Berücksichtigung von verschiedenen Problemfeldern, unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten und der Größe der Städte und Gemeinden. Es wird herausgearbeitet, wieso Stadtentwicklung für Städte und Gemeinden, auch wenn heute noch keine konkreten Problemfelder vorliegen, von großer Bedeutung ist und welche Rolle dabei die Einbindung der Bevölkerung spielt. Die Beteiligung interessierter Bürger stellt Kommunen und ihre Kommunalpolitiker vor eine große Herausforderung, die es in den nächsten Jahren zu bewältigen gilt. Für mehr Akzeptanz und Identifikation müssen die Bürger für wichtige Themen und große Projekte sensibilisiert und aktiviert werden. Diese Arbeit untersucht, wie Bürger in Planungs- und Entwicklungsprozesse eingebunden werden können. Dabei werden die größten Risiken und Fehlerquellen aufgezeigt, an denen Bürgerbeteiligungen scheitern können. Zugleich soll eine Hilfestellung gegeben werden, Ärger und Frustration zu vermeiden. Es werden konkrete Beteiligungsverfahren vorgestellt, um gemeinsam mit Bürgern, Politikern und der Verwaltung die Zukunft zu gestalten.

Zu Beginn der Arbeit werden im zweiten Kapitel zentrale Begriffe definiert. Es wird erläutert, weshalb Stadtentwicklung für Städte und Gemeinden

von Bedeutung und aus welchen Gründen eine Beteiligung der Bürger dazu notwendig ist. In Kapitel drei der Arbeit werden die verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung definiert und untersucht. Es geht hierbei zum einen um gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsformen wie auch um informelle Formen der Beteiligung, die vor allem bei Stadtentwicklungsprozessen zu einem umfassenden Diskurs und Zielfindungsprozess führen sollen. An dieser Stelle werden notwendige Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Beteiligung der Bürger verdeutlicht und beispielhafte Beteiligungsformen vorgestellt. Durch die technische Entwicklung des Internets und der rasant wachsenden Angebote des Web 2.0 ergeben sich weitere Möglichkeiten der Einbindung von Bürgern in Beteiligungsprozesse. Diese Arbeit zeigt Chancen auf, die sich durch ergänzende, technisch unterstützte Beteiligungsformen ergeben. Verschiedene Zielgruppen werden durch die Beteiligungsformen unterschiedlich angesprochen. Vor allem Kinder und Jugendliche sind besonders schwer zu aktivieren. Wie diese Zielgruppe in den Stadtentwicklungsprozess eingebunden und ihr Interesse an politischer Teilhabe geweckt werden kann, ist Gegenstand des vierten Kapitels. In Kapitel fünf wird exemplarisch an der Stadt Holzgerlingen dargestellt, wie ein Stadtentwicklungsprozess ablaufen kann. Seit Anfang 2011 wird in Holzgerlingen die „Stadtentwicklung 2030“ in einem umfassenden Beteiligungsprozess gemeinsam mit den Bürgern durchgeführt. Ob sich dieser Stadtentwicklungsprozess erfolgreich gestaltet und ob er die in Kapitel drei definierten Grundvoraussetzungen berücksichtigt, wird im Soll/Ist-Vergleich in Kapitel sechs untersucht. Zum Schluss fasst die Arbeit in Kapitel sieben die Gründe für eine gemeinsame Stadtentwicklung mit der Bürgerschaft zusammen und wagt einen Blick in deren zukünftige Bedeutung für unsere gemeinsamen Wohn- und Lebensräume.

# 2 Chancen der Stadtentwicklung

Städte und Gemeinden, wie auch das Leben der Gesellschaft, haben sich an ständig verändernde Bedingungen anzupassen. So haben uns während der Industrialisierung vor allem Themen wie die Abwanderung vom Lande und die damit verbundene Großstadtbildung oder auch die mit den sozialen Missständen verbundene Soziale Frage beschäftigt. In der Nachkriegszeit galt es Aufgaben wie den Wiederaufbau der Infrastruktur und die Demokratisierung zu lösen. Heutige Herausforderungen sind vor allem der demografische Wandel, die ökonomische Globalisierung sowie Aufgaben aus dem Klimawandel.

Unsere Lebensräume sind demnach seit jeher ständigen Wandlungen unterworfen. Es wäre zu kurz gedacht, „Stadtentwicklung nur unter den Gesichtspunkten von Planung und Bau neuer Gebäude und Straßen zu sehen“ (Conradi, 2007, S. 73). Vielmehr wird Stadtentwicklung definiert als die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Gesamtentwicklung einer Kommune. (BMVBS, 2010b, S. 5, 35) Es geht vor allem um „soziale und ökonomische Fragestellungen, um Bildung und Kultur“ (Conradi, 2007, S. 73); darum „Signale zu setzen, die Stimmung zu verbessern und Impulse für bürgerschaftliches Engagement zu geben“ (BMVBS, 2009, S. 62).

Damit Städte und Gemeinden für die Zukunft gewappnet sind, muss mit innovativen und zukunftsweisenden Lösungen den heutigen Herausforderungen begegnet werden. Seit vielen Jahren sind sich Planer daher einig, dass sich Stadtentwicklung nicht ohne die Bürger bewältigen lässt. Denn die vielseitigen Themen sind nicht abschließend definiert. Es gibt keine festgelegten Lösungswege und kein richtig oder falsch. Gemeinsam muss über Probleme gesprochen werden, darüber, welche Lösungswege möglich sind und was davon gut oder schlecht wäre. Der Prozess lebt vom Austausch der Informationen und Argumenten. Das Ermitteln und Vermitteln von Informationen wie auch das Austauschen und Verständigen unter

den Betroffenen ist ein wesentlicher Teil der planerischen Arbeit. (Selle, 2010, S. 368) Bei der Entwicklung von Städten und Gemeinden müssen zahlreiche Beteiligte und Betroffene sowie eine große Anzahl von Interessen, Belangen und Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Die Planung bedarf einer intensiven Kommunikation zwischen Bürgern auf der einen Seite und der öffentlichen Verwaltung und Politikern auf der anderen Seite. Die richtige Kommunikation ist dabei der entscheidende Faktor eines erfolgreichen Planungs- und Beteiligungsprozesses. (Kubicek/Lippa/Westholm, 2009, S. 13)

So besteht Stadtentwicklung im Wesentlichen aus kommunikativer Arbeit. Informationen müssen aus einem großen Beteiligtenkreis gesammelt werden, Argumente müssen ausgetauscht und abgewogen werden und es muss zwischen den unterschiedlichen Interessen vermittelt und verhandelt werden. (Selle, 2010, S. 369) Kommunikation wird daher im Rahmen der Stadtentwicklung seit einigen Jahren als Sammelbegriff verstanden, der sich auf Information, Beteiligung und Kooperation bezieht. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 10f)

Information ist die Basis jeglicher Kommunikation, wobei Informationen nicht nur beschafft sondern auch weitergegeben werden. Bürger sollen durch Informationen Einstellungen und Verhalten ändern. (Selle, 2000, S. 17) Es geht darum mittels Befragungen, Broschüren, Infoständen oder Presseartikeln Sachverhalte zu erkunden, Informationen zu beschaffen und Meinungen zu bilden. Ohne ausreichende Information vor, während und auch nach der Beteiligung, kann diese nicht erfolgreich sein. Information ist daher zwingender Bestandteil ständiger kommunikativer Arbeit. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 10, 49)

Beteiligung steht für den Dialog und die Erörterung der Planungen zwischen den Beteiligten und gegebenenfalls auch für die Möglichkeit der Mitentscheidung. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 10) Der gemeinsame Dialog soll zu Vereinbarungen über Aufgaben und Ziele führen. (Selle, 2000, S. 18) Bürgerbeteiligung wird definiert als „die Einbindung der Bür-

ger in einen politischen Entscheidungs- und Planungsprozess“, vor allem im kommunalen und regionalen Zusammenhang (Wentzel, 2010, S. 38). Beteiligung beziehungsweise Partizipation[2] wird demnach als „Teilhabe der Bürger[3] an politischen Entscheidungsprozessen“ verstanden, worunter alle Tätigkeiten fallen, die „der Bürger freiwillig unternimmt um auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen“ (Initiative eParticipation, 2005, S. 7).

Kooperation als dritter Teil der Kommunikation bezeichnet die Zusammenarbeit selbständiger Akteure, denen eine eigene Entscheidungs- und Handlungskompetenz zugesprochen werden kann. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 10, 50)

Für eine qualitativ hochwertige Planung und Entwicklung muss auf die Bedürfnisse und Ängste aber auch auf die Ideen der Bürger eingegangen werden. Sie müssen im Prozess der Veränderung mitgenommen und ihr Potential, ihr Wissen und ihre Initiativen als Betroffene genutzt werden. Denn die Bürger sind nicht nur die Nutzer der betroffenen Gebiete, sondern zugleich auch Kunden und Auftraggeber der Planung. (Büllesbach, 2011, S. 370; Selle, 2010, S. 369f) Die Bürger leben vor Ort und kennen ihr Lebensumfeld mit dessen Eigenschaften und Möglichkeiten so gut wie kein anderer. Sie sind die Experten des Alltags. Die Einbindung der Bürger bringt daher zusätzliches Problem- und Lösungswissen. Konflikte können frühzeitig und konstruktiv gelöst werden und die Akzeptanz staatlicher Entscheidungen sowie die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt erhöhen sich. Alle Beteiligten, Planer, Verwaltung und Bürger, bringen verschiedene Sichtweisen und Fakten mit. Diese verschiedenen Wissensarten zusammenzuführen ist für die Qualität von Planungsprozessen von großer Bedeutung. (Hill, 2010, S. 31; Molitor, 2007, S. 35)

---

[2] Lat.: *participare* = teilnehmen, teilhaben.

[3] Bei dem hier verwendeten Bürgerbegriff ist in keiner Weise die Definition aus § 12 der Gemeindeordnung gemeint, vielmehr wird praktisch „jedermann“ umfasst, d.h. alle natürlichen und juristischen Personen die vom Entscheidungsprozess betroffen oder voraussichtlich betroffen sind oder ein Interesse daran haben (Rothe/Müller, 2000, S. 45).

# 3 Herausforderung Bürgerbeteiligung

Die Beteiligung der Bevölkerung ist nur ein Teil der kommunikativen Aufgaben bei der Stadtentwicklung, allerdings aufgrund der konfliktreichen Interessen einer mit besonderen Anforderungen und wesentlicher Bedeutung. (Selle, 2010, S. 370) Wie der Freiwilligensurvey für Baden-Württemberg (Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung Freiburg, 2011, S. 6-9) zeigt, mangelt es nicht an bürgerschaftlichem Engagement. Diese Potentiale müssen für die Stadtentwicklung noch richtig genutzt werden. Betroffene müssen zu Beteiligten werden. (BMVBS, 2010a, S. 13)

Planungsprozesse scheitern oftmals nicht an ihrem Inhalt, sondern an den verschiedenen Interessen und einer unzureichenden Kommunikation untereinander. (Selle, 2000, S. 27f) Die Formen und Verfahren der Beteiligung sind sehr breit und vielfältig. Um einen Beteiligungsprozess optimal zu gestalten, müssen bereits im Vorfeld einige zentrale Fragen beantwortet werden:

- Was ist Gegenstand der Erörterung? (Was soll das Thema sein, wie stellt sich die Situation dar? – Optionen, Modifikationen, Teilaspekte)
- Wer soll beteiligt werden? (Wer sind die Akteure und welche Stellung haben sie im Prozess? – organisierte Gruppen, Einzelpersonen, Betroffene)
- Was soll mit dem Beteiligungsangebot erreicht werden? (Ideen sammeln, Informationen erhalten, zu eigenen Aktivitäten anregen)
- Welche Rahmenbedingungen stehen zur Umsetzung zur Verfügung? (Zeit, Personal, Geld)

Erst auf dieser Grundlage lassen sich die passenden Beteiligungsformen zusammenstellen (vgl. Abbildung 1). Kosten und Aufwand sollten dabei frühzeitig gegenüber Zielen und Nutzen abgewogen werden, um eine ausgewogene Relation herstellen zu können. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 42f)

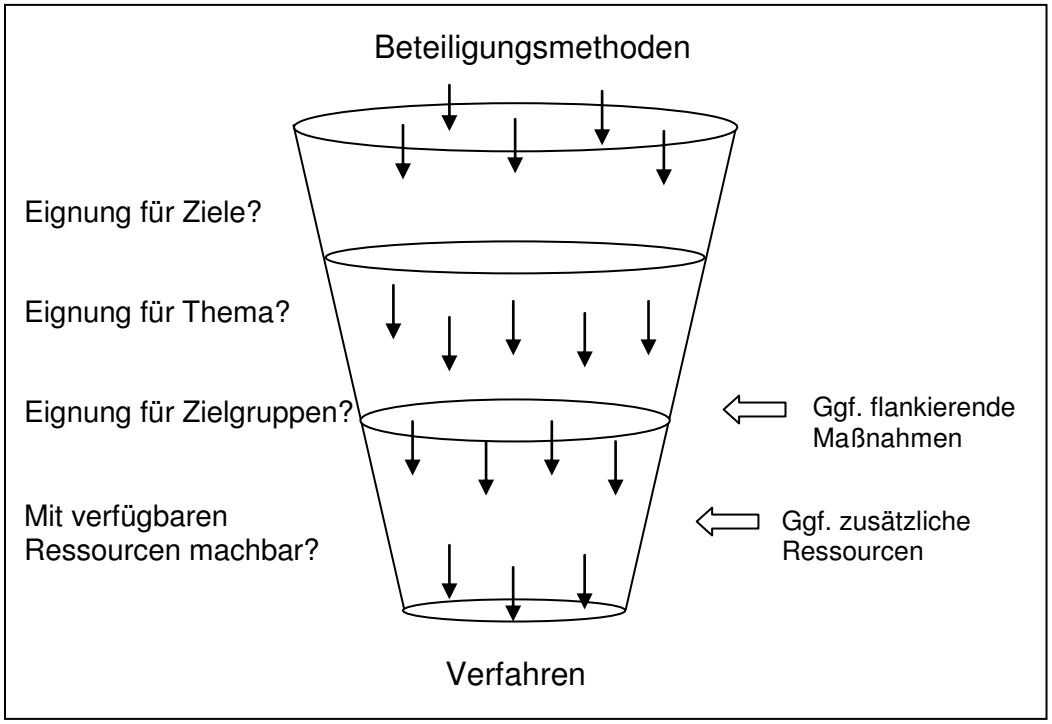



**Abbildung 1: Auswahl der Beteiligungsverfahren**
**Quelle: Eigene Darstellung nach Kubicek/Lippa/Westholm, 2009, S. 105**

Wie bereits dargestellt, ist die Basis jeglicher Kommunikation und damit der Beteiligung von Bürgern ein umfassendes Informationsangebot. Erst darauf aufbauend können verschiedene Instrumente eine aktive Teilhabe an Planungs- und Entscheidungsprozessen ermöglichen. Dabei kann es grundsätzlich nicht nur eine Form der Beteiligung geben, sondern eine ganze Bandbreite, welche die unterschiedlichen Akteure unterschiedlich abholt und einbindet. (BMVBS 2010b, S. 8) Jedes Beteiligungsverfahren erfüllt ein eigenes Spektrum an inhaltlichen und verfahrensbezogenen Anforderungen. Die Verfahren miteinander zu kombinieren ist nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Die eingesetzten Methoden müssen an den Zielen orientiert werden, zueinander passen und untereinander verknüpft werden (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 39, 45).

Generell lassen sich formelle und informelle Verfahren unterscheiden. Formelle Verfahren sind gesetzlich definiert wie zum Beispiel im Baugesetzbuch die Anhörung oder öffentliche Auslegung oder in weit reichender Form Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in der Gemeindeordnung.

Demgegenüber sind informelle Verfahren, wie Bürgergutachten und Zukunftswerkstätten, unabhängig gegenüber gesetzlichen Normen und werden erweiternd und ergänzend eingesetzt, um die Reichweite und die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen zu erhöhen. (Selle, 2010, S. 372)

Dementsprechend gibt es vielseitige Möglichkeiten die Bürger in Planungs- und Entwicklungsprozesse einzubinden, deren Auflistung und Erklärung in diesem Rahmen jedoch nicht ausreichend möglich ist. Vielmehr sollen im Folgenden zum einen die gebräuchlichsten gesetzlich definierten Verfahren erläutert werden und zum anderen beispielhafte informelle Verfahren für die Aktivierung großer Bevölkerungsgruppen dargestellt werden. Um den technischen Fortschritt zu berücksichtigen, werden zudem erweiternde Beteiligungsmöglichkeiten durch das Web 2.0 aufgezeigt. Wesentliches Augenmerk soll auf die Voraussetzungen einer erfolgreichen Beteiligung und der damit verbundenen Risiken und Potentiale für Politik und Verwaltung gelegt werden.

## 3.1 Formelle Instrumente

Der Gesetzgeber ermöglicht an verschiedenen Stellen die Beteiligung der Bürger oder schreibt sie im Rahmen von Verfahren vor. Den Bürgern wird damit das Recht auf Information und Teilhabe gewährt und die Verwaltung zugleich verpflichtet, die Bürger angemessen zu informieren und ihre Anliegen zu berücksichtigen. Die gesetzlichen Bestimmungen haben sich dabei in den vergangenen Jahren ständig weiterentwickelt. Auch die Europäische Union hat beispielsweise mit der „Richtlinie 2003/35/EG über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme” im Jahr 2004 Einfluss auf die Ausgestaltung der Beteiligungsverfahren im Baugesetzbuch genommen. Hier werden die für die Stadtentwicklung relevantesten formellen Beteiligungsverfahren der Gemeindeordnung und des Baugesetzbuches genannt, wohlwissend, dass diese Aufzählung nicht alle gesetzlich definierten Formen umfasst.

### 3.1.1 Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sieht verschiedene Regelungen vor, mit denen die Bürger Einfluss auf Entscheidungen des Gemeinderates in unterschiedlicher Form nehmen können. Für die Beteiligung der Bürger bei Maßnahmen der Stadtentwicklung kommen verschiedene Regelungen in Betracht und es werden daher beispielhafte Formen dargestellt.

Nach § 20 Abs. 2 S. 2 GemO soll die Gemeinde bei wichtigen Planungen und Vorhaben die Einwohner möglichst frühzeitig über die Grundlagen sowie die Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung unterrichten und, sofern dafür ein besonderes Bedürfnis besteht, den Einwohnern Gelegenheit zur Äußerung geben. Damit wird sichergestellt, dass für bedeutende Angelegenheiten die Meinungen der Einwohner gehört und berücksichtigt werden. Nähere Bestimmungen zur Durchführung sind nicht beschrieben und damit der Gemeinde zur Ausgestaltung überlassen. (Müller, 2009, S. 24)

Um wichtige Gemeindeangelegenheiten mit den Einwohnern zu erörtern, sieht § 20a GemO eine Bürgerversammlung vor. Diese soll nach Abs. 1 einmal pro Jahr und im Übrigen nach Bedarf stattfinden. Die Bürgerversammlung ist kein Entscheidungsorgan sondern lediglich eine beratende Versammlung. Die Gemeindeorgane haben dennoch die in der Bürgerversammlung vorgebrachten Anregungen und Vorschläge innerhalb von drei Monaten zu behandeln. (§ 20a Abs. 4 GemO) Im Normalfall wird die Bürgerversammlung durch den Gemeinderat anberaumt, kann aber nach den Voraussetzungen des § 20a Abs. 2 GemO auch von den Bürgern beantragt werden. (Müller, 2009, S. 25)

Durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid können Bürger die Entscheidung über ein Thema anstelle des Gemeinderates erwirken oder sich gegen eine Entscheidung des Gemeinderates aussprechen. § 21 GemO ermöglicht damit den Bürgern unmittelbar über Sachfragen zu entscheiden.

Ausgeschlossen sind allerdings Themen, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates nach § 24 Abs. 1 GemO fallen oder im Negativkatalog des § 21 Abs. 2 GemO enthalten sind. Um einen Bürgerentscheid durchzuführen, müssen die Voraussetzungen des § 21 Abs. 3 GemO erfüllt sein. Insbesondere muss das Bürgerbegehren von mindestens 10 % der Bürger unterschrieben sein. Dieses Unterschriftenquorum ist sinnvoll, um eine Mindestunterstützung für das aufwendige Verfahren der Abstimmung sicherzustellen. Die im Bürgerentscheid gestellte Frage wird im Sinne der Mehrheit der abgegebenen Stimmen entschieden, sofern diese 25 % der Stimmberechtigten darstellen. Wird dieses Quorum nicht erreicht, entscheidet der Gemeinderat über die Angelegenheit. (Müller, 2009, S. 28ff.) Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sichern in der politischen Kultur den Bürgern zu, dass ihre Interessen gehört werden. Es ist die Aufgabe der kommunalen Politiker, alle Interessen insoweit zu berücksichtigen, dass es erst gar nicht zu einem Bürgerentscheid kommen muss. So macht Wehling (2000, S. 147) in diesem Zusammenhang deutlich, dass Elemente der direkten Demokratie die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie erhöhen. (Wehling, 2000, S. 146f)

### 3.1.2 Baugesetzbuch

Das Baugesetzbuch (BauGB) sieht ganz bewusst bei verschiedenen Verfahren die Einbeziehung und Beteiligung der Bürger vor. Dem Instrument der Bürgerbeteiligung kommen dabei verschiedene Funktionen zu. Zum einen eine Informationsfunktion, da die Beteiligung der Beschaffung und Vervollständigung des zur Planung notwendigen Abwägungsmaterials dient. Zum anderen eine demokratische Funktion, wodurch die Bürger in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Drittens dient die Rechtsschutzfunktion dazu, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen und Rechte geltend zu machen. Letztlich soll die Integrationsfunktion die Akzeptanz der Planung unter den Betroffenen vergrößern. (Rothe/Müller, 2000, S. 43; Stüer, 2009, S. 317)

Beispielhaft wird hier das Beteiligungsverfahren bei Aufstellungsverfahren von Bauleitplänen erläutert. Dieses ist zweistufig aufgebaut (vgl. Abbildung 2). Zuerst ist eine vorgezogene Beteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgesehen, bei der die Öffentlichkeit über „allgemeine Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung“ öffentlich unterrichtet werden soll und ihr Gelegenheit „zur Äußerung und Erörterung“ gegeben wird. In einer zweiten Stufe sind nach § 3 Abs. 2 BauGB „die Entwürfe der Bauleitpläne mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen“ einen Monat öffentlich auszulegen (Offenlage). Während der Auslegung kann die Öffentlichkeit Stellungnahmen abgeben, die vor Beschlussfassung zu prüfen sind und deren Ergebnis mitzuteilen ist (§ 3 Abs. 1-2 BauGB).

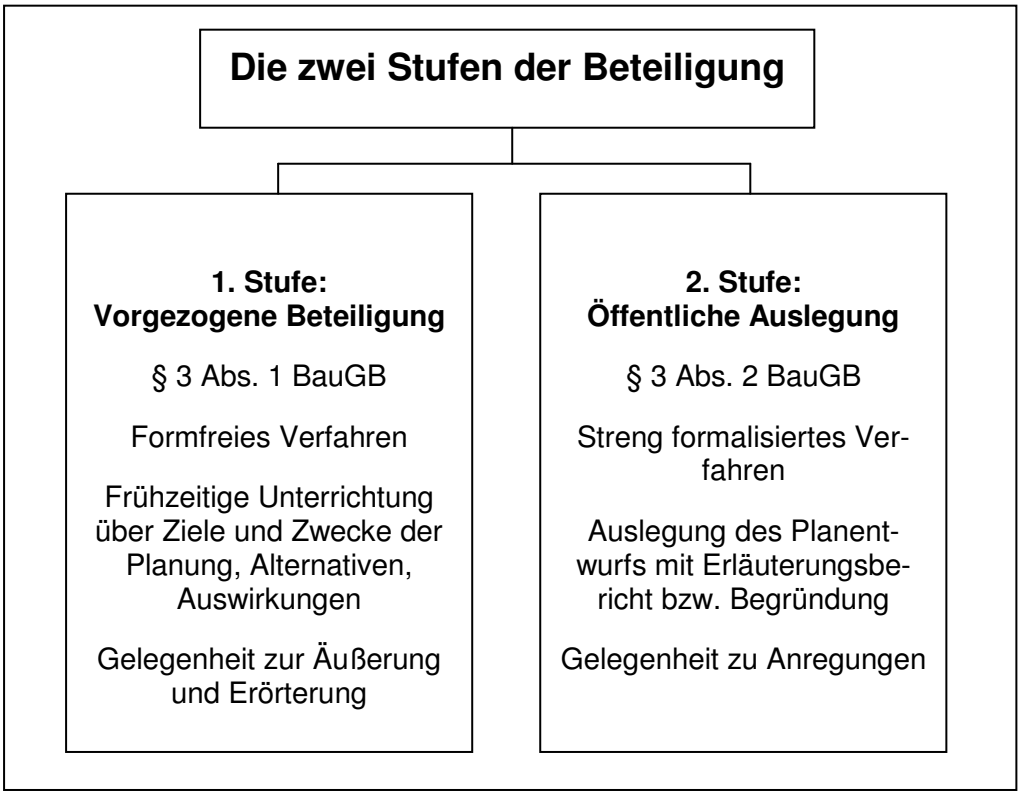



**Abbildung 2: Die zwei Stufen der Beteiligung**
**Quelle: Eigene Darstellung nach Rothe/Müller (2000, S. 44)**

Das BauGB verzichtet bei der vorgezogenen Beteiligung auf formale und verfahrensmäßige Anforderungen der Öffentlichkeitsbeteiligung und lässt den Gemeinden die Entscheidung über Art und Weise der Beteiligung frei. Welche Beteiligungsform gewählt wird, in welchem Umfang die Öffentlichkeit einbezogen und informiert wird und zu welchem Zeitpunkt eine Beteiligung stattfindet, hängt nicht zuletzt auch vom Inhalt und der Sensibilität der zur Diskussion stehenden Planung ab. Oftmals wird die vorzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Aufstellungsbeschluss durchgeführt, wenn auch die Planungen eine Darlegung der Ziele und Zwecke sowie der Auswirkungen zulassen. Der Stand der Planungen sollte die Möglichkeit zu Erörterungen mit der Öffentlichkeit bereits bieten und dennoch sämtliche Entscheidungsmöglichkeiten offen lassen, um Erkenntnisse der Beteiligung in die Planungen einfließen zu lassen. (Rothe/Müller, 2000, S. 45; Molitor, 2007, S. 37) Nach Wallraven-Lindl u.a. (2007, S. 69) hat sich die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu einem Stück gelebter Demokratie entwickelt, da die Gemeinde stets im Auge haben sollte, an welchen Bedürfnissen sie sich zu orientieren hat und welche Funktion diesem Verfahren zukommt.

Die zweite Stufe der Bürgerbeteiligung, die öffentliche Auslegung, ist streng formalisiert. Ist die eigentliche Planungsphase abgeschlossen und der Bauleitplan vom Grundsatz her beschlussreif, so werden bei der Offenlage die Bauleitpläne mit dem Erläuterungsbericht oder der Begründung einen Monat lang öffentlich ausgelegt. Die Bürger können in dieser Zeit ihre Anregungen vorbringen. Diese sind bei der Abwägung zu berücksichtigen und dienen der Planungsbehörde zur Beschaffung und Vervollständigung des notwendigen Abwägungsmaterials. Die planende Gemeinde wird durch die Anregungen der Bürger auf deren Interessen aufmerksam gemacht und soll den Belangen gegebenenfalls durch Änderungen der Planung Rechnung tragen. (Rothe/Müller, 2000, S. 51-59; Stüer, 2009, S. 324)

## 3.2 Informelle Instrumente

Für eine breite und vertiefte Beteiligung der Bürger sind förmliche Verfahren in der Regel unzureichend und so findet Bürgerbeteiligung nicht nur entlang der gesetzlichen Vorschriften statt, sondern setzt häufig vorher in Form von offenen, kooperativen und nicht normierten Verfahren ein. (Renner, 2007, S. 3) Es gibt dabei keine allgemeingültige Anleitung wie Beteiligungsprozesse auszusehen haben, doch verfolgen sie alle das Ziel, Lösungen und Strategien des Interessenausgleichs und der Konfliktbewältigung zu finden. (BMVBS 2010b, S. 8)

Die zu wählenden Beteiligungsformen hängen entscheidend von der Situation vor Ort, dem Planungsproblem und der beteiligten Akteure ab. Sie unterscheiden sich nach ihrem Aufwand, der angesprochenen Zielgruppe, der Dauer oder dem zu erreichenden Ziel. (BMVBS 2010b, S. 33) So gibt es beispielsweise Verfahren, die der Beteiligung vieler dienen, aber vergleichsweise nur oberflächliche Informationen und Erörterungen bieten (Bürgerversammlung, öffentliche Anhörung). Andere Verfahren, die eine qualifizierte Auseinandersetzung mit einem Thema zulassen, sind dagegen nur für einen kleinen Kreis von Teilnehmern bestimmt (Arbeitsgruppe, Runder Tisch). Eine Beteiligungsstrategie, bei der ein formenübergreifendes Konzept erarbeitet wird, ist daher für eine Beteiligung, die nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gehen soll, notwendig. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 39, 45) Im Dialog und in Kooperation mit den Betroffenen sollen gemeinsam Ziele und bewohnergetragene Lösungen entwickelt werden.

Für eine erfolgreiche Umsetzung von informellen Beteiligungsverfahren müssen bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sein. Es sollen daher in folgendem Abschnitt einige der wichtigsten Voraussetzungen für eine aussichtsreiche Beteiligung aufgezeigt werden. Anschließend werden verschiedene relevante Beteiligungsformen exemplarisch dargestellt, mit deren Hilfe die Bürger für eine kreative Entwicklung ihrer Städte gewonnen werden können.

### 3.2.1 Risiken und Potentiale erkennen und nutzen

Die steigende Zahl von Bürgerinitiativen oder Protesten gegen Großprojekte sind ein Hinweis darauf, dass sich die Bürger nicht ausreichend in den Planungsprozess eingebunden fühlen und die Beteiligung heute unverzichtbarer ist denn je. Vielfach ist die Forderung nach mehr, nach einer besseren Bürgerbeteiligung, zu hören. Jedermann soll die Möglichkeit haben, seine Interessen und Rechtspositionen zu vertreten und somit Einfluss auf Planungs- und Entscheidungsprozesse zu nehmen. Doch warum gibt es bei der Umsetzung noch so viele Schwierigkeiten?

In der Bevölkerung besteht zwar ein enormes Bereitschaftspotential sich einzubringen, doch es fehlt bei den Städten und Gemeinden bisher die Fähigkeit zur Mobilisierung und Aktivierung dieses Potentials. Dies kann unter anderem an einem oftmals noch vorherrschenden gegenseitigen Misstrauen liegen, welches bisher nicht in ausreichendem Maße überwunden wurde. So fehlt auf Seiten der Bürger das Vertrauen, dass die Beteiligungsangebote auch Aussicht auf Erfolg haben und ihre Anliegen von den Kommunalpolitikern wirklich gehört werden wollen. Die Verwaltung und Politik ist gerade aus den Gründen heraus, dass oftmals wenig Beteiligung vorliegt und man es zumeist mit den „üblichen Verdächtigen“ zu tun hat, die ja doch nur die Wünsche und Bedürfnisse einzelner Zielgruppen vertreten, lustlos gegenüber einer umfassenden Einbindung der Bürger. Diese Vorbehalte gegeneinander bestätigen und verstärken sich und enden somit in einem Kreislauf, aus dem es herauszutreten gilt. (Deutscher Bundestag, 2009, S. 76f)

Um diesem Teufelskreis zu entkommen, ist es sinnvoll eine einheitliche Vorgehensweise für die Beteiligung an Planungsprozessen festzulegen. In einer solchen Verfahrensordnung wird festgelegt, bei welchen Themen die Bürger in welchem Umfang eingebunden werden. Damit kann gegenüber den Bürgern verbindlich gezeigt werden, dass sie sich auf die Berücksichtigung ihrer Anliegen verlassen können und zum anderen wird der Politik deutlich gemacht, dass es nicht um eine Machtabgabe oder Ersetzung der

repräsentativen Demokratie geht. (Klages, 2010, S. 14, 17ff.) Es darf nicht vergessen werden, die Schranken der Beteiligung im Vorfeld deutlich zu machen. Zu hohe Erwartungen, die letztendlich an rechtlichen oder finanziellen Gründen scheitern, führen nicht zu der gewünschten Beteiligung und Akzeptanz.

In einer solchen Verfahrensordnung müssen zudem die Spielregeln für einen fairen, offenen und respektvollen Umgang untereinander formuliert werden. Hierzu gehören unter anderem die Aufklärung über rechtliche Handlungsmöglichkeiten, die Sicherstellung eines ungehinderten Informationszugangs und die Vereinbarung über die Verwendung und Veröffentlichung der Ergebnisse. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 40f) Es muss bereits zu Beginn der Beteiligung allen Akteuren bewusst sein, was die Aufgaben und Ziele sind und mit welcher Ergebnisverwendung gerechnet werden kann. Es ist ebenfalls wichtig, den Teilnehmern nach Abschluss der Beteiligung aufzuzeigen, welche Maßnahmen umgesetzt werden und vor allem auch welche Maßnahmen aus welchen Gründen nicht umgesetzt werden. Denn die letztliche Entscheidung bleibt beim Gemeinderat. Dieser muss bei der Vielfalt an Bedürfnissen und Wünschen immer beachten, dass das, was bei der Beteiligung der Bürger herauskommt, nicht zwingend effektiv, innovativ und gut sein muss. Vielmehr verfolgen alle Bürger subjektive Gemeinwohlinteressen, die nicht zwingend mit den Interessen anderer übereinstimmen müssen. (BMVBS, 2010b, S. 6)

Für die Motivation der Beteiligten bedarf es einer offenen Diskussion und Erörterung ihrer Ideen und Anregungen. Werden diese nur erarbeitet, ohne dass sie Einzug in die politischen Entscheidungen finden, sinkt die Motivation sich zu beteiligen. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 40f) Es ist daher wichtig, dass die Planung noch alle Entscheidungsräume offen lässt. Es müssen tatsächliche Mitgestaltungsspielräume gegeben sein, damit Anregungen überhaupt verarbeitet werden können. Eine Proforma-Beteiligung muss unbedingt vermieden werden, um die Bürger nicht zu frustrieren. (Selle, 2000, S. 46)

Die Institutionalisierung von Spielregeln und Verfahrensordnung sowie eine ehrliche Beteiligung kann man in einer Beteiligungskultur zusammen fassen. Diese muss in Politik und Verwaltung verankert sein, um die Bürger für den Entwicklungsprozess zu gewinnen. Sie muss den Bürgern das Gefühl geben, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und ihre Ideen und Anregungen Einfluss auf den Entscheidungsprozess nehmen.

Eine frühzeitige Information und Einbindung der Bürger ist für deren Einstellung gegenüber dem Verfahren von wesentlicher Bedeutung. Eine offene Informationspolitik und Konfliktbehandlung ist für die Akzeptanz des Beteiligungsverfahrens wichtig. Der öffentliche Entscheidungsprozess muss so früh wie möglich transparent gemacht werden. (Selle, 2000, S. 30f) Je begreifbarer die Notwendigkeit der Beteiligung für den einzelnen Bürger ist und je deutlicher er in seinem eigenen Lebensumfeld betroffen ist, desto eher lassen sich die Bürger zu einer Beteiligung aktivieren. Auch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2010b, S. 6) weist darauf hin, dass je konkreter das zu behandelnde Thema sei, desto einfacher sei auch die Einbindung der Bürger. Je komplexer die Entwicklungsprobleme sind, desto schwieriger wird es hingegen engagierte Menschen zu aktivieren. Oftmals ist zu beobachten, dass unzufriedene Bürger mehr Interesse zeigen an Veränderungen mitzuwirken. Sind die eigenen Grundbedürfnisse hingegen befriedigt und ist kein Mangel offensichtlich, so sehen weniger Bürger die Notwendigkeit sich einzubringen.

Um gegenseitigen Missverständnissen vorzubeugen, muss sich bei den Bürgern ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass nicht alle ihre Vorschläge und Wünsche durch Politik und Verwaltung umgesetzt werden können und auch nicht alles, was sie gut finden, auch für andere gut ist. (BMVBS 2010b, S. 6) Ebenso dürfen sich die Verwaltungsmitarbeiter nicht aus Sorge vor zu hohen Ansprüchen der Bürger gegenüber deren Beteiligung verschließen. Hilfreich kann es daher sein, die Prozesse der Stadtentwicklung von einem neutralen Dritten moderieren zu lassen, der als Vermittler und Übersetzer zwischen den Erwartungen der Bürger und der Leistungs-

fähigkeit der Verwaltung auftritt. Als Spezialist kann er bei der Suche nach den richtigen Beteiligungsformen unterstützend mitwirken oder diese gar übernehmen. (BMVBS 2010b, S. 8)

Zusammengefasst muss bei der Hinzuziehung von informellen Beteiligungsverfahren insbesondere darauf geachtet werden, dass (Selle, 2000, S. 202ff.)

- die Beteiligung frühzeitig stattfindet und das Verfahren für jeden transparent und verständlich ist,
- Spielregen für einen fairen Umgang geschaffen sind, sodass alle einen Nutzen aus der Beteiligung ziehen können,
- verständliche und vollständige Informationen für alle zugänglich sind,
- echte Mitwirkungsmöglichkeiten gegeben werden,
- alle Beteiligten zeitlich, räumlich und kommunikativ die Möglichkeit haben ihre Ideen einzubringen,
- eine Selektivität vermieden wird, also der Ungleichbehandlung verschiedener sozialer Gruppen entgegen gewirkt wird und
- politische Gremien die Ergebnisse der Beteiligung ernst nehmen und bei ihren Entscheidungen berücksichtigen.

### 3.2.2 Die richtige Beteiligungsform

Die Beteiligungsverfahren müssen stets auf die Gegebenheiten vor Ort abgestimmt werden und sich der Individualität der Stadt anpassen. Denn die Bürger wollen „keine gesichtslosen, austauschbaren Projekte, wie sie überall entstehen“ (Büllesbach, 2011, S. 370). Es muss darauf geachtet werden, dass die Verfahren sich an den Bedürfnissen und Vorerfahrungen der Beteiligten orientieren, sodass auch die „Richtigen“ beteiligt werden. Bei Beteiligungsprozessen wird es immer unterrepräsentierte soziale Gruppen geben, die nicht so artikulationsfähig und gewandt im Umgang mit Behörden sind oder nicht über ausreichend freie Zeit verfügen. Die Beteiligungsangebote müssen also darauf ausgerichtet sein, auch diese

Gruppen zu erreichen und der Ungleichbehandlung organisierter und nicht-organisierter Interessen entgegenzuwirken. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 40f)

Da an dieser Stelle nicht alle Verfahren und Methoden der Bürgerbeteiligung vorgestellt werden können, werden fünf für die Stadtentwicklung auf lokaler Ebene relevante Formen und ihre Funktionen exemplarisch dargestellt.

- Um Visionen zu entwickeln und die Zukunft zu gestalten wird die Methode der Zukunftswerkstatt vorgestellt.
- Um Ideen zu sammeln, Kommunikation zu schaffen und Energien zu bündeln eignet sich die Methode der Arbeitsgruppen.
- Durch die Methode Participatory Rapid Appraisal können Meinungen eingeholt und Bürger aktiviert werden.
- Um Planungsprozesse zu initiieren und gestaltend zu begleiten, sind die Methoden Planning for Real und Perspektivenwerkstatt geeignet.

Die Anzahl und Vielfalt an Beteiligungsverfahren ist groß und nicht immer können die Verfahren ganz trennscharf unterschieden werden. Bei der Anwendung ist es wichtig verschiedene Methoden miteinander zu kombinieren. Dadurch werden die Verfahren ständig mit neuen Elementen ergänzt und weiterentwickelt. In der Literatur lassen sich zu den einzelnen Methoden und den zahlreichen weiteren Beteiligungsformen vertiefende Darstellungen finden[4].

[4] Siehe hierzu u.a.: „Politik beleben, Bürger beteiligen/Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle“ der Bertelsmann Stiftung oder „Praxis Bürgerbeteiligung/Ein Methodenhandbuch“ der Stiftung Mitarbeit (www.buergergesellschaft.de/politische-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung/) sowie „Informieren, Beteiligen, Kooperieren“ von Bischoff/Selle/Sinnig, 2005.

| **Zukunftswerkstatt** | |
|---|---|
| Definition | Die Teilnehmer erarbeiten gemeinsam wünschenswerte und mögliche aber auch unmögliche Zukunftsentwürfe und überprüfen diese auf ihre Realisierbarkeit. |
| Zeitlicher Aufwand | Idealerweise 2-3 Tage |
| Teilnehmer | Von ausgewählten Zielgruppen bis zu gemischten Gruppen aus Einzelpersonen |
| Ablauf | 1. Kritikphase: Themenbezogene Bestandsaufnahme der Probleme und negativen Erfahrungen<br>2. Phantasiephase: Positive Wendung der Kritikpunkte und Utopienentwicklung<br>3. Verwirklichungsphase: Überprüfung der Utopien auf realisierbare Lösungen |
| Arbeitsweise | Besonders wichtig sind die konsequente Strukturierung des Problemlösungsprozesses und der Einsatz kreativitätsfördernder Methoden und Visualisierungstechniken mithilfe von qualifizierten Moderatoren. |
| Ziel | Mit einem weitreichenden ergebnisoffenen Handlungsrahmen eine Vielzahl von kreativen, breit gefächerten Ideen und neuen Lösungswegen entwickeln. |
| Ergebnisverwendung | In der Realisierungsphase können die Teilnehmer erste konkrete, einfache Handlungsschritte entwickeln, an die bei der Weiterarbeit angeknüpft werden kann. Die Teilnehmer sollten klären, ob und in welchen Zusammenhängen sie die Ergebnisse weiter verfolgen können. |
| Zielgruppen | Das Verfahren eignet sich grundsätzlich für alle Zielgruppen, spricht aber vermehrt ein akademisch geprägtes Publikum sowie in modifizierter Form Kinder und Jugendliche an. |

**Tabelle 1: Zukunftswerkstatt**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 138-142**

| **Arbeitsgruppe** | |
|---|---|
| Definition | Eine Arbeitsgruppe besteht aus mehreren Personen, die gemeinsam und oft kontinuierlich an inhaltlich klar definierten Themen und Fragestellungen arbeiten. |
| Zeitlicher Aufwand | Die Zusammenarbeit ist meist langfristig (bis zur Aufgabenerledigung) ausgerichtet. |
| Teilnehmer | Ein begrenzter Kreis von Einzelpersonen |
| Ablauf | 1. Aufgaben- und Problemstellungen definieren und grobes Arbeitsprogramm festlegen<br>2. Themen bearbeiten, punktuell Hinzuziehung von Fachleuten möglich |
| Arbeitsweise | Entweder vollständig eigenverantwortlich oder mit Unterstützung externer Dritter, arbeiten sie meist als Teil eines großen Prozesses. Bei umfangreicheren Planungs- und Entwicklungsprojekten arbeiten mehrere Arbeitsgruppen parallel zu unterschiedlichen Fragestellungen. |

| | |
|---|---|
| Ziel | Die Teilnehmer können sich intensiv mit Themen auseinandersetzen und in der Diskussion und dem Gespräch mit anderen Erfahrungen und Standpunkte austauschen. So können gemeinsam zu Themen und Planungen Stellungnahmen abgegeben werden und konkrete (alternative) Lösungsvorschläge erarbeitet werden. |
| Ergebnisverwendung | Es ist wichtig, die Gruppenergebnisse rechtzeitig und wirkungsvoll in aktuelle oder laufende Planungen, Projekte und Entwicklungen einzubinden. |
| Zielgruppen | Die Mitwirkung von bestimmten Zielgruppen kann beispielsweise durch Seniorenarbeitsgruppen oder Arbeitsgruppen ausländischer Mitbürger erleichtert werden. |

**Tabelle 2: Arbeitsgruppen**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 126-129**

| **Participatory Rapid Appraisal (PRA)** | |
|---|---|
| Definition | Eine PRA dient der authentischen Erfassung von Problemwahrnehmungen, Meinungen, Ideen und Perspektiven innerhalb kurzer Zeit. |
| Zeitlicher Aufwand | Zwischen einigen Tagen und maximal sechs Wochen |
| Teilnehmer | die Betroffenen einer Region |
| Ablauf | Samstag/Sonntag – Schulung von 10 bis 20 Interviewern mit möglichst wenig Wissen über die Zielgruppe<br>Montag – Ortsbegehung<br>Montag bis Mittwoch – Durchführung von „Küchentischgesprächen“ und Erfassung von Ideen und Problemen<br>Donnerstag – Auswertung in Schaubildern und Plakaten<br>Freitag – öffentliche Präsentationsveranstaltung |
| Arbeitsweise | Durch sogenannte „Küchentischgespräche“ in Familien und mit Gruppen werden die Sachverhalte erfasst und jeweils die Anregungen und Ideen auf 10 Karten erfasst. Diese werden ausgewertet und Oberthemen zugeordnet. Durch die Aufnahme immer neuer Fragen und Erkenntnisse werden die Situation und die Handlungsmöglichkeiten schrittweise vervollständigt und mit der Bevölkerung diskutiert und, wenn möglich, auch direkt gewichtet. |
| Ziel | In kurzer Zeit sollen Probleme und Entwicklungschancen einer Region mit der Bevölkerung erfasst und Handlungsoptionen gefunden werden. |
| Ergebnisverwendung | Bei der Präsentationsveranstaltung geht es darum, Vereinbarungen auszuhandeln, wie es weiter gehen soll. |
| Zielgruppen | Durch Auswählen der Gesprächspartner kann auf eine gleichmäßige Verteilung der Zielgruppen geachtet werden. |

**Tabelle 3: Participatory Rapid Appraisal**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 158-161**

| **Planning for Real** | |
|---|---|
| Definition | Planning for Real ist ein gemeinwesenorientiertes, mobilisierendes Planungsverfahren. Mithilfe eines dreidimensionalen Modells des Wohngebietes soll eine Verständigung über Mängel, Ideen und eigene Fähigkeiten angeregt werden, um damit Selbsthilfekräfte zu wecken. Das Verfahren ist eher auf baulich-räumliche Fragestellungen ausgerichtet. |
| Zeitlicher Aufwand | Das Verfahren ist befristet. Es können sich Gruppen bilden, die auch danach gemeinsam etwas bewegen wollen. |
| Teilnehmer | Eine unbegrenzte Anzahl von Bewohnern |
| Ablauf | 1. Bildung einer Gruppe von „treibenden Kräften“ entweder aus dem Wohngebiet selbst erwachsen oder extern (Bsp. durch die Verwaltung) angestoßen.<br>2. Bau eines transportablen Modells des Wohnortes aus einfachen Materialien (Papier, Pappe, etc.).<br>3. An öffentlichen Orten mit dem Modell präsent sein, um über Wohnsituation, Probleme und gemeinsame Wünsche mit Passanten ins Gespräch zu kommen. Das Modell wird dabei laufend ergänzt und umgebaut.<br>4. Zugleich werden Talente- oder Nachbarschaftshilfebögen verteilt, um Fähigkeiten und Interessen für eine Tauschbörse zu sammeln und die Menschen dazu anzuregen, über eigene Fähigkeiten nachzudenken, die sie für die Entwicklung ihres Ortes einbringen können.<br>5. Bei einer großen Ereignis-Veranstaltung sollen durch die intensive Arbeit am Modell die Veränderungswünsche zusammengeführt werden und nach Dringlichkeit und Umsetzbarkeit sortiert werden.<br>6. Anschließend bilden sich Arbeitsgruppen, die sich um die Umsetzung bemühen. Es werden Aktionspläne mit Zeitprioritäten und Verantwortlichkeiten erstellt. |
| Arbeitsweise | Die Bewohner tauschen sich selbständig untereinander aus und erst wenn der Meinungsbildungsprozess vorangeschritten ist (spätestens zur großen Veranstaltung) kommen Experten zum fachlichen Austausch hinzu. |
| Ziel | Bewohner für ihren Stadtteil zu interessieren und sie aktiv an dessen Entwicklung teilhaben zu lassen. Es sollen sowohl kreative Potentiale als auch soziale Kompetenzen der Bewohner genutzt werden. |
| Ergebnisverwendung | Um den aktivierenden Charakter zu fördern, ist es wichtig, bereits nach kurzer Zeit erste Erfolge sichtbar zu machen. |
| Zielgruppen | Durch die Kommunikation an Alltagsplätzen im Vorbeigehen, können vor allem sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen davon profitieren. Durch die leicht verständliche Visualisierung und der kreativen Auseinandersetzung mit dem eigenen Wohngebiet ist dieses Verfahren in modifizierter Weise vor allem auch für Kinder und Jugendliche geeignet. |

**Tabelle 4: Planning for Real**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 135-138**

| **Perspektivenwerkstatt** | |
|---|---|
| Definition | Die Perspektivenwerkstatt ist ein Großgruppenverfahren, welches sich insbesondere durch seine schnelle, stark visualisierende Arbeitsweise auszeichnet. |
| Zeitlicher Aufwand | Ein (verlängertes) Wochenende |
| Teilnehmer | Von 50 bis zu mehreren hundert Teilnehmern |
| Ablauf | 1. Vorbereitungsphase: Beauftragung eines Projektteams, Zusammenstellung aller notwendigen Informationen, Erarbeitung eines Programms, Öffentlichkeitsarbeit und Herstellung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen.<br>2. Werkstattphase: Teilnehmer arbeiten in Arbeits- und Planungsgruppen an konkreten Fragestellungen, deren Ergebnisse fortlaufend für alle visualisiert werden.<br>3. Präsentation: Das Projektteam analysiert die gewonnenen Erkenntnisse, Ideen und Lösungsvorschläge und fasst diese zu einem umsetzbaren, visualisierten Planungsvorschlag zusammen. Dieser wird in einer Abschlussveranstaltung präsentiert. |
| Arbeitsweise | Moderatoren unterstützen die Gruppen mit vielfältigen (Kreativitäts-)Methoden. |
| Ziel | An einem Wochenende alle Akteure an einen Tisch zu bekommen und in einer intensiven Arbeitsphase ein gemeinsames Ergebnis zu erzielen. |
| Ergebnisverwendung | Ein Bericht mit den Ergebnissen und ergänzenden Materialien ist nach wenigen Wochen allen Beteiligten zu verteilen. Über die Umsetzung entscheidet dann das Gremium vor Ort. |
| Zielgruppen | Durch die Einbindung von Multiplikatoren in die Projektgruppe können auch sonst unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen aktiviert werden. |

**Tabelle 5: Perspektivenwerkstatt**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 142-147**

## 3.3 Möglichkeiten des Web 2.0

An den Informations- und Kommunikationsgewohnheiten der Menschen hat sich mit der Verbreitung des Internets und der steigenden Zahl der Nutzer einiges geändert. Informationen fließen schneller und die Masse der Informationen wird größer. Das Internet ist so dynamisch wie kein anderer Lebensbereich. Auch in den Rathäusern ist das Internet angekom-

men und Stichworte wie E-Government[5], E-Democracy[6] oder E-Participation[7] werden wie selbstverständlich verwendet. Die Erwartungen an die politische Teilhabe von Seiten der Verwaltung wie auch auf Seiten der Bürger sind gestiegen. Bisherige Formen der Beteiligung sollen effektiver und attraktiver und durch neue Formen ergänzt werden. Das sogenannte „Mitmach-Internet" verschafft den Bürgern eine aktivere Rolle und erlaubt noch einflussreichere Möglichkeiten der Mitwirkung. (Hill, 2010, S. 33; Feindt, 2002, S. 435)

Das Web 2.0 beschreibt ein „schnelles, multimediales Netz, das zum Mitmachen anregt" (Domscheit, 2009). Mit geringem Aufwand ermöglicht es jedem Nutzer sich öffentlich einzubringen und mitzudiskutieren (Klein, 2010). Bewertungsmechanismen, Kommentierungsmöglichkeiten und die Einbindung von Multimedia-Dateien wie Fotos, Audio- und Videodateien, gehören zu klassischen Web 2.0-Angeboten. Durch die nichthierarchischen und anonymen Strukturen bietet das Internet die Möglichkeit soziale Hemmungen und Schranken einfacher zu überwinden und auch zurückhaltendere Menschen selbstbewusster agieren zu lassen. (Initiative eParticipation, 2005, S. 6) Nach Märker/Wehner (2007, S. 370) geht es aber nicht darum vorhandene Beteiligungsverfahren lediglich zu digitalisieren, sondern vielmehr sollen mithilfe neuer Medien neue Formen der Beteiligung entwickelt werden.

In der Studie zum Branchenkompass 2011 (Steria Mummert Consulting AG/F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH, 2011, S. 3ff.) sieht die Mehrheit der Befragten[8] positive Auswirkungen der internetgestützten Beteiligung für das Image ihrer Behörden.

[5] E-Government bezeichnet die Vereinfachung und Abwicklung von Geschäftsprozessen mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien (Zechner, 2007, S. 457).
[6] E-Democracy beinhaltet verschiedene Formen zur Verbesserung der demokratischen Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen mit der Unterstützung von Informations- und Kommunikationstechnologien. (Zechner, 2007, S. 457).
[7] E-Participation geht über reine Informationsbereitstellung hinaus und soll die direkte Kommunikation und Diskussion zwischen Verwaltung, Bürgern und Politik über elektronische Medien fördern. (Zechner, 2007, S. 459).
[8] Befragt wurden 100 Entscheider aus 100 großen deutschen Kommunal-, Bundes- und Landesverwaltungen.

Nach eigenen Einschätzungen der Befragten gibt es noch große Spielräume die Beteiligung und Transparenz zu verbessern, wobei die größten Hindernisse dabei fehlende Personalkapazitäten und finanzielle Restriktionen seien. Auch sei die Verwaltungskultur noch nicht auf eine stärkere Öffnung und Transparenz oder gar Mitsprache der Bürger vorbereitet. In privaten Netzwerken wie Facebook ist immerhin schon jede dritte befragte Behörde vertreten (vgl. Abbildung 3) und 55 % der Verwaltungen wollen noch in diesem Jahr weiter in Angebote des Web 2.0 investieren.

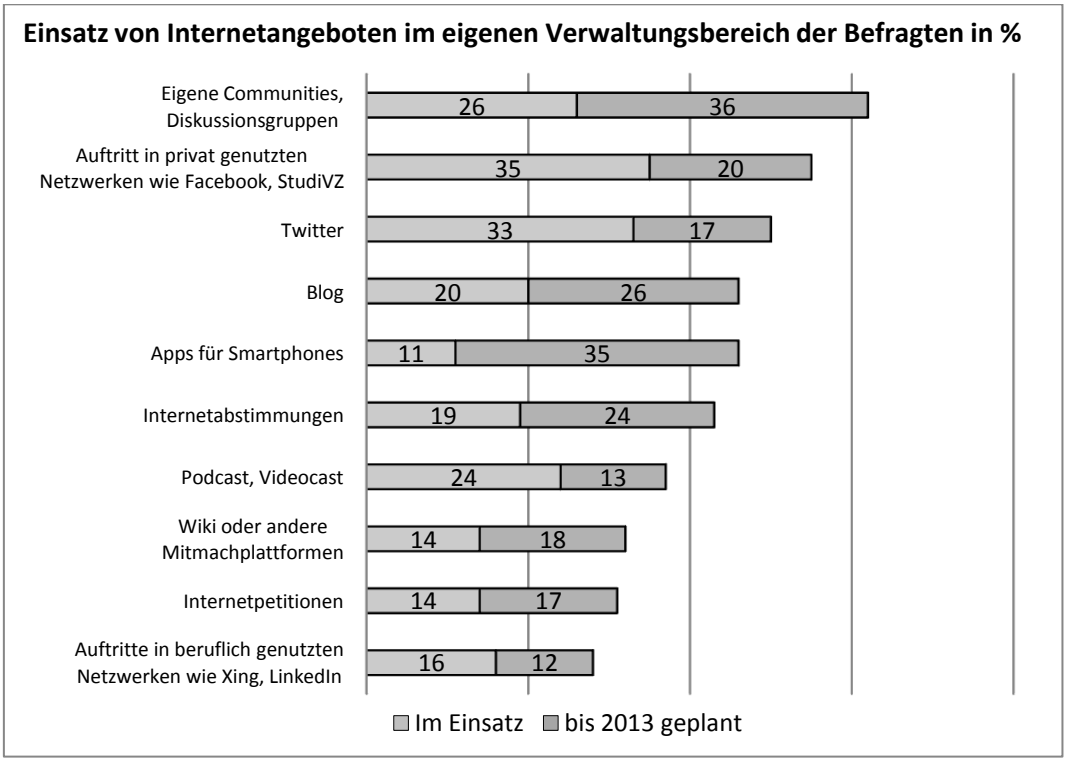



**Abbildung 3: Einsatz von Internetangeboten im Verwaltungsbereich**
**Quelle: Steria Mummert Consulting, F.A.Z.-Institut, Branchenkompass 2011: http://www.steria-mummert.de/images/5000/BK_Public_2011_S16_Infografik_Web.jpg [13.07.2011]**

In den meisten Kommunen bleiben die Beteiligungsaktivitäten über das Internet noch hinter den Möglichkeiten zurück und bedürfen einer qualifizierten Weiterentwicklung. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 33, 45f) Dabei birgt gerade das Internet noch viel Potential. Nach der ARD/ZDF-Onlinestudie 2011 (van Eimeren/Frees, 2011, S. 334ff.) sind inzwischen

73,7 % der Deutschen Onliner[9], was einem Zuwachs zum Vorjahr von 2,7 Millionen Menschen entspricht. Auf dem Vormarsch ist dabei vor allem die Gruppe der über 50-jährigen, von denen inzwischen 47 % online sind. Auch der Anteil der über 60-jährigen ist im Vergleich zu 2010 von 28,2 % auf 34,5 % gestiegen (vgl. Abbildung 4).

| Internetnutzer in Deutschland 2005 bis 2011 | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| zumindest gelegentliche Onlinenutzung, in % | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
| **Gesamt** | **57,9** | **59,5** | **62,7** | **65,8** | **67,1** | **69,4** | **73,3** |
| Männer | 67,5 | 67,3 | 68,9 | 72,4 | 74,5 | 75,5 | 78,3 |
| Frauen | 49,1 | 52,4 | 56,9 | 59,6 | 60,1 | 63,5 | 68,5 |
| 14-19 Jahre | 95,7 | 97,3 | 95,8 | 97,2 | 97,5 | 100 | 100 |
| 20-29 Jahre | 85,3 | 87,3 | 94,3 | 94,8 | 95,2 | 98,4 | 98,2 |
| 30-39 Jahre | 79,9 | 80,6 | 81,9 | 87,9 | 89,4 | 89,9 | 94,4 |
| 40-49 Jahre | 71,0 | 72,0 | 73,8 | 77,3 | 80,2 | 81,9 | 90,7 |
| 50-59 Jahre | 56,5 | 60,0 | 64,2 | 65,7 | 67,4 | 68,9 | 69,1 |
| ab 60 Jahre | 18,4 | 20,3 | 25,1 | 26,4 | 27,1 | 28,2 | 34,5 |
| in Ausbildung | 97,4 | 98,6 | 97,6 | 96,7 | 98,0 | 100 | 100 |
| berufstätig | 77,1 | 74,0 | 78,6 | 81,8 | 82,3 | 82,4 | 87,0 |
| Rentner/nicht berufstätig | 26,3 | 28,3 | 32,0 | 33,6 | 34,7 | 36,4 | 45,0 |
| Basis: Bis 2009: Deutsche ab 14 Jahren in Deutschland. Ab 2010: Deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahren. | | | | | | | |

**Abbildung 4: Internetnutzer in Deutschland in %**
**Quelle: Eigene Darstellung nach van Eimeren/Frees, 2011, S. 336**

Die Möglichkeiten der Online-Beteiligung sind noch lange nicht ausgeschöpft und dennoch werden die Interaktionsmöglichkeiten des Internets die klassischen Kommunikationsmittel nur ergänzen und nicht ersetzen können, da beide Formen von unterschiedlichen Personengruppen unterschiedlich genutzt werden. Es geht um eine quantitative und qualitative Verbesserung der bisherigen Verfahren, indem vor allem Zugangshürden abgebaut, die Teilnehmerzahlen gesteigert und Wissen anschaulicher und

[9] Onliner sind alle deutschsprachigen Personen ab 14 Jahren die zumindest gelegentlich das Internet nutzen.

leichter vermittelt werden kann. (Kubicek/Lippa/Westholm, 2009, S. 16; Molitor, 2007, S. 43)

In folgendem Abschnitt wird aufgezeigt, was bei Online-Elementen zu beachten ist. Darauffolgend werden Beispiele dargestellt, wie das Internet bei Stadtentwicklungsmaßnahmen die Beteiligung qualitativ ergänzen und unterstützen kann.

### 3.3.1 Vorteile und Bedingungen

Wer die Beteiligung der Bürger an Planungs- und Entscheidungsprozessen mithilfe des Internets ausbauen möchte, muss wie bei informellen Verfahren auf konventionelle Art und Weise einige Dinge beachten. Für Beteiligungsformen über das Web 2.0 müssen im Vorfeld die gleichen Überlegungen angestellt werden wie für informelle Verfahren sowie weitere Bedingungen erfüllt werden.

Die Erstellung und Pflege von Online-Beteiligungsplattformen ist kostenintensiv und bedarf einer intensiven personellen Betreuung. Es ist daher im Vorfeld der Kosten-Nutzen-Faktor bewusst abzuwägen. Online-Beteiligungen, die zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, sorgen für Frust auf beiden Seiten. Stehen die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen nicht zur Verfügung, sollte im Zweifelsfall auf die Programmierung komplexer Online-Module verzichtet werden. (Kubicek/Lippa/Westholm, 2009, S. 226)

Es dürfen in keiner Weise aufgrund fehlender technischer Möglichkeiten Menschen von den Beteiligungsangeboten ausgeschlossen werden. Um eine „digitale Spaltung“ der einzelnen Zielgruppen zu vermeiden, muss darauf geachtet werden digitale und reale Beteiligungsformen in Kombination zu verwenden. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 171) Der kürzeste und bequemste Weg ist zu lang, wenn die Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten nicht beim Bürger ankommen und nicht genutzt werden. Dies bedeutet, dass auch bei internetgestützten Beteiligungen die Bürger der Überzeugung sein müssen, dass ihr eigener Beitrag Einfluss auf die Ent-

scheidungen nimmt, demnach eine Beteiligungskultur verankert ist. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 33, 45)

Mehr noch als bei den herkömmlichen informellen Verfahren müssen bei der Nutzung des Internets im Vorfeld die Zielgruppen, auf welchem Weg diese zu erreichen und mit welchen Kommunikationsangeboten sie einzubinden sind, gründlich herausgearbeitet werden. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 33, 45f) Die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Beteiligungsverfahren spielt eine große Rolle. Daher müssen Mediennutzungsgewohnheiten und technische Möglichkeiten (Internetzugang, PC-Ausstattung) der Adressaten bei der Auswahl entsprechender Formen berücksichtigt werden. (Kubicek/Lippa/Westholm, 2009, S. 118, 224)

Der Informationsaustausch über das Internet erfolgt schnell und einfach. Da Informationen 24 Stunden, sieben Tage die Woche online zur Verfügung stehen, ersparen sie dem Bürger den Weg ins Rathaus. Ohne sich nach bestimmten Öffnungszeiten richten zu müssen oder an Termine gebunden zu sein, können die Bürger miteinander kommunizieren und strittige Themen diskutieren. (Kubicek/Lippa/Westholm, 2009, S. 16) Da alle Texte schriftlich vorliegen werden Reaktionen anderer herausgefordert und den Bürgern bleibt zugleich mehr Zeit, ihre Beiträge zu formulieren. (Initiative eParticipation, 2005, S. 6) An die Verwaltung wird dadurch der Anspruch gestellt, zeitnah auf Beiträge zu reagieren. Erscheint eine Homepage nicht aktuell oder ist das Profil im sozialen Netzwerk leblos, schreckt das eher ab. (Lindloff/Märker, 2010, S. 204) Um nicht an hierarchischen Strukturen zu scheitern, ist es daher unabdingbar klare Befugnisse festzulegen, wer im Namen der Gemeinde Beiträge beispielsweise in Sozialen Netzwerken erstellen darf. (BMVBS, 2010c, S. 56)

Um den entstehenden Aufwand auszugleichen, bekommen die Behörden und Entscheidungsträger dafür nicht nur Einblicke in die Wünsche und Gedanken vieler Bürger, sondern haben zugleich eine Bündelung und Priorisierung der Ideen und Anregungen durch die Bürger selbst. Die Bürger beschäftigen sich mit den Themen, Vorschlägen und Anregungen

während der Diskussionsphase im Internet erst einmal selbständig und können diese zugleich werten und ergänzen. Die Beiträge, die an Behörden und Entscheidungsträger weitergereicht werden, sind bereits vielfältig diskutiert, durch Moderatoren aufbereitet und vereinen die Gedanken vieler Beteiligter. Dies bedeutet eine Arbeitserleichterung nicht nur durch weniger und doch hochwertigere Vorschläge, sondern auch dadurch, dass Anfragen der Bürger aufgrund der vorigen Bündelung zurückgehen und Antworten zugleich an eine große Menge Beteiligter bekannt gegeben werden können. (Hagedorn, 2007, S. 20f)

Den Beteiligungszahlen aus Modellprojekten kann entnommen werden, dass die Zahl derer, die passiv an den Diskussionen im Internet teilnehmen, um ein Zehnfaches höher ist als die Zahl derjenigen, die selbst Beiträge und Kommentare verfassen. (Hagedorn, 2007, S. 21) Womit insgesamt eine sehr breite Bevölkerungsgruppe für wichtige Ziele mobilisiert werden kann, was zu mehr Akzeptanz und Zufriedenheit mit politischen Entscheidungen führt. Durch das Internet können neue Zielgruppen gewonnen und vor allem Jugendliche und junge Erwachsene wieder für Politik begeistert werden. (Initiative eParticipation, 2005, S. 6)

### 3.3.2 Ergänzende Beteiligungsformen

Zusätzlich zu den traditionellen, informellen Beteiligungsformen über den direkten Bürgerkontakt, hat die technische Entwicklung die Menge der Möglichkeiten an Kommunikationsmitteln erweitert. Die elektronischen Formen ergänzen die traditionellen Kommunikationswege, indem sie räumliche und zeitliche Barrieren überwinden und somit die kommunikativen Möglichkeiten der einzelnen Personen vervielfachen. Die Problematiken in der Realität, die Menschen zu motivieren an Beteiligungen teilzunehmen und sich an einen gemeinsamen Tisch zu setzen, verringern sich in der virtuellen Welt. Hemmschwellen sich zu beteiligen und die eigene Meinung zu äußern können besser überwunden werden. Oftmals fällt es

leichter Ideen von anderen zu kommentieren und zu erweitern, als sie selbst in Worte zu fassen. (Kubicek/Lippa/Westholm, 2009, S. 13)

Beispielhaft sollen hier vier Formen zur Online-Beteiligung der Bürger vorgestellt werden, die aber in keiner Weise die komplette Fülle an Möglichkeiten widerspiegeln können. Es sei daher auf weiterführende Literatur und beispielhafte Modellprojekte verwiesen[10]. In der Praxis werden die einzelnen Formen meist in Kombination verwendet und stufenweise aufgebaut. Oftmals werden vor allem typische Anwendungen des Web 2.0, wie Weblogs, Multimedia-Dateien, interaktive Karten des jeweiligen Gebietes oder Fragebögen und Webformulare, integriert.

| **Online-Forum** | |
|---|---|
| Definition | In einem Online-Forum werden Diskussionen zu bestimmten Themen angeboten. |
| Zeitlicher Aufwand | Oftmals über einen längeren Zeitraum |
| Teilnehmer | Unbegrenzt |
| Ablauf | Die Teilnehmer tauschen sich themengebunden durch Artikel, Beiträge oder Kommentare aus. Unterschiedliche Fragestellungen und Optionen werden zur Diskussion gestellt oder neu entwickelt. Anregungen von anderen Teilnehmern werden zeitversetzt weiterentwickelt, verbessert und ausgebaut. |
| Arbeitsweise | Foren werden redaktionell betreut und finden moderiert statt. Damit wird sichergestellt, dass sich die Beiträge an vorher festgelegte Regeln halten. |
| Ziel | Anregungen zu bestimmten Themenfeldern, die die Zustimmung und Ideen von vielen Teilnehmern vereinigen. |
| Ergebnisverwendung | Die Anregungen sollten in den Entscheidungsprozess einfließen. Es muss bekannt gemacht werden, wie mit den Ideen umgegangen wird und was aus welchen Gründen umgesetzt oder nicht umgesetzt wird. |
| Zielgruppen | Mit speziellen Fragestellungen und optischer Gestaltung können bewusst bestimmte Zielgruppen angesprochen werden. |

**Tabelle 6: Online-Forum**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 169; Bertelsmann Stiftung, 2010, S. 43**

[10] Siehe hierzu u.a.:“E-Partizipation/Beteiligungsprojekte im Internet“, Stiftung Mitarbeit 2007; „Handbuch E-Government/Strategien, Lösungen und Wirtschaftlichkeit“, Achim Zechner, 2007; „Bürgerbeteiligung/Analysen und Praxisbeispiele“, Hill, Hermann, 2010

| **Online-Chat** | |
|---|---|
| Definition | Chats stellen kurzfristige, öffentliche „Sprechstunden“ dar. |
| Zeitlicher Aufwand | Im Vorfeld definierter Zeitraum |
| Teilnehmer | Unbegrenzt |
| Ablauf | Zu einem definierten Thema können sich beliebig viele Teilnehmer in einem Chatroom austauschen. Oftmals wird dies zur Kommunikation mit Fachleuten oder Politikern genutzt. |
| Arbeitsweise | Die Teilnehmer tauschen sich untereinander aus oder stellen Fragen an Fachleute oder Politiker. Zugleich kann auf Beiträge anderer Teilnehmer reagiert werden. |
| Ziel | Austausch von Ideen und Anregungen zu einem im Vorfeld definierten Thema. |
| Ergebnisverwendung | Beiträge der Gesprächspartner können protokolliert und transparent gemacht werden. |
| Zielgruppen | Mit speziellen Fragestellungen können bewusst bestimmte Zielgruppen angesprochen werden. |

**Tabelle 7: Online-Chat**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 169; Bertelsmann Stiftung, 2010, S. 43**

| **Stadt-Wiki** | |
|---|---|
| Definition | Sammlung von längeren, gemeinsam erarbeiteten Texten zur Kommune oder anderen festgelegten Themen. |
| Zeitlicher Aufwand | Langfristig ausgelegt |
| Teilnehmer | Alle Bürger |
| Ablauf | Allgemein oder über festgelegte Themen werden Beiträge und damit Wissen der Bürger gesammelt. |
| Arbeitsweise | Bürger verfassen Texte und Beiträge, die von anderen jeweils ergänzt und ausgebaut werden können. |
| Ziel | Sammlung von Wissen über die Kommune in Form von Problemfeldern, Ideen und konkreten Verbesserungsvorschlägen. |
| Ergebnisverwendung | Das entwickelte Wissensspektrum dient als Informations-, Recherche- und Diskussionsplattform. |
| Zielgruppen | Insbesondere technisch versierte und junge Bürger |

**Tabelle 8: Stadt-Wiki**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bertelsmann Stiftung, 2010, S. 43f**

| **Online-Ideenbörse** | |
|---|---|
| Definition | Zur Definierung und Lösung von bestehenden Problemen und Themenfeldern werden Bürger aufgerufen ihre Anliegen, Lösungsvorschläge und Ideen einzubringen. |
| Zeitlicher Aufwand | Zeitlich begrenzt |
| Teilnehmer | Unbegrenzt |
| Ablauf | Die Bürger definieren anhand von interaktiven Karten des Gebietes Problemstellen und geben zugleich Lösungsvorschläge ab. Diese können von anderen Bürgern ergänzt und kommentiert werden. |
| Arbeitsweise | Durch die genaue Bezeichnung von Problemstellen durch die Bürger können diese ausgewertet und überprüft werden. Die Bürger bringen selbst Lösungsvorschläge und Ideen ein und erweitern diese gegenseitig. |
| Ziel | Erarbeitung konkreter Vorschläge für bestimmte Themenstellungen oder Probleme. |
| Ergebnisverwendung | Die Ergebnisse müssen Einfluss in die Entscheidungsfindung nehmen. |
| Zielgruppen | Insbesondere technisch versierte und selbst betroffene Bürger |

**Tabelle 9: Online-Ideenbörse**
**Quelle: Eigene Darstellung**

# 4 Aktivierung von jungen Menschen

Die unterschiedlichen Formen und Verfahren der Bürgerbeteiligung haben unterschiedliche Ausprägungen und sprechen verschiedene soziale Gruppen wie beispielsweise Kinder und Jugendliche, Senioren, Migranten oder auch Frauen und Männer an. Um für das jeweilige Projekt die richtigen Verfahren zu identifizieren, müssen die anzusprechende Zielgruppe, ihre sozio-kulturellen Eigenschaften und ihre Nutzungsgewohnheiten bekannt sein. Nur so können die Beteiligungsverfahren auf die Bedürfnisse der Zielgruppen abgestimmt und die Beteiligung erhöht werden.

Da es bei der Stadtentwicklung vor allem darum geht das Lebensumfeld an zukünftige Bedürfnisse anzupassen, sind die künftigen Nutzer, die Kinder und Jugendlichen, besonders wichtig. Städte und Gemeinden wollen und müssen attraktiv bleiben, um Einwohner zu halten, wenn nicht gar dazu zu gewinnen. Nur so lässt sich die Versorgung der alternden und schrumpfenden Bevölkerung sichern. Stadtentwicklung und Beteiligung sind daher nicht nur für die Ausgestaltung des öffentlichen Raumes oder der Initiierung von Projekten wichtig, sondern insbesondere um die Identifikation mit der eigenen Stadt zu erhöhen. Der Staat kann die zukünftigen Aufgaben nur mit Hilfe engagierter Bürger meistern. Die frühzeitige Heranführung der Jugend an bürgerschaftliches Engagement und vor allem auch die Zusammenführung der Generationen ist ein wesentlicher Aspekt der Beteiligung bei Stadtentwicklungsprozessen.

Gerade die Einbeziehung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bis hin zu jungen Erwachsenen gestaltet sich häufig schwierig. Da sie aber eine der relevantesten Zielgruppen darstellen, wird in folgendem Abschnitt aufgezeigt, wie Kinder und Jugendliche für die Beteiligung an Planungs- und Entwicklungsprozessen begeistert und wie ihr Erfindungsreichtum und ihre Kreativität aktiviert werden können.

## 4.1 Nutzungsgewohnheiten

Junge Menschen bleiben der Beteiligung bisher meist fern und sind nicht über traditionelle Verfahren anzusprechen. Sie sind im Umgang mit Großgruppen verschiedener Generationen ungeübt und zurückhaltend und äußern ungern ihre Meinungen und Ansichten in einer Runde mit älteren und erfahreneren Bürgern. Sie sind sich oftmals der Bedeutung der Entwicklung nicht bewusst und fühlen sich in ihrem Lebensumfeld nicht betroffen. Was sollen Kinder für den Klimawandel tun – sie fahren doch selbst kein Auto? Was bedeutet demografischer Wandel für Jugendliche – die eigenen Großeltern sind doch fit? Um diese Zielgruppe dennoch für die Beteiligung zu gewinnen, müssen unterschiedliche Methoden mit meist zusätzlichen Anstrengungen angewendet werden. Die Beteiligungsformen müssen auf die Anforderungen und Interessen der Jugendlichen zugeschnitten werden. (Kubicek/Lippa/Westholm 2009, S. 191) Kinder und Jugendliche sind in hohem Maße bereit Mitverantwortung zu übernehmen, wenn ihnen Möglichkeiten eröffnet werden und diese nachvollziehbar und sinnvoll sind. Um junge Menschen für die Teilhabe an der Stadtentwicklung zu gewinnen, ist es wichtig, sie die Erfahrung machen zu lassen, dass ihre Interessen berechtigt sind und gehört werden. (BMVBS, 2010c, S. 7, 24, 84;)

Besondere Herausforderungen stellt die gezielte Zielgruppenbeteiligung an die Moderatoren. Diese müssen sich mit den Lebensumständen und den Nutzungsgewohnheiten ihrer Zielgruppe vertraut machen und das notwendige Einfühlungsvermögen sowie soziale Fähigkeiten mitbringen, um sich in die Gruppe „hineinzuversetzen“ und mit ihnen arbeiten zu können. (Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 166) Alle beteiligten Akteure müssen aufeinander zugehen und die Unterschiedlichkeiten anerkennen. Dies bedeutet für die öffentliche Verwaltung, dass sie bei Planungsaufgaben einen Bezug zu den Belangen Jugendlicher herstellt, sodass mit ihnen diskutiert werden kann. Für die Jugendlichen bedeutet es, dass sie sich auf

die formalisierten Prozesse der Verwaltung einlassen. (BMVBS, 2010c, S. 54)

Wo sind Kinder und Jugendliche anzutreffen, was bestimmt ihren Alltag? Dies ist zum größten Teil die Schule wogegen später Ausbildung, Studium und Beruf hinzukommen. Die Freizeit verbringen viele mit Freunden und in Vereinen. Für die sogenannten „Digital Natives“ gehört es dazu, immer und überall erreichbar und mobil zu sein. Der Umgang mit Handy, Fernseher, Computer und Internet ist für die jungen Generationen, die mit diesen digitalen Technologien aufgewachsen sind, eine Selbstverständlichkeit. Die 14- bis 19-Jährigen verbringen laut der ARD/ZDF-Onlinestudie 2011 in der Zwischenzeit rund 168 Minuten täglich im Internet. (van Eimeren/Frees, 2011, S. 336) Wie also kann diese Zielgruppe erreicht werden? Wie können die Nutzungsgewohnheiten in den Beteiligungsprozess richtig eingebaut werden?

Kinder und Jugendliche erreicht man am besten direkt vor Ort, in der Schule, in den Vereinen, in den Jugendhäusern oder anderen öffentlichen Treffpunkten. Um sie anzusprechen, muss systematisch an die Zielgruppe herangetreten werden und, wenn möglich, Kenner der jeweiligen Szene mit eingebunden werden. Zum einen können bei Veranstaltungen in der Schule mit Unterstützung der Lehrer während des Unterrichts oder spielerisch im Verein oder Jugendhaus, engagierte Diskussionen stattfinden. Zum anderen können Bezugspersonen wie Lehrer, Jugendarbeiter oder Trainer als Multiplikatoren[11] gewonnen werden, die durch den persönlichen Kontakt und mit entsprechenden Materialien die Jugendlichen für eine Beteiligung aktivieren und für die Teilhabe an Entwicklungsprozessen werben können. Den jungen Menschen kann somit die Bedeutung der Beteiligung für deren eigene Zukunft verständlich gemacht werden. (BMVBS, 2010c, S. 56)

[11] Als Multiplikatoren werden Personen bezeichnet, die aufgrund ihrer (beruflichen) Position (Lehrer, Pfarrer, Journalist, Vereinsvorsitzender, etc.) die Informations- und Meinungsübermittlung fördern können.

Immer öfter werden auch neue Gremien wie Kinder- und Jugendparlamente gegründet, um diese Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsprozess mit einzubinden und ihnen eine Plattform zu geben, um die eigenen Bedürfnisse kund zu tun. Bestehen solche Gremien bereits, lassen sich diese ebenfalls gut als Multiplikatoren einbeziehen, da oftmals Vertreter vieler Gruppen und verschiedener Schulen vereint sind. (Roth, 2002, S. 166)

## 4.2 Zielgruppengerechte Beteiligungsformen

Grundsätzlich sind die in Kapitel drei dargestellten Beteiligungsformen für alle Zielgruppen geeignet. Sie müssen jedoch entsprechend der jeweiligen Bedürfnisse modifiziert werden. Kinder und Jugendliche können über Kreativität und Lebendigkeit angesprochen werden, der Bezug zu ihrem persönlichen Umfeld muss deutlich werden und es müssen Anreize für eine aktive Beteiligung geschaffen werden.

Können die jungen Menschen nicht dort angetroffen werden, wo sie sich aufhalten, so muss ihr Interesse damit geweckt werden, womit sie sich gerne beschäftigen. Dies gelingt beispielsweise über Wettbewerbe oder Aktionen. Ein Malwettbewerb für Kinder („Wie sieht deine Stadt 2030 aus?“) oder ein Fotowettbewerb in Sozialen Netzwerken für Jugendliche („Welches ist dein Lieblingsplatz?“/“Wo ist der schrecklichste Fleck der Stadt?“) kann die Attraktivität der Beteiligung steigern. Jugendliche können vor allem über ihre Offenheit für Technik auch für eine politische Beteiligung gewonnen werden. (BMVBS, 2010c, S. 56; Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 166)

Es kommt bei jedem der Verfahren insbesondere darauf an, den richtigen Zugang zur Zielgruppe zu finden. So ist die Gestaltung des Themas und der zu bearbeitenden Fragestellung ebenso wichtig wie ein ansprechendes Design beispielsweise bei Online-Foren für Jugendliche. Die Heranführung und Aktivierung der Jugend durch geeignete Informationen ist für den Erfolg der Beteiligung besonders wichtig. Nachfolgend werden Bei-

spiele aufgeführt, die durch Modifikationen und ansprechende Gestaltung für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen besonders geeignet sind. Diese Formen werden in der Literatur[12] und Praxis um vielfältige weitere Ideen bereichert.

| **World Café** | |
|---|---|
| Definition | In einer zwanglosen, entspannten „Kaffeehausatmosphäre“ kommen die Teilnehmer zu einem vorgegebenen Thema ins Gespräch. |
| Zeitlicher Aufwand | Einen Tag |
| Teilnehmer | Für mittlere wie auch für große Gruppen geeignet |
| Ablauf | In mehreren aufeinanderfolgenden Gesprächsrunden von je 20-30 Minuten werden Wissen und Erfahrungen der Teilnehmer ausgetauscht. Bei jeder neuen Runde werden die Tische gewechselt, wodurch sich immer neue Gruppenkonstellationen ergeben. Nach mehreren Runden werden die Ergebnisse der verschiedenen Tische vorgestellt und die Ideen zusammengefasst und Lösungen diskutiert. |
| Arbeitsweise | Die Ergebnisse werden auf Papiertischdecken festgehalten. Ein sogenannter „Tischgastgeber“ verbleibt am Tisch um die Neuankömmlingen über die wesentlichen Diskussionsergebnisse der Vorrunde zu informieren. |
| Ziel | Wissen und Perspektiven auszutauschen wie auch kurzfristige Lösungsansätze und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. |
| Ergebnisverwendung | Die Ergebnisse und Ideen der verschiedenen Tische werden zum Schluss zusammengefasst. |
| Zielgruppen | Durch die entspannte Atmosphäre und die kreative Art sich mit einem Thema zu beschäftigen, können Jugendliche angesprochen werden. |

**Tabelle 10: World Café**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bertelsmann Stiftung, 2010, S. 36-38**

[12] Siehe hierzu u.a.: „Jugend macht Stadt/Junge Impulse für die Stadtentwicklung“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2010; „Mehr Partizipation wagen/Handlungsempfehlungen für Kommunen“ der Bertelsmann Stiftung, 2007 und „Junge Menschen wollen sich beteiligen/Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland“ der Bertelsmann Stiftung, 2006

| **Ortsbegehung** | |
|---|---|
| Definition | Mit einer Ortsbegehung sollen Handlungsfelder in der räumlichen Entwicklung herausgearbeitet werden. |
| Zeitlicher Aufwand | Ein paar Stunden bis hin zu mehrtägigen Begehungen |
| Teilnehmer | Beliebige Anzahl von Teilnehmern |
| Ablauf | In Gruppen werden die örtlichen Spielplätze und Treffpunkte begutachtet und bewertet. |
| Arbeitsweise | Zum einen kann gemeinsam von Ort zu Ort gegangen werden, um die Spielfläche oder den Treffpunkt zu begutachten. Zum anderen können Kinder und Jugendliche erst einmal alleine, beispielsweise mit Videokamera, losgeschickt werden, um gute und schlechte Aufenthaltsplätze zu erkunden. Auf einem Ortsplan können mit roten und grünen Fähnchen die Handlungsfelder herausgearbeitet werden, um das weitere Vorgehen gemeinsam zu definieren und zu priorisieren. |
| Ziel | Die Kinder und Jugendlichen sollen sich Gedanken über ihr Umfeld machen und wie dieses verbessert werden kann. Eigene Ideen sollen in die Gestaltung der Stadt einfließen. |
| Ergebnisverwendung | Die Ergebnisse der Kinder und Jugendlichen sollten in einem angemessenen Rahmen vorgestellt werden, wobei sie ihre Modelle selbst erläutern können. In das eigentliche Bauvorhaben können sie ebenso einbezogen werden, sodass sie den Umsetzungsprozess begleiten können. |
| Zielgruppen | Kinder und Jugendliche werden durch den konkreten Bezug zu ihrem Lebensumfeld einbezogen und haben die Möglichkeit, Bereiche nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Dabei erhöht sich die Identifikation mit den eigen geschaffenen Aufenthaltsräumen und damit die Sorgfalt im Umgang mit diesen. |

**Tabelle 11: Ortsbegehung**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bischoff/Selle/Sinnig, 2005, S. 161-167**

| **Planungszelle** | |
|---|---|
| Definition | In Kleingruppen wird an der Lösung einer bestimmten Fragestellung gearbeitet. |
| Zeitlicher Aufwand | 2-4 Tage, die Teilnehmer werden im Normalfall freigestellt, bei Jugendlichen können Ferien verwendet werden. |
| Teilnehmer | 25 zufällig ausgewählte Personen pro Planungszelle, es können mehrere Planungszellen zu einem Thema stattfinden. |
| Ablauf | 1. Die Teilnehmer werden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt<br>2. Bearbeitung der Fragestellung in Kleingruppen<br>3. Zusammenstellung und Präsentation eines Bürgergutachtens |
| Arbeitsweise | In wechselnden Kleingruppen werden Teilprobleme diskutiert und Lösungen entwickelt. Die Arbeitsgruppen können dabei durch Experten beraten werden. Professionelle Moderatoren unterstützen, organisieren und dokumentieren den Prozess. |

| | |
|---|---|
| Ziel | Die gemeinsame Erstellung eines Bürgergutachtens in welchem Erfahrungen, Wissen und Empfehlungen der Bürger gebündelt sind. |
| Ergebnisverwendung | Die Empfehlungen werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst und der Öffentlichkeit präsentiert. |
| Zielgruppen | Fragestellungen, die die Jugend betreffen können durch entsprechende Moderation und Unterstützung durch Experten in diesem Verfahren konkret bearbeitet werden. |

**Tabelle 12: Planungszelle**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bertelsmann Stiftung, 2010, S. 32-34**

| **Open-Space-Konferenz** | |
|---|---|
| Definition | In einem „offenen Raum“ ohne festgelegte Referenten oder Arbeitsgruppen wird, einer Kaffepause ähnelnd, viel Freiraum für Kreativität und unerwartete Lösungen geschaffen. |
| Zeitlicher Aufwand | In der Regel 2-3 Tage |
| Teilnehmer | Sehr flexibel, besonders gut für größere Teilnehmerzahlen |
| Ablauf | 1. Vorstellung des Rahmenthemas und der Grundprinzipien des Verfahrens<br>2. Bildung von Arbeitsgruppen zu selbstgewählten Themen<br>3. Selbstorganisiertes Arbeiten in Kleingruppen<br>4. In der gesamten Gruppe werden Ergebnisse und konkrete Vorhaben vorgestellt, sowie Projektgruppen gebildet |
| Arbeitsweise | Es gilt das „Gesetz der zwei Füße“, d.h. jeder kann die Arbeitsgruppen wechseln wenn er bei der Diskussion nichts mehr lernen oder dazu beitragen kann. Es ist gerade erwünscht, zwischendurch die Gruppen zu wechseln. |
| Ziel | Für ein vorgegebenes Leitthema oder Problem sollen kreative Ideen und Lösungen gefunden werden. |
| Ergebnisverwendung | Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden für alle in einer Tagesdokumentation festgehalten. |
| Zielgruppen | Aufgrund der unterschiedlichen Themen und der kreativen Möglichkeiten eignet es sich gut für junge Menschen. |

**Tabelle 13: Open-Space-Konferenz**
**Quelle: Eigene Darstellung frei nach Bertelsmann Stiftung, 2010, S. 26-29**

# 5 Stadtentwicklung in Holzgerlingen

**Abbildung 5: Lage von Holzgerlingen im Kreis Böblingen**
**Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Holzgerlingen [22.08.2011]**

Holzgerlingen ist eine lebendige Kleinstadt mit rund 12.500 Einwohnern auf einer Fläche von etwa 13 km². Inmitten der „Schönbuchlichtung", 20 km von Stuttgart entfernt, hat sich Holzgerlingen in den letzten Jahren erfolgreich zu einem wirtschaftlichen, schulischen und kulturellen Mittelpunkt entwickelt. Holzgerlingen ist nicht nur Schulstandort aller allgemeinbildenden Schulen, sondern auch Heimat für über 50 Vereine und Organisationen, die das kulturelle, sportliche und gesellschaftliche Leben der Stadt bereichern. Arbeitsplätze für rund 3.400 Menschen bieten zahlreiche Handwerksbetriebe, Dienstleistungsfirmen und größere Industrieunternehmen. Holzgerlingen ist mit Stadtbücherei, Jugendmusikschule und Freibad nicht nur für junge Familien attraktiv, sondern bietet auch für Senioren im Altenzentrum abwechslungsreiche Freizeitangebote. Stadtseniorenrat, betreutes Wohnen und ein Pflegeheim runden das vielfältige generationenübergreifende Angebot ab. (www.holzgerlingen.de [14.08.2011])

**Abbildung 6: Das Holzgerlinger Wappen: In Rot eine silberne Lilie**
**Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/47/Wappen_Holzgerlingen.png [22.08.2011]**

Wie in Tabelle 14 dargestellt liegt Holzgerlingen was Arbeitslose, Ausländeranteil oder Verschuldung anbelangt, immer (deutlich) unter dem Kreis- und Landesdurchschnitt. Die demografische Entwicklung ist den Prognosen nach für Holzgerlingen besser als für vergleichbare Städte. Holzgerlingen bekommt damit die Alterung der Gesellschaft erst verzögert zu spüren. (Landkreis Böblingen, 2010, S. 7, 17, 21) Vor allem durch die Erschließung eines neuen Wohngebietes im Jahr 2004 konnte Holzgerlingen rund 1.000 neue Einwohner, hauptsächlich junge Familien, gewinnen. (Nachrichtenblatt Holzgerlingen vom 04.09.2009, S. 6, Anlage 7)

| **Statistische Daten** | Holzgerlingen | Kreis Böblingen | Baden-Württemberg |
|---|---|---|---|
| Arbeitslose je 1000 Einwohner (2009) | 36,8 | 51,4 | 57,8 |
| Ausländeranteil in % (2009) | 10,6 | 14,4 | 11,8 |
| Schulden in Euro je Einwohner (2009) | 445 | 625 | 883 |
| Bevölkerungswachstum bis 2030 in % | + 1,5 | - 3,9 | - 3,5 |
| Durchschnittsalter 2009 | 40,8 | 42,2 | 42,5 |
| Durchschnittsalter 2030 | 45,4 | 46,4 | 46,6 |

**Tabelle 14: Statistische Daten für Holzgerlingen**
**Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Landkreis Böblingen, 2010, S. 7, 17, 21**

Obwohl Holzgerlingen derzeit in fast allen Bereichen, ob finanziell oder strukturell, sehr gut aufgestellt ist, möchten der Gemeinderat und die Verwaltung die Entwicklung weiter stärken und fördern. Gemeinsam sollen Ziel- und Zukunftsperspektiven für die wesentlichen Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeiten, Mobilität, Kultur und Soziales entwickelt werden. Um die Bürger angemessen in den Entwicklungsprozess einzubinden, konnte die STEG (Stadtentwicklung GmbH)[13] als professionelle und neutrale Unterstützung gewonnen werden. Die STEG organisiert und moderiert den gesamten Stadtentwicklungsprozess und unterstützt die Bürger mit fachlichem Wissen. Ziel des Stadtentwicklungsprozesses ist die Erhebung von Defiziten, Problemen und auch Potentialen. Darüber hinaus sollen Handlungsschwerpunkte definiert, sowie entsprechende Maßnahmen und Projekte erarbeitet werden. Der Gemeinderat möchte die Bürger dazu ermutigen, sich aktiv in die Stadtentwicklung einzubringen. Die Identifikation mit der Stadt Holzgerlingen soll gestärkt und das bestehende Gemeinschaftsgefühl weiter ausgebaut werden. (Protokoll Klausurtagung 18./19.03.2011, Anlage 1) Der Gemeinderat möchte den Bürgern die Chance geben, eigene Wünsche, Ziele und Anregungen einzubringen. Zugleich sollen Alt und Jung zusammengebracht werden. Aus einer Befragung der Gemeinderäte (Anlage 6) geht hervor, dass sie sich eine breite Beteiligung über alle sozialen Gruppen hinweg wünschen. Zudem soll das Verständnis für die Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung verbessert werden, um beide Ebenen einander anzunähern. Die Bedenken sind unter anderem, dass eine geringe Teilnehmerzahl keinen repräsentativen Charakter besitzt und zu viele Eigeninteressen vertreten werden. Zudem könnte fehlende Sachkenntnis der Bürger dazu führen, dass Themen aufgrund von Machbarkeit und Finanzierbarkeit scheitern. (Befragung Gemeinderäte, Anlage 6)

Um den Stadtentwicklungsprozess vorzubereiten haben sich Gemeinderat und Verwaltung unter Moderation der STEG bereits auf einer Klausursit-

[13] Die STEG Stadtentwicklung GmbH bietet mit rund 120 Mitarbeitern seit 50 Jahren Dienstleistungen für nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklungen an. Mehr unter: www.steg.de.

zung im März 2011 Gedanken über mögliche Themen und Entwicklungsrichtungen gemacht. Der Beteiligungsprozess begann für die Bürger im April beim „Holzgerlinger Bürgergespräch“. Hierzu fanden sich interessierte Bürger, Gemeinderäte und Verwaltungsmitarbeiter in der Stadthalle ein. Nach einer kurzen Vorstellung der STEG und des geplanten Prozessablaufs sowie der wichtigsten Zahlen von Holzgerlingen wurden anhand einer Kärtchenabfrage die Stärken und Schwächen Holzgerlingens analysiert (vgl. Anlage 2). Mit diesen Themenkategorien fand im Mai der erste „Bürgertisch“ statt, bei dem sich alle interessierten Teilnehmer vorstellten und Themen nannten, für die sie sich engagieren möchten. Anschließend wurden Arbeitsgruppen zu folgenden Themen gebildet: Bauliche Entwicklung, Handel und Dienstleistung, Verkehr, Soziales sowie Umwelt/Klima/Freiraum. In einer darauffolgenden Gruppenphase lernten sich die Mitglieder der einzelnen Gruppen kennen und definierten Visionen und Themenschwerpunkte, die in den nächsten Monaten erarbeitet und weiterentwickelt werden sollen. Zum Schluss präsentierten die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse in der gesamten Runde.

Seitdem treffen sich die einzelnen Arbeitsgruppen selbständig, erarbeiten Themen und präsentieren diese bei regelmäßigen Bürgertischen den anderen Gruppen und allen interessierten Bürgern. Alle Bürger, die selbst nicht am Entwicklungsprozess teilnehmen, können alle Protokolle und Präsentationen der Bürgertische sowie Ausarbeitungen der Arbeitsgruppen auf der städtischen Homepage herunterladen. Die Arbeitsgruppen können zudem Berichte und Ergebnisse im Amtsblatt abdrucken lassen.

Für einen erfolgreichen Stadtentwicklungsprozess sind im Moment alle Beteiligten fleißig an der Arbeit, um viele gute Ideen und Projekte zu entwickeln und Holzgerlingen damit für die zukünftigen Anforderungen fit zu machen. Es werden einige interessante Veranstaltungen zu den verschiedenen Themen stattfinden, zu denen natürlich alle Bürger eingeladen sind. (Nachrichtenblatt Holzgerlingen vom 02.09.2011, S. 3, Anlage 7)

# 6 Soll/Ist-Vergleich

Im Verlauf der Arbeit wurden bereits verschiedene Punkte genannt, die für eine erfolgreiche Beteiligung der Bürger an einem Stadtentwicklungsprozess zu beachten sind. Wie gestaltet sich die Beteiligung in Holzgerlingen? Wurden alle Punkte bedacht und entwickelt sich der Prozess in die gewünschte Richtung?

Um möglichst viele Bürger zu aktivieren bedarf es Methoden, die zum einen eine breite Bevölkerungsgruppe ansprechen, zum anderen für jeden örtlich und zeitlich gut zu erreichen sind und vor allem keine allzu großen zeitlichen Ansprüche stellen. (Klages, 2010, S. 19) Dies wurde in Holzgerlingen gut umgesetzt. Die ersten Veranstaltungen fanden am Abend in der Stadthalle statt und auf Wunsch der Bürger wurden weitere Veranstaltungen eine Stunde später begonnen. Ein erster Stadtrundgang montags um 14 Uhr hingegen wurde zeitlich nicht optimal gewählt und von den Bürgern entsprechend bemängelt.

Des Weiteren müssen die Methoden dahingehend ausgestaltet sein, dass möglichst viele Bürger einbezogen werden können und zugleich auch die Möglichkeit haben zu Wort zu kommen und nicht von „Großsprechern“ in den Hintergrund gedrängt werden. Es muss jeder, unabhängig von seinem Bildungsstand und seinen Sprachkenntnissen oder seiner sozialen Position, teilnehmen und Beiträge einbringen können. (Klages, 2010, S. 19) Durch die Verwendung von Arbeitsgruppen ist dies in Holzgerlingen gut gelöst. Bei allgemeinen Bürgertischen kommen alle Gruppen zusammen und ein Gruppensprecher stellt jeweils die einzelnen Ergebnisse vor. In den einzelnen Arbeitsgruppen ist die Teilnehmerzahl entsprechend überschaubar, sodass jeder seine Ideen und Anregungen einbringen und die Projekte mitgestalten kann.

Die Aktivierung der verschiedenen sozialen Gruppen hat in Holzgerlingen hingegen über die angewendeten Informations- und Beteiligungsverfahren nicht ausreichend funktioniert. An dem Entwicklungsprozess nehmen

hauptsächlich ältere Generationen und bekannte Gesichter, „die üblichen Verdächtigen“, teil. Von der jüngeren Generation bis 30 Jahre sind sehr wenige Personen vertreten und es ist keiner unter 20 Jahre alt. Dass zu wenig Beteiligung vorherrscht und vor allem nicht alle sozialen Gruppen angesprochen wurden, stellt nun vor allem Gemeinderat und Verwaltung vor das Problem, dass sie nicht das aussagekräftige Bild der Meinungen, Wünsche und Problemwahrnehmungen der Bevölkerung bekommen, welches sie sich gewünscht haben und welches sie für Entscheidungen benötigen würden. Aus der Befragung der Gemeinderäte geht weiter hervor, dass für knapp 60 % der Prozess bisher nicht ihren Erwartungen entspricht. Als Grund ist überwiegend die zu geringe Teilnehmerzahl genannt. Immerhin bewerten 90 % der Gemeinderäte die Beteiligung als zu gering. Nur die Hälfte der Gemeinderäte sehen die Möglichkeit, die Beteiligung durch das Internet zu steigern. (Befragung Gemeinderäte, Anlage 6) Auch die Arbeitsgruppen klagen zum einen über fehlende „Schaffenskraft“ um größere Themen anzugehen und zum anderen darüber, dass nicht die gesamte Bevölkerungsstruktur in den einzelnen Gruppen abgebildet ist. Die Arbeitsgruppen versuchen nun über Aufrufe im Nachrichtenblatt und den persönlichen Kontakt für Unterstützung zu werben. (Nachrichtenblatt Holzgerlingen vom 05.08.2011, S. 4, Anlage 7)

Um die Beteiligung zu steigern und die Bürger zur aktiven Teilnahme zu motivieren kann eine Beteiligungskultur hilfreich sein. In Holzgerlingen hat sich bisher keine ausreichende Beteiligungskultur entwickelt. Die Bürger bekommen erstmalig in einem offiziellen Rahmen unter dem Stichwort Bürgerbeteiligung die Gelegenheit, ihre Ideen einzubringen. Die verhaltene Teilnahme der Bürger kann daher unter anderem daran liegen, dass die Ziele der Beteiligung und was sich für Möglichkeiten für den einzelnen Bürger tatsächlich bieten, bisher nicht klar genug kommuniziert wurden. Äußerungen, beispielsweise in der Gruppe „Bauliche Entwicklung“ wie: „Da kann man doch eh nichts mehr ändern. Wofür soll man sich eigentlich einbringen?“, zeigen, dass die Angst vor einer „Proforma-Beteiligung“ durchaus vorhanden ist. Um diese Unklarheiten zu beseitigen ist die neut-

rale Moderation der STEG besonders hilfreich. Gerade bezüglich der beschriebenen Aussage konnte durch die STEG das gesetzlich vorgegebene Verfahren der Bebauungsplanaufstellung erläutert werden und den Bürgern damit deutlich gemacht werden, dass eine Änderung der bisherigen Planungen im Sinne der Bürger durchaus möglich ist.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Beteiligung ist die Zielgruppenanalyse und die damit verbundenen entsprechenden Informations- und Beteiligungsformen. Da, wie bereits beschrieben, vor allem von der jüngeren Generation bis 20 Jahre gar kein Vertreter und auch von den bis 30-Jährigen nur sehr wenige Vertreter an dem Entwicklungsprozess teilnehmen, kann darauf geschlossen werden, dass die bisherige Beteiligungsform nicht allen Zielgruppen gerecht wird. Um vor allem die Jugend stärker einzubeziehen, ist nun ein von der STEG organisierter Kreativworkshop mit den Jugendlichen geplant. Dazu sollen vor allem der Jugendgemeinderat, insbesondere mit dessen Profil in Sozialen Netzwerken, die Jugendreferenten sowie Jugendarbeiter und Lehrer als Vermittler und Multiplikatoren für die Teilnahme werben.

Insgesamt sind in Holzgerlingen trotz einer auf beiden Seiten bemängelten geringen Teilnahme einige Themen in Bewegung und es werden sich sicherlich viele konkrete Projekte entwickeln. Die Arbeitsgruppe Verkehr hat beispielsweise zu ihrer Vision eines fahrradfreundlichen Holzgerlingens alle hauptstraßenmeidenden Radwege in die Innenstadt erarbeitet und im Amtsblatt der Bevölkerung präsentiert. Zudem wurden alle Fahrradabstellplätze erfasst und dokumentiert, sowie notwendige Bordsteinabsenkungen ermittelt.

Gemeinderat, Verwaltung und Bürger müssen sich noch annähern und ein gegenseitiges Verständnis entwickeln. Mit diesem Stadtentwicklungsprozess sind jedoch beide auf dem richtigen Weg eine Beteiligungskultur zu entwickeln und sie für die gemeinsame Zukunft zu etablieren.

# 7 Fazit

Die Zukunft fest im Blick zu haben und sich den Herausforderungen des demografischen Wandels, der angespannten finanziellen Situationen oder auch des Klimawandels zu stellen, ist eine der Aufgaben für die Kommunen Anfang des 21. Jahrhunderts. Dies geht nicht ohne das Engagement und die Beteiligung der Bürger. Für eine erfolgreiche Entwicklung der Städte und Gemeinden und die Akzeptanz von Großprojekten ist die Aktivierung der Bürger mit ihren Ideen und Potentialen von wesentlicher Bedeutung.

Diese Arbeit hat gezeigt, dass die Einbindung der Bürger nicht nur für die Akzeptanz von Großprojekten, sondern auch für die Identifikation mit der eigenen Gemeinde von wesentlicher Bedeutung ist. Als Hilfestellung wurden die wichtigsten Voraussetzungen für erfolgreiche Beteiligungsverfahren vorgestellt. Um sich an das oft noch ferne Thema Bürgerbeteiligung heranzuwagen, wurden damit für Städte und Gemeinden die Grundlagen erarbeitet. Somit können bei der eigenen Umsetzung Fehlerquellen vermieden und die Risiken von Unzufriedenheit und Frustration verringert werden. Die Lektüre dieser Arbeit reicht alleine jedoch nicht aus. Um die besprochenen Themen in ihrer ganzen Breite zu erfassen, muss auf weitergehende Literatur verwiesen werden. Dennoch kann Politikern und Verwaltungen Lust auf den Austausch und die Diskussion mit den Bürgern gemacht werden. Um Probleme, Ideen und Visionen der Bürger zu erfassen, wurde eine Auswahl der vielfältigen Beteiligungsformen vorgestellt, die mit Modifikationen und Anpassungen an die örtlichen Gegebenheiten in den Kommunen umgesetzt werden können. Ohne eingehenderes Wissen über Verfahren und Methoden in diesem sehr komplexen Thema sei den Kommunen jedoch zu professioneller Unterstützung durch Experten geraten.

Neben verschiedenen formellen und informellen Beteiligungsformen wurden ebenso erweiternde Möglichkeiten durch den Einsatz von Web 2.0-

Anwendungen aufgezeigt. Technisch unterstützte Beteiligungsformen bieten vor allem die Chance eine breitere Bevölkerung und beteiligungsferne Gruppen zu erreichen. Aufgrund des kostenintensiven Entwicklungs- und Betreuungsbedarfs von Online-Beteiligungsformen sind Kosten und Nutzen jeweils abzuwägen. Gerade aber bei Großprojekten oder strittigen Entwicklungen sind eine breite Einbindung der Bevölkerung und eine ausgewogene Themendiskussion unerlässlich. Das Internet bietet viele Möglichkeiten, die Verwaltung und Politik für sich entdecken müssen. Um für eine erfolgreiche Präsentation der Kommune im World Wide Web vorbereitet zu sein, ist es in den nächsten Jahren hilfreich Verwaltungsmitarbeiter zu schulen und notwendige Befugnisregelungen herauszuarbeiten. Die Heranführung kann dabei zunächst über die verstärkte Nutzung von E-Government-Angeboten oder Anwendungen des Web 2.0 erfolgen. Den Einstieg in die mediale Welt dürfen die Kommunen für einen erfolgreichen Austausch mit ihren Bürgern nicht verpassen.

Dem Bürger kommt in Zukunft gerade bei der Versorgung der älteren Generationen und im Umweltschutz eine größere Rolle zu. Daher ist es besonders wichtig die jungen Generationen an die Beteiligung heranzuführen. Sie müssen schon jetzt den persönlichen Mehrwert durch bürgerschaftliches Engagement entdecken. Die Generationen müssen näher zusammengeführt werden und ein gegenseitiges Verständnis entwickeln. Die Jugend über ihr Lebensumfeld, über Aktivität und Kreativität zu motivieren ist daher eine wesentliche Aufgabe der Stadtentwicklung. Steigt die Identifikation der Jugend mit der eigenen Stadt können sie später für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben leichter gewonnen werden. Diese Arbeit hat die Nutzungsgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen dargestellt. Es wurde deutlich, dass die Einbindung dieser wichtigen Generation besonderer Anstrengungen bedarf. Um sie für einen Beteiligungsprozesse zu gewinnen wurden verschiedene zielgruppengerechte Methoden aufgezeigt.

Der vorgestellte Stadtentwicklungsprozess in Holzgerlingen ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Kleinstadt, die sich nicht auf der bisher geschaffenen Infrastruktur ausruhen, sondern die Strukturen und Potentiale ausbauen und weiterentwickeln möchte. Eine lebenswerte Gemeinde auch in Zukunft zu bleiben ist das erklärte Ziel, deren Formen und Strukturen die Bürger mitgestalten sollen. Gemeinderat und Verwaltung haben sich im Vorfeld Gedanken gemacht und sich Unterstützung durch die STEG gesichert. Obwohl der Stadtentwicklungsprozess bereits viele gute Ideen hervorgebracht hat, kann man gespannt darauf sein was die Bürger noch für Projekte entwickeln werden. Der vielfach bemängelten geringen Teilnehmerzahl muss konkret begegnet werden. Die zielgruppengerechte Aktivierung der Jugend ist hier der Anfang. Um dauerhaft die Beteiligung zu steigern, muss allerdings eine Beteiligungskultur entwickelt werden, die Bürger, Politik und Verwaltung einander näher bringt und eine vertrauensvolle Basis für die gemeinsame Arbeit schafft.

Die Teilhabe von Bürgern an Planungs- und Entscheidungsprozessen wird sich in Zukunft weiter verbreiten. Denn die Bürger haben den Wunsch sich einzubringen und sich für ihre Visionen zu engagieren. Die Verwaltungen müssen für die Zukunft dieses Potential abrufen und dabei mehr als Initiator und fördernder Partner denn als begrenzender und einschränkender Verwaltungsapparat auftreten. Ihre Rolle als koordinierender und steuernder Moderator müssen die Verwaltungen finden. Die Beteiligung der Bürger fand bisher für viele Kommunen lediglich im Rahmen von Bürgerfragestunden oder innerhalb der gesetzlich definierten Verfahren statt. Eine Beteiligungskultur zu entwickeln und das fehlende Vertrauen in politische Entscheidungen wiederzugewinnen, stellen Gemeinderäte und auch Verwaltungen nicht nur vor logistische und finanzielle Herausforderungen. Vielmehr müssen Verfahren und Strukturen dauerhaft verändert werden, um Verlässlichkeit und Transparenz zu vermitteln. Nur dadurch kann das Vertrauen und Engagement der Bürger wieder gewonnen werden. Allein durch den Einsatz von unabhängigen Moderatoren und verschiedenen Beteiligungsformen kann noch keine Veränderung erwartet werden, doch

können sie den Prozess wesentlich unterstützen. Die Aufgaben der Zukunft lassen sich nur mit dem Engagement der Bürger lösen. Um dieses in einigen Jahren auch nutzen zu können, muss schon heute damit begonnen werden, die Bürger als gleichwertige Partner zu gewinnen und sie an die eigene Gemeinde zu binden. Die gemeinsame Entwicklung von Zukunftsvorstellungen ist dabei der erste Schritt zu einer neuen Partnerschaft. Nur mit engagierten Bürgern können die Städte und Gemeinden ihre kulturellen und sozialen Standards beibehalten und damit eine lebenswerte Gemeinde erhalten. Der Weg dahin ist nicht einfach aber notwendig.

# Anlagen

# Anlage 1

## Protokoll Klausurtagung 18./19.03.2011

Protokoll

**Klausurtagung Gemeinderat**

**Stadt Holzgerlingen**

18. & 19. März 2011
Klosterhotel Hirsau

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

die STEG

**die STEG Stadtentwicklung GmbH**

Olgastraße 54
70182 Stuttgart
Tel: 0711/21068-0
Fax: 0711/21068-112
info@steg.de

# Protokoll

## der Klausurtagung des Gemeinderats der Stadt Holzgerlingen Stadtentwicklung 2030

18. & 19. März 2011
Klosterhotel Hirsau

Teilnehmer (vgl. Unterschriftenliste Anwesenheit):

Bürgermeister Dölker, Wilfried, Stadt Holzgerlingen

---

Augstein, Wolfgang, Stadtrat Stadt Holzgerlingen (Rückfahrt nach Frühstück am Sa)
Biber-Rodewald, Sabine, Stadträtin Stadt Holzgerlingen
Binder, Eberhard, Stadtrat Stadt Holzgerlingen (Rückfahrt nach Abendessen Fr)
Dieterle, Harald, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Frasch, Gotthilf, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Frasch, Waltraud, Stadträtin Stadt Holzgerlingen
Hahn, Walter, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Höfinger, Heinz, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Marks, Marianne, Stadträtin Stadt Holzgerlingen
Mickeler, Ralf, Stadtrat Stadt Holzgerlingen (ab Fr 20.30 Uhr)
van Munster, Pieter, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Renz, Heinz, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Dr. Schick, Günther, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Dr. Schittenhelm, Dieter, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Schmid, Martin, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Stäbler, Manfred, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Stribick, Hubert, Stadtrat Stadt Holzgerlingen
Wacker, Thomas, Stadtrat Stadt Holzgerlingen (ab 17.30 Uhr Fr)

---

Beigeordneter Brodbeck, Manfred, Stadt Holzgerlingen
Stadtoberverwaltungsrat Lenz, Werner, Hauptamtleiter Stadt Holzgerlingen
Stadtoberverwaltungsrat Hoffmann, Roland, Bauamtsleiter Stadt Holzgerlingen
Stadtbaumeister Nitsche, Robert, Stadt Holzgerlingen
Stadtoberamtsrat Gottwald, Holger, stv. Kämmerer Stadt Holzgerlingen
Stadtamtfrau Nasdal-Offner, Christina, stv. Amtsleiterin Haupt- und Personalamt Stadt Holzgerlingen
Stäbler, Jan, Kämmerei Stadt Holzgerlingen

---

Kujacinski, Bernd, die STEG
Kuhn, Wolfgang, die STEG
Munzinger, Timo, die STEG (nur Freitag)
Heidiri, Philipp, die STEG

**Freitag, den 18. März 2011**

**Beginn: 14:30 Uhr**

**Begrüßung durch Herrn BM Wilfried Dölker**

- Begrüßung der Teilnehmer
- Übergabe der Moderation an Herrn Kujacinski, die STEG

**Einführung und Vorstellung durch Bernd Kujacinski, die STEG**

- Vorstellung der STEG und der Projektbearbeiter
- Hinweise auf die Tagesordnung sowie die „Spielregeln" die Klausurtagung
  - Offene Diskussionskultur
  - Keine Denkverbote
  - Ausreden lassen und zuhören
  - Keine Wertungen der Visionen, nur Nachfragen
- Stadtentwicklung sollte als gemeinsamer Proeß verstanden werden, aber letztendlich bildet der Gemeinderat des beschließende Gremium

**Vorstellung der Stadt Holzgerlingen durch BM Wilfried Dölker**

Herr Bürgermeister Dölker stellt die Stadt Holzgerlingen unter folgenden Aspekten vor:

- Starkes und stetiges Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren
- Holzgerlingen ist eine ausgeprägte Schulstadt mit umfänglichem Angebot von der Förderschule bis zum Gymnasium
- Holzgerlingen bietet viele Angebote im Bereich der Kinderfreundlichkeit (insg. 22 Kindergartengruppen, davon 4 Ganztagsgruppen und 4 Kinderkrippengruppen)
- Breites Angebot im Bereich der Jugend- und Seniorenarbeit
- Vielfältiges Kultur- und Vereinsangebot
- Für Sportvereine stehen insgesamt 12 Halleneinheiten und diverse Sportplätze und das Stadion zur Verfügung
- Holzgerlingen ist ein starker Gewerbestandort mit hoher Kaufkraftbindung
- Sehr gute Verkehrsanbindung durch B464, Schonbuchbahn und weitere ÖPNV-Angebote
- Hochwertige siedlungsumgebende Landschaft und Umwelt

- Anregungen für Zukunft:
  - Position von Holzgerlingen nachhaltig stärken
  - Nahversorgung halten und ausbauen
  - Innenstadt/Zentrum soll gestärkt werden
  - Gemeinschaftsgefühl stärken
  - Gewerbestandort stärken
  - Elektrifizierung der Schönbuchbahn
  - Energiekonzepte für öffentliche Einrichtungen
  - Demographischer Wandel soll berücksichtigt werden
  - Alle Generationen sollen sich in der Stadtentwicklungsplanung wieder finden
  - Ökologische Gestaltung und Aufwertung der Landschaft
  - Attraktivität Holzgerlingens für Familien stärken
  - Gute Infrastruktur erhalten

**Anregungen und Rückmeldungen aus dem Gemeinderat**

- Für den Schulstandort Holzgerlingen sollten längerfristige Planungen ausgearbeitet werden, bisher wurde oft nur kurzfristig reagiert
- Bei Planungen in der Innenstadt sollte vermehrt darauf geachtet werden, dass nicht nur Wohnraum sondern auch Einzelhandelflächen geschaffen werden.
- Im Bereich der Landschaftsplanung sollte der Vernetzung des Freiraums ausgebaut werden.
- Holzgerlingen sollte sich als ökologische Musterstadt präsentieren.
- Der Einzelhandel soll gestärkt und ausgebaut werden.
- Ausbau des genossenschaftlichen Denkens, „zusammen Wohnen und zusammen Altern"
- Die Stadtentwicklungsplanung sollte große Leitlinien, keine Details definieren.
- Bürger sollten ermutigt werden, sich aktiv in die Stadtentwicklung einzubringen.
- Gute Finanzlage Holzgerlingen sollte erhalten werden, Ansprüche an die Stadt sollten realistisch und finanzierbar sein.
- Ein umfangreiches Einzelhandelsangebot (Mix) sollte Aufgabe des Stadtentwicklung sein.
- Im Zuge des Stadtentwicklungsprozesses sollte Holzgerlingen stetig weiter entwickelt werden. Wünsche und Machbares sollte voneinander getrennt betrachtet werden.
- Durch Stadtentwicklungsprozess sollte wieder ein Gemeinschaftsgefühl wie beim Stadtjubiläum geschaffen werden.

- Durch die Stadtentwicklung soll die Identifizierung mit Holzgerlingen gestärkt werden und das Interesse an einer gemeinsamen Weiterentwicklung geweckt werden.
- Partizipation von Frauen, v.a. in Politik stärken
- Wie sind die Holzgerlinger Einrichtungen auf den demographischen Wandel vorbereitet? (massive Verschiebungen in der Alterstruktur der Bevölkerung)

**Einführung in die Stadtentwicklungsplanung, Wolfgang Kuhn, die STEG**

Der gemeinsame Prozess der Stadtentwicklungsplanung soll folgende Fragen beantworten:

- Wer bzw. was ist die Stadt Holzgerlingen?
- Wohin sollte ihre weitere Entwicklung führen
- Mit welchen Mitteln soll die Entwicklung bewerkstelligt werden?
- Wer sind die Akteure?

**Rückmeldungen der Gemeinderäte / Verwaltung:**

- Es sollen Visionen und realistische Ideen entwickelt werden.
- Sind die Visionen finanzierbar? Es sollten keine zu hohen Erwartungen geweckt werden, die nicht eingehalten werden können.
- Es soll eine gemeinsame Vision geschaffen werden, aus der einzelne Maßnahmen abgeleitet werden können.

**Vortrag Dr. Krämer, Wüstenrot Stiftung**

(Die Vortragsfolien sind dem Protokoll beigelegt.)

Lebensqualität, gesellschaftliche Teilhabe, individuelle Chancen für alle Bevölkerungsgruppen und Generationen => Eine Stadt für Alle

- Als große Aufgaben für Kommunen werden herausgearbeitet:
  1. Sicherung der Lebensqualität für alle Bevölkerungsgruppen
  2. Die Ertüchtigung von Quartieren und Infrastrukturangeboten im Hinblick auf veränderte Anforderungen und Bedürfnisse
  3. Annahme eines Wettbewerbs zwischen Kommunen, Städten und ihrem Umland und zwischen Regionen
- Durch Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur werden neue Wohnformen notwendig, v.a. auch Wohnformen die nicht durch Pflegeversicherung abgedeckt sind.

- Neue Angebote müssen auf gesellschaftlichen Wandel reagieren, Früher konnten viele Dienste im Rahmen von Familie und Nachbarschaften abgedeckt werden, durch den gesellschaftlichen Wandel werden neue Angebote und Diensleistungsformen notwendig.
- Hierzu werden einige Projekte und genossenschaftlichen Wohnprojekte vorgestellt.

**Gruppenarbeit; Stärken- Schwächen; Visionen**

Es werden insgesamt 4 Arbeitsgruppen gebildet, in denen in gemischter Konstellation Vertreter aus Gemeinderat und Verwaltung angehören.
Die Arbeitsgruppen sollen Stärken und Schwächen von Holzgerlingen herausarbeiten, sowie gemeinsam eine Vision und Projekte für Holzgerlingen entwickeln.

Die Arbeit der Arbeitsgruppen soll ohne Denkverbote und gegenseitige Kritik erfolgen.

**Samstag, den 19. März 2011**

**Beginn: 09:00 Uhr**

**Auswertung der Stärken-Schwächen-Analyse**

Als Schwerpunkte kristallisieren sich folgende Themenbereiche heraus,
(Anzahl der Nennungen)

**Stärken:**

- Schule und Kinderbetreuung (27)
- Vereine/Sport/Soziales (22)
- Infrastruktur / Verkehr (16)
- Verwaltung / Stadt (14)
- Naherholung / Freizeit (13)
- Handel & Gewerbe / Nahversorgung (8)
- Kultur (3)

**Schwächen:**

- Verkehr (26)
- Handel / Innenstadt (15)
- Mitwirkung von Bürgern (10)
- Bauliche Entwicklung (10)
- Tourismus / Gastronomie (8)
- Stadt / Verwaltung (5)
- Treffpunkte (4)
- Integration (4)
- Anspruchsdenken (3)
- Arbeitsplätze / Wirtschaft (2)

**Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen:**

Alle Pläne und Aufschriebe der Arbeitsgruppen sind dem Protokoll beigefügt.

**Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1:**

- Verkehr innerorts
  - Fußgängerzone
  - Kreisverkehr Linde
  - Rudolf-Dieselstraße - Hauptstraße zu Südanbindung Aktion: Freiwillig 30km/h
- Verkehr außerorts
  - B464 Ausbau bis Weil
  - Pförtnerampel: Bucheinfahrt aus Süden
  - Shuttle, Kreuzungsfrei generell
  - 2. Zufahrt Hülben von Maurenerstraße
  - Verbindung Südanbindung - Gewerbe Altdorf
  - Shuttle zu Straßenbahnen
- Siedlungsentwicklung
  - Option Nachverdichtung (Wacker, Firma Binder, Renz-Reinhardt, Rehm, Schreiner Nagel)
  - Bau- und Wertstoffhof verlagern
  - Südrand Kreuzerwasensiedlung Häuserzeile
  - Einwohnerzuwachs max. 1,5% in 10 Jahren
- Freihaltung für Naherholung und Landwirtschaft
  - Gebiete sind der beigefügten Karte zu entnehmen
- Ausbau Tourismus und Fremdenverkehr
  - Hotel am Golfplatz
  - Rad+Golf im Naturpark Schönbuch
  - Freibad - WellnessCenter mit Sauna und Therapie
  - Rock am Ring (Schützenb.)
- Sonstiges
  - Hochspannungsleitung in Erde
  - Interkommunaler Bahnhof
  - Einkaufsquartier Bahnhof-Hintere Straße inkl. Seniorenwohnen
  - Erweiterung REWE richtung Dorka
  - Verbindungsweg Burg - Häseltrog
  - 3x Dienstleistungszentrum Nord, Mitte, Süd

**Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2:**

- Soziales
  - Stärkung des Wir-Gefühls durch gruppenübergreifende Veranstaltungen
  - Mehr Frauen in die Politik / Führungsebenen (-> Betriebskindergärten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf)
  - Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls
  - Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
  - Ehrenamtlich organisierte Seniorenbetreuung, Senioren betreuen Senioren, Jugendliche betreuen Senioren, Mehrgenerationenbetreuung
  - Zeittauschbörse
  - Mehrgenerationenhaus
  - Zeitkonto für soziale Hilfe
  - Ärztezentrum mit Fachärzten
- Ökologie
  - Holzgerlingen als ökologische Musterstadt (Stadt / Einzelperson / Gewerbetreibende)
  - Soziale und ökologische Verantwortung der Unternehmen
  - Entwicklung eines Parks zwischen Altdorf und Holzgerlingen
  - Radelnder Stadtrat(d), Geschlossenheit mit Vorbild- und Signalwirkung
- Verkehr
  - Fußgängerzone, attraktiver Einzelhandel, Parkplätze in der Nähe
  - Begegnungstreffs (Bänke)
  - Innenstadt als „Cabrio-Breuni", attraktive Läden mit Aufenthaltsqualität
- Illusionen
  - Hallenbad (ökologisch neutral)
  - Biergarten (schwäbische Kneipe)
  - Zebrastreifen
  - „Deckel" auf B464

**Ergebnisse der Arbeitsgruppe 3:**

- Eigenständige Energieversorgung, Klimakonzept für alle privaten, öffentlichen und gewerblichen Gebäude
- Verkehrsberuhigte Innenstadt: Rad-, Fußgänger- Flaniermeile
- Mehr lebendiges Grün
- Barrierefreier Straßenraum
- Bürgerschaft stärken - Durchlässigkeit, Begegnung über die Vereine, Generationen, Herkunft, Kirche o.ä.
- Moderne Kommunikationsformen
- Veranstaltungen im Jungendhaus auch für ältere
- Nightlife: Musikkneipe, Club für junge Leute
- Mountainbikepark, z.B. Weihdorfer Wiesen
- Windparkenergie
- „Naturwasserfläche"
- Holzgerlinger Rundweg
- Schönbuch-Stadt mit gemeinsamer Verwaltung, Bauhof, Feuerwehr
- Schönbuch-Sauna, alternatives Konzept zu Böblingen
- Frauenforum
- Ausbau Kultur, Kulturzentrum
- Talente- und Ressourcenbörse
- Woodbook - Holzgerlinger Network

**Ergebnisse der Arbeitsgruppe 4:**

**Die Verortung der Projekte ist dem beigefügten Plan zu entnehmen**

- B 464
- Spielbereiche für Kinder im Straßenraum
- Erweiterung innerstädtischer Parkierung
- Altdorfer Kreuzung
- Fahrradfreundliche Innenstadt
- Bürgerhaus
- Rundwanderweg mit Ruhezonen
- evtl. Gewerbegebiet
- Sportanlagen Zentrum
- Wohnbebauung
- Biergarten
- Baumarkt
- Quartiersentwicklung
- Gemeinsamer Bauhof
- Stadtteilcenter
- Festwiese für Familien
- Biotopvernetzung, Weg zum Wasserturm
- Tagesgruppe für benachteiligte Kinder
- Boule-Bahn
- Gartenschach
- Öffnungszeiten
- Aufwertung Innenstadt zu Markttermin
- Tourismusausweitung
- Künstleratelier (Hintere Straße)
- Wohnentwicklung Dörnach mit Anschluss an B464
- Stadtteilversorgung
- Quartiersfeste
- Kinderfeste (Integration)
- Zentrales Vereinslager
- Weitere betreute Altenwohnungen
- Gesundheitszentrum

**Ausblick und weiteres Vorgehen:**

Als nächste Termine werden vereinbart:

- **14. April 2011** Holzgerlinger Bürgergespräch
- **3. Mai 2011**: Erster Bürgertisch mit Arbeitsgruppen

In einer Diskussion wird das Vorgehen, insbesondere welche Unterlagen aus der Gemeinderatsklausur, in der Bürgerbeteiligung bereitgestellt werden sollen kontrovers besprochen.

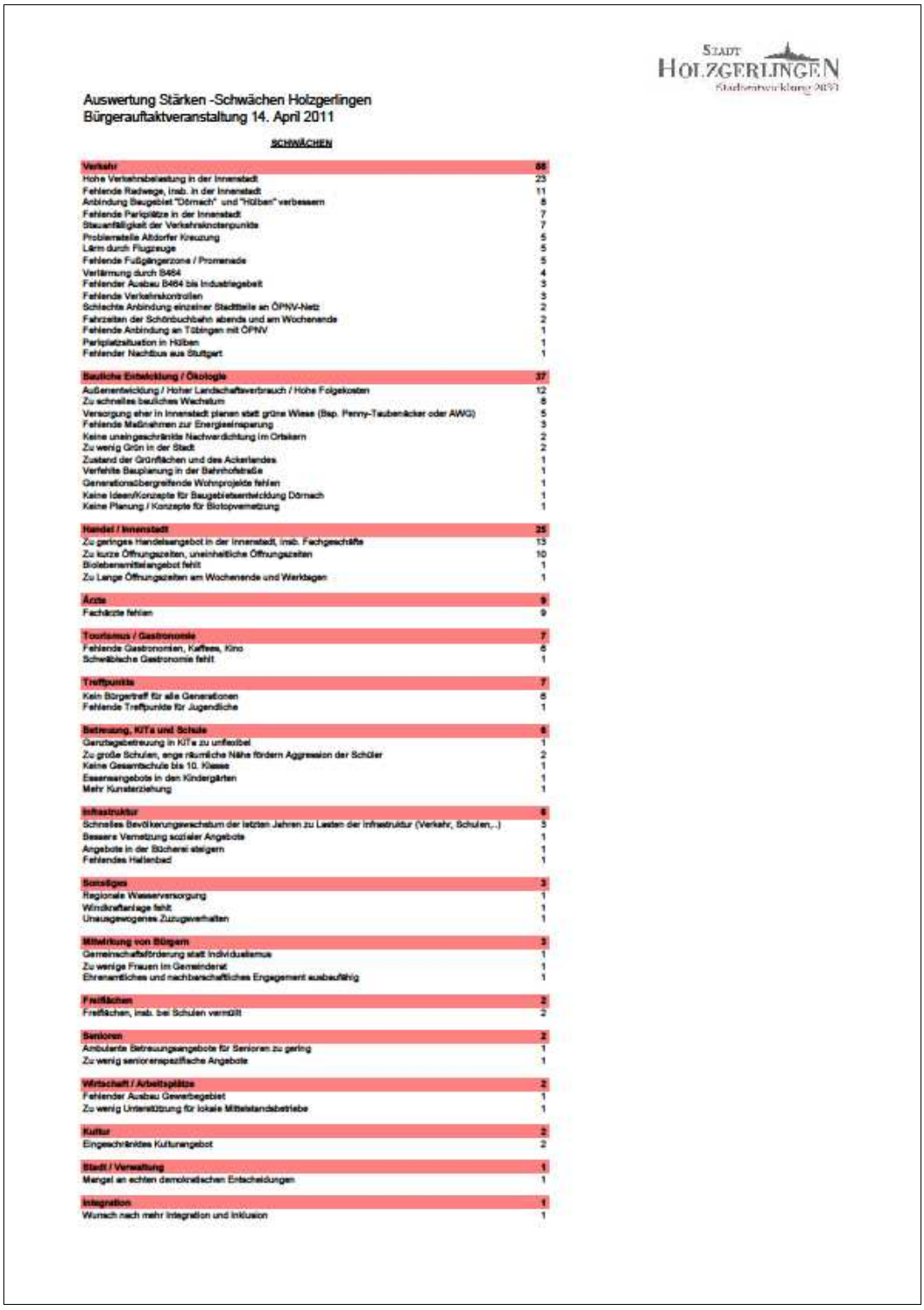
- Eine Offenlage des Protokolls der Gemeinderatsklausur soll die Transparenz des Stadtentwicklungsprozesses unterstützen.
- Den Bürgern sollen die großen Themenbereiche der Gemeinderatsklausur mitgeteilt werden. nicht alle Maßnahmen / Projekte im Detail.
- Für die Bürgerbeteiligung wird angestrebt alle Veröffentlichungen mit einheitlichen Logo und immer auf Seite 3 des Amtsblattes mit Schlagzeile auf Seite 1 zu veröffentlichen.

Als zusätzlicher Infotermin für die Bürgerbeteiligung wird Freitag, der 8. April 2011 angestrebt. Die Gemeinderäte wollen sich mit einem Infostand auf dem Wochenmarkt beteiligen.

Mit einem gemeinsamen Mittagessen wird die Klausurtagung um ca. 13.30 Uhr beendet.

# Anlage 2

## Auswertung der Stärken- und Schwächenanalyse



STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

Auswertung Stärken -Schwächen Holzgerlingen
Bürgerauftaktveranstaltung 14. April 2011

**SCHWÄCHEN**

| | |
|---|---|
| **Verkehr** | **68** |
| Hohe Verkehrsbelastung in der Innenstadt | 25 |
| Fehlende Radwege, insb. in der Innenstadt | 11 |
| Anbindung Baugebiet "Dürrnach" und "Hölben" verbessern | 8 |
| Fehlende Parkplätze in der Innenstadt | 7 |
| Stauanfälligkeit der Verkehrsknotenpunkte | 7 |
| Problemstelle Altdorfer Kreuzung | 5 |
| Lärm durch Flugzeuge | 5 |
| Fehlende Fußgängerzone / Promenade | 5 |
| Verlärmung durch B464 | 4 |
| Fehlender Ausbau B464 bis Industriegebiet | 3 |
| Fehlende Verkehrskontrollen | 3 |
| Schlechte Anbindung einzelner Stadtteile an ÖPNV-Netz | 2 |
| Fahrzeiten der Schönbuchbahn abends und am Wochenende | 2 |
| Fehlende Anbindung an Tübingen mit ÖPNV | 1 |
| Parkplatzsituation in Hölben | 1 |
| Fehlender Nachtbus aus Stuttgart | 1 |
| **Bauliche Entwicklung / Ökologie** | **37** |
| Außenentwicklung / Hoher Landschaftsverbrauch / Hohe Folgekosten | 12 |
| Zu schnelles bauliches Wachstum | 8 |
| Versorgung eher in Innenstadt planen statt grüne Wiese (Bsp. Penny-Taubenäcker oder AWG) | 5 |
| Fehlende Maßnahmen zur Energieeinsparung | 3 |
| Keine uneingeschränkte Nachverdichtung im Ortskern | 2 |
| Zu wenig Grün in der Stadt | 2 |
| Zustand der Grünflächen und des Ackerlandes | 1 |
| Verfehlte Bauplanung in der Bahnhofstraße | 1 |
| Generationsübergreifende Wohnprojekte fehlen | 1 |
| Keine Ideen/Konzepte für Baugebietsentwicklung Dürrnach | 1 |
| Keine Planung / Konzepte für Biotopvernetzung | 1 |
| **Handel / Innenstadt** | **25** |
| Zu geringes Handelsangebot in der Innenstadt, insb. Fachgeschäfte | 13 |
| Zu kurze Öffnungszeiten, uneinheitliche Öffnungszeiten | 10 |
| Biolebensmittelangebot fehlt | 1 |
| Zu Lange Öffnungszeiten am Wochenende und Werktagen | 1 |
| **Ärzte** | **9** |
| Fachärzte fehlen | 9 |
| **Tourismus / Gastronomie** | **7** |
| Fehlende Gastronomien, Kaffees, Kino | 6 |
| Schwäbische Gastronomie fehlt | 1 |
| **Treffpunkte** | **7** |
| Kein Bürgertreff für alle Generationen | 6 |
| Fehlende Treffpunkte für Jugendliche | 1 |
| **Betreuung, KiTa und Schule** | **6** |
| Ganztagsbetreuung in KiTa zu unflexibel | 1 |
| Zu große Schulen, enge räumliche Nähe fördern Aggression der Schüler | 2 |
| Keine Gesamtschule bis 10. Klasse | 1 |
| Essensangebote in den Kindergärten | 1 |
| Mehr Kunsterziehung | 1 |
| **Infrastruktur** | **6** |
| Schnelles Bevölkerungswachstum der letzten Jahren zu Lasten der Infrastruktur (Verkehr, Schulen,..) | 5 |
| Bessere Vernetzung sozialer Angebote | 1 |
| Angebote in der Bücherei steigern | 1 |
| Fehlendes Hallenbad | 1 |
| **Sonstiges** | **3** |
| Regionale Wasserversorgung | 1 |
| Windkraftanlage fehlt | 1 |
| Unausgewogenes Zuzugverhalten | 1 |
| **Mitwirkung von Bürgern** | **3** |
| Gemeinschaftsförderung statt Individualismus | 1 |
| Zu wenige Frauen im Gemeinderat | 1 |
| Ehrenamtliches und nachbarschaftliches Engagement ausbaufähig | 1 |
| **Freiflächen** | **2** |
| Freiflächen, insb. bei Schulen vermüllt | 2 |
| **Senioren** | **2** |
| Ambulante Betreuungsangebote für Senioren zu gering | 1 |
| Zu wenig seniorenspezifische Angebote | 1 |
| **Wirtschaft / Arbeitsplätze** | **2** |
| Fehlender Ausbau Gewerbegebiet | 1 |
| Zu wenig Unterstützung für lokale Mittelstandsbetriebe | 1 |
| **Kultur** | **2** |
| Eingeschränktes Kulturangebot | 2 |
| **Stadt / Verwaltung** | **1** |
| Mangel an echten demokratischen Entscheidungen | 1 |
| **Integration** | **1** |
| Wunsch nach mehr Integration und Inklusion | 1 |

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2020

## Auswertung Stärken -Schwächen Holzgerlingen
## Bürgerauftaktveranstaltung 14. April 2011

**STÄRKEN**

| | |
|---|---|
| **Vereine / Sport / Soziales** | **53** |
| Vereinsangebot | 22 |
| Sportanlagen | 12 |
| Freundliches Miteinander, Ehrenamt | 6 |
| Freibad | 3 |
| Kirchengemeinde, ökumenisches Miteinander | 3 |
| Gute Entwicklung der sozialen Netzwerke | 2 |
| Jugendtreff | 2 |
| Betreutes Wohnen | 1 |
| Spielplatzangebot | 1 |
| Altenwohnungen | 1 |
| **Schule und Kita** | **44** |
| Schulangebot | 37 |
| Gutes Angebot an Kindergärten und Kindertagesstätten | 7 |
| **Infrastuktur / Verkehr** | **33** |
| Schönbuchbahn und ÖPNV | 14 |
| gute Infrastruktur | 14 |
| Gute verkehrliche Anbindung | 4 |
| Fußläufige Erreichbarkeit in der Innenstadt | 1 |
| **Naherholung / Freizeit** | **25** |
| Reizvolle Landschaft zur Naherholung, Lage im Schönbuch | 16 |
| Gutes Freizeitangebot | 9 |
| **Handel / Innenstadt** | **19** |
| Einkaufsmöglichkeiten/ Nahversorgung | 10 |
| Ansprechende Stadtmitte | 4 |
| Angenehmes Einkaufen | 2 |
| Gute Weihnachtsbeleuchtung | 1 |
| Belebte Innenstadt | 1 |
| Wochenmarkt | 1 |
| **Verwaltung / Stadt** | **13** |
| Kooperative und engagierte Stadtverwaltung bei Problemen | 10 |
| Finanzstruktur der Stadt | 2 |
| Bürgerbeteiligung | 1 |
| **Kultur** | **10** |
| Kulturangebot | 10 |
| **Wirtschaft** | **7** |
| Starke Gewerbebetriebe vor Ort / Arbeitsplätze | 6 |
| Nähe zu Arbeitsmarktschwerpunkten in der Region | 1 |
| **Ärzte** | **6** |
| Ärzte | 6 |
| **Sonstiges** | **3** |
| Attraktiver Wohnort | 1 |
| "Bürger, die gegen den Strom schwimmen" | 1 |
| Gastronomie | 1 |

# Anlage 3

## Protokoll 1. Bürgertisch



STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

### Protokoll

1. Bürgertisch Stadtentwicklung 2030
am 03. Mai 2011

**Begrüßung durch Herrn BM Wilfried Dölker**

- Begrüßung der interessierten Teilnehmer (Teilnehmerliste im Anhang)
- Hinweis an die teilnehmenden Gemeinderäte sich in den Arbeitsgruppen zurückzunehmen
- Übergabe der Moderation an Herrn Kuhn und Herrn Munzinger, die STEG

**Einführung und Vorstellung durch Herrn Wolfgang Kuhn, die STEG**

- Vorstellung der Projektbearbeiter
- Erläuterung des Ablaufs der Bürgerbeteiligung und des Vorgehens in den einzelnen Arbeitsgruppen
- Vorstellung der Auswertung / Analyse der Stärken-Schwächen des Bürgerauftakts am 14. April 2011
- Vorstellung möglicher Themenschwerpunkte für Arbeitsgruppen auf Basis der Stärken-Schwächen-Analyse

**Vorstellung der Bürger und Zuordnung zu Arbeitsgruppen**

Alle Bürger stellen sich kurz mit ihrem Namen vor und äußern ihre Präferenz für die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen.

Folgende Arbeitsgruppen werden gebildet:

- Soziales
- Verkehr
- Handel und Dienstleistung
- Umwelt, Klima und Freiraum
- Bauliche Entwicklung

Viele der Teilenehmer sehen die Themen "Baulichen Entwicklung" und "Verkehr" im Zusammenhang und möchten die Gruppen falls möglich zusammenführen. Aufgrund der zahlreichen Meldungen für beide Gruppen bleiben die Gruppen aber zunächst noch getrennt.

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Organisation und Konkretisierung in den Arbeitsgruppen**

Alle fünf Arbeitsgruppen nehmen ihre Arbeit auf. Jede Arbeitsgruppe soll eine Teilnehmerliste aufstellen sowie einen Gruppensprecher benennen. Die Arbeitsgruppen sollen Themenschwerpunkte, Ziele und erste Projekte definieren. Hierfür haben die Gruppen ca. 1 Stunde Zeit.

**Vorstellung der ersten Ergebnisse**

**Arbeitsgruppe Soziales**

**Arbeitsgruppensprecher: Nicole Ullrich**

**Themen / Themenschwerpunkte:**

- Alle Generation und Bevölkerungsgruppen sollen sich wieder finden und berücksichtigt werden (Junge, Familien, Senioren, Menschen mit Migrationshintergrund

**Ziele:**

- Ziel: Aufbau eines Netzwerkes für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen unter Einbindung der Vereine, Kirchen und Schulen
- Lust auf Engagement und Verantwortung in der Bevölkerung wecken, v.a. bei Menschen, die bisher weniger ehrenamtlich engagiert sind
- Arbeitsgruppe will sich für alle Gruppen ins Holzgerlingen einsetzen
- Versorgung im Alter sichern ( Medizin, Freizeit)
- Förderung familiärer Strukturen

**Projekte:**

- Projekt: Generationenwohnanlage zwischen Haus und Heim
- Schaffung eines Bürgerhauses und Kinderhauses
- Ausbau der Angebote für 18-25-Jährige in Holzgerlingen

Prioritäten noch offen, sollen beim nächsten Treffen definiert werden

**Nächster Termin: 16. Mai 2011, 19.00 Uhr Besprechungszimmer 0.23**

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe Verkehr**

**Arbeitsgruppensprecher: Heinz Höfinger**

**Themen / Themenschwerpunkte:**

- Fehlende Radwegeverbindung in der Innenstadt und Holzgerlingen (Radfahren ist gesünder und besser als Autofahren für die Umwelt
- Verkehrsbelastung und Parkierung in der Innenstadt
- Öffentlicher Nahverkehr

**Ziele:**

- Fahrradfreundliche Stadt, fahrradfreundliches Holzgerlingen
- Für alle Ziele und Maßnahmen sollen die Innenstadtakteure Handel und Dienstleistung mit einbezogen werden.
- Umfangreiche Öffentlichkeitsbeteiligung, da Umsetzung der Maßnahmen Beteiligung der Öffentlichkeit erfordert.
- Motivation steigern öfter vom Auto aufs Rad umzusteigen

**Projekte:**

- IST-Analyse der Radwegestruktur, Beschilderungen, Abstellplätze, etc.
- Nebenstraßen fahrradgerecht gestalten
- Fahrradabstellplätze in der Innenstadt vor Geschäften ausbauen bzw. reparieren.
- Förderung E-Bikes, da Steigungen in Holzgerlingen viele vom Radfahren abhält (Kooperation mit Fahrradhandel, Probefahrten anbieten)
- Prüfen für die Innenstadt: Tempo 30 km/h auf der Durchfahrtsstraße, Sperrung für LKW, nur Anlieferverkehr, Böblinger Straße teilweise als Einbahnstraße ausweisen
- Verkehrsschilderfreie Innenstadt
- Ausbau und Elektrifizierung Schönbuchbahn, Verbesserung der Taktfrequenz
- Pförtnerampel bei Einfahrt Gewerbegebiet Buch
- Untertunnelung des Übergangs der Schönbuchbahn

Wunsch für 2. oder 3. Sitzung der Arbeitsgruppe: Rat von professionellem Verkehrsplaner

**Nächster Termin: 19. Mai 2011, 19.00 Uhr Besprechungszimmer 0.23**

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe Handel und Dienstleistung**

**Arbeitsgruppensprecher: Hans-Joachim Hild**

**Themen / Themenschwerpunkte:**

- Kaufkraftbindung
- Kaufkraftgewinnung
- Einheitlich Öffnungszeiten
- Gaststätte in der Innenstadt
- Medizinische Versorgungssituation
- Stärkung des vorhandenen Handels durch Strukturgestaltung des Umfeldes
- Unterstützung neuer Gewerbetreibender durch Synergien mit bestehendem Gewerbe
- Image und Marketing für die Stadt Holzgerlingen
- Maßnahmen der Wirtschaftsförderung

**Ziele:**

- Gewerbetreibende mit Mehrwert für Bevölkerung sollen angelockt werden
- Kaufkraft in Holzgerlingen halten und auswärtige Kaufkraft anziehen durch Warenangebot mit regionaler Ausstrahlung
- Ansiedlung einer Gaststätte mit schwäbischem Charakter
- Synergien ausloten und publizieren als Grundlage für Werbung der Stadt

**Projekte:**

- Stadt Holzgerlingen nach außen neu aufstellen
- Kaufhaus Innenstadt
- Einheitliche Öffnungszeiten
- Bürgerbefragung zur Klärung des Bedarfs

**Nächster Termin: 13. Mai 2011, 19.00 Uhr Geschäftsstelle des HGH, Böblinger Straße 20**

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe Umwelt, Klima und Freiraum**

**Arbeitsgruppensprecher: Franz Buchwald**

**Themen / Themenschwerpunkte:**

- Biotopstrukturen um Holzgerlingen
- Einbindung Holzgerlingen im Schönbuch
- Flächenverbrauch
- Unterstützung Nahversorgung
- Müll und Müllentsorgung, was passiert mit Müll auf dem Recyclinghof?
- Strahlung und Elektrosmog durch Sendemasten
- Lichtverschmutzung
- Energieversorgung
- Windrad
- Energieeffizienz steigern

**Ziele:**

- Stärkere Berücksichtigung freiraumplanerischer Belange im Flächennutzungsplan
- Gestaltung innerstädtischer Freiräume
- Gestaltung der Biotopvernetzung und Freiräume

**Projekte:**

- Langfristige Energieautarkie bis 2030, 100% regenerativ
- Aufwertung innerstädtischer Freiräume
- Biotopverbundnetzplanung (Kooperation mit Naturfreunde Holzgerlingen)

Wunsch: Professionelle Hilfe für der Biotopvernetzung

**Nächster Termin: 12. Mai 2011, 19.00 Uhr kleiner Sitzungssaal**

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe: Bauliche Entwicklung**

**Arbeitsgruppensprecher: Uwe Nageler**

**Themen / Themenschwerpunkte:**

- Erweiterung Baugebiet Dörnach / Hülben II
- Erschließung Baugebiet Dörnach
- Grundsatzfrage: Ist Baugebiet Dörnach notwendig?
- Arbeitsgruppe sieht Themenüberschneidungen / Schnittmengen mit anderen Arbeitsgruppen z.B. Verkehr und Umwelt

**Ziele & Projekte:**

- Ziele und Projekte der Arbeitsgruppe sollen im Rahmen des nächsten Treffens erörtert und geklärt werden.

**Nächster Termin: 16. Mai 2011, 19.00 Uhr kleiner Sitzungssaal**

**Fragen, Anregungen und weiteres Vorgehen**

- Wann und wo, in welchem Rahmen soll eine Bürgerbefragung stattfinden?
  - Alle Arbeitsgruppen Fragen einreichen und gemeinsam den Fragebogen gestalten
- Herr Kuhn, die STEG erläutert im Hinblick auf das Baugebiet Dörnach, dass der getroffene Aufstellungsbeschluss noch nicht der Satzungsbeschluss ist. Im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen frühzeitigen und förmlichen Bürgerbeteiligung bestehen vielseitige Möglichkeiten der Bürger sich zu äußern.

- Nächster Termin für den 2. Bürgertisch: 1 Juni 2011
- Arbeitsgruppen sollen Fortschritt vortragen und Projekte herausarbeiten

Stuttgart, 10. Mai 2011
90820 mu, hei

# Anlage 4

## Protokoll 2. Bürgertisch



STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Protokoll**

2. Bürgertisch am 01.Juni 2011

Tagesordnung

> Begrüßung

> Tagesordnung

> Wissensaustausch

Aktuelles, die STEG berichtet

> Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse

Vortrag der einzelnen Arbeitsgruppen

> Ausblick

Wie geht´s weiter?

3.Bürgertisch: 26 Juli 2011 / wann wo tagen die AGs / Verteiler / Email

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Einführung und Moderation durch Herrn Timo Munzinger, die STEG**

- Kurze Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung für den Abend.
- Erläuterung der "Spielregeln" - keine Kritik, nur Verständnisfragen.
- Im Anschluss, Bericht über die aktuellen Themen in Holzgerlingen.
  "Was ist in der Zwischenzeit gelaufen?"

**Bericht Aktuelles**

- Vorstellung Gemeinderatsentscheidung vom 17.05.2011 zum Thema Biotopkartierung (Auszug des Protokolls ist beigefügt).
- Anfrage für einen Referenten zum Thema Biotopkartierung für die Gruppe Umwelt / Klima / Freiraum läuft. Voraussichtlich kann Herr Schmidt vom Landratsamt Böblingen die Planung erläutern.
- Zur Einbeziehung der Jugendlichen in Holzgerlingen soll ein Kreativworkshop durchgeführt werden. Die Vorgehensweise soll im Jugendgemeinderat am 29.06.11 vorgestellt werden.
- Die Arbeitsgruppe Verkehr hat mit der Streckenanalyse begonnen. Erste Rad- und Fußwegeverbindungen wurden abgefahren und aufgenommen.
- Ebenso wurde ein Logo für die Gruppe Verkehr erstellt.

  Fahr Rad
  Holzgerlingen

- Zum Thema der baulichen Entwicklung Holzgerlingens wurde am 23.05.2011 eine Bürgerinformation von Seiten der Stadtverwaltung organisiert. Bei dieser öffentlichen Vorstellung wurde die Planung und das weitere Vorgehen von Herrn Prof. Dr.-Ing. Baldauf vorgestellt. Die frühzeitige Beteiligung ist demnach bis Ende Juli vorgesehen.
- Als weitere Termine ist eine Sitzung des Entwicklungsbeirates am 06.07.2011 sowie der 3. Bürgertisch am 26.07.2011 vorgesehen.

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe Umwelt, Klima und Freiraum**

**Arbeitsgruppensprecher: Franz Buchwald**

Die Arbeitsgruppe hat eine Power Point Präsentation vorbereitet. Diese wird dem Protokoll als Anhang beigefügt. Im Wesentlichen wurden die Folgenden Themen / Projekte vorgestellt.

**Themen / Themenschwerpunkte:**

- Holzgerlingen als energieautarke Kommune mit 100% erneuerbarer Energie
- Planung eines Biotopverbundnetzes
- Aufwertung innerstädtischer Freiräume

**Projekte zum Thema "energieautarke Kommune"**

- Informationsbeschaffung durch Einholung von Expertenmeinungen (KEA, Energieagenturen etc.)
- Ansätze anderer Kommunen kennen lernen (Exkursionen, Vorträge, Best Practise)
- IST-Analyse und Potenzialbestimmung durch Fachleute
- Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs durch Fachleute

**Weitere Projekte**

- Energiebeauftragten für die Stadt Holzgerlingen
- Beratendes Gremium mit Vertretern der Interessengruppen und Fachleuten zum Thema Energie
- Energiesparwettbewerb initiieren
- Beratungsangebote für Private (Fördermöglichkeiten, Einsparmöglichkeiten etc.)
- Beitritt zur Klimaallianz Deutschland
- Teilnahme am European Energy Award

**Nächster Termin:** **09. Juni 2011, 19.00 Uhr Rathaus**
**28. Juni 2011 Fachdiskussion mit Herrn Schmid (Landratsamt)**

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe Soziales**

**Arbeitsgruppensprecher: Nicole Ullrich**

Die Arbeitsgruppe hat eine Power Point Präsentation vorbereitet. Diese wird dem Protokoll als Anhang beigefügt. Im Wesentlichen wurden die Folgenden Themen / Projekte vorgestellt.

**Themen / Themenschwerpunkte:**

- Übersicht über alle derzeit bestehenden "sozialen" Angebote (Auflistung mit Kategorien siehe Präsentation Folie 1)
- Verzahnung der Zielgruppen
- Steigerung des Bekanntheitsgrad
- Professionalisierung der Betreuung und Koordination

**Weitere Projekte:**

- Fest der Kulturen wieder aufleben lassen
- Generationenübergreifendes Wohnen in Holzgerlingen initiieren
- Wohnraum für sozial schwache Familien schaffen
- Exkursion zu einer Mehrgenerationensiedlung (z.B. Tübingen, Herrenberg)
- Einrichtung einer Zeittauschbörse
- Soziale Praktika in Schulen
- Bürgerhaus
- Nachbarschaftliche Vernetzung über dezentrale Kommunikationsplattformen fördern

**Nächster Termin:** **06. Juni 2011, 19.00 Uhr Rathaus**
**11. Juli.2011, 19:00 Uhr Besprechungszimmer 0.23 Rathaus**

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe Handel und Dienstleistung**

**Arbeitsgruppensprecher: Hans-Joachim Hild**

Die Arbeitsgruppe stellt die bisher erarbeiteten Themen und Projekte in einem freien Vortrag vor. Die im Folgenden genannten Themen und Projekte wurden vorgestellt.

**Themen / Themenschwerpunkte:**

- Bürgerbefragung als Grundlage für weitere Projekte

**Vorgehensweise:**

- Grundsätzlichen Aufbau der Befragung klären
  "Wer soll Befragt werden?"
  "Was ist das Ziel der Befragung?"
- Herr Hild hat hierzu am 07.06.2011 eine Zusammenfassung an die Arbeitsgruppe versenden (siehe Anhang).
- Danach sollen die Arbeitsgruppenmitglieder die Fragen sammeln und vorbereiten.
- Anschließend soll die Formulierung und das Layout nochmals von Seiten der STEG überprüft werden.
- Die Befragung sollte zeitlich abgestimmt mit den Befragungen der anderen Gruppen stattfinden.

**Mögliche Projekte:**

- Angleichung der Öffnungszeiten.
- Hierzu hat uns Herr Stehle die Bestandsaufnahme des Seniorenrates zu den Öffnungszeiten zukommen lassen (siehe Anhang).

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe Verkehr**

**Arbeitsgruppensprecher: Heinz Höfinger**

Die Arbeitsgruppe stellt die bisher erarbeiteten Themen und Projekte in einem freien Vortrag vor. Die im Folgenden genannten Themen und Projekte wurden vorgestellt.

**Themen / Themenschwerpunkte:**

- Fahrradfreundliches Holzgerlingen
- Steigerung des Anteils an Pedelecs und E-Bikes
- Aufgrund der geringen Anzahl der Arbeitsgruppenmitglieder wird zunächst nur dieses eine Thema bearbeitet. Wünschenswert sind selbstverständlich mehr Mitglieder um auch weitere Themen zu bearbeiten. Hierzu soll ein erneuter Aufruf im Nachrichtenblatt am 10.06.2011 erfolgen.
- Von den anderen Arbeitsgruppen wurden als weitere Themen "Verkehrsberuhigte Zonen", "Verlegung des Flugzeugleitstrahls", eine Bürgerinitiative "SIT" angeregt.
- Das Thema Verkehr war eines der meist genannten im Rahmen der Bürgerauftaktveranstaltung und bietet ein sehr großes Betätigungsfeld. Dieses kann bei mehr Mitgliedern ggf. auch in Untergruppen aufgeteilt werden.

**Vorgehen:**

- Die Fuß- und Radwege werden von den Arbeitsgruppenmitgliedern systematisch erfasst und in einzelne Routen aufgeteilt.
- Diese sollen dann im Nachrichtenblatt veröffentlicht werden.
- Ebenso werden die Fahrradstellplätze vor den Geschäften in der Innenstadt erfasst und die jeweiligen Betreiber angeschrieben.

**Projekte:**

- Verbesserung der Fuß- und Radwege
- Erneuerung und Verbesserung der Beschilderung
- Informationsstand zu Pedelcs und E-Bikes bei Fahrrad Düll
- Einrichten von Stromtankstellen

**Nächster Termin: 07. Juni, 19:00 Uhr, Besprechungszimmer 0.23 Rathaus**

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe: Bauliche Entwicklung**

**Arbeitsgruppensprecher: Uwe Nageler / Ute Teufel**

Die Arbeitsgruppe stellt die bisher erarbeiteten Themen und Projekte in einem freien Vortrag vor. Da die Gruppe sehr kontrovers diskutiert und zu unterschiedlichen Einschätzungen gekommen ist, stellen Herr Nageler und Frau Teufel das Für und Wider der jeweiligen Gruppen getrennt vor.

Die Pro und Contra Argumente der Gruppe sind im Anhang beigefügt.

**Vorgehen:**

- Austausch der aktuellen Zahlen zu Leerständen, der Wohnungsnachfrage etc. für mehr Transparenz (die bisher ausgetauschten Zahlen sind im Anhang beigefügt)
- Gemeinsamer Termin (Stadt, Arbeitsgruppe, STEG) um mit dem Folgekostenrechner die Kosten des Gebietes zu berechnen
- Abstimmung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung
- Eine Art öffentliche Podiumsdiskussion zu Pro und Contra der Innenentwicklung
- Bürgerbefragung, es soll hierbei nicht um ja oder nein gehen, sondern um ein Stimmungsbild aus der Bevölkerung zum Baugebiet

**Ziele:**

- Mehr Transparenz im Rahmen der Baugebietsentwicklung Hülben II

**Nächster Termin: 20. Juni 2011, 19.00 Uhr kleiner Sitzungssaal**

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Fragen, Anregungen und weiteres Vorgehen**

- Von den Teilnehmern der Arbeitsgruppen wird angeregt bei der nächsten Sitzung Namensschilder vorzubereiten.
- Die von Seiten der Arbeitsgruppen geplanten Befragungen und Fachvorträge sind vorrangig von Seiten der Gruppen vorzubereiten. Die STEG bringt ihr Fachwissen selbstverständlich ein und unterstützt die Gruppen bei der Organisation und Koordination.
- Die Öffentlichkeitsarbeit soll weiter ausgebaut werden um die Gesamtbevölkerung besser zu informieren.

- Nächster Termin für den 3. Bürgertisch: 26. Juli 2011 ab 19:00 Uhr Burg Kalteneck

Stuttgart, 16. Juni 2011
90820 mu

# Anlage 5

## Protokoll 3. Bürgertisch



STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Protokoll**

### 3. Bürgertisch am 26.Juli 2011

Tagesordnung

> Wissensaustausch

Bericht aus dem Entwicklungsbeirat

Aktuelles und weiterer Terminplan

> Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse

Vortrag der einzelnen Arbeitsgruppen

> Kurze Gruppenphase zur internen Abstimmung

Kurze Abstimmung der Gruppen über zukünftige Projekte

und das weitere Vorgehen

> Abstimmung weiteres Vorgehen

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Einführung und Moderation durch Herrn Timo Munzinger, die STEG**

- Kurze Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung für den Abend.
- Auf Nachfrage eines neuen Teilnehmers wurde das Vorgehen und der aktuelle Stand in Sachen Stadtentwicklungskonzept 2030 in Holzgerlingen erläutert.
- Im Anschluss wurden die anstehenden Termine abgestimmt.

**Abstimmung Termine**

**Freitag, 26.08.11 14:00 - 18:00 Uhr Ortsbegehung (Verkehr)**

- Termin soll auf den 16.09.2011 verschoben werden.

**Samstag, 10.09.11 09:00 - 18:00 Uhr ProjektCheck**

- Prinzipiell in Ordnung, es soll aber geprüft werden, ob der Termin nicht eine Woche später oder am Sonntag möglich wäre.

**Mittwoch, 21.09.11 13:00 - 18:00 Uhr Exkursion Wohnformen (Tübingen)**

- Termin in Ordnung, Exkursion kann vorbereitet und mit Stadt und Arbeitsgruppe abgestimmt werden.

**Montag, 26.09.11 18:00 - 22:00 Uhr Gemeinderatssitzung (Fragebogen)**

- Termin für die Abstimmung über den Fragebogen und die Bürgerbefragung ist maßgebend für den ProjektCheck. Der ProjektCheck muss vor der Befragung stattfinden.

**Donnerstag, 29.09.1118:00 - 22:00 Uhr Kreativworkshop (Jugend)**

- Termin in Ordnung, weiteres Vorgehen mit Herrn Cramer und Jugendgemeinderat abstimmen.

**Freitag, 07.10.11 00:00 - 00:00 Uhr Versand Fragebogen / Nachrichtenblatt**

- Termin nur informell um die Zusammenhänge zwischen Termin, Veröffentlichung und Befragung zu verdeutlichen.

**Mittwoch, 19.10.11 18:30 - 22:00 Uhr Podiumsdiskussion**

- Termin in Ordnung, die Podiumsdiskussion kann vorbereitet und mit der Stadt und der Arbeitsgruppe abgestimmt werden.

**Montag, 07.11.11 19:00 - 22:00 Uhr 4. Bürgertisch**

- Termin in Ordnung

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Bericht Aktuelles / Entwicklungsbeirat**

Es wurden die aktuellen Ereignisse und die Ergebnisse aus dem Entwicklungsbeirat vorgetragen. Anbei die Ergebnisse des Entwicklungsbeirates mit den Ergänzungen aus dem Bürgertisch

**Arbeitsgruppe 1: Handel / Dienstleistung**

- Die von Seiten der Gruppe vorgeschlagenen Fragen sind prinzipiell in Ordnung. Die Fragen sollen im Rahmen einer umfassenden Bürgerbefragung zu allen Themen der Stadtentwicklung (siehe Beispielbefragung Bad Friedrichshall) durchgeführt werden.

**Arbeitsgruppe 2: Soziales**

- Die vorgeschlagene Exkursion soll für alle Bürger öffentlich angekündigt werden. Je nach Teilnehmerzahl und Nachfrage soll ein Bus organisiert werden um die jeweiligen Best Practise Beispiele anzufahren.
- Die STEG erstellt bis zum 3. Bürgertisch einen möglichen Ablauf und stimmt diesen mit der Gruppe ab.
- Der Vorschlag eines Vortrags zu "genossenschaftlichen Wohnformen" oder "Wohnformen der Zukunft" wird aufgegriffen. Hieraus soll eine öffentliche Podiumsdiskussion für alle Bürger Holzgerlingens entstehen. Es sollen unterschiedliche Referenten organisiert werden, die nach einem kurzen Vortrag für die anschließende Podiumsdiskussion zur Verfügung stehen. Im Idealfall berichten auch Holzgerlinger Bürger über ihre Erfahrungen zum Thema "Wohnen im Alter".
- Die folgenden Themen wurden als mögliche Vorträge genannt "Modelle der Eigentumsbildung", "Baugenossenschaften", "Integration", "Wohnen im Alter", "Pflegeplätze".
- Das "Fest der Kulturen" könnte in die Festlichkeiten zur 60 Jahre Feier des Landes Baden-Württemberg integriert werden.
- Von Seiten Herrn Hahn wurde angemerkt, dass sich bei ihm weitere Interessenten zum Thema Integration gemeldet haben. Die Interessenten sollten ihr Anliegen formulieren und dann in Zusammenarbeit mit der Gruppe Soziales das weitere Vorgehen abstimmen. Das Thema Integration ist in dieser Gruppe angesiedelt. Bei genügend Interessenten könnte sich aus der Gruppe Soziales auch eine Untergruppe bilden. Eine gesonderte Gruppe, die das Thema parallel bearbeitet ist nicht zielführend.

**Arbeitsgruppe 3: Umwelt / Klima / Freiraum**

- Eine Diskussionsrunde mit Vertretern der Energieagentur Böblingen wurde angefragt. Von Seiten der Energieagentur wurde ein gemeinsamer Termin zwischen Stadt und Arbeitsgruppe vorgeschlagen
- Im Rahmen eines Schülerprojektes des Schönbuch Gymnasiums wurde ein Energiekonzept erarbeitet. Die Schüler haben sich hierdurch ein erweitertes Fachwissen zum Thema Energie angeeignet. Eine Kooperation zwischen Jugendlichen und der Gruppe Umwelt / Klima / Freiraum wäre daher wünschenswert. Denkbar wäre zum Beispiel, dass die Schüler bei den punkten Energiewettbewerb oder bei der Beratung von privaten Eigentümern mitwirken. Von Herrn Frei wurde zudem angeregt, dass die Schüler evtl. eine Infomesse zum Thema Energiesparen organisieren könnten.

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe 4: Verkehr**

- Die von Seiten der Gruppe erarbeiteten Radtouren und die geplante Veröffentlichung sind in Ordnung. Nach Durchsicht und Abstimmung mit der Arbeitsgruppe und der Stadt wurden die Radrouten veröffentlicht.
- Nach Ansicht des Entwicklungsbeirates ist eine größere Themenvielfalt in der Gruppe gewünscht. Es soll daher versucht werden mehr interessierte Bürger für die Gruppe zu gewinnen. Das folgende Vorgehen ist hierfür angedacht.
- Ortsbegehung mit Besichtigung wesentlicher Stationen für die Stadtentwicklung
- Aufruf zur Mitarbeit bei festen Themengebieten (z.B. Gestaltung von Ruheinseln, Nachtbus, Bürgerbus, Mobilität im Alter, rollatorgerechte Stadt etc.). Der Entwicklungsbeirat hofft, dass sich bei einem klar umrissenen Thema, welches zeitlich begrenzt ist, evtl. mehr Interessenten melden.

**Arbeitsgruppe 5: Jugend**

- Der Vorschlag eines Kreativworkshops wird vom Entwicklungsbeirat aufgenommen.
- Ebenso der Vorschlag für die Verlosung von Gutscheinen.
- Die Organisation, Abwicklung und Befragung über Facebook bietet die Möglichkeit einer jugendgerechten Kommunikation
- Nach Möglichkeit und Interesse sollten sich die Jugendlichen im Anschluss bei den anderen Gruppen einbringen. Anknüpfungspunkte wie z.B. Energie sollten genutzt werden.

**Arbeitsgruppe 6: Bauliche Entwicklung**

- Der Vorschlag eines ProjektChecks wird von allen Anwesenden für gut befunden.
- Von Seiten der STEG wurde ein Fragenkatalog vorbereitet und am Bürgertisch ausgehändigt. Es soll ein möglicher Ablauf, sowie ein Entwurf des Fragenkataloges erarbeitet werden.
- Aufgrund der vielen Fragen der Arbeitsgruppe "bauliche Entwicklung" wurde das Thema "ProjektCheck" an das Ende des Bürgertisches verschoben.

Im Anschluss an die Vorstellung der Ergebnisse und der Abstimmung der Termine trugen die Arbeitsgruppen ihren aktuellen Stand vor.

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe Soziales**
**Arbeitsgruppensprecher: Nicole Ullrich**
**Präsentation: Herr Jens Teichelmann**

Die Arbeitsgruppe hat eine Power Point Präsentation vorbereitet. Diese wird dem Protokoll als Anhang beigefügt. Im Wesentlichen wurden die folgenden Themen / Projekte vorgestellt.

**Priorität der Arbeitsgruppe:**

- Förderung des Ehrenamtes
- Mehrgenerations-Konzepte
- Förderung der Inklusion

**Weitere Vorgehen:**

- Alle drei Themen wurden von Seiten der Gruppe aufgearbeitet und beschrieben. Es wurde das Vorhaben, die Messbarkeit und die daraus abgeleiteten Projekte dargelegt. Alle drei Arbeitspapiere sollen auf der Homepage veröffentlicht werden.
- Herr Munzinger hat ebenfalls für die Projektbeschreibung eine Vorlage erarbeitet und teilte diese aus. Die Vorlage ist ebenfalls Teil des Protokolls und sollte bei jedem Projekt von den Gruppen ausgearbeitet werden.

**Nächster Termin: 15. August 2011, 19.00 Uhr Rathaus**

**Arbeitsgruppe Handel und Dienstleistung**
**Arbeitsgruppensprecher: Hans-Joachim Hild**

Herr Hild teilte mit, dass sich die Gruppe auflösen wird. Aufgrund der schnellen Vermietung der Einzelhandelsflächen am Blo durch die Stadt wurde das zentrale Projekt "Kaufhaus Innenstadt" aus seiner Sicht bereits vorweg genommen.

Zwischenzeitlich gibt es Rückmeldung, dass die Arbeitsgruppe weiterarbeiten möchte. Die STEG hat speziell für das Thema Einzelhandel in der Innenstadt ein neues Vorgehen ausgearbeitet, das der Stadt zur Entscheidung vorliegt.

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe Umwelt, Klima und Freiraum**
**Arbeitsgruppensprecher: Franz Buchwald**

Die Arbeitsgruppe hat eine kurze Übersicht über die bisher gelaufenen Aktivitäten und das weitere Vorgehen vorbereitet und stellte diese vor. Die Übersicht wird dem Protokoll im Anhang beigefügt.

**Weiteres Vorgehen Biotopvernetzung:**

- Planung der Stadt bzgl. des Biotopverbundnetzplanes begleiten.
- Ehningen und Schönaich haben bereits ein Verbundnetzplanung, dieser soll eingesehen werden.
- Patenschaften für bestimmte Gebiete eingehen.
- Aichtal Renaturierung überarbeiten.
- Wie geht es mit der Biotopverbundnetzplanung nach dem Abstimmungstermin weiter? Die Arbeitsgruppe könnte sich auch eine Zusammenarbeit mit einer Hochschule vorstellen. Hierzu wurde bereits ein Kontakt zu Herrn Prof. Dr. Hans-Karl Hauffe - Studiendekan Masterstudiengang Umweltschutz hergestellt.

**Weiteres Vorgehen Klima / Energie**

- Ein Informationstermin mit der Energieagentur Böblingen ist angestrebt. Nach Abstimmung mit Herrn Hanfstein (GF EA-BB) wird ein gemeinsamer Termin zwischen Arbeitsgruppe, Stadt und EA-BB angestrebt. Die Abstimmung erfolgt über die STEG.
- Ein Austausch mit den Jugendlichen, wie vom Entwicklungsbeirat vorgeschlagen ist wünschenswert. Hierzu soll ein Kontakt vermittelt werden.
- Herr Renz führt hierzu an, dass es sich seiner Meinung nach um die "e-company" handelt. Dies ist ein Schülerunternehmen, welches einen Energiecheck für private Haushalte anbietet (http://www.ecompany-bw.de/%C3%BCber-uns/).
- Der Aufruf zur Mitwirkung an der Gestaltung der Freiräume in der Schloßstraße wird positiv bewertet.

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe Verkehr**

**Arbeitsgruppensprecher: Heinz Höfinger**

**Präsentation: Herr Karl Weis**

Die Arbeitsgruppe hat an einer Stellwand eine Collage vorbereitet, anhand der die Radrouten sowie die erhobenen Fahrradabstellmöglichkeiten erläutert wurden. Ein Bild der Collage wird dem Protokoll im Anhang beigefügt.

**Wesentliche Ergebnisse:**

- Autoverkehr reduzieren durch mehr und bessere Möglichkeiten zur Fahrradnutzung.
- Insgesamt wurden 111 Fahrradstellplätze in Holzgerlingen gezählt.
- Teilweise fehlt die Überdachung bzw. die Fahrradständer genügen nicht den Anforderungen (zu niedrig, keine Möglichkeit die Fahrräder ab- bzw. anzuschließen).
- Es soll ein Übersichtplan zu den Abstellmöglichkeiten erarbeitet werden.
- Es fehlen Ladestationen für E-Bikes, Pedelecs.
- Es könnten Serviceautomaten mit Reparaturwerkzeug eingerichtet werden.
- Es fehlen Markierungen auf der Straße, zumindest in den Abschnitten, in denen der Radfahrer auf der Straße fahren muss.

**Vorgehen:**

- Weitere Sensibilisierung der Bürger durch Verkehrserziehung in den Schulen.
- Am 09.10.2011 gemeinsamer Präsentationstermin mit Fahrrad Düll zum Thema E-Bikes und Pedelecs.
- Als Betreiber für Servicefahrradstationen (siehe Vaihingen) könnte das Sozialunternehmen "Neue Arbeit" angesprochen werden.

**Anregung aus anderen Gruppen:**

- Die Ausschilderung der Radwege ist nicht ausreichend und sollte aufgenommen und verbessert werden.
- Zwischen den Fahrradwegen sollte es mehr Querverbindungen geben.
- Die Ausweisung der offiziellen Radwege sollte durch die Stadt überprüft werden.
- Es könnten "Mietfahrräder" an verschiedenen Stationen angeboten werden.

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Arbeitsgruppe: Bauliche Entwicklung**

**Arbeitsgruppensprecher: Uwe Nageler / Ute Teufel**

Die Arbeitsgruppe hatte sich 30 Minuten vor Beginn des Bügertisches getroffen und nochmals bzgl. des weiteren Vorgehens abgestimmt. Vorgestellt wurden die Fragen zum Projekt-Check und die Anforderungen an die Vorbereitung.

**Vorbereitung:**

- Die Arbeitsgruppe möchte sich gut auf den ProjektCheck vorbereiten und sich daher fachlich von Herrn Flaig im Rahmen einer Arbeitsgruppensitzung beraten lassen.
- Bzgl. der angebotenen Mitwirkung bei den Planungen im Bereich Schloßstraße möchte sich die Gruppe mit allen Arbeitsgruppen vor dem Termin abstimmen.

**ProjektCheck:**

- Der Fragenkatalog zum ProjektCheck wurde ausgeteilt und wird von der Arbeitsgruppe geprüft. Gerne möchte die Gruppe die Fragen auch mit Herr Flaig vorher abstimmen.
- Wichtig ist der Gruppe, dass jeweils zwei Gruppen gebildet werden. Eine Gruppe "pro" und eine Gruppe "kontra" des Baugebiets.
- Des Weiteren möchte die Gruppe ihre Argumente frei Vortragen können und zu den erarbeiteten Ergebnissen Stellung nehmen.
- Der Ablauf des ProjektChecks ist wie folgt angedacht
  - Kurze Einführung durch die STEG
  - Gruppenphase / Diskussion der Fragen
  - Bearbeitungsphase (jeder Teilnehmer hat die Möglichkeit nach der Diskussion einen Fragebogen auszufüllen um seine Einschätzung mitzuteilen)
  - Auswertungsphase (alle Fragebogen werden ein gesammelt und ausgewertet)
  - Präsentationsphase (die Ergebnisse der Einschätzung werden vorgestellt)
  - Phase Stellungnahme (die zwei Gruppen erhalten die Möglichkeit das Ergebnis zu kommentieren und einen Text für das Nachrichtenblatt zu verfassen)
- Eine genaue Tagesordnung zum Ablauf wird noch von Seiten der STEG erarbeitet und veröffentlicht.

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

- Die Stellungnahme dient dazu, dass nicht alle Tabellen und Ergebnisse im Nachrichtenblatt veröffentlicht werden müssen, sondern nur eine Zusammenfassung, die aber von allen gemeinsam erarbeitet wurde und auch mitgetragen wird.
- Die Arbeitsgruppe legt großen Wert darauf, dass sie ihre Argumente vortragen darf und nicht "niedergebügelt" wird. Die Moderation soll daher neutral und durch die STEG erfolgen. Herr Bürgermeister Dölker sollte nicht als "Wortführer" die Veranstaltung leiten.

**Nächster Termin: 04. August 2011, 19.00 Uhr Rathaus**

**Fragen, Anregungen und weiteres Vorgehen**

- Die STEG erarbeitet die Tagesordnung für die vereinbarten Sitzungen / Termine und bereitet diese organisatorisch vor.
- Es wurde angeregt den Termin für den ProjektCheck nochmals zu überprüfen. Als Alternative kommt Sonntag 11.09 oder Samstag 17.09 in Frage. Ansonsten kollidiert der Termin mit der anschließenden Bürgerbefragung.
- Die Gruppe sollen die gewünschten Projekte mithilfe der "Projektdatenblätter" vorstrukturieren und am 07.11.2011 zum 4. Bürgertisch vortragen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit soll weiter ausgebaut werden um die Gesamtbevölkerung besser zu informieren.

- **Nächster Termin für den 4. Bürgertisch: 7. November 2011 ab 19:00 Uhr Burg Kalteneck**

Stuttgart, 4. August 2011
90820 mu

# Anlage 6

## Befragung Gemeinderäte

Anonyme Befragung der Gemeinderäte über ein Internettool. Rücklaufquote liegt bei 67 %. Unveränderte Darstellung der Antworten:

| I | **Was für Entwicklungsmöglichkeiten bietet die Bürgerbeteiligung Ihrer Ansicht nach für Holzgerlingen?** |
|---|---|
| 1 | Die Zukunft gemeinsam gestalten Alt unf Jung zusammenbringen Weg vom Egoismus - hin zum Altruismus |
| 2 | Büger erhalten die Chance eigene Wünsche, Ziele, Anregungen und Bedenken im Bürgerbeteiligungsprozess einzusteuern. |
| 3 | Bürger freundliche Stadt unter Mitbeteiligung vieler Interessengruppen. Jeder kann sich einbringen. |
| 4 | Wünsche und Anregungen der Bürgerschaft aufzunehmen und umzusetzen |
| 5 | Engagierte Bürger entdecken und für die lokale, politische Arbeit gewinnen! Neubürgern leichte Einstiegsmöglichkeiten anbieten! |
| 6 | Unser jetzt schon attraktives und lebenswertes Holzgerlingen kann durch die Bürgerbeteiligung nochmal einen Schritt nach vorne machen. Eventuell auch durch ganz einfache Dinge, die eventuell schon vorhanden sind und nur der Öffentlichkeit besser dargestellt werden wie z.B. Radwege in die Stadtmitte, Parkmöglichkeiten etc. |
| 7 | Es können sich neue Ideen und Visionen realisieren, da andere Menschen als in Verwaltung und Gemeinderat auch andere Ideen einbringen werden. Dabei tauchen sicher Themen auf, die so noch nicht sichtbar wurden. |
| 8 | Gemeinsame Ziele erarbeiten,den Abstand zwischen IHR das oben (GR + Verwaltung) und WIR ( Bürger) da unten,verkürzen. |
| 9 | Gemeinsame Bearbeitung dringender Zukunftsfragen, z.B. demographischer Wandel: Wie wollen die Bürger zukünftig gemeinsam leben, wie das Alter gestalten? Welche Formen der Bebauung ergeben sich daraus? Gemeinsam kann ein Leitbild für Holzgerlingen erarbeitet werden, mit dem sich die Mehrheit der Bürger identifizieren kann. Neubürger können über die Mitarbeit emotional enger an Holzgerlingen gebunden werden. |
| 10 | Eher geringe Entwicklungsmöglichkeiten. Chancen gibt es nur, wenn der Bürgermeister sich sowieso in eine von den BürgerInnen gewünschte bewegen will, andernfalls müssen die BürgerInnen mit heftiger Gegenwehr rechnen. Da überdies, wie bspw. bei der Immobilie Raumausstattungszentrum Frasch, von der Verwaltung durch unter Druck erzeugte Entscheidungen im Gemeinderat Alternativen verbaut werden, wie der Vorschlag des Handels- und Gewerbevereins für ein Mini-Kaufhaus mit 3 bis 4 Anbietern, wird eine Mitarbeit von Bürgerseite von vornherein diskreditiert. Das führt dann zu Frust, Resignation und Aufgabe der Mitarbeit. |
| 11 | Zufriedenere Bürger, die sich aktiv an der Entwicklung Holzgerlingens beteiligen sind die Basis für eine gesunde- erfolgreiche Zukunft für unsere Gemeinde |
| 12 | Generationsübergreifendes Miteinander, Junge Leute helfen den älteren. Ältere helfen den jüngeren. Nicht nur im Familienkreis, sondern auch innerhalb der Nachbarschaft oder noch weiter hinaus. Steigerung der atraktivität der Innenstadt. Belebung der Innenstadt durch zu entwickelnde Maßnahmen. Höhere Akzeptanz für Ansiedlung von Neubürgern. |

| II | **Was sind Ihre persönlichen Erwartungen und Bedenken an den Stadtentwicklungsprozess?** |
|---|---|
| 1 | Dass viele Mitbürger teilnehmen Dass das eigene Ego nicht hintenangestellt wird |
| 2 | Erwartung: Zusätzliche Impulse, die bisher von mir und/oder der Verwaltung nicht erkannt, entdeckt oder aufgegriffen wurden. Bedenken: Bürger lassen sich stark von Eigeninteressen leiten und vernachlässigen das Gemeinwohl. Vieles ist wünschenswert, belastet jedoch zusätzlich den Haushalt. Wichtige und unwichtige Aufgaben werden gleich gewichtet oder priorisiert. Bürger gestehen anderen nicht zu, was sie für sich selbst wie selbstverständlich in Anspruch genommen haben (z.B. Bauplatz, Haus und Wohnung in Holzgerlingen) |
| 3 | Bedenken: "Viele Köche verderben der Brei" Jeder sieht nur seine Interessen. Jeweilige Frage der Machbarkeit und Finanzierung? In vielen Dingen fehlende Sachkenntnisse der Bürger. Wenn immer nur der Klügere nachgibt kommt selten was Gescheites dabei heraus. Erwartungen: Entscheidungshilfen für Verwaltung und Gemeinderat |
| 4 | Das sich, wie geschehen Gruppen bilden, die polarisieren und versuchen utopisches oder zu einseitige Interessen mit extremen Positionen, zu verwriklichen |
| 5 | Verhalten bis etwas angespannt. Gefahr einer Parallelstruktur die durch eine vergleichsweisse geringe Anzahl nicht keine Anspruch auf Repräsentation erheben darf, aber emotional sich erheblich stark fühlt. Erwartungen sind unter Punkt 1 beschrieben und sehe ich auch bereits bei einzelnen Personen im Ansatz! |
| 6 | Ich hoffe, daß die Bürger durch den Stadtentwicklungsprozess näher zusammenrücken und ein "Wir-sind-Wir" Gefühl entwickeln, wie es z.B. 2007 bei der 1000 Jahr Feier zu spüren war. Ebenso hoffe ich, daß die Bürger den Gemeiderat insoweit besser verstehen lernen, als daß wir bei unseren Beratungen ein Projekt von mehreren Seiten betrachten müssen und auch die Finanzierung gesichert sein muß. Der Kosten-Nutzen Faktor spielt hier eine große Rolle. |
| 7 | Ich möchte von der Verwaltung die nötige Zeit einfordern, die so ein Prozess verlangt.Das heißt auch , Vorhaben der Stadt zu verschieben, wenn dies auch kurzfristig finanzielle Nachteile bringt. Ich erwarte von der Verwaltung, nicht alle Vorschläge mit Hinblick auf dier Finanzen abzulehnen, sondern positiv darauf einzugehen und Entwicklung zulassen. |
| 8 | Auch hier gibt es zu bedenken,dass einige der Mitwirkenden sich aus rein egoistischen Gründen einbringen. Ich persönlich sehe das Procedere sehr positiv für die Stadt,wenn die STEG neutral bleibt. |
| 9 | Erwartungen: Aufbrechen bestehender Strukturen und Denkweisen durch neue Impulse seitens der Bevölkerung, wieder mehr Interesse der Bürger an Kommunalpolitik Bedenken: Immer die gleichen Akteure und somit schon bekannte Anliegen, geringe Offenheit gegenüber Vorschlägen aus der Bevölkerung, Finanzierbarkeit als Totschlagargument |
| 10 | Weil von einer Biotopvernetzung Ökopunkte resultieren, wird sich der Bürgermeister einer entsprechenden Planung nicht entziehen, hilft sie ihm doch weitere Bebauungspläne zu realisieren. Möglicherweise gibt es auch kleine Fortschritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und bei Energieeinsparung, nachdem auf diesem Sektor eine neue Landesregierung Maßnahmen auf diesem Gebiet fördern wird. Meine Bedenken sind bereits bei der Entwicklung des Baugebietes Hülben II eingetreten, die einen massiven Druck auf die Gruppe und die beteiligten Gemeinderäte im Finanz- und Verwaltungsausschuss nach sich gezogen haben. |
| 11 | Zu wenig Beteiligung der Bürger. Die Umsetzung der Ideen durch den Verwaltungsaperat |
| 12 | Das Wirgefühl der Holzgerlinger und der Neubüger zu stärken. Polarisierende Interessen der einzelnen Mitglieder der Gruppen macht eine konstruktive Arbeit schwer oder nicht möglich. |

| III | **Entspricht der Stadtentwicklungsprozess bisher Ihren Erwartungen?** | **Woran liegt das?** |
|---|---|---|
| 1 | Nein | Es nehmen zu wenig Bürger Anteil Ergebniss4e der Projektgruppen werden nicht kommuniziert |
| 2 | Ja | |
| 3 | Ja | |
| 4 | Nein | Fehlenden Führung und Begleitung. Zu wenig Interessen- und Aktionsgruppen |
| 5 | Nein | Geringe Teilnehmerzahl Fokussierung beim Thema Stadtentwicklung zu sehr auf die Tagespolitik! Diskrepanz zwischen Problembewußtsein und Beteiligung an der Beseitigung derserlben. Bp. Verkehr |
| 6 | Ja | |
| 7 | Nein | Die oben angesprochene Zeit, z.B.die Vergabe des Frasch-Anwesens an einen Einzelhändler ohne der Gruppe "Handel und Gewerbe" den nötigen Zeitraum eines wirklichen Prozesses zu geben. |
| 8 | Ja | |
| 9 | Nein | Geringe Beteiligung seitens der Bürger (hatte da mehr erwartet), zu hohe Bedenken gegenüber Vorschlägen, Vorbehalte gegenüber eigenständigen Bürgerprojekten |
| 10 | Nein | Schon im 1. Bürgertisch haben Gemeinderäte, trotz gegenteiliger Bekundungen, sich viel zu massiv eingemischt und bspw. sich als Gruppensprecher einsetzen lassen. Zum andern gelingt es dem Bürgermeister nicht, s e i n e Sicht der Dinge außen vor zu lassen, bis sich in den Gruppen ein Ergebnis der Gruppenmeinung gebildet hat. |
| 11 | Ja | |
| 12 | Nein | Wie bei Punkt 2. Einzelne Mitglieder der Gruppen hacken nur auf der Verwaltung und dem GR rum. |

| IV | **Was sind Ihre Erwartungen an die Bürger?** |
|---|---|
| 1 | Rege , aktive Teilnahme Gegenseitiges Verstehen , d.h. auch zuhören lernen |
| 2 | Gemeinwohlorientierung unter Zurückstellung der eigenen Interessen. Aktive Beteiligung auch der augenscheinlich zufriedenen Bürger. Problem: Häufig beteiligen sich vermehrt unzufriedene Bürger, die hoffen, dadurch den eigenen Einfluss verstärken zu können. |
| 3 | Nicht nur kritisieren, sondern sich einbringen! |
| 4 | Planungen zu verhindern oder vorantzutreiben |
| 5 | Interesse für zukünfitge Entwicklungen wecken. Beteiligung an Projekten ermöglichen. Größere Beteiligung am politischen Prozeß |
| 6 | Für alle Bürger ist die Stadtentwicklung wichtignd jeder sollte sich daran beteiligen. Wenn nicht aktiv in einer Arbeitsgruppe, dann hat jeder die Möglichkeit zu einem Thema, das einen angeht (und es ist mit Sicherheit für jeden etwas dabei), seine Meinung an ein Arbeitsgruppenmitglied, der Verwaltung, der STEG etc. kundzutun. Die einzelnen Arbeitsgruppen sind für jeden Beitrag dankbar. Zum zweiten wünsche ich mir, daß die Mitglieder der Arbeitsgruppen auch andere Meinungen respektieren und akzeptieren und nicht persönliche Gründe allein in den Vordergrund stellen und als das einzig Richtige ansehen. |
| 7 | Mehr Teilnahme - mehr Interesse- mehr Ideen- mehr Mitarbeit |
| 8 | nicht allzu hoch,nach der Anfangsphase werden die Gruppen wohl kleiner statt grö- |

| | |
|---|---|
| | ßer werden. |
| 9 | Bereitschaft zur Mitarbeit, auch wenn Ziele nicht umgehend zu erreichen sind. Engagement über den "Konzeptzeitraum" hinaus. Mutig Ideen vortragen. Keine Vorurteile gegenüber Stadtverwaltung mitbringen. |
| 10 | Engagierte Teilnahme an den gebildeten Diskussionen in den Gruppen. Selbstbewusste Bürger sollten sich nicht von ihren Themen abbringen lassen. |
| 11 | Hohe Beteiligung |
| 12 | Es sollten Bürger aus ganz verschieden Beweggründen mitmachen. Junge, 50+, Familien, Senioren, Singels, Holzgerlinger, Neubürger, Vereinsleute und und und |

| V VI | **Wie schätzen Sie die Bürgerbeteiligung bisher ein?** | **Meinen Sie, man könnte mit Hilfe des Internets (soziale Netzwerke, Blogs, Foren, etc.) die Bürgerbeteiligung steigern?** | **Welche Formen sind Ihrer Meinung nach für einen Stadtentwicklungsprozess am besten geeignet?** |
|---|---|---|---|
| 1 | zu wenig | Ja | Der beschrittene Weg ist richtig, jedoch muß für die einzelnen Gruppen und deren Sitzungen massiver geworben werden |
| 2 | zu wenig | Ja | Möglichst alle Medien abgestimmt nutzen. Schlanke Abläufe mit möglichst wenig zusätzlicher zeitlicher Inanspruchnahme von Bürgern. Die Interessierten sind oft bereits ehrenamtlich in Vereinen, Organisationen und Kirchen gebunden |
| 3 | ausreichend | Nein | |
| 4 | zu wenig | Ja | Soziale Netzwerke und Foren. Überhaupt wird das Internet, dass bei vielen Bürger eine große Rolle spielt zu wenig genutzt, |
| 5 | zu wenig | Nein | |
| 6 | zu wenig | Nein | |
| 7 | zu wenig | Nein | |
| 8 | zu wenig | Ja | Mit den modernen Netzwerken kenne ich mich zuwenig aus,hier keine Meinung. |
| 9 | zu wenig | Ja | Diskussionen im Rahmen von Treffen, aber auch offen im Internet. Regelmäßige Vorstellungen in persönlichen Gesprächen z.B. während Wochenmarkt. |
| 10 | zu wenig | Nein | |
| 11 | zu wenig | Ja | gfuagiaug |
| 12 | zu wenig | Nein | |

| VII | **Was sind Ihre Erwartungen an die Moderation und Begleitung der STEG?** |
|---|---|
| 1 | Für eine Bewertung ist es noch zu früh jedoch sollte die Steg besser koordinieren |
| 2 | Offener Umgang mit den Anregungen und Bedenken. Vermittler zwischen Verwaltung und Bürgern. Falsche weil einseitige Feldbearbeitungen Einzelner oder von Arbeitsgruppen sollten korrigiert werden. |
| 3 | Motivation der Bürger zur Beteiligung. "Wunschträume im Keim ersticken². Realisti- |

| | |
|---|---|
| | sche Anregungen aufnehmen und weiter verfolgen. Regelmäßige Information des Gemeinderates über den Stand der Dinge (bislang zu wenig und zu selten erfolgt!). |
| 4 | Intensivere Begleitung und Unterstützung mit fundierten Informationen |
| 5 | Konfrontationen versachlichen Zielgerichtetes Arbeiten begleiten Erfahrungshorizonten anderer Städte und Gemeinden einbringen |
| 6 | Die STEG hat in solchen Dingen große Erfahrung und macht die Sache im Grunde genommen recht gut. Mängel gibt es wohl in der Kommunikation mit der Verwaltung zwecks Veröffentlichungen im Nachrichtenblatt der Protolkolle etc. |
| 7 | Ich wünsche mir eine gute Beratung in Einzelfragen, mehr Engagement für die Gruppen als für die Verwaltung |
| 8 | zumindest in der Gruppe Verkehr war die erste Darstellung im NB nicht nach unseren Vorgaben umgesetzt worden, wir haben für eine originale Berichterstattung gesorgt. |
| 9 | - Unabhängigkeit gegenüber Verwaltung und Bürgertischen - Koordinationsaufgaben - Schnittstelle der Bürgertische - Informationsspeicher/ Informationsaustausch - Motivator |
| 10 | Die STEG sollte sich nicht zum Sprachrohr der Verwaltung machen lassen. Sie sollte im Gegenteil sich um die Wünsche der Gruppen, besonders der Gruppenmehrheiten kümmern und deren Erfüllung bei der Verwaltung vertreten. Dass nach diesem Meinungsbildungsprozess in den Gruppen der Gemeinderat immer noch die Hoheit für Entscheidungen und deren Finanzierung vorbehält, bleibt davon unberührt. Wenn man allerdings die Bürgerwünsche nur dann erfüllen will, wenn sie identisch mit einen Wünschen und Zielen sind, sollte man die Finger von einem Stadtentwicklungskonzept lassen, das echte Bürgerbeteiligung suggeriert. |
| 11 | Professionalität |
| 12 | Neutralität und sachliche Aufarbeitung der Aufgabenstellungen |

| VIII | **Welche Kompetenzen sollten die Bürger Ihrer Meinung nach in einem solchen Prozess bekommen?** |
|---|---|
| 1 | Die Bürger werden beteiligt, die Entscheidung bleibt beim Gemeinderat |
| 2 | Die Bürger werden beteiligt, die Entscheidung bleibt beim Gemeinderat |
| 3 | Die Bürger können Vorschläge vorbringen |
| 4 | Die Bürger werden zu (Mit-) Entscheidungsträgern |
| 5 | Die Bürger werden beteiligt, die Entscheidung bleibt beim Gemeinderat |
| 6 | Die Bürger werden beteiligt, die Entscheidung bleibt beim Gemeinderat |
| 7 | Die Bürger werden zu (Mit-) Entscheidungsträgern |
| 8 | Die Bürger werden beteiligt, die Entscheidung bleibt beim Gemeinderat |
| 9 | Die Bürger werden beteiligt, die Entscheidung bleibt beim Gemeinderat |
| 10 | Die Bürger werden zu (Mit-) Entscheidungsträgern |
| 11 | Die Bürger werden zu (Mit-) Entscheidungsträgern |
| 12 | Die Bürger werden beteiligt, die Entscheidung bleibt beim Gemeinderat |

| VIII | **Begründung:** |
|---|---|
| 1 | Wir sind eine parlamentarische Demokratie |
| 2 | Zunächst habe ich bei unserem Prozess nicht den Eindruck, als wäre die Bürgerschaft durch die Arbeitsgruppen (selbst ernannte Vertreter durch eigenes Interesse) repräsentativ besser vertreten als durch den Gemeinderat. (gewählt durch die Mehrheit der Bürgerschaft) |
| 3 | diese sind jedoch von der Verwaltung und dem Gemeinderat zu prüfen und abzuwägen. Die Entscheidung sollte jedoch beim Gemeinderat verbleiben, ansonsten wäre dieser Überflüssig. |
| 4 | Stadtentwicklung ist für die Einwohner dieser Stadt, darum sollten auch ihrer Interessen berücksichtigt werden. Mitentscheidungsträger, die sich aktive einbringen sollen auch berücksichtigt werden. Allerdings treffen die endgültigen Beschlüsse die gewählten Vertreter. |

| | |
|---|---|
| 5 | Es sollten keine Doppelstrukturen entstehen. Unsere demokratischen Strukturen haben sich nach der Neugestaltung der BRD letztendlich bewährt. |
| 6 | Der Gemeinderat ist ein demokratisch gewähltes Gremium hat nun einmal die Entscheidungsgewalt. Wir müssen wie schon erwähnt die Projekte etc. von vielen Seiten aus betrachten und alle Argumente abwägen. Vor jeder öffentlichen Bekanntmachung steckt normalerweise schon eine mindestens monatelange nichtöffentliche Beratung, von der der Bürger gar nichts weiß. Daso fehlende Hintergrundwissen ist für eine Entscheidungsfindung immens wichtig. Es geht hier nicht nur um z.B. Baugebiet ja / nein, sondern wir bewerten auch ob ein Bedarf da ist (Bauplatzanfragen ?), neue Wohnflächen für junge Familien ist eine Zukunftssicherung für unsere KITAs, Kiga´s, Schulen etc. Der örtliche Einzelhandel und das Handwerk profitieren von neuen Bürgern. Solche Entwicklungen und Entscheidungsprozesse sind mehr als ein einfaches ja oder nein. |
| 7 | Die Bürger werden sich mit den Sachverhalten auseinandersetzen und so zu einer Meinung kommen. Dabei traue ich ihnen zu, dass sie zum Wohle der Stadt entscheiden werden und nicht nur für ihr eigenes Wohl. |
| 8 | Das Gremium GR wurde von den Bürgern als seine Vertretung gewählt und geht auch in die Verantwortung. |
| 9 | Die letzte Entscheidung sollte dem Gemeinderat eingeräumt werden. Den Bürgern muß aber vorab die Möglichkeit eingeräumt werden, den Gemeinderat zu Informieren bzw. mit ihm die Vorschläge zu diskutieren. |
| 10 | Nur das verschafft eine nachhaltige Motivation, die sich herumsprechen und weitere Beteiligung nach sich ziehen wird. Bei notwendigen Investitionen, die den Haushalt nachhaltig tangieren würden, muss aber die Entscheidung beim Gemeinderat verbleiben. |
| 11 | Nur dann wird so ein Prozess auch von den Bürgern ernst genommen |
| 12 | Wenn die Bürger mitentscheiden sollten, können wir den Gemeinderat gleich abschaffen. Den Bürgern sollte klarer werden, dass Sie mit Ihren GR im Dialog stehen können und sollten. Nicht immer nur sagen, die machen ja sowieso was die oder der Bürgermeister wollen. |

| IX | **Wie werden die Bürger Ihrer Meinung nach bei der Stadtentwicklung in Holzgerlingen mit Kompetenzen ausgestattet?** |
|---|---|
| 1 | ausreichend |
| 2 | ausreichend |
| 3 | ausreichend |
| 4 | zu gering |
| 5 | reichlich |
| 6 | ausreichend |
| 7 | zu gering |
| 8 | ausreichend |
| 9 | ausreichend |
| 10 | zu gering |
| 11 | ausreichend |
| 12 | ausreichend |

| X | **Was erwarten Sie von der Verwaltung im Umgang mit Anregungen aus der Bürgerschaft?** |
|---|---|
| 1 | dass sie ernst genommen werden und ausreichend gewichtigt werden |
| 2 | Ich gehe davon aus, dass - unabhängig vom Stadtentwicklungsprozess - Anregungen und Bedenken von Bürgern aufgenommen und sach- und fachgerecht beantwortet werden. Meines Erachtens ist dies eine Möglichkeit der Qualitätssicherung einer Kommune. |
| 3 | Zur Kenntnis nehmen, abwägen, den Gemeinderat darüber informieren und ggfs. gemeinsam mit diesem umsetzen. |

| | |
|---|---|
| 4 | Mehr Gelassenheit und Diskusssionsbereitschaft. Weniger Deckelung sondern mehr Transparenz |
| 5 | Offenheit und Interesse Weiterleitung an die entsprechenden Gremien oder Gruppierungen Einladung zur Mitarbeit bzw. Hinweis auf die im Gemeinderat vertretenen Gruppen und Parteien |
| 6 | Die Verwaltung sollte Anregung aus der Bürgerschaft, die Sie selbst betrifft, auch prüfen und bei machbarkeit in die tägliche Arbeit einfließen lassen. |
| 7 | Offenheit für neue Ideen - sie nicht sofort ablehnen Umgang mit Kritik- auch eine Verwaltung darf Fehler machen |
| 8 | Die Anregungen müssen ernst genommen werden und zumindest diskutiert werden. |
| 9 | - Offenheit - Das Annehmen von Vorschlägen - Diskussionsbereitschaft - Kompromissbereitschaft |
| 10 | Zuerst zurückhaltendes Abwarten, bis der Meinungsbildungsprozess in den Gruppen abgeschlossen ist. Sodann wohlwollende Prüfung und Austausch mit den Gruppen. |
| 11 | Diese ernst zu nehmen und nicht zu schnell abzulehnen...wege zu suchen Anregungen umzusetzen. |
| 12 | Sachliche Aufarbeitung / neutralität |

| XI | **Wie wollen Sie selbst mit Anregungen und Ideen der Bürger umgehen?** |
|---|---|
| 1 | Ergebisse werden im Gemeinderat offen und ehrlich diskutiert und ab- und ausgewogen |
| 2 | Ich werde sie wertfrei aufnehmen, nach meinem Kenntnisstand bewerten und beurteilen und offen beantworten. |
| 3 | "Wünschträume im Keim ersticken". Mich für Machbares einsetzen. Doch was sind "Wunschträume" und was ist Machbar? Unzufriedene wird es immer geben! |
| 4 | Aufnehmen und auf realistische Umsetzung prüfen. |
| 5 | Einbringen in die Gemeinderatsarbeit Einladen zur kontinuierlichen Mitarbeit Im Gespräch Zusammenhänge und Vorgänge erläutern |
| 6 | Die Argumente der Bürger stellen u.U. eine andere Meinung als die meinige dar, müssen aber deswegen nicht falsch sein, sondern müssen genauso geprüft und diskutiert werden wie z.B. Vorschläge der Verwaltung oder der anderen Fraktuionen. |
| 7 | Die Ideen ernst nehmen, selbst offen sein für Neues und prüfen, ob die Ideen nicht umgesetzt werden können |
| 8 | ehrlich aber kritisch |
| 9 | Ich möchte die Vorschläge offen annehmen, mir genau den Hintergrund erklären lassen, Rücksprache mit Betroffenen halten, in der Fraktion diskutieren, abwägen, meine Entscheidung/Meinung dem Bürger darlegen. Dieser muß meine Entscheidung nachvollziehen können. |
| 10 | Prüfen, ob sich die Anregungen und Ideen mit einer nachhaltigen Entwicklung der Kommune vertragen und dem Klimaschutz dienen. |
| 11 | Genau so wie ich es von der Verwaltung erwarte |
| 12 | Für Anregungen, die ich für sinnvoll erachte, setzte ich mich selbstverständlich auch ein. |

| XII<br>XIII | **Werden die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung Ihre persönliche Arbeit als Gemeinderat beeinflussen?** | **In wie weit werden sie Ihre Arbeit beeinflussen?** |
|---|---|---|
| 1 | Ja | Ich bin immer offen für eine umsetzbare Anregung |
| 2 | Ja | Gemeinwohlstiftendes wird Unterstützung finden, Anderes wird zurück gewiesen werden. Zur Frage 13 - Die Bürger in deren Mehrzahl ja. Einzelinteressen Nein. |

| | | |
|---|---|---|
| 3 | Ja | Siehe 11. |
| 4 | Ja | Es haben sich Interessengruppen gebildet, die auch nach dem Prozeß der Bürgerbeteiliung weiter arbeiten werden um sich für ihre Themen einzusetzen. Dies ist zu berücksichtigen. |
| 5 | Ja | Klarere persönliche Meinung und offensivere Darstellung im Gespräch Präziser und frühzeitig Sachverhalte kommunizieren und auch zu den Verantwortlichkeiten Stellung beziehen. Darstellung persönlicher und privater Interessen und Klärung wo diese mitunter nicht mit dem Gemeinsinn vereinbar sind. |
| 6 | Ja | Siehe Punkt 11 |
| 7 | Ja | Neue Ideen lassen den Blickwinkel auf eine Sache in neuem Licht erscheinen. Daran kann angeknüpft werden und auch umgesetzt werden |
| 8 | Nein | |
| 9 | Ja | Da ich gewählter Vertreter der Bürger bin - sehr! |
| 10 | Ja | Da ich Mitglied einer Fraktion bin, die sich dem Schutz der Umwelt und der Natur verpflichtet hat, werde ich mich von Maßnahmen zum Klimaschutz in meinem Engagement bestätigt fühlen. Entsprechend würde ich mich von sozialen Initiativen unterstützt fühlen, die Kindern, Jugendlichen, alten MitbürgerInnen und Migranten zugute kommen. |
| 11 | Ja | Das kann ich nur politisch beantworten.. Das kommt auf die Ergebnisse an |
| 12 | Ja | Anregungen aufgreifen, mit meiner Fraktion diskutieren und in die Arbeit des GR einbringen. |

| XIV | **Können Sie sich vorstellen, die Bürger in Zukunft auch in andere politische Entscheidungsprozesse verstärkt einzubinden?** | **In welchen Bereichen?** |
|---|---|---|
| 1 | Ja | schwer, da das Subsidiaritätsprinzip ein Hemmschuh ist |
| 2 | Ja | In den Fragestellungen: "Was können wir oder kann ich für das Gemeindewohl meiner Stadt zusätzlich leisten?" Brauchen wir einen eigenen Wald und wenn, was bin ich bereit dafür zusätzlich zu investieren. Brauchen wir ein Stadtverkehrskonzept und was bin ich bereit dafür zusätzlich zu investieren. Ist verbesserte Ärzeversorgung notwendig und was würde ich zustätzlich dafür finanziell und persönlich aufbringen usw. |
| 3 | Nein | |
| 4 | Ja | In Bürgerbefragungen, Blogs oder sozialen Netzwerken, die von der Stadt genutzt werden |
| 5 | Ja | Bei großen Strukturpolitschen oder auch inhaltlichen Entscheidungen auf Landes -und Bundesebene. |
| 6 | Ja | Bürgerbeteiligung ist in mehreren Bereichen denkbar, z.B. an welchem Platz eine KITA oder Vorschläge zur Gestaltung von öffentl. Plätzen |

| | | |
|---|---|---|
| | | etc. Wenn man aber den Besuch bei Gemeideratssitzungen oder Bürgerversammlungen betrachtet, kommen mir manschmal Zweifel, in welchem Umfang bei "Otto-Normalverbraucher" überhaupt ein Interesse an Kommunalpolitik besteht. |
| 7 | Ja | Gestaltung: - von öffentlichem Raum - von Neubaugebieten - von Wohnformen |
| 8 | Nein | |
| 9 | Ja | - Bebauung - Infrastruktur - Schule - Kinderbetreuung |
| 10 | Ja | Bebauungsplanung, Verkehrspolitik, Naturschutz, Bildungspolitik und andere mehr. |
| 11 | Ja | Vereinsleben Ökologische Prozesse |
| 12 | Nein | |

| XV | **Wie stehen Sie persönlich dem Stadtentwicklungsprozess gegenüber?** |
|---|---|
| 1 | positiv |
| 2 | positiv |
| 3 | eher positiv, interessiert |
| 4 | eher positiv, interessiert |
| 5 | eher positiv, interessiert |
| 6 | positiv |
| 7 | positiv |
| 8 | eher positiv, interessiert |
| 9 | positiv |
| 10 | abwartend, eher negativ |
| 11 | positiv |
| 12 | abwartend, eher negativ |

# Anlage 7

## Nachrichtenblatt Holzgerlingen

vom 02.09.2011, S. 3 ..... 100

vom 05.08.2011, S. 4 ..... 101

vom 04.09.2009, S. 6,7 ..... 102

## Nachrichtenblatt Holzgerlingen vom 02.09.2011, S. 3



# Stadtentwicklung 2030

**Bekanntmachung Termine**

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

**Einladung zum ProjektCheck**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
nach der Sommerpause wurde eine Vielzahl an Veranstaltungen und Terminen durch die Arbeitsgruppen angeregt und vorbereitet. Im Folgenden möchten wir Ihnen die aktuell geplanten Aktivitäten mitteilen und Sie zum ProjektCheck am 24. September 2011 einladen.

**24. September 2011 – 9.00 bis 17.00 Uhr ProjektCheck**
- Workshop zur Überprüfung der Auswirkungen des geplanten Baugebietes Hülben II

**16. September und 7. Oktober 2011 – 14.00 bis 18.00 Uhr Stadtbegehung**
- Welche Bereiche sind für die zukünftige Entwicklung in Holzgerlingen wichtig? Wo sind Stärken und Schwächen?

**21. September 2011 – 13.00 bis 18.00 Uhr Exkursion Wohnformen**
- Exkursion zu verschiedenen "Best Practise" Beispielen in der Region zum Thema "zukünftige Wohnformen und Wohneigentumsformen"

**29. September 2011 – 18.00 bis 22.00 Uhr Kreativworkshop**
- Kreativworkshop mit Jugendlichen aus Holzgerlingen zum Thema Stadtentwicklung

**19. Oktober 2011 – 18.30 bis 22.00 Uhr Podiumsdiskussion**
- Podiumsdiskussion zum Thema "Wie wollen wir zukünftig leben?"

Um die jeweiligen Veranstaltungen besser planen zu können, möchten wie Sie bitten sich rechtzeitig vorher anzumelden. Bitte teilen Sie Ihre Anmeldung bitte Herrn Roland Hoffmann (Telefon (0 70 31) 68 08 15, roland.hoffmann@holzgerlingen.de) oder Herr Timo Munzinger (Telefon (07 11) 21 06 82 07, timo.munzinger@steg.de) mit. Es gelten die folgenden Anmeldefristen.

**Exkursion Wohnformen**
**bis zum 14. September 2011**

**ProjektCheck bis zum 16. September 2011**

Wir freuen uns über eine rege Beteiligung und Ihre Mitwirkung.

**Machen Sie mit, bestimmen Sie mit, gestalten Sie mit!**

Mit Ihren Ideen und Ihrer Mitwirkung wird in unserer Stadt auch künftig vieles möglich sein!

Wilfried Dölker, Bürgermeister

## Die Stadt gratuliert Jannik Malz zum sehr guten 5. Platz bei der Europameisterschaft

Jannik Malz aus Holzgerlingen hat vor kurzem bei der Europameisterschaft im Ringen (A-Jugend gr.-röm.) in der Klasse bis 63 kg in Warschau den 5. Platz belegt.

Der 17-jährige begann seine Karriere beim KSV Holzgerlingen, wechselte 2010 zum TSV Asperg und wird nun zum Oberligisten AV Sulgen wechseln.

Bereits im Februar 2011 wurde Jannik Malz Deutscher Meister im Ringen.

Wir gratulieren herzlich zu diesem hervorragenden sportlichen Erfolg!

Wilfried Dölker
Bürgermeister

## Stadt Holzgerlingen
### Termine der Woche • Termine der Woche

| | | |
|---|---|---|
| 4. September 2011<br>Ab 11.30 Uhr | Sommerfest | Haus am Ziegelhof |
| 4. September 2011<br>14.00 – 17.00 Uhr | Das Heimatmuseum ist geöffnet | Heimatmuseum |
| 8. September 2011<br>20.00 Uhr | Florian Schroeder | Burg Kalteneck |
| 9. September 2011<br>14.00 – 18.00 Uhr | Wochenmarkt | Rathausplatz |

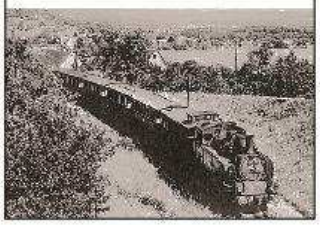
**Bitte beachten Sie die Termine des Abfallkalenders:**

Dienstag, 6. September 2011 Biotonne
Montag, 12. September 2011 Altpapiertonne

## Gleisgeschichten – 100 Jahre Schönbuchbahn

**Die Schönbuchbahn feiert in diesem Jahr das 100jähriges Jubiläum.**

Im Buch „Gleisgeschichten – 100 Jahre Schönbuchbahn" werden die Historie der Schönbuchbahn und die mit ihr verbundenen Geschichten im Leben und Wirken der Menschen auf der Schönbuchlichtung dargestellt. Das Buch umfasst 200 Seiten mit vielen historischen Bildern, Anekdoten und Zeitzeugenberichten. Es kann im Rathaus Holzgerlingen (Info-Theke) im MAGAZIN 2 und im buch plus für 12 Euro erworben werden.



## Nachrichtenblatt Holzgerlingen vom 05.08.2011, S. 4

Gesangverein Frohsinn Holzgerlingen e.V.

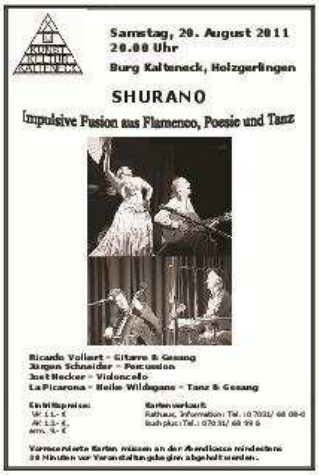
**Sommerhocketse**

**13. + 14. August**

**Rathausplatz Holzgerlingen**

Bedienung an beiden Tagen

| Samstag ab 17:00 Uhr | Sonntag ab 11:00 Uhr |
|---|---|
| Zwiebel- und Krautkuchen | Kinderschminken |
| Ab 21:30 Uhr öffnet die BAR | Schnitzel und Schweinebraten |
| | Kaffee und Kuchen |



Samstag, 20. August 2011
20.00 Uhr
Burg Kaltenek, Holzgerlingen

**SHURANO**

Impulsive Fusion aus Flamenco, Poesie und Tanz



Ricardo Vollert – Gitarre & Gesang
Jürgen Schneider – Percussion
Joel Becker – Violoncello
La Picarona – Heiße Wildkatze – Tanz & Gesang

Einheitspreise:
VK 11,- €
AK 13,- €
erm. 9,- €

Kartenverkauf:
Rathaus, Information: Tel. 07031/ 68 08-0
Buchplus: Tel.: 07031/ 68 99 6

Vorbestellte Karten müssen an der Abendkasse mindestens 30 Minuten vor Veranstaltungsbeginn abgeholt werden.

## Wie wollen Sie 2030 in Holzgerlingen leben???

STADT HOLZGERLINGEN
Stadtentwicklung 2030

Themen die uns beschäftigen:

- Was können wir für unser **Ehrenamt** tun?
- Welche Chancen ergeben sich aus **Mehrgenerationenkonzepten?**
- Wie fördern wir die selbstverständliche Teilhabe aller Einwohner an der Gesellschaft **(Inklusion)?**

Was sagen **Sie** dazu?

Die **Arbeitsgruppe Soziales** würde sich über Unterstützung und Anregungen sehr freuen! Kommen Sie zu unserem nächsten Treffen

**am Montag, den 15. August 2011**
**um 19.00 Uhr**
**ins Rathaus, kleiner Sitzungssaal.**

Weitere Informationen bei Nicole Ullrich, Telefon 4 28 12 62 oder Nicole@Ullrichs.org

## Es gibt noch freie Plätze beim Sommerferienprogramm!

**Nr. 40 Musikinstrumente spielerisch kennen lernen**

Kinder und Jugendliche, die gerne Musik machen möchten können verschiedene Instrumente ausprobieren.

| | |
|---|---|
| Alter | ab 6 Jahren |
| Wann | Freitag, 19. August 2011 16.00 bis 18.00 Uhr<br>Samstag, 20. August 2011 10.00 bis 12.00 Uhr |
| Wo | „Musikertreff Holzgerlingen" Böblinger Straße 66 |
| Veranstalter | Musikschule „Musikertreff Holzgerlingen" und Musikgeschäft „Music Store Route 66" |
| Verantwortlich | Kurt Renz, Telefon 60 10 46 |
| Kosten | 5,00 Euro |
| Anmeldung | telefonisch bei Herrn Renz Telefon 60 10 46 |

**Nr. 41 Besuch des Barfußparks Dornstetten**

Einfach mal die Schuhe ausziehen und barfuß über Rasen, Sand, Moos oder kühle Erde gehen, feststellen, wie sich Waldboden und Kies anfühlen. Einfach erfahren, was wir vielleicht schon wieder verlernt haben.

Vor der Heimfahrt werden wir uns noch mit gegrillten Würsten und Getränken stärken. Für Würste und Getränke ist gesorgt. Die Hin- und Rückfahrt zum Barfußpark werden wir mit dem Bus machen.

Bitte bringt ein Handtuch, ein zweites Paar Schuhe und Strümpfe mit! Auch eine Ersatzhose sollte ihr mitnehmen. Bitte bringt für unterwegs ein Vesper und etwas zum Trinken mit.

| | |
|---|---|
| Alter | 5 bis 14 Jahre |
| Wann | Freitag, 26. August 2011 13.00 bis ca. 19.00 Uhr |
| Wo | Treffpunkt: Parkplatz Holzgerlingen Nord |
| Veranstalter | Gesangverein Frohsinn e.V. |
| Verantwortlich | Gerhard Deixelberger Telefon 60 28 49 |
| Kosten | 6,00 Euro |
| Anmeldung | telefonisch im Rathaus bei Frau Nasdal-Offner oder Frau Nuber Telefon 68 08 62 / 68 08 21 |

Der Preis beinhaltet die Busfahrt sowie den Eintritt. Der Ausflug findet auch bei Regenwetter statt. Ältere Geschwister, Eltern und Großeltern können gerne mitfahren. (Preis p.P. 10 Euro).

**Nr. 45 Ein Nachmittag bei der Feuerwehr**

Wolltet ihr schon immer mal wissen, was die Freiwillige Feuerwehr so tut? Dann seid ihr hier richtig! Bitte tragt festes Schuhwerk.

| | |
|---|---|
| Alter | 10 bis 14 Jahre |
| Wann | Freitag, 2. September 2011 15.00 Uhr |
| Wo | Gerätehaus, Rudolf-Diesel-Straße |
| Veranstalter | Freiwillige Feuerwehr Holzgerlingen |
| Verantwortlich | Matthias Brodbeck, Telefon 60 98 65 |
| Kosten | keine |
| Anmeldung | telefonisch im Rathaus bei Frau Nasdal-Offner oder Frau Nuber Telefon 68 08 62 / 68 08 21 |

**Nr. 47 Feriencamp beim Sportverein**

Der Sportverein Holzgerlingen bietet in der 6. Ferienwoche ein buntes und aufregendes Ferienprogramm an:Fußball, Tischtennis, American Football, Leichtathletik, Turnen und vieles mehr steht auf dem Programm.

Bitte bringt Sportsachen, einen kleinen Snack und etwas zum Trinken mit.

| | |
|---|---|
| Alter | 6 bis 14 Jahre |
| Wann | Montag bis Freitag, 5. bis 9. September 2011 8.00 bis 16.00 Uhr |
| Wo | Holzgerlingen |
| Veranstalter | SpVgg Holzgerlingen mit Sparten |
| Verantwortlich | SpVgg Holzgerlingen Telefon 60 59 19 |
| Kosten | 80,00 Euro (inkl. Mittagessen) |
| Anmeldung | mit separatem Anmeldeformular. Auslage an der Rathaus-Info. |

**Nr. 52 Tischtennis**

Timo Boll und Jörg Rosskopf – zwei Namen, die für Tischtennis der Weltklasse stehen. Wer würde nicht einmal die Bälle so über die Platte schmettern und die Gegner so gekonnt in ihre Schranken verweisen wie diese beiden Herren? Mit leichten Übungen an der Platte und einigen Geschicklichkeitsspielen für die Koordination beginnen wir uns an den Ball und an den Schläger zu gewöhnen.

Bitte tragt Sportkleidung und bringt einen Tischtennisschläger mit.

| | |
|---|---|
| Alter | 7 bis 10 Jahre |
| Wann | Donnerstag, 8. September 2011 15.00 bis 17.00 Uhr |
| Wo | Realschulturnhalle |
| Veranstalter | SpVgg Abt. Tischtennis |
| Verantwortlich | Jens-Uwe Renz, Telefon 26 63 93 |
| Kosten | 4,00 Euro |
| Anmeldung | telefonisch im Rathaus bei Frau Nasdal-Offner oder Frau Nuber Telefon 68 08 62 / 68 08 21 |

## Nachrichtenblatt Holzgerlingen vom 04.09.2009, S. 6,7

STADT HOLZGERLINGEN NACHRICHTENBLATT Bekanntmachungen

# Wohngebiet Hülben wird 5 Jahre alt

Vor mittlerweile fast 5 Jahren, im November 2004, wurde mit den Bauarbeiten der ersten Wohnhäuser im Wohngebiet Hülben begonnen. Die Stadt nimmt dies zum Anlass, über die Entwicklung des „Baugebiets" zum „Wohngebiet" zu berichten.

Bevor das erste Haus im Neubaugebiet gebaut werden konnte, waren jahrelange Vorbereitungsarbeiten notwendig. Bereits im Flächennutzungsplan von 1994 wurde das Gebiet Hülben als künftige Wohnbaufläche ausgewiesen. Es folgten verschiedene Planungen; unter anderem haben Studenten der Universität Stuttgart städtebauliche Entwürfe gefertigt. Die konkrete Planungsphase begann dann mit einem städtebaulichen Wettbewerb, an dem sich 30 Planungsbüros beteiligten. Die Jury bewertete den Vorschlag des Büros project-gmbh, Esslingen, mit dem 1. Preis.

Am 18. Januar 2000 fasste der Gemeinderat den Aufstellungsbeschluss für das Bebauungsplanverfahren. Der Bebauungsplan trat mit der öffentlichen Bekanntmachung am 2. August 2002 in Kraft.

In den Folgejahren mussten dann zunächst noch die Umlegung und die Erschließungsarbeiten für das neue Viertel realisiert werden. Straßen, Wasserleitungen, Abwasserkanäle, Stromkabel, Gasleitungen, Telefon und die Leitungen für das Kabelnetz wurden verlegt bzw. gebaut.

Während der Erschließung wurde auch die B 464 ausgebaut. Der Verkehr konnte damals über die vorab ausgebaute Olgastraße umgeleitet werden.

*Die neue Trasse der B 464 vor der Übergabe*

*Die neue B 464 wird für den Verkehr freigegeben*

Im November 2004 war es dann endlich soweit: Mit den Bauarbeiten der ersten Häuser konnte begonnen werden. Und schon im Frühjahr 2005 zogen die ersten Bewohner in das neue Eigenheim ein.

*Eines der ersten Gebäude*

*Baukranfestival 2005 und 2006*

Für das Baugebiet Hülben wurden bislang insgesamt 155 Baugenehmigungen erteilt bzw. Kenntnisgabeverfahren durchgeführt.

Seither wurden im Baugebiet 388 Wohneinheiten fertiggestellt.

Weitere 36 Wohneinheiten sind bereits baurechtlich genehmigt und werden derzeit hergestellt.

Die Einwohnerzahl im Wohngebiet Hülben liegt aktuell bei insgesamt 1.048 Personen (Stand 1. Juli 2009).

Damit leben derzeit im Wohngebiet Hülben durchschnittlich etwa 3,4 Personen in einer Wohneinheit; in den allermeisten Fällen Familien mit Kindern.

Die Belegungsdichte für Wohnungen in Holzgerlingen liegt im Durchschnitt bei etwa 2,2 Personen pro Wohnung.

Für die vielen Kinder wurde in der Crystal-Lake-Straße das Franziska-von-Hohenheim-Kinderhaus errichtet.

Mit den Bauarbeiten wurde im Mai 2005 begonnen; die Einweihung des Kinderhauses wurde im Sommer 2006 gefeiert.

Mittlerweile werden im Franziska-von-Hohenheim-Kinderhaus ca. 100 Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren in 4 Gruppen betreut.

*Wohngebiet Hölben aus der Vogelperspektive im Juni 2009*

*Erster Spatenstich des Kinderhauses am 9. Mai 2005*

*Das neue Franziska-von-Hohenheim-Kinderhaus*

*Außenbereich des Franziska-von-Hohenheim-Kinderhauses*

Im Bereich des Kreisverkehrs wurde im Herbst 2006 der Einkaufsmarkt Lidl eröffnet; gegenüber im Sommer 2007 die Bäckereifiliale mit Bistro „Vis-à-vis". Sowohl der Lidl-Markt, als auch das Vis-à-vis werden gut angenommen und versorgen nicht nur die Bewohner des Wohngebietes Hölben, sie sind auch eine gut angenommene, gut integrierte Ergänzung des städtischen Versorgungsangebotes.

*Bäckerei-Café-Bistro „Vis-a-vis"*

*Spielplatz in der mittleren Grünzone*

Auch für die Naherholung innerhalb des Wohngebiets ist gesorgt: Von den etwas mehr als 17 Hektar Gesamtfläche entfallen fast 10 % der Fläche auf öffentliche Grünflächen.

In dem mittig durch das Gebiet verlaufenden Grünstreifen sind zahlreiche Spielgeräte für Kinder unterschiedlicher Altersstufen angebracht worden.

Im Bebauungsplan wurden außerdem insgesamt 382 Baumpflanzungen als Pflanzgebot festgesetzt, von denen bis heute bereits mehr als 300 Bäume gepflanzt wurden.

Die restlichen Bäume werden im Zuge der Bebauung der restlichen Bauplätze nach und nach gepflanzt.

*Baumallee in der Olgastraße*
*Fotos: W. Lenz, W. Kaiser*

# Anlage 8

## Internetquellen

Holzgerlingen ..... 105

LK BB: Struktur- und Demografiebericht 2010 ..... 106

Initiative eParticipation ..... 138

Steria Mummert Consulting..... 177

# Holzgerlingen

impressum | kontakt | sitemap

STADT HOLZGERLINGEN 1000 JAHRE

Service + Verwaltung | Die Stadt | Aktuell | A- A +A | Suche...

**Öffnungszeiten**

Montag - Freitag:
08.00 bis 12.15 Uhr
Di: 14.00 bis 16.00 Uhr
Do: 14.00 bis 18.00 Uhr

Notdienste

Soziale Notdienste

**Direkt-Links**

- Stadtentwicklung 2030
- Wahlen
- Ansprechpartner
- Was erledige ich wo
- Termine
- Nachrichtenblatt

**Kontakt**

Stadt Holzgerlingen
Böblinger Straße 5-7
71088 Holzgerlingen
Fon: (07031) 6808-0
Fax: (07031) 6808 17
Email

2007

Stadt Holzgerlingen > Die Stadt > Stadtportrait > Zahlen und Fakten

## Zahlen und Fakten

"Rathaus"

Holzgerlingen (12.750 Einwohner) liegt am nördlichen Rand des Naturparks Schönbuch. Das bereits im 11. Jahrhundert urkundlich erwähnte Schreiner-, Weber- und Bauerndorf hat in den letzten Jahrzehnten einen überdurchschnittlichen Aufschwung genommen.

Holzgerlingen ist heute eine dynamische Kleinstadt, die sich in den vergangenen Jahren erfolgreich zu einem wirtschaftlichen, schulischen und kulturellen Mittelpunkt in der "Schönbuchlichtung" entwickelt hat.

Der dynamische Wandel Holzgerlingens wird auch durch die Neugestaltung der Stadtmitte deutlich. Die architektonische Verbindung von Altem und Neuem ist ausgezeichnet gelungen. Den historischen Gebäuden stehen moderne Geschäfts- und Wohnhäuser gegenüber, die sich ausgezeichnet ins Stadtbild einfügen.

Holzgerlingen hat eine moderne, leistungsstarke Infrastruktur: Stadthalle mit 700 Sitzplätzen, 11 Kindergärten (25 Gruppen), 3 Kinderkrippen (40 Plätze), Altenzentrum mit Pflegeheim, beheiztes Waldfreibad mit Wasserrutsche, Stadion, modernes Schulzentrum mit Gymnasium und Realschule, 4 Sporthallen, Stadtbücherei, Jugendmusikschule und die "offene Golflandschaft" des Golfclubs Schönbuch e.V. Überdurchschnittlich gut ist die Versorgung durch Ärzte, Zahnärzte und Apotheken. Auch das kulturelle und sportliche Angebot sowie die Möglichkeiten zur aktiven Freizeitgestaltung sind vielfältig.

Einen großen Beitrag zur wirtschaftlichen Stärke der Stadt leisten viele kleine Handwerksbetriebe, eine große Anzahl von Einzelhändlern und die Industrie.

**Auf einen Blick ist Holzgerlingen**

- eine Stadt mit derzeit 12.750 Einwohnern.
- im Landkreis Böblingen gelegen und damit in der prosperierenden Region Stuttgart zu Hause.
- das Tor zum Naturpark Schönbuch und liegt eingebettet zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb in einer beeindruckenden Natur.
- eine sehenswerte Stadt: Ev. Mauritiuskirche, alte Fachwerkhäuser, die Burg Kalteneck, und das Heimatmuseum sind dafür einige Beispiele.
- mit drei Haltepunkten an der Schönbuchbahn Böblingen - Dettenhausen mit unmittelbarem S-Bahn-Anschluss in Böblingen optimal angebunden.
- nur 29 S-Bahn-Minuten und 25 Autobahnkilometer von der Stuttgarter City entfernt.
- nur 15 km von der Universitätsstadt Tübingen entfernt.
- Arbeitsplatz für rund 3.400 Menschen.
- nach einer Fahrt von 25 km vom Flughafen Stuttgart erreichbar.
- idealer Ausgangspunkt für Wanderungen in den Naturpark Schönbuch.
- mit dem Golfplatz Schönbuch eine Oase für Golfer.
- Sitz größerer Industrieunternehmen, erfolgreicher Dienstleistungsfirmen und Standort zahlreicher Handwerksbetriebe.
- mit einer vorbildliche Infrastruktur sowie Hotels und Übernachtungsmöglichkeiten in verschiedenen Kategorien ausgestattet.
- mit den Partnerstädten: Neuenhof (Schweiz), Niesky (Sachsen), Jilové (Tschechien) und Crystal Lake (USA) verbunden.
- Heimat von über 50 Vereinen und Organisationen, die das kulturelle, sportliche, gesellschaftliche und geistliche Leben bereichern.
- eine Stadt mit Zukunft.

Gern senden wir Ihnen auch Prospekt- und Informationsmaterial über Holzgerlingen auf postalischem Weg zu:

**Landkreis Böblingen: Struktur- und Demografiebericht 2010**

Ausschnitt bis Seite 25

Landratsamt Böblingen
Zentralstelle
Parkstr. 16
71034 Böblingen
www.landkreis-boeblingen.de

Böblingen, Dezember 2010

Eigendruck

# Struktur- und Demografiebericht Landkreis Böblingen

aktuelle Daten und
voraussichtliche Entwicklung

2010

**Vorwort**

Der strukturelle und demografische Wandel betrifft nahezu alle Lebensbereiche: der Wirtschaftsstandort ist ebenso betroffen wie die Kinderbetreuung, die Lebenssituation älterer Menschen oder die Anpassungen im Infrastrukturbereich. Die Frage, wie dieser Wandel im Landkreis Böblingen gestaltet werden soll, muss heute gestellt und beantwortet werden. Denn dies wird für die Zukunftsfähigkeit des Landkreises Böblingen und für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger entscheidend sein. Hierin liegt auch eine Chance.

Um den strukturellen und demografischen Wandel im Landkreis Böblingen aktiv zu gestalten, wurde der „ZukunftsKreis 2020" mit Vertretern aus Kreistag und Verwaltung ins Leben gerufen. Das Thema wird als dauerhafte und fachübergreifende Zukunftsaufgabe begriffen. Um die Auswirkungen im Landkreis Böblingen künftig in Planungen und Entscheidungen berücksichtigen und das Handeln danach ausrichten zu können, war zunächst die Darstellung der aktuellen Situation und der zu erwartenden strukturellen und demografischen Entwicklung im Landkreis Böblingen erforderlich. Der Struktur- und Demografiebericht fasst hierfür in einem ersten Schritt die zukunftsrelevanten Zahlen, Daten und Fakten für den Landkreis Böblingen zusammen. Neben der demografischen Entwicklung beschäftigt sich der Bericht auch gezielt mit den Standortfaktoren im Kreis, wie z.B. Wirtschaft, Verkehr und Umwelt. Der Bericht dient dem Kreistag und der Verwaltung im Weiteren als Arbeitsgrundlage für eine vertiefte Analyse der Stärken und Schwächen und der Erarbeitung eines Handlungskonzepts für den Landkreis Böblingen.

Der demografische Wandel und die strukturelle Entwicklung – diese Themen bedingen und beeinflussen sich gegenseitig. Beides für die Zukunft als Herausforderung und Chance zu begreifen und im Rahmen eines strategischen Gesamtkonzepts zu gestalten, das ist das Ziel im Landkreis Böblingen.

Roland Bernhard

Roland Bernhard
Landrat

Inhalt

**I. Kreisdaten im Kurzüberblick** 1

**II. Fläche**

1. Fläche und Flächennutzung 2
2. Natur-, Landschafts- und Wasserschutzgebiete 3

**III. Bevölkerung**

1. Bevölkerung aktuell 3
2. Bevölkerungsdichte 4
3. Ausländeranteil 4
4. Bevölkerungsentwicklung 1997 bis 2008 6
5. voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 6
   a) Altersstruktur der Bevölkerung heute 6
   b) voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 2030 7
   c) Lebenserwartung 11
   d) Geburtenrate 12
   e) Bevölkerungspyramiden 14
6. voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Kommunen des Landkreises Böblingen 16

**IV. Kinderbetreuung und Schule**

1. Kinderbetreuung 26
2. Schüler 29
   a) Schülerzahlen aktuell 29
   b) voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen 29
   c) Schulabschluss 32

**V. Gesundheit und Versorgung**

1. voraussichtliche Entwicklung der Anzahl der Pflegebedürftigen 33
2. Krankenhausversorgung 37
3. Ärzteversorgung 40

**VI. Soziale Hilfen**

1. Anzahl der Menschen mit einer Schwerbehinderung 42
2. Anzahl der Empfänger von Eingliederungshilfe 44
3. Kinder- und Jugendhilfe 45

**VII. Wirtschaft**

1. Wirtschaft 46
   a) Bruttoinlandsprodukt 46
   b) Bruttowertschöpfung 48
   c) Exportquote 48
   d) Standortattraktivität 49
   e) Innovationsindex 49
   f) Breitbandinfrastruktur 51
2. Steuerkraft 51
3. Tourismus 53

**VIII. Arbeitsmarkt**

1. Einkommen 55
2. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 57
3. Branchenstruktur 58
4. Arbeitslose 59
5. zukünftige Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung 60

**IX. Wohnen**

1. Wohnungsbestand 61
2. Privathaushalte 61

**X. Verkehr und Mobilität**


| | | |
|---|---|---|
| 1. | ÖPNV | 61 |
| 2. | Straßen | 62 |
| 3. | Kraftfahrzeugbestand | 63 |
| 4. | Berufspendler | 65 |

**XI. Umwelt** 66

**I. Kreisdaten im Kurzüberblick** (Quelle: siehe im Bericht zum jeweiligen Thema)

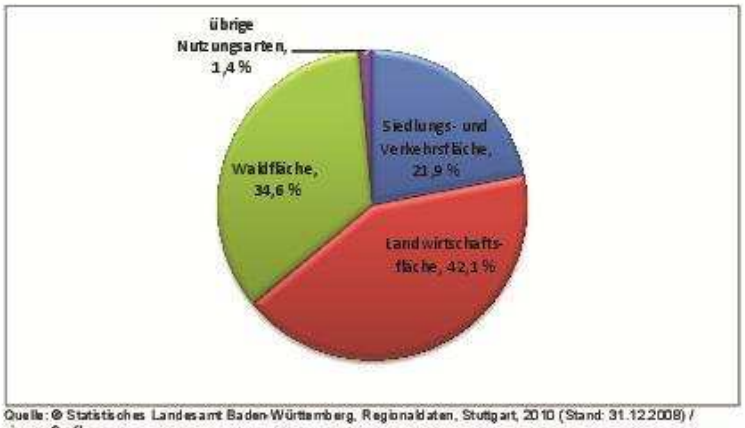
| | |
|---|---|
| **Fläche** | |
| Fläche insgesamt 2009 | 617,85 qkm |
| **Bevölkerung** | |
| Bevölkerung 2008 | 372.827 Einwohner |
| Bevölkerungszunahme 2008 | + 70 |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 | 358.247 Einwohner |
| **Kinderbetreuung und Schule** | |
| Betreuungsquote der Kinder unter 3 Jahren in % (März 2009) | 13,6 % |
| Schüleranzahl an allgemeinbildenden Schulen 2008/09 | 41.914 |
| voraussichtliche Schüleranzahl an allgemeinbildenden Schulen 2020/21 | 33.815 |
| **Gesundheit und Versorgung** | |
| Pflegebedürftige Einwohner 2007 | 6.218 |
| **Soziale Hilfen** | |
| Menschen mit einer Schwerbehinderung (April 2009) | 24.642 |
| Anzahl der Jugendhilfeleistungen 2008 | 1.345 |
| **Wirtschaft** | |
| Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2007 | 42.160 Euro |
| Exportquote 2008 | 70,5 % |
| Innovationsindex 2008 | 63,7 |
| Steuerkraftsumme je Einwohner 2010 | 1.289 Euro |
| Tourismus: Anzahl Übernachtungen 2009 | 779.931 |
| **Arbeitsmarkt** | |
| verfügbares Einkommen pro Einwohner 2007 | 21.037 Euro |
| Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2009 | 151.112 |
| Arbeitslose insgesamt 2009 | 8.870 |
| **Wohnen** | |
| Wohnungsbestand 2009 | 171.824 |
| Belegungsdichte 2009 (Einwohner pro Wohnung) | 2,2 |
| **Verkehr und Mobilität** | |
| Fahrten ÖPNV 2008 (Tageswert Mo – Fr) | 124.800 |
| Kraftfahrzeugbestand 2008 | 244.557 |
| Pkw je 1.000 Einwohner 2008 | 569 |
| Pendlersaldo 2009 | + 15.598 |
| **Umwelt** | |
| CO2-Emissionsdichte in Tonnen je Einwohner 2007 | 4,82 |

## II. Fläche

1. Fläche und Flächennutzung

Der Landkreis Böblingen erstreckt sich über eine Fläche von 617,85 qkm und macht damit ca. 1,73 % der Gesamtfläche Baden-Württembergs aus.[1]

Die Flächennutzung im Landkreis stellte sich im Jahr 2008 wie folgt dar:




Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010 (Stand: 31.12.2008) / eigene Grafik

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche liegt mit 21,9 % (13.537 ha) über dem Landeswert von 14 % und setzt sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Gebäude- und Freiflächen | 53,7 % (7.265 ha) |
| Verkehrsflächen | 35,2 % (4.771 ha) |
| Erholungsflächen | 9,2 % (1.252 ha) |
| Friedhofsfläche | 1,1 % (139 ha) |
| Betriebsfläche ohne Abbauland | 0,8 % (110 ha) |

Im Jahr 2004 betrug der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche 21,3 %. Sie hat sich von 1996 bis 2004 im Kreisgebiet um 6,25 % (825 ha) vergrößert und von 2004 bis 2008 um 2,6 % (353 ha).[2]

Die Waldfläche macht gegenüber dem Landeswert von 38,3 % - wie bereits im Jahr 2004 - einen Anteil von 34,6 % aus. Die Landwirtschaftsfläche im Landkreis Böblingen liegt mit 42,1 % (26.025 ha) unter dem Landeswert von 45,9 %. 2004 waren es 42,7 % (26.396 ha).[3] Von der

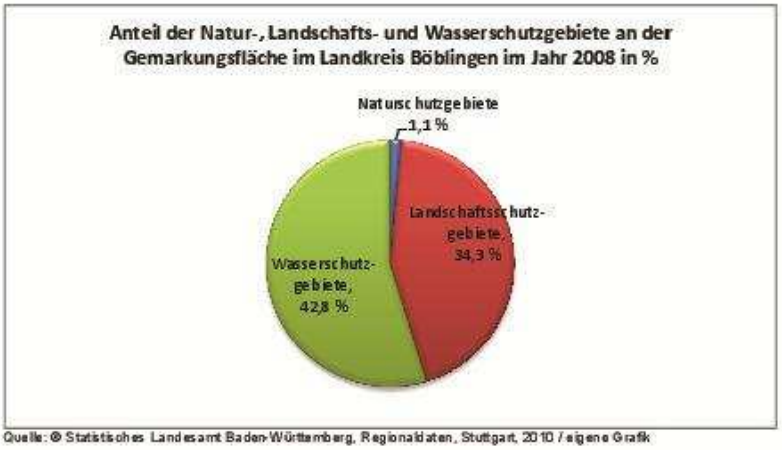
[1] Stand 2009, Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010
[2] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010
[3] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010

landwirtschaftlichen Gesamtfläche wurden im Jahr 2007 69,2 % als Ackerland genutzt, 30,1 % als Grünland sowie 0,4 % als Obstanlagen bzw. Baumschulen.[4]

Die Durchschnittspreise für baureifes Land liegen im Landkreis Böblingen über dem Landesdurchschnitt. Im Jahr 2008 belief sich der Durchschnittspreis für baureifes Land im Landkreis Böblingen auf 350,33 € pro qm, in Baden-Württemberg auf 170,63 € pro qm.[5]

2. Natur-, Landschafts- und Wasserschutzgebiete

Im Landkreis Böblingen gibt es 19 Naturschutzgebiete mit insgesamt 709 ha Fläche. Die 40 Landschaftsschutzgebiete machen eine Fläche von 21.196 ha aus, die 29 Wasserschutzgebiete haben eine Gesamtfläche von 26.417 ha.[6]




Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010 / eigene Grafik

## III. Bevölkerung

1. Bevölkerung aktuell[7]

Der Landkreis Böblingen hatte im Jahr 2008 372.827 Einwohner. Dies stellt rund 3,47 % der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs dar. Der Anteil der Frauen im Landkreis lag bei knapp 50,5 %, der Anteil der Männer bei knapp 49, 5 %.

[4] Quelle: Landratsamt Böblingen, Amt für Landwirtschaft und Naturschutz
[5] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010
[6] Stand 2008, Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010
[7] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010

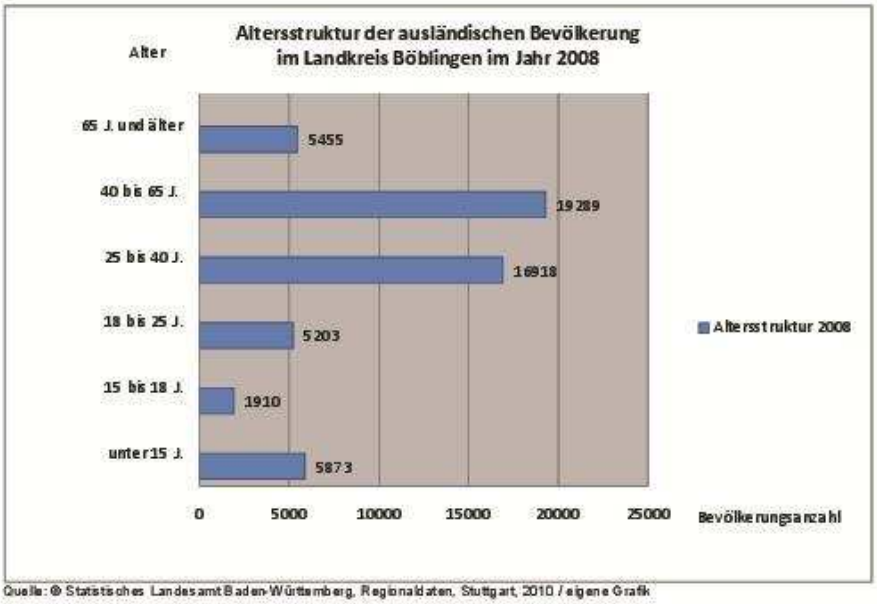
2. Bevölkerungsdichte[8]

Die Bevölkerungsdichte betrug im Jahr 2008 603 Einwohner pro qkm und liegt damit deutlich über dem Landesdurchschnitt von 301 Einwohnern pro qkm.

3. Ausländeranteil

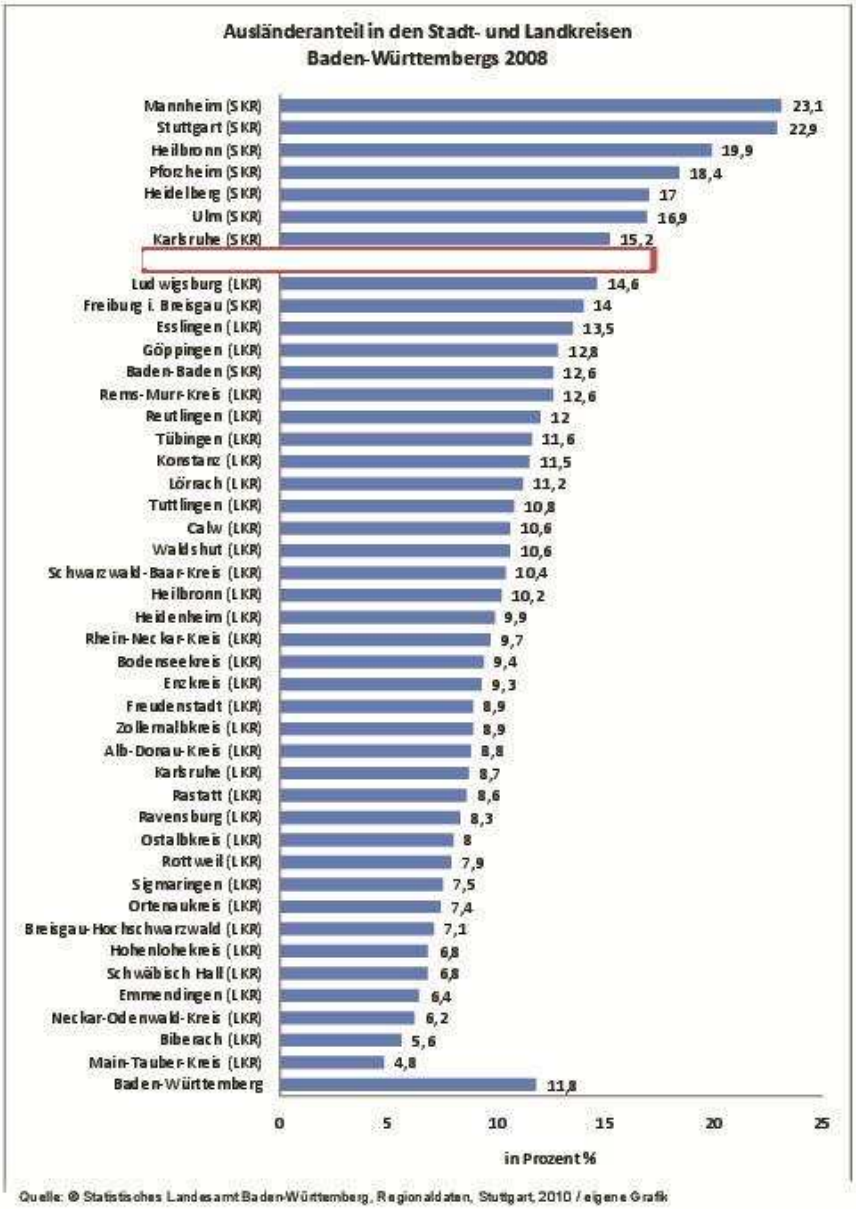
Der Ausländeranteil lag im Jahr 2008 mit 54.648 Einwohnern bei 14,7 % (Landeswert: 11,8 %).[9] Untergliedert nach der Staatsangehörigkeit stammen u.a. rund 26,3 % der ausländischen Mitbürger aus der Türkei, 15,6 % aus Italien und 18,7 % aus dem ehem. Jugoslawien.[10]
Die Anzahl der eingebürgerten Personen belief sich im Jahr 2008 in Baden-Württemberg auf insgesamt 11.281 Personen. Davon entfielen 4.939 Personen (43,78 %) auf den Regierungsbezirk Stuttgart, 560 Personen (4,96 %) wurden im Landkreis Böblingen eingebürgert.[11]

Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung stellte sich im Jahr 2008 wie folgt dar:




Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010 / eigene Grafik

[8] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010
[9] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010
[10] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistische Berichte Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009
[11] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009




Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010 / eigene Grafik

4. Bevölkerungsentwicklung 1997 bis 2009[12]

Im Landkreis Böblingen lag das Bevölkerungswachstum im Zeitraum von 1997 bis 2008 bei rund 4,5 % und damit über dem Landesdurchschnitt von ca. 3,3 %. Das Wanderungssaldo lag im Jahr 2007 mit +33 Zugezogenen seit zuletzt im Jahr 2003 wieder im positiven Bereich (zum Vergleich: im Jahr 2006 ergab sich ein negativer Wanderungssaldo von -619). Im Jahr 2008 ergab sich wieder ein negatives Wanderungssaldo von -426. Der Geburtenüberschuss betrug im Jahr 2007 +503, insgesamt ergab sich eine Bevölkerungszunahme von +536. Im Jahr 2008 lagen der Geburtenüberschuss bei +496 und die Bevölkerungszunahme bei +70. Im Jahr 2009 hat die Bevölkerung des Landkreises Böblingen einen Rückgang von -1209 verzeichnet.

Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010 (Stand: 31.12. des jeweiligen Jahres) / eigene Grafik

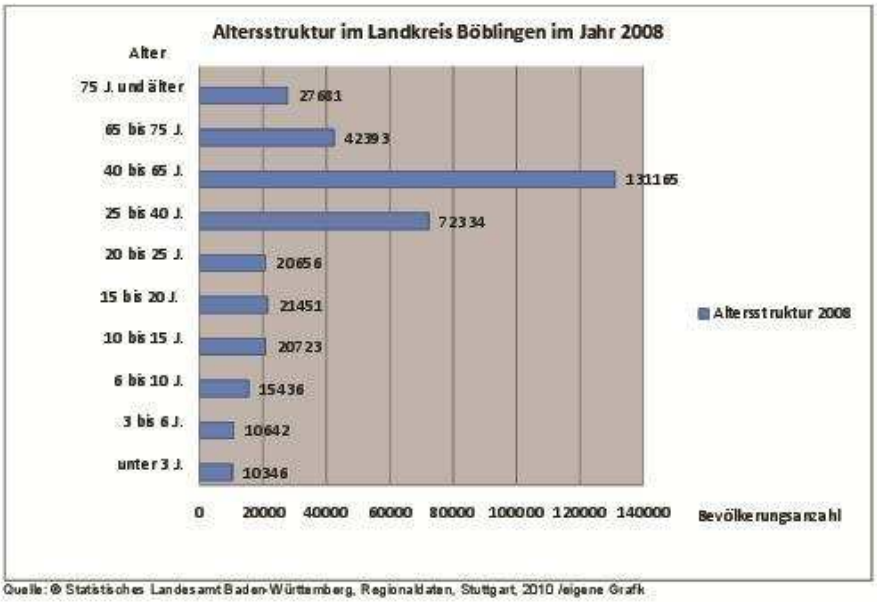
5. voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung

a) Altersstruktur der Bevölkerung heute[13]

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Landkreis Böblingen liegt bei 41,8 Jahren. Der Landesdurchschnitt im Vergleich hierzu beträgt 42,2 Jahre. Die Frauen im Landkreis sind durchschnittlich 42,9 Jahre alt, die Männer durchschnittlich 40,7 Jahre.

[12] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010
[13] Stand 2008, Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010

Die Altersstruktur stellte sich im Jahr 2008 im Landkreis Böblingen bei einer Gesamtbevölkerung von 372.827 Einwohnern wie folgt dar:

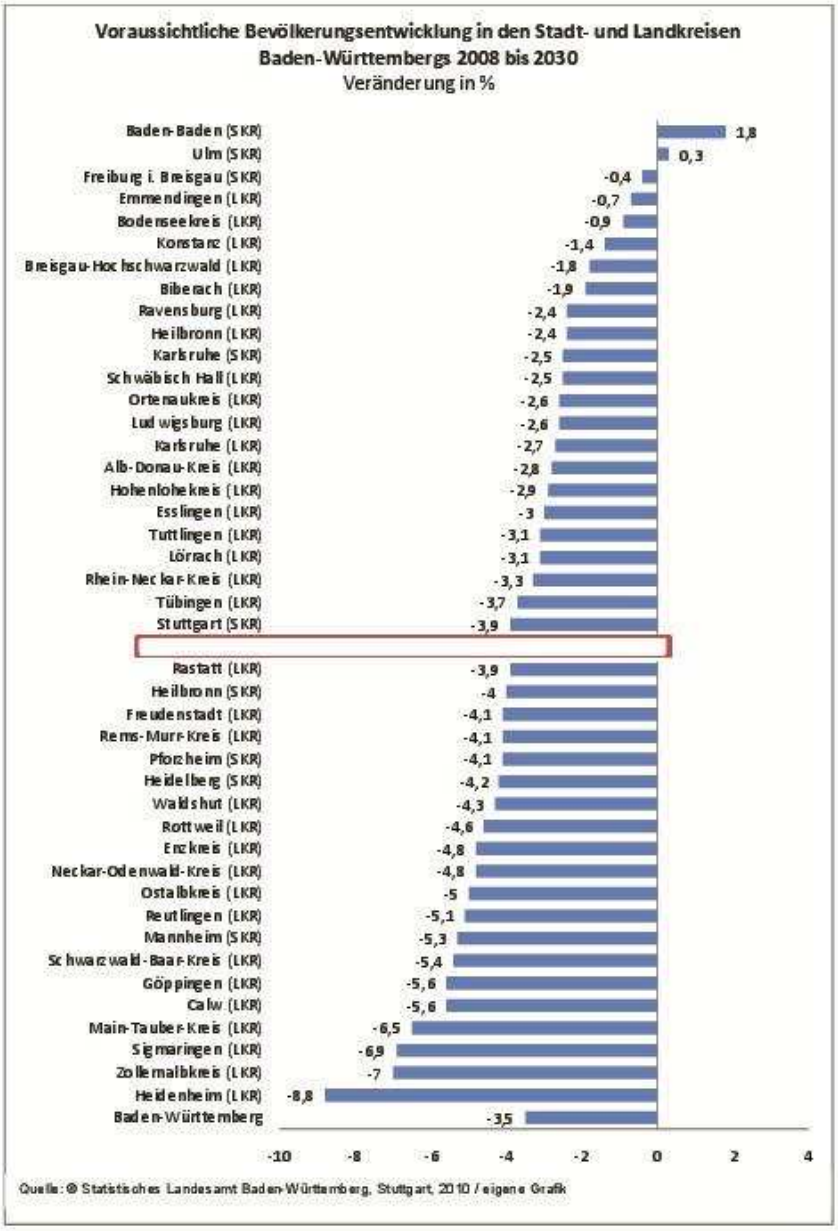


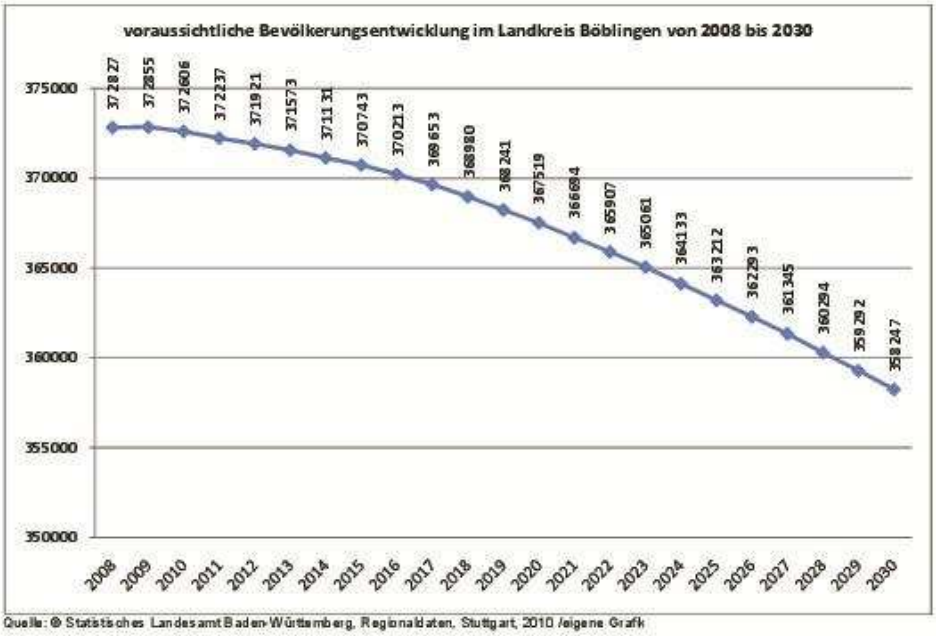

Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010 /eigene Grafik

b) voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 2030

Auf Grund der jüngsten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für die 44 Stadt- und Landkreise ist bis zum Jahr 2030 im Landkreis Böblingen mit einem Bevölkerungsrückgang von -3,9 % zu rechnen. D.h. der Landkreis kann, über den gesamten Zeitraum bis 2030 gesehen, das Geburtenminus nicht mehr durch Wanderungsgewinne ausgleichen.[14]

[14] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010


Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2008 bis 2030
Veränderung in %
Baden-Baden (SKR) 1,8
Ulm (SKR) 0,3
Freiburg i. Breisgau (SKR) -0,4
Emmendingen (LKR) -0,7
Bodenseekreis (LKR) -0,9
Konstanz (LKR) -1,4
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR) -1,8
Biberach (LKR) -1,9
Ravensburg (LKR) -2,4
Heilbronn (LKR) -2,4
Karlsruhe (SKR) -2,5
Schwäbisch Hall (LKR) -2,5
Ortenaukreis (LKR) -2,6
Ludwigsburg (LKR) -2,6
Karlsruhe (LKR) -2,7
Alb-Donau-Kreis (LKR) -2,8
Hohenlohekreis (LKR) -2,9
Esslingen (LKR) -3
Tuttlingen (LKR) -3,1
Lörrach (LKR) -3,1
Rhein-Neckar-Kreis (LKR) -3,3
Tübingen (LKR) -3,7
Stuttgart (SKR) -3,9
Rastatt (LKR) -3,9
Heilbronn (SKR) -4
Freudenstadt (LKR) -4,1
Rems-Murr-Kreis (LKR) -4,1
Pforzheim (SKR) -4,1
Heidelberg (SKR) -4,2
Waldshut (LKR) -4,3
Rottweil (LKR) -4,6
Enzkreis (LKR) -4,8
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR) -4,8
Ostalbkreis (LKR) -5
Reutlingen (LKR) -5,1
Mannheim (SKR) -5,3
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR) -5,4
Göppingen (LKR) -5,6
Calw (LKR) -5,6
Main-Tauber-Kreis (LKR) -6,5
Sigmaringen (LKR) -6,9
Zollernalbkreis (LKR) -7
Heidenheim (LKR) -8,8
Baden-Württemberg -3,5
-10 -8 -6 -4 -2 0 2 4
Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010 / eigene Grafik

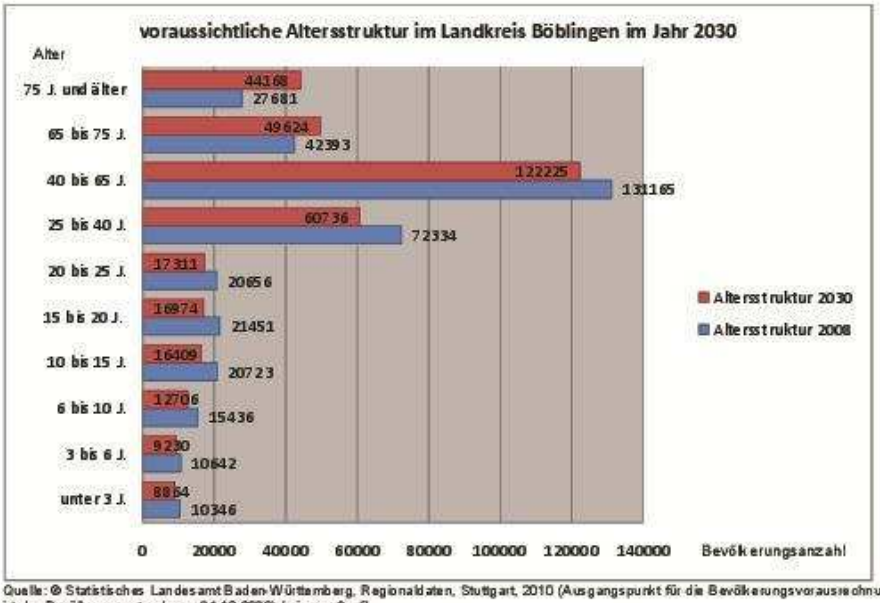



Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010 /eigene Grafik

Die Anzahl der Bevölkerung im Landkreis Böblingen wird demnach bis zum Jahr 2030 nach voraussichtlichen Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg um 14.580 Einwohner auf 358.247 Einwohner sinken.[15] Das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Landkreis wird im Jahr 2030 voraussichtlich auf 46,4 Jahre steigen (2008: 41,8 Jahre).[16]

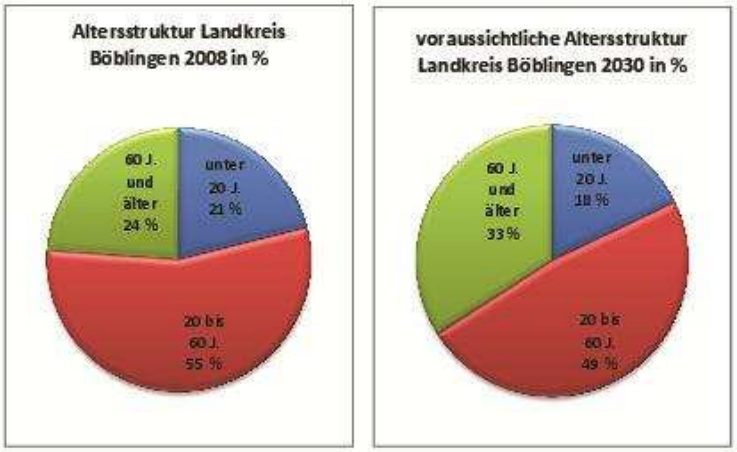
[15] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010
[16] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010

Im Einzelnen stellt sich die zu erwartenden Altersstruktur im Jahre 2030 im Landkreis Böblingen bei einer zu erwartenden Bevölkerungsanzahl von insgesamt 358.247 Einwohnern mit Wanderungen im Vergleich zum Jahr 2008 voraussichtlich wie folgt dar:




Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010 (Ausgangspunkt für die Bevölkerungsvorausrechnung ist der Bevölkerungsstand zum 31.12.2008) / eigene Grafik

Die prozentuale Verteilung der Bevölkerung nach Altersgruppen gestaltet sich im Vergleich der Jahre 2008 und 2030 demnach wie folgt:




Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldaten, Stuttgart, 2010 (Ausgangspunkt für die Bevölkerungsvorausrechnung ist der Bevölkerungsstand zum 31.12.2008) / eigene Grafik

c) Lebenserwartung

Im bundesweiten Vergleich weist Baden-Württemberg seit Beginn der 70er-Jahre regelmäßig die höchste Lebenserwartung Neugeborener auf. Im Zeitraum 2006/08 lag die Lebenserwartung neugeborener Mädchen im Landesdurchschnitt bei 83,3 Jahren, die der Jungen bei 78,6 Jahren. Im Landkreis Böblingen lag die Lebenserwartung von weiblichen Neugeborenen bei 83,9 Jahre, die der männlichen Neugeborenen bei 78,9 Jahren und damit über dem Landesdurchschnitt.[17]

[17] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009

d) Geburtenrate

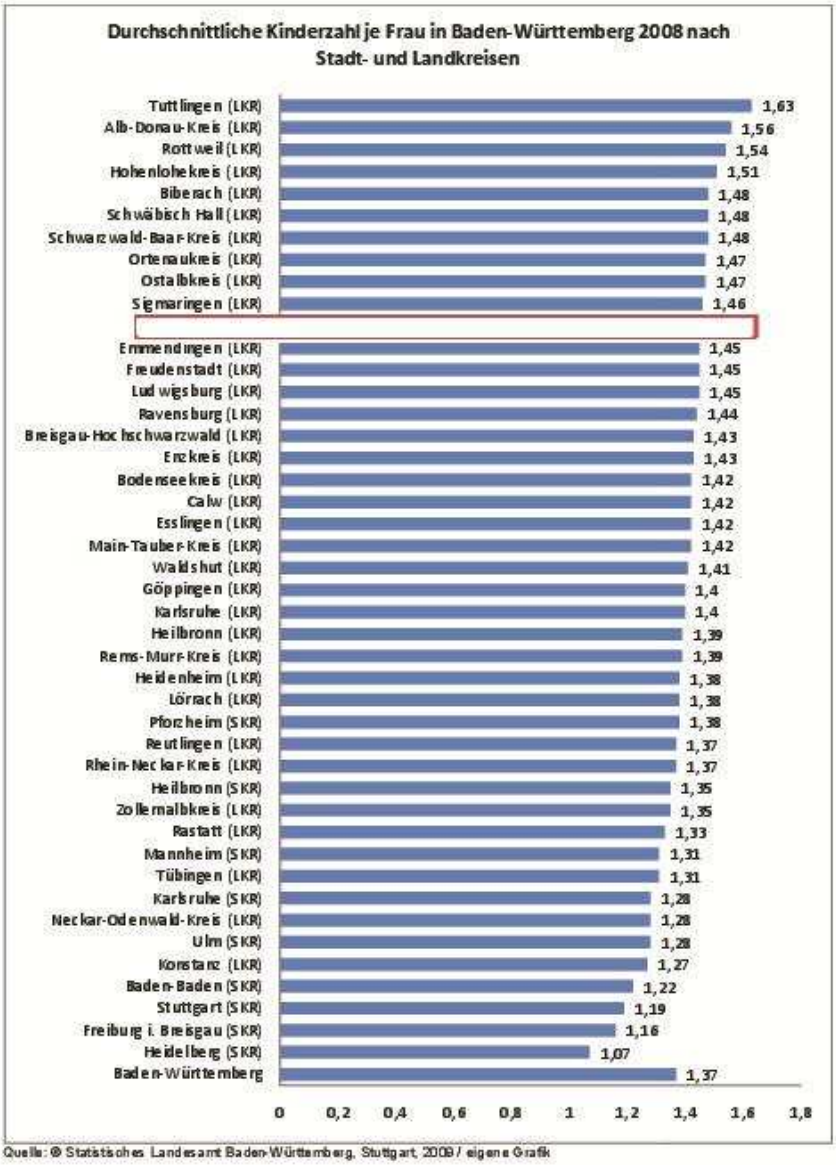
Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau (Geburtenrate) wird i. d. R. als zusammenfassendes Maß für das Geburtenniveau genutzt und gibt Informationen über das Potenzial der nachwachsenden Generation und die Bereitschaft, Kinder zu bekommen.[18]

Im Landkreis Böblingen sind im Jahr 2008 3.399 Säuglinge lebend zur Welt gekommen. Zehn Jahre zuvor waren es 4.175 Säuglinge. Die durchschnittliche Anzahl der Kinder je Frau (Geburtenrate) lag im Jahr 2007 im Landkreis bei 1,41 Kindern und im Jahr 2008 bei 1,45 Kindern. Der Landesdurchschnitt betrug im gleichen Jahr jeweils 1,37 Kinder je Frau. Für die Bestandserhaltung sind etwa 2,1 Kinder notwendig.[19]

Landesweit werden die Geburtenzahlen aus heutiger Sicht nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg bis etwa zum Jahr 2012 zurückgehen und danach für eine kurze Zeit relativ konstant bleiben. Insbesondere Landkreise mit einer vergleichsweise jungen Bevölkerung und somit augenblicklich vergleichsweise hohen Geborenenzahlen dürften dabei die stärksten Geburtenrückgänge erleben. Es wird deshalb erwartet, dass der Rückgang der geborenen Zahlen bis 2025 in den Landkreisen Böblingen, Esslingen und Tübingen besonders stark ausfallen wird.[20]

---

[18] Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Indikatoren, Stuttgart, 2010
[19] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Indikatoren und Regionaldaten, Stuttgart, 2010
[20] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009, Der demografische Wandel in Baden-Württemberg, Statistische Analysen 1/2009, S. 26




Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009 / eigene Grafik

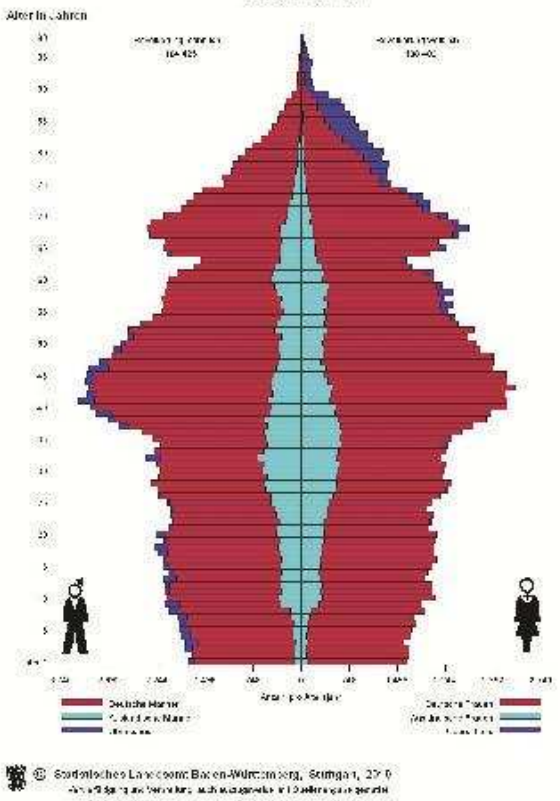
e) Bevölkerungspyramiden

Anhand der folgenden Bevölkerungspyramiden wird der aktuelle Altersaufbau und die voraussichtliche Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung im Landkreis Böblingen bis zum Jahr 2030 verdeutlicht.

**Altersaufbau der Bevölkerung**

Im Landkreis **Böblingen**

**am 31.12.2008**

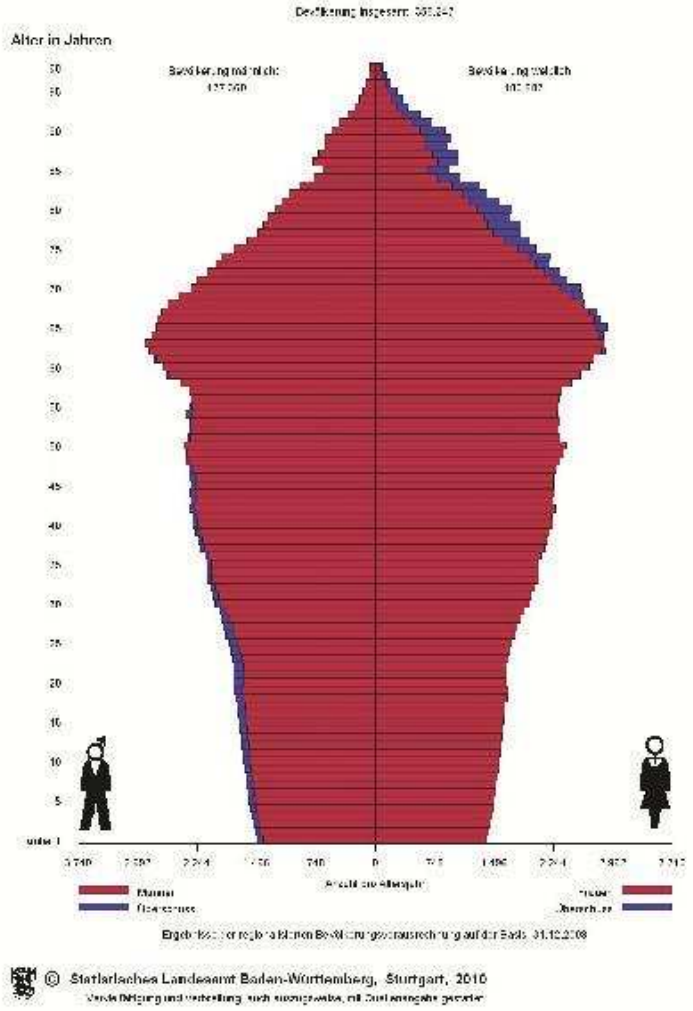



© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

## Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung nach Altersjahren

### Im Landkreis Böblingen

### 2030




Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis 31.12.2008

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
Jede Bearbeitung und Verbreitung auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

6. voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Kommunen des Landkreises Böblingen

In den einzelnen Städten und Gemeinden des Landkreises Böblingen stellt sich die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 2030 (gegenüber dem Jahr 2010) nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg wie folgt dar (alphabetische Reihenfolge):[21]

Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010 / eigene Grafik

[21] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010 mit folgendem Hinweis: Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung wurde auf Basis der Einwohnerzahlen vom 31.12.2009 und bestimmter Annahmen zum zukünftigen Geburtenniveau, der Lebenserwartung und Wanderungsbewegungen vorausberechnet. Für die Vorausberechnung wird das vergangene Geburten- und Wanderungsgeschehen der Jahre 2000 bis 2008 betrachtet und für die Zukunft fortgeschrieben.
Bei der Bevölkerungsvorausrechnung mit Wanderung wurden folgende Annahmen zugrunde gelegt: konstantes Geburtenniveau, Anstieg der Lebenserwartung um etwa 2,5 Jahre bis 2030 und ein jährlicher Wanderungsgewinn Baden-Württembergs von ca. 5000 Personen bis zum Vorausrechnungsjahr 2011 und für die Folgejahre um jährlich 10000 Personen.
Die Bevölkerungsvorausrechnung ohne Wanderung zeigt eine Modellrechnung, bei der die künftige Bevölkerungsentwicklung »allein aus dem Bestand heraus«, also nur unter Berücksichtigung der Geburten und Sterbefälle vorausberechnet wurde. Diese Modellrechnung ist eine Serviceleistung für kleinere Gemeinden unter 5000 Einwohner, für die keine validen Annahmen über die künftigen Wanderungssalden getroffen werden können.

**1. Landkreis Böblingen**[22]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 372.827 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 358.247 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +3,8 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 3,9 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 41,8 |
| Durchschnittsalter 2030 | 46,4 |

**2. Aidlingen**[23]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 9.125 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 8.441 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +2,5 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 7,0 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 41,5 |
| Durchschnittsalter 2030 | 46,4 |

**3. Altdorf**[24] (Bevölkerungsvorausrechnung ohne Wanderung)

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 4.532 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (ohne Wanderung) | 4.790 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +26,9 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (ohne Wanderung) | +4,7 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 38,1 |
| Durchschnittsalter 2030 | 44,3 |

---

[22] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[23] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[24] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

**4. Böblingen**[25]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 46.380 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 44.515 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +0,7 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 4,0 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 43,1 |
| Durchschnittsalter 2030 | 46,0 |

**5. Bondorf**[26]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 5.818 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 6.360 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +18,0 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | +7,5 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 38,5 |
| Durchschnittsalter 2030 | 49,8 |

**6. Deckenpfronn**[27] (Bevölkerungsvorausrechnung ohne Wanderung)

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 3.034 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (ohne Wanderung) | 2.997 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +15,6 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (ohne Wanderung) | -1,7 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 39,8 |
| Durchschnittsalter 2030 | 47,4 |

[25] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[26] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[27] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

**7. Ehningen**[28]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 8.012 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 7.890 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +9,1 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 1,7 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 40,9 |
| Durchschnittsalter 2030 | 46,0 |

**8. Gärtringen**[29]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 12.030 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 11.968 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +6,9 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | -0,9 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 41,2 |
| Durchschnittsalter 2030 | 47,3 |

**9. Gäufelden**[30]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 9.396 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 8.821 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +6,4 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | -5,7 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 38,6 |
| Durchschnittsalter 2030 | 45,7 |

[28] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[29] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[30] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

**10. Grafenau**[31]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 6.634 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 6.170 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +4,1 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 6,5 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 42,2 |
| Durchschnittsalter 2030 | 46,3 |

**11. Herrenberg**[32]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 31.465 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 30.925 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +6,3 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | -2,0 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 41,5 |
| Durchschnittsalter 2030 | 45,9 |

**12. Hildrizhausen**[33] (Bevölkerungsvorausrechnung ohne Wanderung)

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 3.664 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (ohne Wanderung) | 3.622 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +11,1 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (ohne Wanderung) | -1,9 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 39,7 |
| Durchschnittsalter 2030 | 45,9 |

[31] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[32] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[33] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

**13. Holzgerlingen**[34]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 12.717 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 13.036 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +12,2 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | +1,5 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 40,4 |
| Durchschnittsalter 2030 | 45,4 |

**14. Jettingen**[35]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 7.629 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 7.274 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +6,2 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | -4,5 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 39,5 |
| Durchschnittsalter 2030 | 47,1 |

**15. Leonberg**[36]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 45.476 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 45.011 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +3,6 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | -1,4 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 43,4 |
| Durchschnittsalter 2030 | 47,5 |

[34] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[35] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[36] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

**16. Magstadt**[37]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 8.849 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 8.277 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | -0,1 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 5,9 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 41,1 |
| Durchschnittsalter 2030 | 45,6 |

**17. Mötzingen**[38] (Bevölkerungsvorausrechnung ohne Wanderung)

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 3.704 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (ohne Wanderung) | 3.836 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +5,8 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (ohne Wanderung) | +2,9 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 38,5 |
| Durchschnittsalter 2030 | 45,5 |

**18. Nufringen**[39]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 5.331 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 5.628 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +15,8 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | +4,4 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 39,9 |
| Durchschnittsalter 2030 | 44,8 |

[37] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[38] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[39] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

**19. Renningen**[40]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 17.187 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 15.947 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +2,8 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 6,7 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 41,3 |
| Durchschnittsalter 2030 | 47,4 |

**20. Rutesheim**[41]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 10.196 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 9.630 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +4,9 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 5,3 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 41,7 |
| Durchschnittsalter 2030 | 46,5 |

**21. Schönaich**[42]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 9.758 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 8.824 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | - 2,0 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 8,9 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 42,9 |
| Durchschnittsalter 2030 | 47,4 |

[40] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[41] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[42] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

**22. Sindelfingen**[43]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 60.648 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 56.719 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | -0,1 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 6,1 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 42,4 |
| Durchschnittsalter 2030 | 45,8 |

**23. Steinenbronn**[44]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 6.075 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 5.626 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +2,2 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 7,0 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 40,6 |
| Durchschnittsalter 2030 | 46,2 |

**24. Waldenbuch**[45]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 8.571 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 7.798 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +0,3 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 8,3 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 42,4 |
| Durchschnittsalter 2030 | 47,6 |

[43] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[44] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[45] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

**25. Weil der Stadt**[46]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 19.082 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 17.806 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +1,4 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 6,2 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 42,0 |
| Durchschnittsalter 2030 | 47,3 |

**26. Weil im Schönbuch**[47]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 9.965 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 9.666 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +6,0 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | -3,0 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 41,0 |
| Durchschnittsalter 2030 | 45,7 |

**27. Weissach**[48]

| | |
|---|---|
| Bevölkerung 2008 | 7.549 Einwohner |
| voraussichtliche Bevölkerung 2030 (mit Wanderung) | 6.970 Einwohner |
| Bevölkerungsentwicklung 1998 bis 2008 | +4,3 % |
| voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 (mit Wanderung) | - 7,0 % |
| Durchschnittsalter 2008 | 41,7 |
| Durchschnittsalter 2030 | 47,6 |

[46] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[47] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010
[48] Quelle: © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

**Initiative eParticipation**

Initiative ePartcipation

# Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2005

## Zweites Website-Ranking der Initiative eParticipation

Herausgegeben von der Initiative eParticipation
www.Initiative-ePartcipation.de
bearbeitet von Marco Bräuer, Thomas Biewendt

Initiative ePartication

## Inhaltsangabe


1. Executive Summary ... 3
2. Demokratie mit Tastatur und Maus? ... 4
3. Unsere Studie ... 7
3.1 Methode und Vorstellung des Kriterienkataloges ... 7
3.2 Zuverlässigkeit des Testinstruments ... 12
4. Ergebnisse des Gesamtrankings ... 14
5. Ergebnisvergleich 2004/2005: Erkennbares Wachstum ... 16
6. Kategorie Adressierbarkeit und Erreichbarkeit im virtuellen Rathaus: E-Mail okay, Interaktivität ungenügend ... 17
7. Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit: Licht und Schatten ... 19
7.1 Informationsleistung der virtuellen Rathäuser: Einige gute Ansätze ... 19
7.2 Verständlichkeit der Informationen – Auf gutem Weg! ... 20
7.3 Einladung zur Meinungsäußerung: Nachholbedarf bei vielen Städten ... 21
8. Bürgerbeteiligungsangebote Online ... 21
8.1 Sieger und Ergebnisse in der Testkategorie Diskursmanagement ... 22
8.2 Formelle Bürgerbeteiligung: Noch kein Standard ... 25
8.3 Informelle Verfahren – Im Internet noch die Ausnahme ... 26
8.4 Ergebnisse in der Kategorie Einfluss auf Entscheidungen ... 26
9. Schlussfolgerungen und Empfehlungen ... 27
10. Über die Initiative eParticipation ... 30
11. Kontaktdaten und Ansprechpartner ... 30
12. Literatur ... 39




Copyright © 2005 Initiative eParticipation 

Initiative ePartizipation

## 1. Executive Summary

Mit der Studie „Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2005" hat die Initiative eParticipation die Internetauftritte der 82 größten deutschen Städte in Sachen Bürgerbeteiligung im Internet getestet. Spitzenreiter in unserem Ranking ist Berlin, gefolgt von Essen, München, Augsburg, Frankfurt am Main und Hamburg.

Die Städte Mainz, Moers und Nürnberg sind die Spitzenreiter in der Kategorie Adressierbarkeit und Erreichbarkeit im virtuellen Rathaus: Hier bieten sich Möglichkeiten mit den Verantwortlichen per Chat oder Forum zu kommunizieren. Die besten Informationen zur Stadtpolitik bieten Berlin, Essen, Freiburg, Hamburg, Kiel und München. Die Städte Berlin, Essen, Osnabrück, Stuttgart und Trier boten im Untersuchungszeitraum im Durchschnitt die besten Online-Bürgerbeteiligungsverfahren an. In Augsburg, Berlin, Essen, Osnabrück und Regensburg wurde den Bürgerinnen und Bürgern der Einfluss ihrer Anregungen auf die Entscheidung im Durchschnitt am deutlichsten gemacht.

Im Vergleich mit den Ergebnissen der Studie aus 2004 ist ein deutliches Wachstum im Punktedurchschnitt erkennbar– und das obwohl der diesjährige Kriterienkatalog die Messlatte an einigen Stellen höher hängt. Dennoch: Die deutschen Großstädte sind noch weit davon entfernt echte E-Partizipation-Metropolen zu sein. Die positiven Chancen von E-Partizipation zu mehr Bürgernähe und Bürgerzufriedenheit werden noch lange nicht umgesetzt.

Die Initiative ist ein Zusammenschluss von innovativen Firmen und wissenschaftlichen Institutionen. Die Gründer dieser Initiative sehen das Potenzial für die Beteiligung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure mit Hilfe des Internets und gestalten unterschiedliche Entwicklungen aktiv mit. Die Initiative verbindet mit dem Begriff „Bürgerbeteiligung" einen hohen Anspruch. So spricht die Initiative erst von Bürgerbeteiligung, wenn die Anregungen der Bürger/innen erkennbar in den Entscheidungsprozess mit einfließen. Das alleinige Bereitstellen von politischen Diskussionsforen oder der Einsatz von „Ratsinformationssystemen" stellt so gesehen noch keine aktive Bürgerbeteiligung dar.



Copyright © 2005 Initiative eParticipation 

Initiative ePartication

## 2. Demokratie mit Tastatur und Maus?

Das Internet und die aus ihm hervor gegangenen neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten haben enorme Potenziale zur Förderung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Dabei werden vor allem internetgestützten Bürgerbeteiligungsverfahren positive Wirkungen zugeschrieben: Die Qualität und Akzeptanz von Entscheidungen werden durch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Dialog- und Entscheidungsprozessen vergrößert. Es entsteht eine Partnerschaft zwischen Politik/Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern, die Vertrauen schafft und letztlich verbreitete Vorbehalte und Politikverdrossenheit abbaut. So lautet, verkürzt zusammenfasst, die Vision einer besseren Demokratie mit Tastatur und Maus.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: In der Bundesrepublik Deutschland stand bislang vor allem die Verwaltungsmodernisierung (E-Administration) im Vordergrund, wenn es um den positiven Einfluss neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) ging. In diesem Zusammenhang werden die demokratischen Aspekte zwar genannt, der Fokus liegt allerdings eindeutig auf der Modernisierung von Verwaltungsabläufen. Integrierende Ansätze, wie das „Balanced E-Government" der Bertelsmann-Stiftung betonen, dass größere Transparenz und mehr Teilhabe an politischen Entscheidungen eine ebenso gewichtige Rolle für eine erfolgreiche Modernisierung der Verwaltung spielen. Offensichtlich ohne große praktische Resonanz.[1] Der Hauptgrund für dieses Ungleichgewicht liegt in der Anreizsituation: Verspricht die E-Administration Effizienzsteigerung und Kostensenkung, stellt E-Democracy „lediglich" Bürgerzufriedenheit in Aussicht. Die Menschen warten darauf, mehr Einfluss auf Entscheidungen zu bekommen. Nur wenn Politiker ihre Position in Gefahr sehen, wird es einen konkreten Anreiz geben, sich auf aufwendige E-Democracy-Projekte einzulassen. So lange E-Democracy vor allem mit Mehraufwand und Angst vor dem Verlust von Entscheidungskompetenzen verbunden wird, wird die immer wieder festgestellte und beklagte Schieflage zwischen E-Administration und E-Democracy wohl weiter bestehen.[2]

Dabei gibt es viel versprechende Modellprojekte Elektronischer Bürgerbeteiligung in den deutschen Kommunen. Den Kommunen wird für die demokratische Kultur eine bedeutende Rolle zugeschrieben: Sie sind der Ort, an dem politische Entscheidungen am unmittelbarsten empfunden werden. Bürgerinnen und Bürger fordern auf diesem Gebiet mehr basisdemokratische Mitbestimmung.

[1] vgl. Hart/Pflüger (2004), S. 7.
[2] vgl. Hart (2004), S. 49f.



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Leider fehlen Überblicksstudien, die den Verbreitungsgrad quantitativ erfassen. Mit der Studie „Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2004" der Initiative eParticipation wurde in Form einer Rankingstudie in 2004 ein erster systematischer Blick auf die Vielfalt und Verbreitung Elektronischer Bürgerbeteiligung in den 37 größten deutschen Kommunen geworfen.[3] Mit einer weiteren Studie haben wir in diesem Jahr alle 82 deutschen Großstädte mit einem überarbeiteten Kriterienkatalog getestet.
Jenseits idealistischer Visionen einer neuen, elektronischen Demokratie gibt es gute Gründe, die für E-Partizipation sprechen:

**Das Internet ist kein exotischer Raum, sondern Alltagsmedium**

Mehr als die Hälfte der Deutschen sind Internetnutzer. Dabei beträgt die tägliche Nutzungsdauer bereits durchschnittlich 73 Minuten. Für die unter 29 Jährigen ist das Internet bereits Normalität.[4] Aber auch bei den Älteren sind die Zuwachsraten derzeit sehr hoch.[5] Das Internet hat seinen vormals „anarchischen Reiz" zum Großteil verloren. Die Deutschen erledigen ihre Bankgeschäfte Online, finden ihren Job, ihren Lebenspartner oder ihre Lebenspartnerin über das Internet und halten sich über das Weltgeschehen auf dem Laufenden. Das Internet ist seinen Kinderschuhen entwachsen. Die meisten Bundesbürger sind sich darin einig, dass eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne das Internet schwieriger geworden ist.
Das Internet ist kein fremdes Medium mehr. Internetnutzung ist so selbstverständlich, wie das Lesen einer Zeitung oder Radiohören. Insofern trifft E-Partizipation auf fruchtbaren Boden. Aus diesen Gründen ist es nicht mehr zeitgemäß, wenn sich Bürgerinnen und Bürger nicht an der Bauleitplanung ihrer Kommune bequem über das Internet beteiligen können.

**Bürgerbeteiligung ist mehr als der Gang zur Wahlurne**

Immer weniger Bürgerinnen und Bürger geben sich mit dem Wahlgang oder einem klassischen Engagement in einer Partei oder einem Verein zufrieden. Auf der anderen Seite steht dem ein gestiegenes Interesse an anderen Formen politischer Beteiligung entgegen. Gerade auf kommunaler Ebene ist der Wunsch nach basisdemokratischer Mitbestimmung besonders groß.[6] Bürgerinnen und Bürger möchten sich betroffenheitsorientiert, kontextabhängig und möglichst informell beteiligen.[7] Dabei wollen sie ihre Anregungen in den Entscheidungsprozess einbezo-

[3] Die Studie kann unter http://www.initiative-eparticipation.de herunter geladen werden.
[4] vgl. AGOF (2005), S. 8.
[5] vgl. Van Eimeren/Frees (2005), S. 365.
[6] vgl. Hart (2004), S. 49.
[7] vgl. Baumann/Detlefsen/Iversen/Vogelsang (2004), S. 15ff.



Copyright © 2005 Initiative eParticipation 

gen sehen.[8] Hier bieten die Möglichkeiten des Internets eine Basis: Informations-, Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten können auf einer medialen Plattform gebündelt und strukturiert werden.

**Politik und Verwaltung profitieren von E-Partizipation**

Politik und Verwaltung können durch E-Partizipation neues Wissen über die Auswirkungen von Entscheidungen erhalten. Dadurch werden Beratungs- und Entscheidungsprozesse verbessert.[9]

Internetgestützte Beteiligungsangebote haben zusätzlich Vorteile. Diese sind per se auf ihre medialen Eigenschaften zurück zu führen. Neue Zielgruppen können gewonnen werden. So ist es eine Herausforderung, Jugendliche und junge Erwachsene wieder aktiv für Politik zu gewinnen. Hierbei sind internetgestützte Informations-, Kommunikations- und Partizipationsangebote besonders geeignet, da sie ihrem medialen Alltag entsprechen. In der Anonymität liegt die Chance, dass soziale Hemmungen keine Rolle spielen. Soziale Schranken werden einfacher überwunden und auch zurückhaltende Menschen können selbstbewusster agieren als auf Präsenzveranstaltungen. Durch die Textbasiertheit bleibt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mehr Zeit, ihre Beiträge zu formulieren. Alle Beiträge liegen schriftlich vor, was erstens Reaktionen anderer herausfordert. Zweitens sind die Ergebnisse auch leichter auszuwerten.

**Hemmende Faktoren überwinden**

E-Partizipation ist ein anspruchsvolles Unterfangen. Beteiligungsverfahren müssen dauerhaft in den Verwaltungsalltag integriert werden. Die dazu notwendigen Strukturen sind häufig noch nicht vorhanden. In der Verwaltung fehlt die Anreizsituation, E-Partizipationsprojekte durchzuführen. Darüber hinaus gibt es auch Unsicherheit bei den Zuständigkeiten. In den letzten Jahren haben sich Kommunen immer häufiger am Leitbild des „Dienstleistungsunternehmens" orientiert. Kommunen sehen sich als wirtschaftlich arbeitende Unternehmen. Dieses Leitbild ist geeignet, die Verwaltungsmodernisierung einzuleiten. Der notwendige Mehraufwand für mediengestützte Bürgerbeteiligung wird durch dieses Leitbild nicht abgebildet. Die Forderung nach mehr Effizienz kollidiert in diesem Feld mit der Forderung nach mehr Demokratie.[10]
Auf der anderen Seite sind in vielen Kommunen viele Initiativen und Aktionen für mehr Demokratie zu beobachten, wie zum Beispiel das CIVITAS-Netzwerk. Diese positiven Entwicklungen

[8] vgl. Becker/Dopfer (2005), S. 8.
[9] vgl. Märker/Trénel/Poppenburg (2003), S. 18.
[10] vgl. Becker/Dopfer (2005), S. 6ff.



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

müssen in die Breite getragen werden.[11]

**Rahmen und Definition für unsere Studie**

Im Rahmen unserer Studie wird Partizipation als Teilhabe der Bürger an politischen Entscheidungen betrachtet. Unter politischer Beteiligung/Partizipation werden jene Tätigkeiten verstanden, die der Bürger/die Bürgerin freiwillig unternimmt um politische Entscheidungen zu beeinflussen. Mit der vorliegenden Studie haben wir uns mit E-Partizipation auf der kommunalpolitischen Ebene beschäftigt und dabei die Beziehung zwischen Entscheidungsträgern und den Bürgerinnen und Bürgern beleuchtet. Partizipation ist gerade auf lokaler Ebene „Betroffenenbeteiligung": Bürger/innen, die durch Verwaltungsentscheidungen betroffen werden, erhalten Diskursrechte und Mitwirkungsrechte, bis hin zu Mitentscheidungsrechten, beispielsweise bei der Bauleitplanung. Finden partizipative Kommunikationsprozesse via Internet statt, so heißt hier der übergeordnete Begriff "E-Partizipation". Die Definition für unsere Studie lautet:

**„Unter E-Bürgerbeteiligung werden jene Elemente der Bürgerbeteiligung betrachtet, die eine aktive Teilhabe an politischen Diskurs- und Entscheidungsprozessen mit Hilfe des Internets ermöglichen."**

Dieses Verständnis von E-Bürgerbeteiligung fordert einerseits ein (1) umfassendes Informationsangebot voraus. Darauf aufbauend sind (2) Instrumente notwendig, die eine aktive Teilhabe ermöglichen (z.B. Webformulare, Foren, Chats). Letztendlich werden sich Bürgerinnen und Bürger von solchen Angeboten abwenden, wenn ihnen nicht in Aussicht gestellt wird, dass (3) ihre Anregungen in den Entscheidungsprozess einfließen. Auf diesen drei Forderungen basiert der Kriterienkatalog für die Studie. Die Methode und die Testkriterien werden im folgenden Kapitel vorgestellt.

## 3. Unsere Studie

Die diesjährige Studie basiert auf der Untersuchung des Jahres 2004. Die forschungsleitende Fragestellung lautet, ob, in welchem Umfang und in welcher Qualität E-Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten angeboten wird.

### 3.1 Methode und Vorstellung des Kriterienkataloges

Als Methode zur Untersuchung von E-Bürgerbeteiligung bietet sich die erprobte Ranking-Studie

[11] CIVITAS im Internet: http://www.buergerorientierte-kommune.de



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

Initiative ePartizipation

in Form eines Webtests an. Durch behutsame Veränderungen am Kriterienkatalog zum letzten Jahr ist es möglich, Entwicklungen im zeitlichen Verlauf zu verfolgen. Die maximal zu erreichende Punktzahl stellt eine „Best Practice" dar und beschreibt damit das aus unserem Ansatz folgende „ideale" Internetangebot für E-Partizipation. Im Unterschied zum letzten Jahr wurden deutsche Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern (Studie 2004: < 200.000) ausgewählt. Basis waren die aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes vom 31.12. 2004. Die repräsentative Grundgesamtheit vergrößerte sich damit auf 82 Städte.

Für den Test war pro Site ein Zeitaufwand von etwa zwei Stunden vorgesehen. Der Tester sollte sich jeweils in die Lage eines Bürgers versetzen, der sich über das politische Geschehen seiner Stadt informieren möchte und an konkreten, aktuellen Beteiligungsprojekten teilnehmen will. Der Test fand im Zeitraum vom 28.09.2005 bis zum 31.10.2005 statt.

- Aachen
- Augsburg
- Bergisch Gladbach
- Berlin
- Bielefeld
- Bochum
- Bonn
- Bottrop
- Braunschweig
- Bremen
- Bremerhaven
- Chemnitz
- Cottbus
- Darmstadt
- Dortmund
- Dresden
- Duisburg
- Düsseldorf
- Erfurt
- Erlangen
- Essen
- Frankfurt am Main
- Freiburg im Breisgau
- Fürth
- Gelsenkirchen
- Gera
- Göttingen
- Hagen
- Halle (Saale)
- Hamburg
- Hamm
- Hannover
- Heidelberg
- Heilbronn
- Herne
- Hildesheim
- Ingolstadt
- Jena
- Karlsruhe
- Kassel
- Kiel
- Koblenz
- Köln
- Krefeld
- Leipzig
- Leverkusen
- Lübeck
- Ludwigshafen
- Magdeburg
- Mainz
- Mannheim
- Moers
- Mönchengladbach
- Mülheim
- München
- Münster
- Neuss
- Nürnberg
- Oberhausen
- Offenbach am Main
- Oldenburg
- Osnabrück
- Paderborn
- Pforzheim
- Potsdam
- Recklinghausen
- Regensburg
- Remscheid
- Reutlingen
- Rostock
- Saarbrücken
- Salzgitter
- Siegen
- Solingen
- Stuttgart
- Trier
- Ulm
- Wiesbaden
- Witten
- Wolfsburg
- Wuppertal
- Würzburg

Abbildung 1: Aufzählung der Städte



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

Initiative ePartizipation

Ausgangspunkt jedes Testens ist die jeweilige Website der Stadt. Der Testbogen besteht aus zwei Teilen. Zunächst werden in einem ersten Teil die elektronische Adressierbarkeit der Entscheidungsträger einer Stadt, sowie Bürgerinformation und Verständlichkeit untersucht. Insgesamt können in diesen beiden Hauptkategorien 28 Punkte erreicht werden. Der zweite Teil des Testinstruments untersucht alle konkreten Beteiligungsangebote im Internet einer Stadt. Hierbei werden formelle und informelle Verfahren unterschieden. Dieser zweite Teil ist in die Kategorien „Diskursmanagement" und „Einfluss auf Entscheidungen" differenziert. Für die Beteiligungsangebote können maximal 27 Punkte vergeben werden. Für das Gesamtranking ergibt sich demnach eine Summe von 55 Punkten. Einen Überblick über das Testinstrument gibt die folgende Abbildung.

**Das Testinstrument im Überblick**

| | | |
|---|---|---|
| **Beurteilung der Adressierbarkeit und Information/ Verständlichkeit** | | |
| Adressierbarkeit im virtuellen Rathaus | Erreichbarkeit | |
| | Kommunikationskanäle | |
| | | 9 |
| Bürgerinformation und Verständlichkeit | Information OB/ Verwaltung und Stadtrat | |
| | Verständlichkeit der Informationen | |
| | Einladung zu Meinungsäußerungen | |
| | | 19 |
| **Beurteilung der Beteiligungsangebote** | | |
| Diskursmanagement | Interaktionstiefe der Partizipation | |
| | Diskursarchitektur | |
| | Online-Verfügbarkeit der Informationen | |
| | Verfahrenstransparenz | |
| | Feedback | |
| | Benutzerfreundlichkeit | |
| | | 18 |
| Einfluss auf Entscheidungen | Umgang mit Ergebnissen | |
| | Relevanz | |
| | Ansprechpartner | |
| | | 9 |
| ***Summe Gesamtranking*** | | ***55*** |

Abbildung 2: Der Kriterienkatalog im Überblick

Im Folgenden sollen die einzelnen Kategorien ausführlicher erläutert werden. Um als interessierter Bürger überhaupt über das Internet mit kommunalen Entscheidungsträgern Kontakt



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

aufnehmen zu können, müssen diese adressierbar und erreichbar sein.[12] Die **Adressierbarkeit im virtuellen Rathaus** ist somit eine grundlegende Voraussetzung für E-Bürgerbeteiligung. Sie wird in dieser Studie in folgende Kriterien gegliedert: Einerseits spielt eine Rolle, welche Entscheidungsträger erreichbar sind (Bürgermeister, Stadtverwaltung, Stadtrat). Zumindest die Möglichkeit, sich an eine zentrale Kontaktadresse wenden zu können, muss gegeben sein. Als zweites Kriterium können die Kanäle betrachtet werden, über die die Entscheidungsträger erreichbar sind (per Formular und/oder E-Mail oder andere). Während E-Mails und Formulare nur den Modus one-to-one ermöglichen, zeichnen sich Chats und Foren durch einen höheren Grad an Interaktivität aus (many-to-one, many-to-many).

Allein die Tatsache, dass die relevanten Entscheidungsträger adressierbar sind, gibt noch keinen Hinweis darauf, ob die Entscheidungsträger Bürger/innen ermutigen, sich aktiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Grundvoraussetzung für E-Bürgerbeteiligung ist, dass den Bürgern Informationen zu politischen und administrativen Aktivitäten der Stadt bereitgestellt werden[13]. Daher gibt die Rubrik „**Bürgerinformation und Verständlichkeit**" Auskunft darüber, wie Informationen zur lokalen Politik präsentiert werden und wie empfänglich Entscheidungsträger für Anregungen sind. Dabei wird die jeweilige Informationsleistung der Stadtspitze und des Stadtrates untersucht. Hierbei steht im Vordergrund, ob Informationen über die politische Struktur und den rechtlichen Rahmen (Stadtrecht, Verordnungen) gegeben werden. Mindestens genauso wichtig sind auch Informationen zur aktuellen politischen Agenda des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin und zu in naher Zukunft anstehenden Projekten und Vorhaben. Der Sitzungskalender, die Tagesordnungen und Protokolle der Rats- und Ausschusssitzungen, also das in vielen Kommunen schon im World Wide Web angebotene Ratsinformationssystem, wird ebenfalls unter die Lupe genommen.

Doch neben der reinen Informationsleistung sollten diese Informationen auch in allgemeinverständlicher Weise formuliert werden.[14] Deshalb wurde die Dimension Verständlichkeit der Information entwickelt. Eine bürgernahe Aufbereitung der Information fordern nicht nur Experten, sondern auch die Bürger/innen selbst. Denn häufig ertrinkt die Bürgerin/der Bürger im Informationsfluss. Die Verwendung von „Expertensprache" erleichtert Bürgerbeteiligung kaum und steigert ganz sicher nicht die Transparenz von Politik. Um die Navigation und Suche zu er-

[12] Die Adressierbarkeit ist eine der Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern, vgl. Wienhöfer/Kastelholz/Geyer (2002), S. 12; Ein direkter Zugriff zu allen relevanten Ansprechpartnern per E-Mail, Webformular und die Möglichkeit zur Debatte via Foren oder Chatrooms wird empfohlen, vgl. Bertelsmann Stiftung (2001), S. 6.
[13] Ein Hauptmotiv für Bürgerbeteiligung ist laut Befragungsergebnissen „besser informieren" und „immer auf dem aktuellen Stand sein", vgl. Becker/Dopfer, (2004), S. 12.
[14] Bürgerinnen und Bürger halten die Expertensprache unverständlich und fordern eine bürgergerechte Aufbereitung, vgl. Wienhöfer/Kastenholz/Geyer (2002), S. 12 und 17. Auch Coleman und Götze fordern eine allgemein verständliche Sprache, vgl. Coleman/Götze (2001), S. 23.



Copyright © 2005 Initiative ePartisipation 

leichtern, halten wir es ebenso für unumgänglich, ein einheitliches Layout und eine einheitliche Strukturierung der Information der Website und ihrer Angebote vorzufinden. Als letzte Dimension untersuchten wir, ob eine Einladung zur Meinungsäußerung stattfindet oder nicht. Wenn die notwendigen Informationen im Internet verfügbar sind, dann sollten die Entscheidungsträger die Bürger/innen auch tatsächlich einladen, ihre Meinung zu äußern oder Anregungen zu machen.
In der Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit sind maximal 19 Punkte zu vergeben, auf die Adressierbarkeit im virtuellen Rathaus entfallen bei einer „Best Practice" 9 Punkte.

Im zweiten Teil des Webtests werden die jeweils im Untersuchungszeitraum aktuellen Beteiligungsangebote der Städte getestet. Dabei unterscheiden wir zwischen formellen (z.B. Bauleitplanung) und informellen (konsultative Verfahren) Beteiligungsverfahren. Falls beide Verfahren bei der Datenauswertung vorhanden sind, gehen sie gleichberechtigt durch die Bildung eines Mittelwertes in das Ranking ein. Für die Beurteilung der Beteiligungsangebote wurden verschiedene Kriterien entwickelt, die sich zwei Hauptkategorien zuordnen lassen. Eine erste ist die Kategorie **Diskursmanagement**. In ihr wird untersucht, ob und wie Bürgerbeteiligung auf der Website angeboten wird. Dabei spielen verschiedene Unterdimensionen eine wichtige Rolle. Die Interaktionstiefe der Partizipation gibt den Grad an, mit dem sich Bürger an einem bestimmten Partizipationsangebot beteiligen können. Beginnend mit einer alleinigen Information zu einer „klassisch" stattfindenden Bürgerbeteiligung, erstreckt sich die mögliche Interaktionstiefe bis hin zur Verknüpfung einer Präsenzveranstaltung mit Online-Diskussionsforen, Chats oder Online-Konferenzen. Da wir jedoch vorrangig E-Bürgerbeteiligung untersuchen, wird die volle Punktzahl bei einer interaktiven Online-Methode vergeben. Den Autoren der Studie ist bewusst, dass Präsenzveranstaltungen für die Demokratie einer Stadt eine wichtige Rolle spielen. Deshalb kann ein Angebot ebenfalls die Höchstpunktzahl erreichen, wenn eine Online-Konsultation mit einer Präsenzmethode verknüpft wird. Ebenso wichtig für ein professionelles Diskursmanagement ist es, dass diese Verfahren moderiert werden, ein klares Regelwerk erkennbar wird[15] und den Bürger/innen auch alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere wichtige Kategorie ist die Verfahrenstransparenz.[16] Sie misst, ob der Hintergrund der Beteiligung ausreichend dargestellt wird. Durch die W-Fragen (Was?, Wer? ...) sollten die Initiatoren, die Legitimation, die Art des gewählten Verfahrens, der Anlass und die Dauer angesprochen werden. Wichtig ist auch, ob die Bürgerin/der Bürger ein Feedback für

[15] vgl. Coleman/Getze (2001), S. 6.
[16] Transparenz ist eine der Hauptforderungen der Bürger/innen an elektronische Bürgerbeteiligung vgl. Becker/Dopfer (2004), S. 12; vgl. Wienhöfer/Kastenholz/Geyer (2002), S. 12.



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

ihre/seine Anregungen bekommt. Die Kategorie misst demnach, ob Bürger/innen darauf hingewiesen werden, dass sie auf ihre Beiträge eine Antwort erhalten. Eine abschließende Kategorie des professionellen Diskursmanagements ist die Benutzerfreundlichkeit. In ihr geht es darum, dem Nutzer (v. a. den ungeübten) eine einheitliche Struktur anzubieten und innerhalb der Beteiligungsangebote einen hohen Wiedererkennungswert zu ermöglichen. Zudem kann eine mangelhafte Hilfestellung bzw. ein nicht vorhandener technischer Support ein Hinderungsgrund für Bürgerbeteiligung sein. Hinweise auf Ladezeiten, praktische Anweisungen oder ein Support in Form von FAQs durchbrechen diese Barrieren.

Die abschließende Dimension **Einfluss auf Entscheidungen**[17] misst, ob der Bürger informiert wird, wie seine Beiträge in den Entscheidungsprozess eingehen. Diese zentrale Dimension untersucht einerseits, ob und wie der Umgang mit den Ergebnissen dargestellt wird und andererseits, ob ein Feedback nach der Entscheidung an die Teilnehmer angekündigt wird. Mit dem Konkretisierungsgrad der Fragestellung wird beurteilt, ob das Beteiligungsangebot tatsächlich für den Entscheidungsprozess relevant ist oder ob die Beiträge eher einer „Pseudobeteiligung" zugerechnet werden können. Ergänzt wird die Betrachtung der Relevanz durch das Vorhandensein der Adressen von Ansprechpartnern bei weiteren Fragen.

Die maximale Punktzahl in der Kategorie Professionelles Diskursmanagement beträgt 18 Punkte. Beim Einfluss auf Entscheidungen sind 9 Punkte erreichbar. Die maximale Punktzahl bei der Beurteilung der Beteiligungsangebote beträgt demnach 27 Punkte. Insgesamt waren damit für eine Stadt 55 Punkte zu erreichen.

### 3.2 Zuverlässigkeit des Testinstruments

Zwei erfahrene Internetnutzer haben das Website-Ranking über 82 Städte durchgeführt. Ein wichtiges Augenmerk lag auf der Zuverlässigkeit des Testens. Dabei kann die Zuverlässigkeit des Rankings (Reliabilität) als die übereinstimmende Codierung gleicher Inhalte von, in diesem Fall, zwei Testern angesehen werden. Das heißt jeder Tester hat stichprobenartig auch Städte des jeweils anderen im Laufe der Datenerhebung untersucht. Um die Abweichungen in den Bewertungen der einzelnen Kategorien so gering wie möglich zu halten, wurden verschiedene Vorkehrungen getroffen. Zunächst wurde der Kriterienkatalog gemeinsam entwickelt und es fand ein umfangreicher Pretest statt. Darauf basierend wurden konkrete Testeranweisungen formuliert und Änderungen am Kriterienkatalog vorgenommen, unklare oder schwer zu bewertende Kategorien wurden dadurch deutlich reduziert. Eine ausführliche Codiererschulung run-

[17] Der Einfluss auf Entscheidungen ist ein weiteres Anliegen von Bürger/innen: „dass die Anregungen der Bürger erkennbar in die Planung aufgenommen werden", vgl. Becker/Dopfer (2004), S. 12.



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

dete die Vorbereitung auf das Testen ab. Während des Testvorgangs standen die beiden Tester in intensiven Kontakt und begleiteten das Codieren durch ein Qualitätsmonitoring. Durch diese Maßnahmen konnten Abweichungen im Testverhalten kontinuierlich verringert werden. In völliger Gänze sind sie selbstverständlich nicht auszuschließen. Strenge Reliabilitätskriterien gelten vorrangig für rein quantitative Inhaltsanalysen. Das Website-Ranking wird einer ausschließlichen Quantifizierung nicht gerecht. Indem der Tester während der Codierung Punkte vergibt und eine Rangfolge festlegt, werden qualitative (bewertende) Aspekte stark angesprochen. Eine völlige Übereinstimmung ist aus diesen Gründen utopisch, in wissenschaftlichen Inhaltsanalysen gelten Werte mit einer Übereinstimmung von über 70% - 80% als methodisch ausreichend und gelungen. Umso erstaunlicher die hohe Übereinstimmung unseres Testes über die Zuverlässigkeit. Gründe dafür liegen in den oben erwähnten Maßnahmen zur Absicherung der Zuverlässigkeit.

Die Übereinstimmung der im Reliabilitätstest codierten Städte liegt im Durchschnitt bei 93%. Die geringste Übereinstimmung der Gesamtwerte einer Stadt lag bei 88%, bei einer Stadt gab es eine 100% Übereinstimmung. Aber auch innerhalb der jeweiligen Kategorien Adressierbarkeit, Bürgerinformation, Professionelles Diskursmanagement und Einfluss auf Entscheidungen hatten die Tester keine geringere Übereinstimmung als 82%, mehrheitlich lag sie bei über 90%. Somit sind auch alle einzelnen Kategorien völlig zuverlässig und unter methodischen Gesichtspunkten ist das notwendige, wenn auch nicht hinreichende Kriterium der Reliabilität für die methodische Güte der Studie erfüllt.



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartizipation

## 4. Ergebnisse des Gesamtrankings

In das Gesamtranking der Studie gingen 73 der 82 getesteten Städte ein.[18] Um die Ergebnisse des Gesamtrankings zu ordnen, wurden jeweils Gruppen gebildet. Die Spitzengruppe bilden jene Städte, die mehr als 50% der möglichen Punktzahl erzielten. In das Mittelfeld rutschten jene Städte, die mehr als 25% der möglichen Punktzahl erhielten. Nachzügler werden im Folgenden Städte genannt, die weniger als 25% der möglichen Punkte erreichten.

**Ergebnisse des Gesamtrankings auf einen Blick**

| Spitzengruppe | | |
|---|---|---|
| • Aachen | • Essen | • Mühlheim an der Ruhr |
| • Augsburg | • Frankfurt am Main | • München |
| • Berlin | • Freiburg im Breisgau | • Osnabrück |
| • Cottbus | • Fürth | • Plorzheim |
| • Dortmund | • Hamburg | • Regensburg |
| • Düsseldorf | • Krefeld | • Stuttgart |
| • Duisburg | • Leipzig | • Trier |
| • Erlangen | • Moers | |
| **Mittelfeld** | | |
| • Bochum | • Hannover | • Mainz |
| • Bonn | • Heilbronn | • Mannheim |
| • Bottrop | • Hildesheim | • Münster |
| • Bremen | • Ingolstadt | • Oberhausen |
| • Bremerhaven | • Jena | • Offenbach am Main |
| • Darmstadt | • Kassel | • Remscheid |
| • Dresden | • Koblenz | • Reutlingen |
| • Göttingen | • Köln | • Rostock |
| • Hagen | • Leverkusen | • Solingen |
| • Halle | • Lübeck | • Witten |
| • Hamm | • Ludwigshafen | • Wuppertal |
| **Nachzügler** | | |
| • Bergisch Gladbach | • Herne | • Saarbrücken |
| • Bielefeld | • Magdeburg | • Siegen |
| • Chemnitz | • Mönchengladbach | • Ulm |
| • Erfurt | • Oldenburg | • Wolfsburg |
| • Gelsenkirchen | • Potsdam | • Würzburg |
| • Gera | • Recklinghausen | |

Tabelle 1: Ergebnisse des Gesamtrankings

Berlin ist auch in diesem Jahr Sieger im Gesamtranking. Berlin besticht durch ein umfassendes Informationsangebot. Es gibt ein Stadtforum, auf dem sich Bürger/innen und Besucher/innen über (stadtpolitische) Themen austauschen können. Auch in Sachen Bürgerbeteiligung war in

[18] Ausgenommen sind jene Städte, die zum Zeitpunkt der Datenerhebung keine Bürgerbeteiligungsangebote über das Internet anboten, bei denen allerdings ersichtlich war, dass sonst sehr wohl Angebote z.B. im Rahmen der Bauleitplanung oder Flächennutzungsplanung präsentiert werden. Um diese Städte nicht zu benachteiligen, wurden sie aus dem Gesamtranking herausgenommen. Es handelt sich hierbei um die Städte Nürnberg, Karlsruhe, Wiesbaden, Braunschweig, Kiel, Neuss, Heidelberg, Paderborn und Salzgitter. Städte die weder momentan noch in der Vergangenheit Bürgerbeteiligungsangebote präsentierten, werden im Gesamtranking geführt, da dies ihr tatsächliches Angebot, unabhängig vom Erhebungszeitraum, repräsentiert.



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

Initiative ePartication

Berlin im Untersuchungszeitraum einiges los: Anregungen zu aktuellen Bauleitplanungsverfahren konnten mit einem Formular vorgebracht werden. Auch gab es einen Online-Dialog zum Gleisdreieck, einem städtebaulichen Projekt im Herzen Berlins. Zusätzlich wurde noch ein umfassendes Bürgerbeteiligungsangebot, der Bürgerhaushalt Lichtenberg, gefunden.
Doch neben dem Lob für Berlin gibt es auch deutliche Kritikpunkte. Alle Informationen sind zwar verfügbar, doch wird die Auffindbarkeit durch eine enorme Informationsfülle auf den Seiten erschwert. Außerdem muss sich der Nutzer durch abenteuerliche Navigationsstrukturen bewegen. Diese Kritik gilt nicht nur für Berlin. In vielen der untersuchten Städte sind die Navigation und die Auffindbarkeit noch nicht zufrieden stellend gelöst.
Der Mittelwert aller getesteten und in das Gesamtranking übernommenen Städte liegt bei 22,2 Punkten. Davon deutlich abheben konnte sich die Top 10. Die folgende Abbildung listet die Top 10-Städte im Gesamtranking nach ihrer Punktzahl auf.

**Top 10 des Gesamtrankings**

| | | |
|---|---|---|
| **1** | **Berlin** | **43,9** |
| 2 | Essen | 41 |
| 3-4 | München | 35 |
| | Augsburg | 35 |
| 5-6 | Frankfurt am Main | 34 |
| | Stuttgart | 34 |
| 7 | Hamburg | 32,3 |
| 8-10 | Duisburg | 32 |
| | Düsseldorf | 32 |
| | Freiburg im Breisgau | 32 |

Tabelle 2: Top 10 im Gesamtranking

Da der Gesamtüberblick nur ein grobes Bild der vielfältigen Internetauftritte der getesteten Städte widerspiegelt, sollen, nachdem ein Vergleich mit dem Vorjahr dargestellt wird, die Ergebnisse der einzelnen Dimensionen im Ranking vorgestellt und analysiert werden.



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartication

## 5. Ergebnisvergleich 2004/ 2005: Erkennbares Wachstum

Im Jahr 2004 wurden alle Großstädte getestet, die mehr als 200.000 Einwohner haben. Im direkten Vergleich der Städte, die auch im Vorjahr getestet worden, ist ein „hohes" Wachstum auf niedrigem Niveau erkennbar. Der Mittelwert stieg von 22,6 auf 24,8 Punkte, einem Wachstum von rund 9%.

Dieses Ergebnis ist erfreulich. Durch den veränderten Kriterienkatalog, der in den Basiskategorien Adressierbarkeit im virtuellen Rathaus und Bürgerinformation und Verständlichkeit die Messlatte noch höher anlegt als im Vorjahr, war es für die Städte insgesamt schwerer zu punkten. Verschiebungen sind auch aufgrund des Charakters einer Momentaufnahme nicht überraschend.

Eine positive Entwicklung stellten wir bei Freiburg fest So machte sie Stadt einen großen Sprung von der Nachzüglergruppe direkt in die Spitzengruppe. Allerdings müssen wir folgende Einschränkung machen: In Freiburg konnte auch dieses Jahr keine E-Mail an den Oberbürgermeister geschickt werden. In die Spitzengruppe sind außerdem Aachen, Augsburg, Dortmund und Leipzig aufgestiegen. In der Abbildung 3 sind die Spitzengruppen aus 2005 und 2004 gegenüber gestellt. Zur Spitzengruppe werden jene Städte gezählt, die mehr als 50% der maximalen Punktzahl erhielten.

**Vergleich der Spitzengruppen 2004/ 2005**

**Spitzengruppe 2004**

| | | |
|---|---|---|
| • Berlin | • Düsseldorf | • Krefeld |
| • Bochum | • Essen | • Lübeck |
| • Braunschweig | • Frankfurt | • München |
| • Dresden | • Hamburg | • Stuttgart |
| • Duisburg | • Kiel | |

**Spitzengruppe 2005**

| | | |
|---|---|---|
| • Aachen | • Düsseldorf | • Krefeld |
| • Augsburg | • Essen | • Leipzig |
| • Berlin | • Frankfurt | • München |
| • Dortmund | • Freiburg | • Stuttgart |
| • Duisburg | • Hamburg | |

Tabelle 3: Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Ranking 2004



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartizipation

## 6. Kategorie Adressierbarkeit und Erreichbarkeit im virtuellen Rat haus: E-Mail okay, Interaktivität ungenügend

In dieser Kategorie wurde der Katalog etwas strenger im Vergleich zum Vorjahr, da davon ausgegangen werden kann, dass die elektronische Adressierbarkeit an kommunale Politiker und Verwaltungsspitzen mittlerweile eine Selbstverständlichkeit ist. Die Kommunikation über E-Mails und Formulare ist Standard, fast alle Städte bieten diese Art des Kontakts zu den Entscheidungsträgern der Stadt an. Nur die Städte Hamm, Gera, Paderborn und Trier haben hier noch Nachholbedarf. Die Messlatte, um ein gutes Ergebnis zu erreichen, wurde jedoch höher gelegt. So kann allein mit E-Mail Kommunikation nur ein mittlerer Punktwert erreicht werden. Nur durch Interaktivität kann eine Stadt bzw. ihre Website ein überdurchschnittliches Resultat erzielen. Allerdings werden interaktive Kommunikationsangebote, wie Chats, Foren oder Online-Konferenzen kaum angeboten. Dadurch haben fast alle Städte nur befriedigend abgeschnitten. Der Mittelwert der untersuchten Städte lag bei 4,2 von möglichen 9 Punkten. Um eine überdurchschnittliche Punktzahl in der Kategorie Adressierbarkeit zu erreichen, mussten ebenso interaktive Kommunikationselemente nutzbar sein.

| | |
|---|---|
| **Nürnberg** | **6** |
| **Mainz** | **6** |
| **Moers** | **6** |
| Aachen | 5 |
| Augsburg | 5 |
| Berlin | 5 |
| Braunschweig | 5 |
| Bremen | 5 |
| Bremerhaven | 5 |
| Darmstadt | 5 |
| Dortmund | 5 |
| Dresden | 5 |
| Duisburg | 5 |
| Düsseldorf | 5 |
| Frankfurt am Main | 5 |
| Fürth | 5 |
| Göttingen | 5 |
| Halle (Saale) | 5 |
| Ingolstadt | 5 |
| Jena | 5 |
| Koblenz | 5 |
| Köln | 5 |
| Krefeld | 5 |
| Magdeburg | 5 |
| Mönchengladbach | 5 |
| Mühlheim an der Ruhr | 5 |
| Münster | 5 |
| Neuss | 5 |
| Pforzheim | 5 |
| Potsdam | 5 |
| Recklinghausen | 5 |
| Regensburg | 5 |
| Reutlingen | 5 |
| Rostock | 5 |
| Solingen | 5 |
| Wiesbaden | 5 |

Tabelle 4: Spitzengruppe Adressierbarkeit (maximale Punktzahl = 9)



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

In fast allen getesteten Städten war der Oberbürgermeister (in Berlin: Regierender Bürgermeister, in Hamburg: Erster Bürgermeister, in Bremen: Bürgermeister) per Webformular oder E-Mail direkt erreichbar. Neben der Stadtspitze konnten auch in nahezu allen getesteten Städten die Verwaltungsspitzen und der Stadtrat per E-Mail oder Webformular angeschrieben werden.

Dass interaktive Kommunikationsmöglichkeiten möglich sind, zeigen die Sieger Nürnberg, Mainz und Moers. Nürnberg und Mainz bieten ihren Bürgern die Möglichkeit, mit dem Oberbürgermeister und/oder der Verwaltung im Chat über Anliegen und Probleme zu diskutieren. Ein gutes Forum bietet, wie im letzten, Jahr Magdeburg und der dritte Sieger Moers.

Insgesamt haben 18 Städte die Möglichkeit geboten, einen Chat oder ein Forum zu nutzen. In 64 Städten konnten wir jedoch keine interaktiven Kommunikationsmöglichkeiten auffinden. Einen klassischen OB-Chat haben nur die Städte Köln, Nürnberg, Mainz, Fürth und Koblenz angeboten. Dabei stößt die rege Beteiligung und der ernst gemeinte aber lockere Meinungsaustausch mit dem Stadtoberhaupt auf großes Interesse.

Grundsätzlich wird in der Kategorie Adressierbarkeit nur untersucht, ob es die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme auf der entsprechenden Stadtsite gibt. Wie und ob beispielsweise auf eine E-Mail geantwortet wird, konnte nicht getestet werden.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass kommunale Politiker und Verwaltungsspitzen mittlerweile gut über E-Mails und Formulare kontaktiert werden können, interaktive Kommunikationsangebote jedoch noch immer eine Ausnahme darstellen. Daher empfehlen wir einen deutlichen Ausbau der Interaktionsmöglichkeiten, hin zu Chat, Forum und Online-Konferenzen.

Abbildung 3: Gelungenes Beispiel eines Forums: Moers



Copyright © 2005 Initiative ePartisipation 

Initiative ePartizipation

## 7. Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit: Licht und Schatten

Ein entscheidendes Kriterium für das Internetangebot einer Stadt hinsichtlich E-Bürgerbeteiligung ist die Offenlegung von benötigten Informationen und deren Verständlichkeit. Um auf lokaler Ebene an Entscheidungen und Diskussionen partizipieren zu können, ist die Grundvoraussetzung eine qualitativ hochwertige Darstellung und Information von Stadtrat und Verwaltung. Dazu gehört beispielsweise die Bereitstellung von Informationen zu Funktionsweise und Struktur der jeweiligen Stadt.

Wie im letzten Jahr gab es zwischen den Städten eine große Streuung in der Informationsleistung und Verständlichkeit. In dieser Kategorie konnten maximal 19 Punkte erreicht werden. Die Punktzahl schwankt zwischen äußerst dürftigen 5 Punkten und den knapp an die „Best Practice" herankommenden Sieger mit 18 Punkten. Der Mittelwert liegt bei 9,8 Punkten. Sieger in der Kategorie Bürgerinformation ist Berlin (18 Punkte), vor Hamburg (17 Punkte) und München (16 Punkte). Schlusslichter sind mit 5 Punkten die Städte Karlsruhe, Wolfsburg, Bergisch Gladbach, Gera und Hildesheim.

**Spitzenreiter in der Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit**

| | |
|---|---|
| **Berlin** | **18** |
| Hamburg | 17 |
| München | 16 |
| Essen | 15 |
| Kiel | 15 |
| Freiburg | 15 |
| Bremen | 14 |
| Oberhausen | 14 |
| Frankfurt am Main | 14 |

Tabelle 5: Spitzenreiter in der Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit (maximale Punktzahl = 19)

Die Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit soll in ihren wichtigsten Ausprägungen eine Ebene tiefer mit ihren Testergebnissen vorgestellt werden.

### 7.1 Informationsleistung der virtuellen Rathäuser: Einige gute Ansätze

Die Mehrheit der getesteten Stadtwebsites informiert über die Funktion und Struktur von Oberbürgermeister und Stadtverwaltung. Die qualitativen Unterschiede und die Menge an Informationen sind jedoch äußerst groß. Die Vorstellung einer aktuellen Agenda, politische Redemanuskripte des OBs sowie der Ausblick auf kommende Themenschwerpunkte und Entscheidungen sind mehrheitlich noch nicht vollständig anzutreffen. Nicht so beim Sieger Berlin. Hier können sich Bürger durchaus ein Bild über zukünftige Pläne, die momentane Agenda so-



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

wie politische Reden des OBs (hier: Regierender Bürgermeister) machen.

Die Informationsleistungen von und über den Stadtrat werden in vielen Städten über ein Ratsinformationssystem (RIS) gelöst. In der Mehrheit der Städte können interessierte Bürger Einblick in den Kalender der Ratssitzungen nehmen und Tagesordnungspunkte sowie Ausschüsse aufrufen. Das Ansehen und Herunterladen von Protokollen und Ergebnissen ist bereits weniger selbstverständlich, wenn auch noch häufig anzutreffen. Vollständige Informationen über vergangene und anstehende Entscheidungen sind nur selten abrufbar.

Viel zu selten wurden die Bürger/innen in den getesteten Städten auf den Seiten der Ratsinformationssysteme motiviert, tatsächlich an realen Stadtratsitzungen zu partizipieren und sich einzubringen.

Aktuelle Informationen oder ein Newsletter über Neuigkeiten aus der Verwaltung oder dem Stadtrat wurden in 33 Städten vorgefunden. Das heißt aber auch, 49 Städte bieten über das Internet diesen Service, der für eine Bürgerbeteiligung eminent wichtig ist, nicht an.

### 7.2 Verständlichkeit der Informationen – Auf gutem Weg!

Es ist nicht nur wichtig, welche Informationen im Netz stehen, sondern auch wie sie aufbereitet werden. Wünschenswert sind „bürgernahe" und verständliche Informationen, die die Transparenz des politischen Prozesses fördern. Denn letztlich sollen über das Internet nicht nur Experten beteiligt werden, sondern auch einfache Bürger/innen. Wert wird darauf gelegt, ob es der Stadt gelingt, allgemein verständlich zu erklären, wie die Politik in ihrer Kommune funktioniert. Ein Ratsinformationssystem im Netz nutzt wenig, wenn nicht erklärt wird wie der Rat funktioniert und wo die Einflussmöglichkeiten der Bürger/innen liegen. Ein positives Beispiel liefert die Stadt Kiel.

Die meisten Städte zeigen zumindest Ansätze, Bürger/innen Informationen verständlich darzulegen. Nur wenige Städte jedoch konnten hier völlig überzeugen. Dies sind Berlin, Hamburg, Frankfurt, Wuppertal und Hannover. Zu Hannover ist einschränkend zu sagen, dass zwar überzeugend kommunale Stadtpolitik, deren Strukturen und Arbeitsweisen aufgezeigt werden, die konkrete Umsetzung der postulierten Ziele allerdings noch nicht gelungen ist.

Ein weiterer Punkt, der zur Verständlichkeit der dargebotenen Informationen beiträgt, ist die Einheitlichkeit der Darstellung. Dabei wurde getestet, ob sich Verwaltungsspitzen und Stadträte einheitlich hinsichtlich Layout und Corporate Identity präsentieren. Diese „technische" Verständlichkeit ist vor allem für die Orientierung relevant. Dieses Testkriterium wurde von fast allen Städten mit Bravour gemeistert und kann nun als Standard lokaler Stadtpages bei Verwaltung, Oberbürgermeister und dem Ratssystem angesehen werden.



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation

Abbildung 4: Kiel - Raterklärungen

### 7.3 Einladung zur Meinungsäußerung: Nachholbedarf bei vielen Städten

Neben der Informationsleistung und unabhängig von weiteren Beteiligungsangeboten wurde getestet, ob die Entscheidungsträger der Stadt auch tatsächlich die Bürger/innen zur Meinungsäußerung einladen. 38 der 82 getesteten Städte bitten die Bürger/innen um Meinungsäußerungen in Form von Lob, Kritik oder anderweitigen Anmerkungen. Das heißt aber auch, dass 44 Städte ihre Bürger/innen nicht ermutigen, Anweisungen und Hinweise an das Stadtoberhaupt, die Verwaltung oder den Stadtrat über das Internet zu geben. Eine verpasste Chance, so dass für viele Städte hier noch Nachholbedarf besteht.

## 8. Bürgerbeteiligungsangebote Online

Nachdem die elektronische Adressierbarkeit und die Bürgerinformation und Verständlichkeit der virtuellen Rathäuser beurteilt wurde, werden in diesem Kapitel die einzelnen im Internet gefundenen Beteiligungsangebote der Städte präsentiert. Die Adressierbarkeit und Bürgerinformation können vor allem als Basiskategorien gesehen werden. In der diesjährigen Studie wurden formelle Beteiligungsverfahren von informellen Beteiligungsverfahren unterschieden:



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

Initiative ePartication

1. Formelle Bürgerbeteiligungsverfahren: Unter den formellen Bürgerbeteiligungsverfahren werden jene verstanden, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Dazu zählen insbesondere Verfahren im Rahmen der Bauleitplanung und der Flächennutzungsplanung.

2. Informelle Bürgerbeteiligungsverfahren: sind konsultative Verfahren, die nicht zwingend gesetzlich vorgeschrieben sind. Es handelt sich daher um nicht-verfasste Beteiligungsarten, die Politik und Verwaltung bei Fragen einsetzen, für die eine Bürgerbeteiligung nicht zwingend gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Spanne reicht von Planungsentscheidungen hin zu Leitbilddiskussionen.

Für das Ranking wurden alle formellen und informellen Beteiligungsangebote untersucht und jeweils getrennt zusammengefasst. Damit ist es möglich, sie gesondert zu bewerten und die Leistungen der einzelnen Städte auf diesem Gebiet im Internet direkt zu vergleichen.
Für die formellen und informellen Beteiligungsverfahren galten die gleichen Testkriterien, wie bei den informellen. In den Beschreibungen zu den einzelnen Testkategorien wurden jedoch spezielle Hinweise (Anweisungen) zu formellen und informellen Verfahren entwickelt.

### 8.1 Sieger und Ergebnisse in der Testkategorie Diskursmanagement

Das Diskursmanagement zeigt, wie ein konkretes Beteiligungsangebot in Internet vorgestellt wird und wie sich Bürger/innen daran beteiligen können. Eine hohe Punktzahl kann erreicht werden, wenn alle notwendigen Informationen zum Verfahren gegeben werden und sich die Bürgerin und der Bürger direkt durch interaktive Kommunikationskanäle über das Internet beteiligen kann.
Bei der hier präsentierten Spitzengruppe handelt es sich nicht um die Bewertung einzelner Angebote, sondern um die errechneten Mittelwerte aus formellen und informellen Beteiligungsangeboten einer gesamten Stadt (sofern vorhanden). Dabei wurden informelle und formelle Verfahren gleichwertig behandelt. Es fand keine Priorisierung statt. Eine Stadt kann durchaus ein ausgezeichnetes Online-Bürgerbeteiligungsverfahren anbieten, das durch andere, magere Angebote allerdings konterkariert werden kann. Es handelt sich dementsprechend um einen Index für das Diskursmanagement einer ganzen Stadt. Folgende Abbildung zeigt die Spitzenreiter im Bereich Diskursmanagement.



Copyright © 2005 Initiative ePartisipation 

Initiative ePartizipation

**Spitzengruppe in der Kategorie Diskursmanagement**

| | |
|---|---|
| **Essen** | **16** |
| Berlin | 14,7 |
| Osnabrück | 14 |
| Stuttgart | 14 |
| Trier | 13,5 |
| Dortmund | 13 |
| Düsseldorf | 13 |
| Leipzig | 13 |
| Bochum | 13 |
| Krefeld | 13 |

Tabelle 6: Spitzengruppe in der Kategorie Diskursmanagement (maximale Punktzahl = 18)

Der Sieger Essen war besonders vorbildlich in der formellen Bürgerbeteiligung. Im Beteiligungsformular wurde beispielsweise festgehalten, dass eine automatische Empfangsbestätigung versendet wird und man seine Anregung ausdrucken kann. Auch ist dem Bürger und der Bürgerin überlassen, ob sie ihre Anregung anonym oder nicht anonymisiert vorbringen möchte.

**Über** das **Abwägungs**ergebnis **Ihrer Stellungnahme werden Sie im weiteren Verfahren unaufgefordert informiert.**

**Ihr** Name und Ihre **Anschrift werden** in den Drucksachen für **die öffentlichen Sitzungen des** Rates, **der** Ausschüsse und der **Bezirksvertretungen** nur dann **aufgeführt, wenn Sie dies ausdrücklich gestatten.**
Ohne **ausdrückliche** Zustimmung **erfolgt eine anonymisierte** Wiedergabe **Ihrer Stellungnahme.** Die **personenbezogenen Daten werden nur** für **Zwecke** weiter **verarbeitet, für** die **sie erhoben** bzw. erstmals **gespeichert** worden **sind (gem. Daten**schutz**gesetz).**

☐ **Ich** bin mit der **Namens**nennung **einverstanden.**

**Ich stimme der** elektronischen **Verarbeitung** meiner persönlichen Daten und **meiner** Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und Abwägung **innerhalb des Planungsvorhabens** zu.

☐ Einverständniserklärung:

**Nach Ihrer** Beteiligung (**Button** 'beteiligen') erhalten **Sie automatisch eine Eingangsbestätigung und die Möglichkeit, Ihre Anregung auf der Folgeseite auszudrucken.**

beteiligen zurücksetzen

Abbildung 5: Ausschnitt aus dem Beteiligungsformular zur Bauleitplanung von Essen

23 / 39

Copyright © 2005 Initiative ePartizipation

Initiative ePartication

Auch in Berlin können sich Bürgerinnen und Bürger Online zu verschiedensten Themenbereichen informieren und beteiligen. Positiv an Berlin ist, dass auch Online-Dialoge angeboten werden, eine Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger sich zu vernetzen und Gleichgesinnte zu finden.

In Osnabrück können Bürgerinnen und Bürger Online eigene Tagesordnungspunkte zu den Bürgerforen der Stadt einbringen und das bequem mit Hilfe eines Online-Formulars. Die Protokolle der Bürgerforen können dann wieder Online im Internet eingesehen werden, damit auch die Statements aus Politik und Verwaltung. Hier ist eine sehr einfache aber positive Verknüpfung aus Online- und Offline-Beteiligung realisiert. Zu aktuellen Bauleitplanverfahren können in Osnabrück auch Stellungnahmen Online vorgebracht werden.

Positiv fiel auch das Beteiligungsformular von Stuttgart für die Bauleitplanung auf. Auch hier erhält man bei Angabe seiner E-Mail-Adresse eine Kopie der erzeugten Mitteilung. Solche Details machen den Unterschied, da die Bürger und Bürgerinnen sich versichern können, dass ihre Daten wirklich an der richtigen Stelle landen und sie erfahren mit welchen Standards sie behandelt werden.

In Hamburg gab es ein sehr gutes Beteiligungsangebot (Familienfreundlicher Wohnort Hamburg), das in Sachen Diskursmanagement eine Position unter den Spitzenreitern mühelos erreichte. Allerdings schnitten die anderen Beteiligungsangebote nicht ganz so gut ab, so dass Hamburg insgesamt im Diskursmanagement in diesem Jahr keine Spitzenposition einnehmen konnte. Die Online-Diskussion „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg" zeigt allerdings, wie ein Verfahren im Internet angeteasert werden kann. Von hamburg.de wurde direkt mit einem Banner auf das Angebot verlinkt. Das ist die Ausnahme. In vielen Fällen erhielten wir den Eindruck, dass Bürgerbeteiligungsangebote (gerade im Rahmen der Bauleitplanung) eher versteckt werden. In Sachen Auffindbarkeit war „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg" ohne Konkurrenz der Spitzenreiter.



Copyright © 2005 Initiative ePartication

Abbildung 6: Hinweis zur Online-Diskussion „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg" auf hamburg.de

### 8.2 Formelle Bürgerbeteiligung: Noch kein Standard

Insgesamt gab es in 48 der 82 untersuchten Städte Hinweise zu Verfahren der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung. In 17 Städten konnten im Untersuchungszeitraum Online (durch E-Mail oder Formular) direkt Anregungen zu aktuellen Bauleitplan- und Flächennutzungsplanverfahren vorgebracht werden.

Die Möglichkeit, sich mit einem Online-Formular an der aktuellen Bauleit- und Flächennutzungsplanung zu beteiligen und das Vorhandensein aller dazu notwendigen Informationen setzt jene Städte unter Druck, die sich darauf zurückziehen, dass E-Mail keinen sicheren Transfer erlaubt und keine Informationen zu den aktuellen Verfahren ins Netz stellen. Vielfach geben die Städte lediglich lapidare Hinweise auf die Ortsüblichkeit und verweisen auf Amtsblatt und Lokalpresse. Aus „organisatorischen" oder rechtlichen Gründen versagen sie sich einer direkten Beteiligung per E-Mail oder Formular. Positiv fällt jedoch auf, dass häufig das Verfahren der Bauleitplanung erklärt wird.



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartizipation

### 8.3 Informelle Verfahren – Im Internet noch die Ausnahme

Informelle Verfahren wurden in insgesamt 13 der 82 untersuchten Städte im Untersuchungszeitraum angeboten. Sicherlich ist unser Test nur eine Momentaufnahme. Einige Städte boten einen Online-Fragebogen zur Nutzung der städtischen Friedhöfe an. In Hamburg, Berlin und Ingolstadt wurden jeweils interessante Angebote im Internet präsentiert. In Hamburg gab es eine Online-Diskussion zum Familienleben, der in einen Bürgerleitfaden Familienfreundlicher Wohnort Hamburg münden soll. In Berlin konnten sich Bürger/innen im Internet mit dem Haushalt des Bezirkes Lichtenberg beschäftigen und Vorschläge unterbreiten. In Ingolstadt konnten Bürgerinnen und Bürger Anregungen zum Thema „Stadt und Donau" vorbringen. In Pforzheim wurde die Diskussion um den demografischen Wandel und die Entwicklung von Zielen in das Internet-Stadtforum integriert.

Diese Beispiele sind positiv, da hier tatsächlich auf die Kommunikationsmöglichkeiten des Internets konsequent gesetzt wird. Leider sind solche Angebote bislang noch Ausnahmen.

### 8.4 Ergebnisse in der Kategorie Einfluss auf Entscheidungen

Neben dem Diskursmanagement spielt bei Beteiligungsverfahren eine gewichtige Rolle, inwieweit den Teilnehmern erklärt wird ob und wie ihre Anregungen in den weiteren Entscheidungsprozess eingehen. In unserem Kriterienkatalog wurden dazu einige Testkategorien entwickelt, die eben diesen Einfluss auf Entscheidungen messen sollten. Regensburg ist Sieger, weil es in allen Teilkategorien punkten konnte. Allerdings bezieht sich dieser Wert nur auf ein einziges Angebot.

In Berlin wird der Einfluss auf Entscheidungen von Online-Bürgerbeteiligung durchweg deutlich gemacht. Auch in Osnabrück und Essen, sowie Augsburg wird den Bürgerinnen und Bürgern klar gemacht, wie ihre Anregungen in den Entscheidungsprozess eingehen. Da es sich auch hier wieder um Mittelwerte handelt, können einzelne sehr gute Angebote nicht das Nicht-Vorhandensein anderer Angebote wettmachen. Die Zahl ist vor allem als ein Indikator für die Kommunikation eines Einflusses auf die Entscheidung zu betrachten. In die Spitzengruppe gingen jene Städte ein, die mehr als 50% erhielten.

**Spitzenreiter im Bereich Einfluss auf Entscheidungen**

| | |
|---|---|
| Regensburg | 7 |
| Berlin | 6,3 |
| Osnabrück | 6 |
| Essen | 6 |
| Augsburg | 6 |
| München | 5 |
| Duisburg | 5 |

Tabelle 7: Spitzenreiter in der Kategorie Einfluss auf Entscheidungen (max. Punktzahl = 9)



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

Prinzipiell fiel auf, dass es bei den Städten eine deutliche Zurückhaltung hinsichtlich des Einflusses von Anregungen auf die Entscheidung gibt. Zum einem ist es richtig, dass die letztendliche Entscheidung immer bei den Entscheidungsträgern liegt. Andererseits liegt hier auch eine Chance, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Entscheidungen herbei zu führen und die Möglichkeiten der Einflussnahme deutlicher vorab zu zeigen.

## 9. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

**Adressierbarkeit: Interaktive Kommunikation ausbauen**

Grundsätzlich ist die Adressierbarkeit der Amtsträger einer Stadt via E-Mail gewährleistet. Dieser gute Standard ist zunächst löblich, ein Fragezeichen steht hinter dem tatsächlichen Antwortmanagement, dass anhand dieser Studie nicht überprüft wurde. Schwächen weisen fast alle Städte bei interaktiven Kommunikationsmöglichkeiten auf. Gerade hier ergeben sich aber lukrative Möglichkeiten. Bürger/innen stehen einem spannenden und intensiven Austausch sehr wohlwollend gegenüber und neue Zielgruppen, die auf herkömmlichen Bürgersprechstunden nur schwerlich zu finden sind, lassen sich für diese Art der Kommunikation begeistern. Abgucken ist bei den Vorreitern in Sachen Chat und Foren, zum Beispiel in Nürnberg, Mainz und Moers, durchaus erlaubt! Der Druck auf jede Bürger- E-Mail adäquat und schnell zu antworten, kann durch Foren oder Online-Konferenzen erheblich reduziert werden. Ein tatsächlicher Dialog lässt die Wertschätzung der Bürgerinteressen steigen und erhöht durch seine Transparenz die Anerkennung der Amtsträger.

Fazit: Die Adressierbarkeit ist nicht das „Sorgenkind" der E-Bürgerbeteiligung. Qualitative Verbesserungen von E-Mail hin zu Chat und Foren sind aus Sicht der Bürger als auch der Regierenden sinnvoll.

**Bürgerinformation: Verständlichkeit fördern und Informationen verstärken**

Dass in Sachen Bürgerinformation und Verständlichkeit viel möglich ist, zeigt der Sieger Berlin. Verbesserungswürdig ist in sehr vielen Städten, die Nicht-Thematisierung der aktuellen Agenda und der Ausblick auf kommende Themenschwerpunkte und Vorhaben. Gerade diese Sachverhalte können Bürger/innen aber motivieren, Entscheidungen mit zu tragen oder auch frühzeitig durch interaktive Kommunikationsmöglichkeiten konstruktiv zu kritisieren. Hier wird eine große Chance vertan, Bürger „mit ins Boot zu nehmen".

Ratsinformationssysteme (RIS) versuchen auf Seiten des Stadtrates dem entgegenzuwirken. Ein sinnvoller Ansatz, aber die so genannten RIS sind für Außenstehende nicht per se verständlich. Zudem fehlen teilweise Protokolle der Sitzungen mit Ergebnissen oder Redemanuskripten. Vollständige transparente Informationen, um adäquat über Diskussionen und Ent-



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

scheidungen Bescheid zu wissen, sind leider noch nicht die Regel. Eine redaktionelle Aufbereitung oder zumindest ein Mehr an Informationen, wie Politik in der Stadt funktioniert, wäre wünschenswert. Uns ist dabei durchaus bewusst, dass die finanzielle Situation ein nicht zu unterschätzender Einflussfaktor ist.
Dennoch ist die finanzielle Situation nicht unbedingt ein Hindernis dafür, dass Entscheidungsträger ihre Mitbürger/innen um Anregungen und Kritik bitten. Allgemein könnte eine höhere Empfänglichkeit für Äußerungen der Bürger/innen, die mit einem guten Kommunikationsmanagement bearbeitet wird (moderierte Foren, Chats, themenzentrierte Echtzeit-Konferenzen), auch die Reputation der Entscheidungsträger der Stadt positiv fördern.
Positiv ist aufgefallen, dass die Mehrheit der Städte die Orientierung, die zur Verständlichkeit der Informationsaufnahme dazugehört, durch ein einheitliches Layout fördert.
Fazit: Die Städte sind unterschiedlich stark bemüht, ihren Bürger/innen verständliche Informationen für die politische Teilhabe an kommunalen Entscheidungsprozessen vorzustellen. Viele Städte zeigen hier deutliche Schwächen. Neben der mehrheitlich guten „technischen" Verständlichkeit, mangelt es noch an politisch gewinnbringenden Informationen für Bürger/innen. Ausbaufähig ist zudem die Einladung zur Meinungsäußerung, kurzum dem Kommunikationsmanagement.

**Bürgerbeteiligung über das Internet anbieten**

Bürgerbeteiligungsverfahren im Internet sind noch immer die Ausnahme. Selbst die formelle Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleit- und Flächennutzungsplanung ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Einige sehr gelungen informelle Beteiligungsverfahren können nicht darüber hinweg täuschen, dass echte E-Partizipation auch im Jahr 2005 weitgehend nicht stattfindet.

Die guten Beispiele beweisen, dass sich Bürgerbeteiligung mit dem Internet lohnt. Die Diskussionen bewegten sich auf einem hohen Niveau. Ein Blick über Deutschland hinaus zeigt, dass Internet-Diskurse mittlerweile als Instrument zur Bürgerbeteiligung angewendet werden – und das mit positiven Ergebnissen. Bürgerinnen und Bürger haben neben Informations- und Dienstleistungsanliegen (Meldewesen) auch Partizipationsanliegen. Die geeigneten Instrumente und das Wissen liegen vor. Einer Weiterentwicklung der Schieflage zwischen E-Administration und E-Partizipation sollte nun forciert entgegen getreten werden.

Mit einem Webtest kann selbstverständlich nicht die Öffentlichkeitsarbeit einer Stadt untersucht werden. Genauso wenig konnten wir die Berichterstattung der lokalen Medien zu den



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

laufenden Bürgerbeteiligungsverfahren analysieren. Unsere Tester sind auf keine Bürgerversammlung gegangen und haben auch nicht im Detail verfolgt, was mit einer Online vorgebrachten Anregung geschieht. Hierin liegen die Grenzen der Studie. Allerdings sind die Websites deutscher Großstädte und ihre virtuellen Rathäuser die erste Anlaufstelle für ihre Bürgerinnen und Bürger. Diese Exklusivität bietet große Chancen Politik und Verwaltung transparent zu präsentieren, aktuelle Informationen bürgernah aufzubereiten und eine kontinuierliche, aktive Partnerschaft mit den Bürgerinnen und Bürgern zu etablieren.



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartizipation

## 10. Über die Initiative eParticipation

Die Initiative eParticipation ist ein Netzwerk von wissenschaftlichen Institutionen und innovativen Dienstleistern, die das gemeinsame Ziel eint, E-Participation als sinnvolles Mittel zur Lösung zahlreicher Probleme im politischen und gesellschaftlichen Feld zu etablieren und zu fördern. Die Initiative tritt für mehr Bürgerbeteiligung im Internet ein. Mit dieser Studie haben wir das Ziel verfolgt, mit einem klaren und nachvollziehbaren Kriterienkatalog die Websites von Städten zu untersuchen. Es ging uns auf keinen Fall darum, die Kriterien im Hinblick eigener Projekte zu entwickeln, sondern mit einem transparenten und unparteiischen Testbogen alle Angebote gleichermaßen zu untersuchen.

### Autorenteam

Marco Bräuer, Diplom-Medienwissenschaftler
Thomas Biewendt, M.A.

## 11. Kontaktdaten und Ansprechpartner

**URL:** http://www.Initiative-eParticipation.de
**Sprecher der Initiative**: Hans Hagedorn
**eMail**: hagedorn@initiative-eparticipation.de
**Telefon**:030 - 6162 1906
**Fax**: 030 - 6162 3681

**Postanschrift:**
Initiative eParticipation
c/o Zebralog e.V.
Technologie- und Innovationspark
Voltastr. 5, Haus 10, Aufzug 6
13355 Berlin



Copyright © 2005 Initiative eParticipation 

Initiative ePartication

**binary objects - web-software**

Seit 1995 besteht das Team, das heute den Kern von binary objects bildet. Bereits 1996 wurde die Entwicklung des mehrfach preisgekrönten Stadtinformationssystems von Münster/NRW beratend sowie mit Programmierungen und Schulungsmaßnahmen begleitet und eines der ersten deutschen Online-Bürgerbeteiligungsprojekte im Rahmen des dortigen Bürgernetzvereins unterstützt. Es folgten Beratungs-, Software- und Web-Design-Projekte in NRW für Forschung und Lehre, Verwaltungen und Unternehmen. 2002 wurde ein weiterer Standort in Berlin eröffnet. Unter der Firmierung „binary objects" liegen die Schwerpunkte seitdem besonders in den Bereichen semantische Netze, automatisierte Informationsfilterung, Barrierefreiheit, soziale Interaktionssysteme (insb. Online-Diskurse) sowie Interface-Design zur Darstellung komplexer Informationsmengen. Seit dem Jahr 2001 entwickelt binary objects die Software "discourse-machine", ein speziell für Internet-Bürgerbeteiligungsverfahren konzipiertes Forensystem, welches ein Höchstmaß an inhaltlicher Strukturierungsfreiheit bietet und mächtige Funktionen zur Steuerung und Auswertung der Dialoge. Besonderes Augenmerk liegt auf der Verdichtung der durch die Benutzer eingestellten Inhalte, um aussagekräftige Dialog-Ergebnisse herausarbeiten zu können.

**Referenzen aus dem Bereich E-Participation:**

Kulturforum
Im Juni 2004 ist im Auftrag des Berliner Senats und in Kooperation mit dem zebralog e.V. der „Kulturforum-Dialog" online gegangen. Mit der discourse-machine konnten die Bürgerinnen und Bürger Berlins über das neben dem Potsdamer Platz gelegene Kulturforum-Areal diskutieren. URL: http://www.kulturforum-dialog.de

Bürgerhaushalt Lichtenberg
Für den Berliner Bezirk Lichtenberg wurde 2005 im Rahmen eines Bürgerhaushaltes eine Internet-Plattform realisiert. Die Bürger hatten die Möglichkeit Änderungsvorschläge zum Haushalt einzureichen, die Vorschläge zu bewerten und daraus einen eigenen Haushaltsentwurf zusammenzustellen. URL: http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de

**URL**: http://www.binary-objects.de
**Ansprechpartner**: Matthias Rehkop
**eMail**: rehkop@binary-objects.de



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartication

**Ingenieurgesellschaft entera - Planung und Informationstechnologie**

Die Arbeit von entera ist durch eine enge Verzahnung von klassischen Planungsaufgaben, Forschungsarbeiten und spezialisierter Software-Entwicklung gekennzeichnet. Dadurch lassen sich für alle drei Bereiche wertvolle Synergieeffekte erzielen. So werden Softwareentwicklungen geschaffen und Forschungsergebnisse erzielt, die durch ihre hohe Relevanz für die planerische Praxis schnell Eingang in die praktische Arbeit von Behörden und Planungsbüros finden. Gleichzeitig werden Planungsaufgaben mit Hilfe moderner EDV-Werkzeuge gelöst und den Auftraggebern in digitaler Form auf transportablen Medien oder im Internet zur Verfügung gestellt. Die Auftraggeber von entera sind überwiegend Fach- und Verwaltungsbehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. entera ist bundesweit und auch international aktiv, hat aber einen Schwerpunkt in Norddeutschland. Der Hauptsitz des Unternehmens ist Hannover mit einer Niederlassung in Kiel.

**Beteiligung-Online**

Vor dem Erfahrungshintergrund selbst durchgeführter Beteiligungsverfahren wurden von entera erste Konzepte für eine internetgestützte Beteiligungsplattform bereits im Jahr 2002 entwickelt. Im Rahmen eines Forschungsvorhabens konnten diese dann in Zusammenarbeit mit der Universität Hannover weitergeführt, umgesetzt und in der Praxis erprobt werden. Auf der Basis der Ergebnisse des Forschungsvorhabens wurde Beteiligung-Online entwickelt: Eine universell einsetzbare, internetbasierte und datenbankgestützte Plattform für die Durchführung von Beteiligungsverfahren z.B. in der Regional- und Landesplanung, Raumordnung und Bauleitplanung.

Beteiligung-Online integriert alle drei Phasen von Beteiligungsverfahren innerhalb einer homogenen Anwendung:

- Bereitstellung der Planungsunterlagen
- Erstellung der Einwendungen, Anregungen und Bedenken
- Durchführung des Abwägungsprozesses

**URL**: http://www.entera.de
**Ansprechpartner**: Tilmann Schulze-Wolf
**eMail**: schuwo@entera.de



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartication

**Fraunhofer Institut AIS - Wissen & Kommunikation**

Im Trend liegt der Ausbau von Innovations- und Ideenmanagement in großen Unternehmen wie auch in öffentlichen Institutionen. Zunehmend werden nicht nur ausgesuchte Experten, sondern jeder Mitarbeiter, Kunde oder Bürger als potenzielle Ideengeber eingeladen. In Form von Ideenwettbewerben, Kundenintegration zur Produktverbesserung oder Bürgerforen, etwa in der Stadt-, Regional- oder Haushaltsplanung (Bürgerhaushalte). Auch betriebsintern, um mittels themenzentrierter Kommunikation bislang ungenutzte Potenziale zur Verbesserung von Prozessen und Produkten auszuschöpfen. Das Fraunhofer Institut Autonome Intelligente Systeme (AIS) bietet medien-unterstützte Verfahren, mit deren Hilfe sehr viele Teilnehmer unter der Leitung eines Online-Moderators zeit- und ortsunabhängig interagieren können. Diese Verfahren ersetzen bisherige kostenintensive Zusammentreffen von Personen oder ergänzen diese sinnvoll. AIS berät und konzipiert diese Verfahren entsprechend der individuellen Kundenwünsche und vorhandener technischer Infrastrukturen. Zielsetzung ist immer, dass unsere Kunden unsere Instrumente selbstständig einsetzen können. Des Weiteren profitieren unsere Kunden von unseren Erfahrungen und Referenzen, von unserer Produktneutralität hinsichtlich einsetzbarer Medien und Moderationsmethoden, von unserm Wissen über verfügbare Medientechnologien sowie von unseren Kompetenzen hinsichtlich Organisationsanalyse, Verfahrensgestaltung und Medienabstimmung.

**URL**: http://www.ais.fraunhofer.de
**Ansprechpartner**: Oliver Märker
**eMail**: oliver.maerker@ais.fraunhofer.de



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartication

**Fraunhofer eGovernment Zentrum**

Das Fraunhofer eGovernment Zentrum ist die Anlaufstelle für alle Akteure aus dem Bereich eGovernment. Die Kompetenzen sind vielfältig und generisch miteinander verflochten. Erfahrungen im Anwendungsbereich Verwaltung und Politik verbunden mit genauesten Kenntnissen der Basistechnologien ergeben das Leistungsportfolio aller im Zentrum vereinigten Fraunhofer Institute. Das Fraunhofer eGovernment Zentrum berät Politik, Verwaltung und Wirtschaft bei der Konzeption und in der strategischen Entwicklung von eGovernment sowie bei der Umsetzung von Standards. Beratung und Lösungsentwicklungen erfolgen eng an den Bedürfnissen des Anwendungsbereiches.

Das Fraunhofer eGovernment Zentrum ist unabhängig von hersteller-spezifischen Lösungen und politischen Entwicklungen.

**URL**: http://www.egov-zentrum.fraunhofer.de/
**Ansprechpartner**: Oliver Märker
**eMail**: oliver.maerker@ais.fraunhofer.de



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartication

**politik-digital.de**

politik-digital.de wurde 2001 mit dem 'Grimme-Online- Award Medienkompetenz' ausgezeichnet. politik-digital.de erhielt zudem den 'Alternativen Medienpreis 2003' in der Sparte 'Internet'. In den Jahren 2001 und 2003 wurde politik-digital.de vom amerikanischen Internetdienst 'PoliticsOnline' zu den '25 Who Are Changing the World of Internet and Politics' gezählt. pol-di.net e.V. ist ein digitaler Think-Tank in der europäischen Informationsgesellschaft. Als europaweiter Verein konstituiert, betreibt pol-di.net seit dem Jahr 1998 unter der Adresse www.politik-digital.de Deutschlands führende unabhängige Informations- und Kommunikationsplattform zum Thema Internet und Politik. Anderen von politik-digital.de entwickelte und betriebene Websites sind www.gipfelthemen.de zum UN-World Summit on the Information Society, www.ich-gehe-nicht-hin.de und www.kand-o-mat.de zum Bundestagswahlkampf 2005, der Metablocker www.politikdigital.de/metablocker oder das Weblog des Abgeordneten Jakob Maria Mierscheid (www.politik-digital.de/mierscheid).

In enger Zusammenarbeit mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt pol-di.net Lösungen für die aktuellen Herausforderungen der Informationsgesellschaft und begleitet diese aktiv. Neben dem journalistischen Angebot und Internet-Chats mit bekannten Politikern bietet pol-di.net e.V. Beratung und wissenschaftliche Expertise bei Studien und Untersuchungen im Bereich Politik, Kommunikation und Internet. Aktuell führt politik-digital.de zudem eine regelmäßige Live-Chatreihe für tagesschau.de durch. Unter den ca. 300 Chat-Gästen bei politik-digital.de waren u.a. Johannes Rau, Wolfgang Thierse, Angela Merkel, Renate Künast, Gregor Gysi oder Guido Westerwelle. Wissenschaftliche Arbeiten wurden unter anderem in Kooperation mit oder im Auftrag des Deutschen Bundestages, der Bertelsmann-Stiftung, Accenture Unternehmensberatung, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Zentrum für Medien und Interaktivitat an der Universität Gießen, dem Hessischen Rundfunk oder der Initiative D21 gefertigt.

**URL**: http://www.politik-digital.de
**Ansprechpartner**: Christoph Dowe
**eMail**: cdowe@politik-digital.de



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartication

**Die TuTech Innovation GmbH**

Die TuTech Innovation GmbH wurde 1992 von der Technischen Universität Hamburg-Harburg gegründet. Mit der Zusammenführung von TuTech und dem Technologie-Beratungs-Zentrum Hamburg (TBZ) im Frühjahr 1997 entstand in Hamburg eine Technologietransfer- und Beratungseinrichtung, die über die Technische Universität hinaus Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft aktiv unterstützt und Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und die öffentliche Verwaltung kompetent und umfassend berät. TuTech verfolgt dabei vor allem folgende Ziele:

- Förderung des Technologietransfers
- Implementierung von neuen Technologien aus der Hochschule in die Wirtschaft
- Entwicklung und Aufbau regionaler Technologiezentren in Kooperation mit wissenschaftlichen Instituten und Unternehmen
- Technologieberatung und Innovationsförderung
- Weiterbildung zu Technologie- und Technologiemanagementthemen

Die TuTech-Abteilung Interaktive Kommunikation (IK) hat sich auf die Kommunikationsberatung für Neue Medien spezialisiert, die den gesamten Bereich von der Strategieentwicklung bis zur Realisierung interaktiver Anwendungen im Internet umfasst. Im Bereich elektronischer Bürgerbeteiligung hat TuTech/IK unter anderem das europäische Forschungs- und Entwicklungsprojekt DEMOS geleitet. DEMOS steht heute sowohl für eine innovative Software als auch für ein Verfahren zur Durchführung zielorientierter Diskurse im Internet. Mit Hilfe von DEMOS konnte in Hamburg eines der bisher erfolgreichsten Projekte elektronischer Partizipation realisiert werden.

Neben der Konzeption und Durchführung internetbasierter Beteiligungsverfahren bietet TuTech/IK auch Schulungen und Workshops in den Bereichen E-Government, E-Democracy, E-Participation und E-Learning an. TuTech/IK konzipiert und koordiniert darüber hinaus nationale und europäische Forschungs- und Entwicklungsprojekte und berät Kunden und Partner bei der Akquisition öffentlicher Fördermittel.

**URL**: http://www.tutech.de/IK
**Ansprechpartner**: Rolf Lührs
**eMail**: luehrs@tutech.de



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartizipation

**wegewerk - neue medien neue politik**

wegewerk ist eine Agentur für Online-Relations mit Sitz in Berlin und Brüssel. Unter Online Relations versteht das Unternehmen die gesamte Bandbreite moderner Kommunikation in elektronischen Medien, alle Mittel und Möglichkeiten, die jederzeit direkte Interaktion zwischen seinen Kunden und ihren jeweiligen Zielgruppen erlauben.

wegewerk entwickelt im fünften Jahr Kampagnen, realisiert Websites, programmiert Software und erstellt redaktionelle Inhalte. Das Angebot reicht von der Analyse der Ausgangssituation über die Planung kommunikativer Maßnahmen, die Kreation und Entwicklung geeigneter Anwendungen bis hin zur Betreuung des laufenden Betriebes. Die besondere Kompetenz von wegewerk liegt in der attraktiven Vermittlung komplexer Inhalte. Dazu gehört die Organisation von Online-Dialogen, Meinungserhebungen und Entscheidungsprozessen. Die Agentur gilt als Experte für „barrierefreies" Webdesign und konnten ihren technischen Sachverstand wiederholt bei komplexen Projekten unter Beweis stellen. wegewerk berät nach Bedarf, bietet jedoch auch eigene e-Partizipations-Lösungen:

- wwProCon: Eine Software für Online-Debatten, bei der konkrete Vorschläge diskutiert werden und Beiträge nach Pro und Contra sortiert angezeigt werden. Die Beiträge werden in Kern-Argumente und ausführliche Kommentare unterschieden. Dabei entsteht Stück für Stück ein grafischer Überblick zum Stand der Debatte.
- wwQuest: eine Lösung für virtuelle Interviews oder Pressekonferenzen, bei der Fragen vorab gesammelt und durch die User über Punktvergabe und Punktabzug nach Relevanz bewertet werden können, so dass sich aus der Punktzahl ein Ranking der besten Fragen ergibt. Dies bietet eine basisdemokratische Alternative zu einem Chat, bei der sich die Redaktion die Auswahl der Fragen vorbehält.

Daneben vertreibt wegewerk NetConferencePlus, eine umfassende Internetlösung für demokratische Entscheidungsprozesse, bei der Vorschläge in mehreren Stufen durch Debatte, Änderungsvorschläge und Abstimmungen weitergereicht werden. Das Besondere ist, dass die Teilnehmer ihr Stimmrecht flexibel delegieren können, so dass aktiven Diskutanten eine höhere Legitimation zukommt.

**URL**: http://www.wegewerk.de
**Ansprechpartner**: Juri Maier
**eMail**: juri.maier@wegewerk.de



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

Initiative ePartication

**Zebralog – medienübergreifende Dialoge**

Zebralog unterstützt moderne Dialog-basierte Entscheidungsprozesse in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es ist unser Ziel, die Beziehungen und den Wissensaustausch zwischen Politik und Bürgern, zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu stärken. Die Mitglieder von Zebralog e.V. gehören zu den ersten in Deutschland, die das interaktive Potenzial des Internet für Bürgerbeteiligungen nutzten. So greifen wir bei der Auswahl der technischen Plattform, bei der Einbettung der Dialoge, bei der Teilnehmerwerbung und bei der Moderation der Diskussionen auf ein langjähriges Methodenwissen zurück. Darüber hinaus stehen wir auch beratend bei der Planung und Durchführung von Online-Dialogen, als Trainer für Online-Moderatoren und als wissenschaftliche Gutachter und Evaluatoren zur Verfügung.

**Referenzprojekte:**

| | |
|---|---|
| 2005: | Online-Dialog Bürgerhaushalt Lichtenberg<br>(Bezirksamt Lichtenberg von Berlin) |
| 2005: | Online-Dialog Gleisdreieck<br>(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin) |
| 2004/05: | Online-Dialog Kulturforum Berlin<br>(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin) |
| 2004: | Studie "Möglichkeiten netzbasierter Kommunikation für Parlamente"<br>(Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag) |
| 2004: | Moderation "Planung verbindet"<br>(Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main; Fraunhofer Institut AIS) |
| 2004: | Coaching für Online-Diskurs des BMZ<br>(Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) |
| 2003: | Moderation "Esslinger Haushalt im Dialog"<br>(Stadt Esslingen, Fraunhofer Institut AIS) |
| 2003: | Online-Dialog "Interaktive Bürgerbeteiligung Berlin Alexanderplatz"<br>(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin) |
| 2002: | Moderation "Wachsende Stadt Hamburg"<br>(TuTech Innovation; Stadt Hamburg) |
| 2001: | Online-Dialog Bebauungsplan Esslingen-Zell<br>(Stadt Esslingen) |

**URL**: http://www.zebralog.de

**Ansprechpartner**: Hans Hagedorn

**eMail:** dialog@zebralog.de



Copyright © 2005 Initiative ePartication 

Initiative ePartizipation

## 12. Literatur

AGOF (2005): Internet Facts. Berichtsband- Zusammenfassung zur internet facts 2005-II. Online im Internet: URL: http://www.agof.de [10.10.2005].

Baumann, Frank/ Detlefsen, Malte/ Iversen, Sven/ Vogelsang, Lars (2004). Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. Veränderte Rahmenbedingungen, Praktiken und deren Auswirkungen. Online im Internet: URL: http://www.bueroblau.de/pdf/TendenzBuerger.pdf [10.10.2005].

Becker, Cornelia/ Dopfer, Jaqui (2004): Neue Medien in der Öffentlichkeitsbeteiligung bei behördlichen Entscheidungsprozessen. Erste Ergebnisse und Vorschläge aus der Praxis. Online im Internet: URL: http:// www.fbauk.fh-darmstadt.de/fileadmin/ dokumente/berichte-forschung/2004/Becker_Dopfer_ePP.pdf [10.10.2005].

Bertelsmann Stiftung (2001): Balanced E-Government. Elektronisches Regieren zwischen administrativer Effizienz und bürgernaher Demokratie. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Online im Internet. URL: http://www.begix.de/ [10.10.2005].

Coleman, Stephen/ Götze, John (2001): Bowling Together: Online Public Engagement in Policy Deliberation. Online im Internet. URL: http://www.bowlingtogether.net [10.10.2005].

Eimeren, Birgit van/ Frees, Beate (2005): Nach dem Boom: Größter Zuwachs in Internet. In: Media Perspektiven 8/2005, S. 362-379.

Hart, Thomas/ Pflüger, Frank (Hrsg.) (2004): Neue Medien und Bürgerorientierung. Online im Internet. URL: http://www.begix.de/ [10.10.2005].

Hart, Thomas (2004) Skepsis folgt der Euphorie. In: Kommune 21, Ausgabe 12/2004, S. 48-50.

Initiative eParticipation (2004): Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschten Großstädten 2004. Ein Website Ranking. Online im Internet. URL: http://www.initiative-eparticipation.de [10.10.2005].

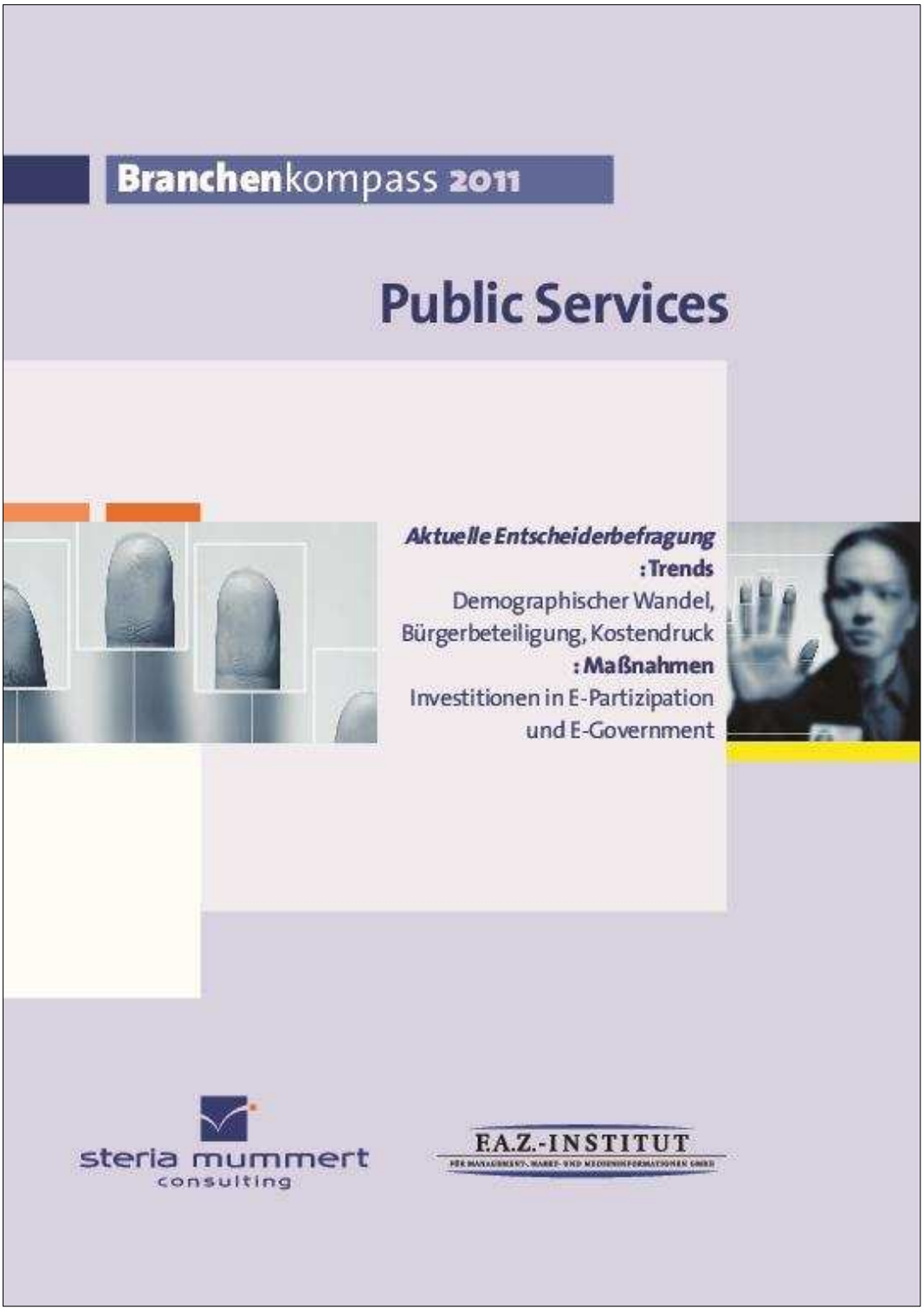
Märker, Oliver/ Trénel Matthias/ Poppenborg, Annika (2003): Ungenutztes Wissen. In: Kommune 21, Ausgabe 9/2003, S. 18-19.

Wienhöfer, Elmar/ Kastenholz, Hans/ Geyer, Thomas (2002): Bürgerbeteiligung im Internet. Möglichkeiten und Grenzen elektronischer Demokratie. Nr.207/ Februar 2002. Bürgergutachten. Online im Internet. URL: http://www.ta-akademie.de/deutsch/bestellungen/textelk/ab207.pdf?SID=1797767 [10.10.2005].



Copyright © 2005 Initiative ePartizipation 

**Steria Mummert Consulting**



## : Inhalt


**Vorwort** 3

**Executive Summary**

_ Verwaltungen hören auf die Bürger 4

**Befragungsergebnisse**

_ IT-Projekte wegen Haushaltsdrucks 7

_ Bürgerbeteiligung über neue Medien 12

_ Verwaltungen modernisieren weiter 20

**Glossar** 26



**IMPRESSUM**

Haftungsausschluss: Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernehmen Redaktion, Verlag und Herausgeber keine Gewähr.



© April 2011



Herausgeber:

Steria Mummert Consulting AG
Hans-Henny-Jahnn-Weg 29, 22085 Hamburg

F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH
Mainzer Landstraße 199, 60326 Frankfurt am Main
(Verlag; Geschäftsführung: Volker Sach und Dr. André Hülsbömer)



Alle Rechte vorbehalten, auch die der fotomechanischen Wiedergabe und der Speicherung in elektronischen Medien.



ISBN: 978-3-89981-665-5

Verantwortlicher Redakteur und Autor: Eric Czotscher
Gestaltung und Satz: Christine Lambert
Lektorat: Anna-Luise Kinetsch

Druck und Verarbeitung:
Boschen Offsetdruck GmbH
Alpenrodstraße 14, 65936 Frankfurt am Main
www.boschendruck.de
(mit Ökofarben gedruckt auf PEFC-zertifiziertem Papier aus nachhaltiger Holzwirtschaft)

Entscheiderbefragung:
forsa Gesellschaft für Sozialforschung
und statistische Analysen mbH,
Max-Beer-Straße 2-4, 10119 Berlin

Diese Studie wurde klimaneutral hergestellt. Der $CO_2$-Ausstoß wurde durch Klimaschutzprojekte kompensiert.

## : Vorwort

// Die öffentlichen Verwaltungen in Deutschland – Bund, Länder und Kommunen – stehen vor zwei großen Herausforderungen: der Finanzierung der Haushalte und dem demographischen Wandel. Allein über Sparmaßnahmen lassen sich diese Aufgaben nicht bewältigen. Einerseits müssen die Abläufe in den Verwaltungen effizienter und bürgerfreundlicher werden – beispielsweise durch IT-unterstütztes Prozessmanagement und erweiterte Internetangebote. Andererseits muss die Infrastruktur zukunftsgerecht modernisiert und umgebaut werden – auch die Sozial- und Bildungsinfrastruktur. Dies ist ohne stärkere Beteiligung der Bürger kaum möglich.

**Megatrends und Benchmarking**

Wir haben die Verwaltungsentscheider auch zu Megatrends wie Globalisierung, Metropolisierung, IT-Entwicklung, demographischer Wandel, Klimawandel und Rohstoffverknappung befragt. Welche Risiken erzeugen diese Zukunftsfaktoren für die Verwaltungen? Lesen Sie die Ergebnisse auf Seite 10 und 11. Und auf Seite 16 finden Sie ein Benchmarking zum Einsatz von Social Media – damit können Sie die Maßnahmen Ihrer Verwaltung vergleichen.

Wie die Proteste bei Stuttgart 21 und anderen Großprojekten zeigen, wollen sich die Bürger zunehmend auch außerhalb von Wahlen an politischen und Verwaltungsentscheidungen beteiligen. Das Internet, vor allem die Social Media, demonstrieren ihnen täglich, wie einfach es ist, Informationen zu recherchieren, sich zu engagieren und mit Kontakten aus der virtuellen Welt die reale Welt zu beeinflussen. Dadurch sind auch die Ansprüche der Bürger an die Informationspolitik der Behörden und ihre Forderungen nach Mitsprachemöglichkeiten gestiegen. Die Verwaltungen haben dieses Potential erkannt und suchen nun nach Wegen, um die Bürger besser zu informieren und stärker zu beteiligen. In Stuttgart hat das erfolgreiche Mediationsverfahren gezeigt, dass sich Mehrheiten für Großprojekte finden lassen, wenn die Bürger ernstgenommen werden und der Dialog auf Augenhöhe geführt wird. „In der Zeit der Mediendemokratie, mit Internet, Facebook, Blogs, einer Billion Webseiten und der Organisation von Zehntausenden Menschen per Mausklick kann die Demokratie nicht mehr so funktionieren wie im letzten Jahrhundert. Beschlüsse müssen (...) immer wieder begründet und erläutert werden", heißt es im Schlichterspruch. Andernorts, in Mannheim, sorgte dialogorientierte Politik dafür, dass die Widerstände gegen das neue Kohlekraftwerk der GKM gering blieben. Der Nutzen für die Bürger wurde deutlich gemacht. Ein Medienteam der Stadt verfolgt in Blogs und Internetforen alle Diskussionen zu dem Projekt und reagiert zeitnah auf Einträge.

Die nichthierarchischen Social Media bieten sich als Instrument des Bürgerdialogs geradezu an. Sie sind schnell, bürgernah und machen den Teilnehmern auch noch Spaß – ein gutes Mittel gegen Politikverdrossenheit. E-Partizipation ist neben E-Government deshalb einer der wichtigsten Trends der kommenden drei Jahre, wie unsere aktuelle Entscheiderbefragung für den „Branchenkompass 2011 Public Services" zeigt.

Im Januar und Februar 2011 befragte forsa für uns 100 Entscheider aus 100 großen deutschen Kommunal-, Bundes- und Landesverwaltungen zu Bürgerbeteiligung bzw. E-Partizipation, zu E-Government sowie zu den aktuellen Herausforderungen und den bis 2013 geplanten Maßnahmen. Die Interviews wurden mit der Methode des Computer Aided Telephone Interviewing (CATI) durchgeführt. Wir haben die Ergebnisse ausgewertet und durch einen Vergleich mit den Ergebnissen unserer früheren Branchenkompass-Studien von 2008 und 2007 Zeittrends ermittelt.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

*Steria Mummert Consulting*
*F.A.Z.-Institut*

: Executive Summary

# Verwaltungen hören auf die Bürger

Die öffentlichen Verwaltungen in Deutschland setzen auf mehr Bürgerbeteiligung: Kommunen, Landes- und Bundesverwaltungen investieren in neue Kommunikationsangebote, um einen lebendigeren Dialog zu ermöglichen. Social Media sind hierfür das Medium der Wahl. Unterdessen wird E-Government weiter ausgebaut, um die Effizienz der Verwaltungsprozesse zu erhöhen. Frische Impulse bringen der neue Personalausweis und De-Mail sowie Standards bei Datenaustausch und Services.

## 1 : Kostendruck und Demographie als Treiber für Innovationen

**Die Haushaltsfinanzierung ist für die öffentlichen Verwaltungen die größte Herausforderung der kommenden Jahre. Außerdem macht die demographische Entwicklung Maßnahmen erforderlich. Gefragt sind u.a. technische Lösungen, mit denen sich Verwaltungsabläufe kosteneffizienter und ressourcenschonender abwickeln lassen. Die Weiterentwicklung von E-Government ist neben E-Partizipation, also der Bürgerbeteiligung über elektronische Medien, einer der wichtigsten Verwaltungstrends bis zum Jahr 2013.**

Im Vergleich zu unserer Befragung von 2008 nennen noch mehr Verwaltungsentscheider den demographischen Wandel als eine der schwierigsten Zukunftsaufgaben. Gleichzeitig wird der Megatrend IKT, also die Digitalisierung und Vernetzung von Wirtschaft, Verwaltung und Alltag, noch stärker als Chance wahrgenommen. Beide Entwicklungen fördern den Ausbau von E-Government. Denn mit dem absehbaren Mangel an Fachkräften und einer voraussichtlich geringeren Mobilität der Bevölkerung wächst die Bedeutung von automatisierten Verwaltungsabläufen und Internetangeboten.

## 2 : Mehr Bürgerbeteiligung gewünscht – über Social Media

**Die befragten Entscheider sprechen sich mehrheitlich für ein proaktives Vorgehen aus, um mehr Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung zu bewirken. Hier bestehen nach eigener Einschätzung noch große Spielräume. Denn in jeder zweiten Kommunal- oder Landesverwaltung ist die Bürgerbeteiligung derzeit gering. Social Media werden als geeignetes Mittel angesehen, um das Engagement und die Mitsprache der Bürger zu verstärken.**

Der Handlungsbedarf wird als dringend angesehen: Investitionen zur Nutzung von Social Media planen die Verwaltungen mehrheitlich noch in diesem Jahr. Über 40 Prozent der Behörden investieren kurzfristig auch in Applikationen für Smartphones (Apps).

Als wichtigste Treiber für mehr Bürgerbeteiligung machen die Befragten neben den wachsenden Forderungen der Bürger nach Mitsprache in erster Linie die Möglichkeiten neuer Medien und Technologien aus. Die Bürger haben vielfach beruflich oder privat Erfahrungen mit Social Media gemacht, und auch als Kunden von Unternehmen beteiligen sie sich zunehmend an der Meinungsbildung und nehmen ihre Rechte wahr.

Der Einsatz von Social Media wirkt in unterschiedliche Richtungen. Mehrheitlich sehen die Entscheider vor allem die positive Wirkung auf das Image ihrer Behörden. Gleichzeitig erhöht sich die Transparenz der Verwaltung für die Bürger. Letztlich verbessert sich damit auch die gesellschaftliche Unterstützung von Großprojekten, wie die Befragten feststellen.

In den kommenden drei Jahren werden die Verwaltungen vor allem in elektronische Communities, Auftritte in privaten sozialen Netzen, Twitterangebote, Blogs und Smartphone-Apps investie-

ren. Viele Verwaltungen haben bereits elektronische Communities auf ihrer Internetseite eingerichtet, besitzen eine Adresse auf Facebook oder nutzen Twitter. Die bisherigen Erfahrungen mit solchen Social-Media-Angeboten sind mehrheitlich positiv: Der Informationsaustausch mit den Bürgern wird verbessert, und Bürgernähe und Bürgerbeteiligung nehmen zu.

Bei den geplanten Social-Media-Projekten steht die Information der Bürger im Fokus. Der Datenfluss soll aber nicht nur in eine Richtung laufen. Die Verwaltungen stellen vielmehr die Weichen für einen intensiven Dialog mit den Bürgern. Auch innerhalb der Verwaltung erhoffen sich die Entscheider Verbesserungen für die Kommunikation sowie für das Wissensmanagement.

Inhaltlich ist eine breite Palette von Angeboten im Gespräch: So sind Bürgermeldungen („die saubere Stadt") ebenso geplant wie Meinungsumfragen. Aber auch Bürgerhaushalte werden von der Mehrheit der befragten Verwaltungsentscheider begrüßt. Mehr als die Hälfte der Befragten spricht sich für die Umsetzung von Open Data aus. Dazu gehört die Veröffentlichung von Verwaltungsdokumenten, Statistiken und Entscheidungen im Internet, um die Bürger umfassender zu informieren, also der Wandel von der öffentlichen zur offenen Verwaltung.

## 3 : Personalengpass bremst Bürgerbeteiligung

**Als größte Hindernisse für mehr Bürgerbeteiligung bzw. E-Partizipation führen die Entscheider fehlende Personalkapazitäten und finanzielle Restriktionen auf.**

Selbstkritisch weisen viele Befragte aber auch darauf hin, dass die Verwaltungskultur in ihren Behörden noch nicht auf eine stärkere Öffnung und Transparenz oder gar Mitsprache der Bürger vorbereitet sei.

## 4 : EU-Dienstleistungsrichtlinie als Vorbild für Modernisierung

**Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und die damit verbundene elektronische Verfahrensabwicklung war in den vergangenen Jahren der Treiber für den Ausbau von E-Government. Die Erfahrungen der Verwaltungsentscheider mit der Richtlinie sind prinzipiell positiv. Deshalb soll diese in einigen Verwaltungen auch auf andere Abläufe übertragen werden. Allerdings wird das Angebot des einheitlichen Ansprechpartners bislang kaum von in- und ausländischen Dienstleistungsunternehmen genutzt.**

Durch die EU-Richtlinie haben sich nach Angaben der Befragten die Informationsversorgung und die Dienstleistungsqualität für Bürger und Unternehmen verbessert. Knapp die Hälfte der Befragten (darunter ausschließlich Kommunen) gibt allerdings an, dass der Ansprechpartner nicht von in- und ausländischen Dienstleistungsunternehmen in Anspruch genommen werde. Dennoch will jede dritte Verwaltung das Modell auch auf andere Verwaltungsabläufe übertragen. Letztlich beruht die einheitliche Behördenrufnummer 115 (D115) ebenfalls auf dem Konzept des einheitlichen Ansprechpartners.

## 5 : Neuer Personalausweis und D115 fördern E-Government

**Das bis 2013 am häufigsten eingesetzte Instrument für die Verwaltungsmodernisierung wird der neue Personalausweis mit der Online-Ausweisfunktion und der qualifizierten elektronischen Signatur sein. Über 60 Prozent der Entscheider planen dazu Maßnahmen, wobei häufig schon in diesem Jahr investiert werden soll. Außerdem will die Mehrheit der Befragten mittelfristig die einheitliche Behördenrufnummer 115 umsetzen. Weitere wichtige Treiber für den Ausbau von E-Government sind die Standardisierung und serviceorientierte Architekturen (SOAs).**

Den Anstoß für weitere Investitionen in E-Government geben nach Angaben der befragten Entscheider u.a. die fortschreitende Standardisierung des Datenaustauschs, die wachsenden Anforderungen an die IT-Sicherheit, die elektronische Archivierung und Barrierefreiheit.

Noch in diesem Jahr wollen Kommunen sowie Bundes- und Landesbehörden Maßnahmen ergreifen, um von neuen technologischen Entwicklungen bei Standardsoftware, Workflowmanagement und serviceorientierten Architekturen (SOAs) zu profitieren. In jeder zweiten Verwaltung

steria mummert consulting

_Deutsch go

_ Presse _ Pressearchiv _ 2. Quartal 2011 _ Aktuelle Studie: Verwaltungen wollen aus Stuttgart 21 lernen

Das Unternehmen | Branchen | Solutions | Services | Presse | Karriere | Veranstaltungen

- Presseinformationen
- Pressearchiv
- 2. Quartal 2011
- 1. Quartal 2011
- 4. Quartal 2010
- 3. Quartal 2010
- 2. Quartal 2010
- 1. Quartal 2010
- 4. Quartal 2009
- 3. Quartal 2009
- 2. Quartal 2009
- 1. Quartal 2009
- Termine
- eNewsletter Insight
- Hintergrundinformationen
- Management
- Publikationen
- Bilder
- Presseverteiler
- Ansprechpartner
- Nachgefragt - Die Interviewreihe

# Aktuelle Studie: Verwaltungen wollen aus Stuttgart 21 lernen

14. April 2011

97 Prozent der öffentlichen Verwaltungen halten eine stärkere Bürgerbeteiligung für wichtig. Jede achte deutsche Kommune betrachtet sie sogar als größte Herausforderung für die kommenden drei Jahre. Das Ziel: Transparenz zu schaffen und die Bürger in Entscheidungen einzubinden – beispielsweise in Form von Bürgermeldungen, Meinungsumfragen und Bürgerforen. Hier bestehen nach Einschätzung der Verwaltungen noch große Defizite. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Branchenkompass 2011 Public Services" von Steria Mummert Consulting in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z.-Institut.

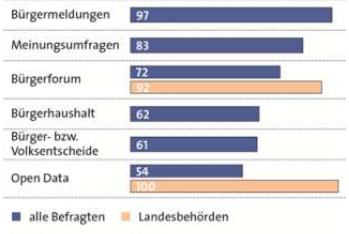
Auf dem Weg von der öffentlichen zur offenen Verwaltung haben die Verwaltungen noch ein gutes Stück vor sich. Jeder zweite befragte Entscheider räumt ein, dass der Bürger in seiner Verwaltung bisher so gut wie gar nicht beteiligt wird. Vorreiter für eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungen und Planungsprozesse sind bisher vor allem die großen Städte. Sie verzeichnen deutlich mehr Partizipation als kleinere Kommunen. Regional wird die derzeitige Bürgerbeteiligung am höchsten in Süddeutschland und am niedrigsten in Ostdeutschland eingestuft.

„Die Kommunen haben aus Stuttgart 21 gelernt und sich für die Zukunft viel vorgenommen", sagt Peter Krolle, Senior Executive Manager bei Steria Mummert Consulting. „Wenn tatsächlich alles so umgesetzt wird, wie die Entscheider es sich in unserer Studie wünschen, dann bahnen sich in Deutschland große Veränderungen an." Einbinden wollen die Verwaltungen die Bürger dabei vor allem mit Hilfe von Social Media. „E-Partizipation bietet den Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltungen ein Füllhorn an Möglichkeiten", sagt der Experte für die öffentlichen Verwaltungen.

So wollen 97 Prozent aller Befragten in den kommenden drei Jahren Bürgermeldungen möglich machen, mit deren Hilfe beispielsweise Mängel in der Infrastruktur erfasst werden sollen. 83 Prozent planen Meinungsumfragen und 72 Prozent erwägen die Einführung von Bürgerforen. Hierbei handelt es sich um Kommissionen von meist 20 bis 25 Bürgern, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden und gegen Vergütung Entscheidungshilfen zu bestimmten Sachfragen in der Verwaltung erarbeiten.

Bürgerhaushalte, wie sie bereits beispielsweise in Erlangen, Freiburg oder Potsdam umgesetzt werden, befürworten 62 Prozent der Befragten. Bei diesem Verfahren lässt die Stadt oder eine andere Verwaltungseinheit die Bevölkerung über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel beraten.

**Verwaltungen für umfassende Bürgerbeteiligung** (Sinnvolle Formen von Bürgerbeteiligung; in % der Befragten[1])




1) Mehrfachnennungen möglich.
Quellen: Steria Mummert Consulting, F.A.Z.-Institut.

Die öffentlichen Verwaltungen setzen auf neue Formen von Bürgerbeteiligung.

**Hintergrundinformationen**
Im Januar und Februar 2011 befragte forsa im Auftrag von Steria Mummert Consulting 100 Entscheider aus 100 großen deutschen Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltungen zu Bürgerbeteiligung beziehungsweise E-Partizipation, zu E-Government sowie zu den aktuellen Herausforderungen und den bis 2013 geplanten Maßnahmen. Die Befragungen wurden mit der Methode des Computer Assisted Telephone Interview (CATI) durchgeführt.

Volltextsuche

Gesamte Website go

Kontakt

**Birgit Eckmüller**
Tel.: +49 40 22703-5219
Fax: +49 40 22703-7999
E-Mail senden

**Jörg Forthmann**
Tel.: +49 40 253 185-111
Fax: +49 40 253 185-311
E-Mail senden

Weitere Informationen

- Nachgefragt! - Interview zum Thema E-Partizipation in der Verwaltung
- Public Services

steria mummert consulting

_Deutsch go

_ Presse _ Pressearchiv _ 2. Quartal 2011 _ Aktuelle Studie: Öffentliche Verwaltungen setzen auf das Web 2.0

Das Unternehmen | Branchen | Solutions | Services | Presse | Karriere | Veranstaltungen

- Presseinformationen
- Pressearchiv
- 2. Quartal 2011
- 1. Quartal 2011
- 4. Quartal 2010
- 3. Quartal 2010
- 2. Quartal 2010
- 1. Quartal 2010
- 4. Quartal 2009
- 3. Quartal 2009
- 2. Quartal 2009
- 1. Quartal 2009
- Termine
- eNewsletter Insight
- Hintergrundinformationen
- Management
- Publikationen
- Bilder
- Presseverteiler
- Ansprechpartner
- Nachgefragt! - Die Interviewreihe

# Aktuelle Studie: Öffentliche Verwaltungen setzen auf das Web 2.0

3. Mai 2011

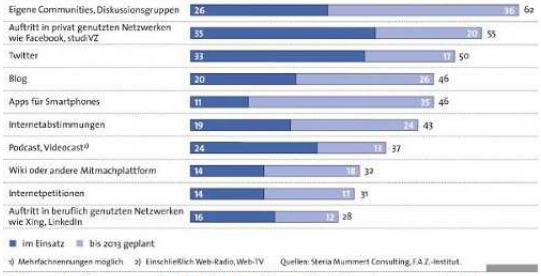
55 Prozent der öffentlichen Verwaltungen wollen noch in diesem Jahr in das Web 2.0 investieren. 42 Prozent setzen auf Apps für Handys. Social-Media-Aktivitäten können den Kommunen und Landesbehörden zu einem positiven Image verhelfen, davon sind mehr als acht von zehn Entscheidern in der Verwaltung überzeugt. Zwei Drittel sehen in sozialen Netzwerken, Blogs, Twitter oder Apps zudem ein geeignetes Instrument, die Arbeit der Behörden für die Bürger transparenter zu gestalten. Sie wollen damit auch die gesellschaftliche Unterstützung von Großprojekten verbessern. Das sind Ergebnisse der Studie „Branchenkompass 2011 Public Services" von Steria Mummert Consulting in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z.-Institut.

Die ersten Kommunen bieten beispielsweise bereits Smartphone-Apps an, mit denen Bürger Beschwerden zusammen mit Fotos, Videofilmen oder GPS-Daten – unter anderem Mängel in der Infrastruktur – direkt an die zuständigen Behörden melden können. Im Nachgang wird der Bürger dann per Mobilfunk oder Internet über Fortschritte bei der Bearbeitung seiner Anfrage informiert.

„Die Verwaltungen haben erkannt, welche Chancen ihnen das Web 2.0 bietet", sagt Peter Krolle, Senior Executive Manager bei Steria Mummert Consulting. „Mit Social Media wollen sie vor allem den Informationsfluss in Richtung Bürger verbessern. Allerdings wünscht sich eine deutliche Mehrheit der Verwaltungen auch mehr Dialog und nicht zuletzt mehr Transparenz in der eigenen Arbeit."

Derzeit werden in den öffentlichen Verwaltungen am häufigsten soziale Netzwerke genutzt: Jede dritte Behörde setzt auf Facebook & Co. Fast ebenso viele nutzen den Kurznachrichtendienst Twitter. Immerhin in jeder vierten Verwaltung gibt es zudem bereits Angebote für Podcasts und Web-TV. Die größte Dynamik ist in den kommenden drei Jahren bei Communities zu erwarten. Allerdings mangelt es in vielen Verwaltungen an Personal, Social-Media-Angebote umzusetzen und den Kontakt mit den Bürgern über das Web zu pflegen.

**Facebook und Twitter am häufigsten genutzt**
(Einsatz von Social Media und anderen Internetangeboten im eigenen Verwaltungsbereich; in % der Befragten[1])




36 Prozent der Kommunen wollen bis 2014 eigene Communities Diskussionsgruppen einrichten.

**Hintergrundinformationen**
Im Januar und Februar 2011 befragte forsa im Auftrag von Steria Mummert Consulting 100 Entscheider aus 100 großen deutschen Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltungen zu Bürgerbeteiligung beziehungsweise E-Partizipation, zu E-Government sowie zu den aktuellen Herausforderungen und den bis 2013 geplanten Maßnahmen. Die Befragungen wurden mit der Methode des Computer Assisted Telephone Interview (CATI) durchgeführt.

Volltextsuche

Gesamte Website go

Kontakt

Birgit Eckmüller

Tel.: +49 40 22703-5219
Fax: +49 40 22703-7999
E-Mail senden

Jörg Forthmann

Tel.: +49 40 253 185-111
Fax: +49 40 253 185-311
E-Mail senden

Zur Branche

→ Public Services

Mehr Informationen

→ Nachgefragt! E-Partizipation und Social Media in der Verwaltung

# Literaturverzeichnis

**Bertelsmann Stiftung:**
Politik beleben, Bürger beteiligen/Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle, 2010

**Bischoff, Ariane/Selle, Klaus/Sinnig, Heidi:**
Informieren, Beteiligen, Kooperieren/Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden, 2005

**Bostenaru Dan, Maria:**
Von den Partizipationsmodellen der 70er Jahre zu Kommunikationsformen Ende des XX.ten Jahrhunderts in Architektur und Städtebau, 2007

**Bott, Helmut/Jessen, Johann/Pesch, Franz (Hrsg.):**
Lehrbausteine Städtebau/Basiswissen für Entwurf und Planung, 2010

**Büllesbach, Jürgen:**
Sind die Planungsverfahren in der Stadtentwicklung noch zeitgemäß?/ Überzeugen durch Qualität und Beteiligung, in: Immobilien & Finanzierung, 11/2011, S. 370

**Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.):**
Im Profil/Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2010 (zitiert als BMVBS, 2010a)

**Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Raumforschung (Hrsg.):**
Miteinander Stadt Entwickeln/Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, 2010 (zitiert als BMVBS, 2010b)

**Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.):**
Jugend macht Stadt/Junge Impulse für die Stadtentwicklung, 2010 (zitiert als BMVBS, 2010c)

**Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.):**
Stadtumbau West/Befragung von Kommunen im Stadtumbau West, 2009 (zitiert als BMVBS, 2009)

**Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.):**
Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik/Memorandum, 2007 (zitiert als BMVBS, 2007)

**Burgers, Jack/Vranken, Jan/u.a.:**
Anleitung für ein erfolgreiches Stadtentwicklungsprogramm, 2003

**Conradi, Peter:**
Plädoyer für eine integrierte Stadtentwicklung, in: BMVBS/BBR (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik/Memorandum, 2007, S. 73

**Dahlheimer, Achim:**
Initiative ergreifen: Bürger machen Stadt, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1/2007, S. 57-61

**Deutscher Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“**
Bericht über die Arbeit des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ in der 16. Wahlperiode, UA-Drs. 16/88, 27.05.2009 (zitiert als Deutscher Bundestag, 2009)

**Domscheit, Anke:**
Soziale Netze – Hype oder Zukunft für eGovernment?, in: eGovernment Computing, 09/2009, S. 6

**Feindt, Peter Henning:**
Neue Formen der politischen Beteiligung, in: Meyer, Thomas/Weil, Rheinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft/Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, 2002, S. 435-457

**Habbel, Franz-Reinhard/Huber, Andreas (Hrsg.):**
Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik/Neue Formen der Öffentlichkeit und der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger, 2008

**Hagedorn, Hans/Rosendahl, Annette:**
Online-Dialoge statt Akzeptanzbeschaffung, in: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): E-Partizipation/Beteiligungsprojekte im Internet, 2007

**Hill, Hermann:**
Zivilgesellschaftliche Verwaltung in der Informationsgesellschaft, in: Hill, Hermann (Hrsg.): Bürgerbeteiligung/Analysen und Praxisbeispiele, 2010, S. 31-35

**Hill, Hermann (Hrsg.):**
Bürgerbeteiligung/Analysen und Praxisbeispiele, 2010

**Holzgerlingen:**
Die Stadt/Stadtportrait/Zahlen und Fakten
https://www.holzgerlingen.de/wDeutsch/gemeindeleben/stadtportrait/daten_fakten.php5?navid=43 [30.09.2011] (zitiert als www.holzgerlingen.de)

**Initiative eParticipation (Hrsg.):**
Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2005/Zweites Website-Ranking der Initiative eParticipation, 2005
http://www.initiative-eparticipation.de/Studie_eParticipation2005.pdf [07.08.2011]

**Klages, Helmut:**
Von der Zuschauerdemokratie zur Bürgergesellschaft? – Bilanz und Perspektiven der Bürgerbeteiligung, in: Hill, Hermann (Hrsg.): Bürgerbeteiligung/Analysen und Praxisbeispiele, 2010, S. 11-21

**Klein, Manfred:**
Bürgerbeteiligung bremst die Politikverdrossenheit, in: eGovernment Computing, 07/2010, S. 6

**Kubicek, Herbert/Lippa, Barbara/Westholm, Hilmar:**
Medienmix in der Bürgerbeteiligung/Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene, 2009

**Landkreis Böblingen:**
Struktur- und Demografiebericht Landkreis Böblingen/aktuelle Daten und voraussichtliche Entwicklungen, 2010
http://www.lra-bb.kdrs.de/servlet/PB/show/1336668/2011-33-a1.pdf [30.08.2011]

**Lindloff, Karsten/Märker, Oliver:**
www.essen-soll-leiser-werden.de: E-Partizipation in der Lärmaktionsplanung als neues Anwendungsfeld der Bürgerbeteiligung, in: Hill, Hermann (Hrsg.): Bürgerbeteiligung/Analysen und Praxisbeispiele, 2010, S. 189-204

**Lührs, Rolf/Hohberg, Birgit:**
familiendiskurse.de, in: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): E-Partizipation/Beteiligungsprojekte im Internet, 2007

**Märker, Oliver/Wehner, Josef:**
E-Participation: Gewinnung bürgerschaftlicher Expertise zur Qualifikation von Planungs- und Entscheidungsprozessen, in Zechner, Achim (Hrsg.): Handbuch E-Government/Strategien, Lösungen und Wirtschaftlichkeit, 2007, S. 367-382

**Meyer, Thomas/Weil, Rheinhard (Hrsg.):**
Die Bürgergesellschaft/Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, 2002

**Mitschang, Stephan (Hrsg.):**
Stadt- und Regionalplanung vor neuen Herausforderungen, 2007

**Molitor, Ludger:**
Öffentlichkeitsbeteiligung in der Landes- und Regionalplanung, in: Mitschang, Stephan (Hrsg.): Stadt- und Regionalplanung vor neuen Herausforderungen, 2007, S. 33-43

**Müller, Matthias:**
Kommunalrecht Baden-Württemberg, 2009

**Pfizer, Theodor/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.):**
Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, 3. Aufl., 2000

**Renner, Mechthild:**
Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung – ein Überblick mit Beispielen aus Projekten, in: Information und Raumentwicklung, 1/2007, S. 1-15

**Roth, Roland:**
Auf dem Weg zur Bürgerkommune?/Bürgerschaftliches Engagement und Kommunalpolitik in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Meyer, Thomas/Weil, Reinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft/Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, 2002, S. 163-184

**Rothe, Karl-Heinz/Müller, Karl:**
Die Aufstellung von Bauleitplänen, 3. Aufl., 2000

**Selle, Klaus:**
Stadtplanung und Kommunikation – Gründe, Methoden und Voraussetzungen, in: Bott, Helmut/Jessen, Johann/Pesch, Franz (Hrsg.): Lehrbausteine Städtebau/Basiswissen für Entwurf und Planung, 2010, S. 367-378

**Selle, Klaus:**
Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung – Auf dem Weg zu einer kommunikativen Planungskultur?/Alltägliche Probleme, neue Herausforderungen, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1/2007, S. 63-71

**Selle, Klaus:**
Was? Wer? Wie? Warum?/Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation, 2000

**Söfker Wilhelm:**
Das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte, in: Spannowsky, Willy/Hofmeister, Andreas (Hrsg.): BauGB 2007/Neue Anforderungen und Möglichkeiten für Städte und Gemeinden, 2007, S. 17-26

**Spannowsky, Willy/Hofmeister, Andreas (Hrsg.):**
BauGB 2007/Neue Anforderungen und Möglichkeiten für Städte und Gemeinden, 2007

**Steria Mummert Consulting AG/F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH:**
Branchenkompass 2011 Public Services/Exposé, 2011, S. 3
http://www.steria-mummert.de/documents/5000/BK_PublicServices_2011_Extract.pdf [13.07.2011]

**Steria Mummert Consulting AG/F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH:**
Pressemitteilung vom 03. Mai 2011
http://www.steria-mummert.de/presse/pressearchiv/2.-quartal-2011/aktuelle-studie-oeffentliche-verwaltungen-setzen-auf-das-web-2.0 [13.07.2011]

**Stiftung Mitarbeit (Hrsg.):**
E-Partizipation/Beteiligungsprojekte im Internet, 2007

**Stüer, Bernhard:**
Der Bebauungsplan/Städtebaurecht in der Praxis, 4. Aufl., 2009

**Van Eimeren, Birgit/Frees, Beate:**
Drei von vier Deutschen im Netz – ein Ende des digitalen Grabens in Sicht?/Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2011, in: Media Perspektiven 7-8/2011, S. 334-349

**Wallraven-Lindl, Marie-Luise/Strunz, Anton/Geiß, Monika:**
Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007/Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung, 2007

**Wehling, Hans-Georg:**
Elemente direkter Demokratie: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, in: Pfizer, Theodor/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, 3. Aufl., 2000, S. 137-147

**Wentz, Martin:**
Sind die Planungsverfahren in der Stadtentwicklung noch zeitgemäß?/Eigeninitiative statt Blockadedenken, in: Immobilien & Finanzierung, 11/2011, S. 371

**Wentzel, Joachim:**
Bürgerbeteiligung als Institution im demokratischen Gemeinwesen, in: Hill, Hermann (Hrsg.): Bürgerbeteiligung/Analysen und Praxisbeispiele, 2010, S. 37-60

**Zechner, Achim (Hrsg.):**
Handbuch E-Government/Strategien, Lösungen und Wirtschaftlichkeit, 2007

**Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung Freiburg:**
Freiwilligensurvey 2009/Sonderauswertung Baden-Württemberg, im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, 2011

# Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen angefertigt habe."

Holzgerlingen, den 12. September 2011

_____

Nicole Ullrich